Späth, industrielle Zukunft und die Alternativen

Die Achtzigerjahre in Baden-Württemberg

Hrsg. von Philipp Gassert, Maike Hausen
und Reinhold Weber









lpb
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

lpb
Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Schriften zur politischen Landeskunde
Baden-Württembergs

Band 55

Herausgegeben von der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg

Philipp Gassert, Maike Hausen
und Reinhold Weber (Hrsg.)

Späth, industrielle Zukunft und die Alternativen

Die Achtzigerjahre in Baden-Württemberg

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg dar. Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

1. Auflage 2024

Verlag W. Kohlhammer GmbH
in Verbindung mit der Landeszentrale
für politische Bildung Baden-Württemberg
Alle Rechte vorbehalten
© 2024 W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Umschlagfotos (von links oben nach rechts unten):
picture alliance/photothek | Thomas Imo; Landesmedienzentrum Baden-Württemberg; Haus der Geschichte Baden-Württemberg | Sammlung Rupert Leser; picture alliance | Rolf Haid

Print:
ISBN 978-3-911141-01-7

E-Book-Formate:
epub: ISBN 978-3-911141-02-4
pdf: ISBN 978-3-911141-03-1

Dieses Werk enthält Hinweise/Links zu externen Websites Dritter, auf deren Inhalt der Verlag keinen Einfluss hat und die der Haftung der jeweiligen Seitenanbieter oder -betreiber unterliegen. Zum Zeitpunkt der Verlinkung wurden die externen Websites auf mögliche Rechtsverstöße überprüft und dabei keine Rechtsverletzung festgestellt. Ohne konkrete Hinweise auf eine solche Rechtsverletzung ist eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten nicht zumutbar. Sollten jedoch Rechtsverletzungen bekannt werden, werden die betroffenen externen Links soweit möglich unverzüglich entfernt.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort 7

Philipp Gassert, Maike Hausen und Reinhold Weber
Einleitung: Die Achtzigerjahre in Baden-Württemberg – Landesperspektiven auf ein globales Jahrzehnt 9

Philipp Gassert
Staatskritik, Zukunft und Risiken der Industriegesellschaft: Zur politischen Geschichte Baden-Württembergs in der Ära Späth 31

Ulrich Eith
Das Ende christdemokratischer Vorherrschaft: Wahlverhalten und Parteiensystem in den 1980er Jahren in Baden-Württemberg 55

Thomas Schuetz
Globalisierung, Neoliberalismus und baden-württembergische Wirtschaftspolitik – Neue Bilder des entgrenzten Marktes 75

Maike Hausen
Die Dritte-Welt-Bewegung in Baden-Württemberg: Entwicklungspolitik und internationale Solidarität in den 1980er Jahren 93

Maria Alexopoulou
Das (Nicht-)Einwanderungsbundesland Baden-Württemberg: Zwischen Abwehr und Gestaltungsverweigerung 119

Sven Reichardt
Angst und Wissen in den 1980er Jahren: Überlegungen zu den Wissenspraktiken ökologischer Bewegungen 143

Richard Rohrmoser
Menschenketten, Sitzblockaden und ziviler Ungehorsam – neue politische Partizipationskulturen und die Normalisierung von Protest 159

David Brechbilder und Joshua Haberkern
Ein Herz mit drei Kammern: Bildungspolitik der 1980er Jahre in Baden-Württemberg ... 177

Henning Tümmers
Copy and Paste: HIV-Prävention im Schatten der Bonner Gesundheitspolitik ... 219

Angela Borgstedt
Die Debatten über eine „Historisierung" der NS-Vergangenheit und die Anfänge einer Erinnerungskultur in den 1980er Jahren ... 239

Bildnachweis ... 257

Die Autorinnen und Autoren ... 259

Vorwort

Global und national betrachtet sind die 1980er Jahre das Jahrzehnt zwischen dem Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan im Dezember 1979 und dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989. Es ist das Jahrzehnt der zweiten Ölpreiskrise von 1979/80, der Kanzlerschaft von Helmut Kohl, der zivilgesellschaftlichen Proteste gegen Atomkraft, für Frieden und Umweltschutz. Das Wettrüsten im Zeichen der Blockkonfrontation, die 1986 durch den Super-GAU im Kernkraftwerk Tschernobyl offensichtlich werdenden Gefahren der zivil genutzten Atomkraft und die unübersehbaren Symptome der Umweltzerstörung polarisieren die Gesellschaft – Kritiker der Protestbewegungen sprechen von der Unregierbarkeit der Republik und der Aushöhlung des Parlamentarismus. Gleichzeitig finden im westlichen Teil Deutschlands mit der Weizsäcker-Rede 1985 und dem sogenannten Historikerstreit von 1987 große öffentliche Debatten über die historische Selbstverortung der Deutschen statt, bevor schrittweise die Erinnerung an die Opfer des Holocaust zum demokratischen Grundkonsens der Bundesrepublik wird.

Aus landesgeschichtlicher Perspektive wurden die 1980er Jahre bislang kaum wissenschaftlich untersucht. Dabei spiegeln sich Polarisierung und Pluralisierung sowie die Transformation in Wirtschaft und Gesellschaft in einem Land wie Baden-Württemberg auf spannende Art und Weise wider. Es ist die Ära von Lothar Späth, der 1978 als Nachfolger von Hans Filbinger Ministerpräsident wird und bis 1991 die Geschicke des Landes lenkt. Als unverwechselbares „Cleverle“ und konservativer Modernisierer verbreitet er Aufbruchsstimmung und gibt der Landespolitik der 1980er Jahre mit seiner Innovationsbegeisterung und Bürgernähe ein ganz eigenes Profil. An dieser prägenden Figur Lothar Späth führt auch in diesem Buch kein Weg vorbei, und dennoch ist es den Autorinnen und Autoren gelungen, zahlreiche weitere Aspekte der jüngsten Zeitgeschichte des Landes ins Licht zu rücken.

Fast zehn Jahre, nachdem die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in ihrer Landeskundlichen Reihe einen viel beachteten Band zu den 1970er Jahren unter dem Titel *Filbinger, Wyhl und die RAF*

herausgegeben hat, liegt nun ein neuer Band zum folgenden Jahrzehnt vor. Er schlägt einen thematischen Bogen, dessen Spannweite wir zuallererst den Autorinnen und Autoren zu verdanken haben, die sich nicht selten auf wissenschaftliches Neuland begeben haben. Für dieses Engagement sei ihnen herzlich gedankt. Genauso herzlich danken wir dem Mitherausgeber Professor Dr. Philipp Gassert von der Universität Mannheim. Er hat Expertise, Tatkraft und wissenschaftliche Leidenschaft beigesteuert. Im Jahr 2022 war er bereits an der Konzeption einer Tagung beteiligt, auf die dieser Band im Wesentlichen zurückgeht. Und nicht zuletzt gilt unser Dank den zahlreichen Einrichtungen, die mit ihren Abbildungen dafür gesorgt haben, dass die vielfältigen Themen immer wieder auch visualisiert werden können. In gewohnt professioneller Weise hat der Verlag W. Kohlhammer in Stuttgart die Drucklegung betreut.

Stuttgart, im Mai 2024

Sibylle Thelen
Direktorin der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg

Dr. Maike Hausen und
Prof. Dr. Reinhold Weber
Redaktion „Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs“

Philipp Gassert, Maike Hausen und Reinhold Weber

Einleitung: Die Achtzigerjahre in Baden-Württemberg – Landesperspektiven auf ein globales Jahrzehnt

Der Schnappschuss aus dem Plenarsaal im Stuttgarter Landtag fängt eine politische Grundkonstellation der 1980er Jahre in Baden-Württemberg ein: Drei der sechs Abgeordneten der erstmals im Landtag vertretenen Partei Die Grünen, Elisabeth Mordo, Wolf-Dieter Hasenclever und Holger Heimann, überreichen Ministerpräsident Lothar Späth nach dessen Wiederwahl am 4. Juni 1980 einen Kaktus. Die blaue Latzhose, die Heimann trägt, unterstreicht, dass die Grünen anders sein wollen und dem Regierungschef „stachelige Opposition" versprechen (abgebildet auf S. 24).[1] Über das Schicksal des Kaktus ist nichts bekannt. Doch das programmatisch-alternative Beinkleid ist inzwischen zum Ausstellungsobjekt im Haus der Geschichte Baden-Württemberg geadelt worden.[2] Der spätere Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der zur ersten Kohorte grüner Landtagsabgeordneter gehörte, zog es übrigens vor, der Wahl Späths fernzubleiben und stattdessen in Gorleben gegen das geplante atomare Endlager zu demonstrieren.[3] Späth blieb davon unbeeindruckt und konnte trotz des alternativen Gegenwinds die politische Hegemonie der CDU festigen.

Die 1980er Jahre wirken als das Jahrzehnt zwischen der zweiten Ölpreiskrise 1979/80 und dem Ende des Kalten Krieges 1989/90 im Rückblick als diffus und wenig konturiert, als eher ruhige Zeit innen- und außenpoliti-

1 Das Foto ist mit dem Titel „Stachelige Opposition" ist auch abgebildet in: Philipp Gassert/Maike Hausen/Sabine Holtz/Verena Schweizer/Reinhold Weber (Hrsg.): BaWü 1952—2022. Menschen, Geschichten, Ereignisse. Baden Württemberg in Bildern 1952—2022, Stuttgart 2022, S. 114; verfügbar auch im landeskundlichen Online-Portal „LEO-BW" [www.leo-bw.de/web/guest/themen/landesgeschichte/19.-und-20.-jahrhundert/bawu-1952-2022/1980-1989/jahr1980, Zugriff 20.01.2024].

2 „Blaue Latzhose kündet von grüner Historie", Stuttgarter Zeitung, 12.11.2013 [www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.haus-der-geschichte-blaue-latzhose-kuendet-von-gruener-historie.6a775e11-5110-4bae-acbd-46e573c61f32.html, Zugriff 20.01.2024].

3 „Wir machen den Landtag bunter", in: Geschichte der Grünen in Baden-Württemberg, Website Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg [www.gruene-bw.de/partei/geschichte-der-gruenen-baden-wuerttemberg, Zugriff 20.01.2024].

scher Kontinuität. Sie entziehen sich prägnanten Zuschreibungen wie die „langen" 1960er Jahre als das vielgerühmte „Reformjahrzehnt" der alten Bundesrepublik. Die 1970er Jahre wiederum werden als „Krisenjahrzehnt" und „Jahrzehnt der Polarisierung" wahrgenommen.[4] Sie stehen aufgrund des Ölpreisschocks 1973 und der Implosion des Bretton-Woods-Weltwährungssystems für die Idee vom Ende „großer Ordnungsmodelle" in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in den Jahren „nach dem Boom".[5] Nur endeten diese ökonomischen Transformationsprozesse ja nicht abrupt, wie auch die sozialen Aufbrüche anhielten, wenn etwa die „neue" Frauenbewegung und der Feminismus Breitenwirkung bekamen und sich in Frauenhäusern und Frauenbuchläden institutionalisierten, die Proteste gegen die Atomenergie zu Parteigründungen führten und mit der großen Friedensbewegung 1982/83 der Straßenprotest eine neue Dimension erreichte. Zugleich hat die konservative und neoliberale „Gegenbewegung", von der sich Lothar Späth in seiner politischen Rhetorik der „Erschöpfung" und „Überforderung" des Staats inspirieren ließ, ihre Wurzeln in den 1970er Jahren.[6] Diese Perspektive lässt die 1980er Jahre epigonal aussehen, denn es spricht viel dafür, wie der Hamburger Zeithistoriker Axel Schildt hervorgehoben hat, die 1970er und 1980er Jahre als „relative sozial- und kulturhistorische Einheit" zu sehen und von einer Kontinuität der Problemlagen auszugehen.[7]

Selbstverständlich lassen sich historische Fragestellungen und Analysen nicht entlang klar demarkierter Jahrzehnte entfalten, so populär die „Dekadologie" beim breiteren Publikum wie auch im Marketing historischer Ausstellungen und Bücher geworden ist. Einschnitte, Zäsuren und Zeitenwenden sind ohnehin eine oft schon zeitgenössische wie auch nachträgliche Konstruktion.[8] Doch in der gesellschaftlichen Wahrnehmung besitzt die Dekadenziffer eine aus Farben, Formen, Moden, Musikstilen wie auch Ereignissen

4 Vgl. Philipp Gassert/Reinhold Weber: Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, in: Dies. (Hrsg.): Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015, S. 11–20.

5 Anselm Doering-Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 2. Aufl., Göttingen 2012.

6 Vgl. Ariane Leendertz: Der erschöpfte Staat. Eine andere Geschichte des Neoliberalismus, Hamburg 2022.

7 Axel Schildt: Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik. Überlegungen zur Erforschung der 1980er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 21–46, hier S. 46.

8 Vgl. Martin Sabrow: Zäsuren in der Zeitgeschichte, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 03.06.2013 [http://docupedia.de/zg/sabrow_zaesuren_v1_de_2013, Zugriff 20.01.2024].

eher unterbewusst geronnene Textur und unwiderstehliche Magie. So stellen sich beim Wort „Siebziger" intuitiv andere Assoziationen ein, als wenn wir „Achtziger" oder „Neunziger" hören. Was aus der Sicht der Forschung eher fragwürdig erscheint, hat in den Erinnerungen der Mitlebenden die Plausibilität der gefühlten Wahrheit der bestimmbaren Epochensignatur und eines oft auch musikalisch abrufbaren Zeitkolorits.[9] Dabei treten, so der Karlsruher Technikhistoriker Rolf-Ulrich Kunze, Wissenschaft und Zeitzeugengedächtnis oft auch in Konkurrenz: „Die *eigenen* 1980er Jahre müssen nicht *die* 1980er gewesen sein."[10]

Charakterisierungen eines Jahrzehnts

Wie also sind die 1980er Jahre zu fassen? Die Charakterisierungen von „Schimanskis Jahrzehnt" sind merklich nebulös und uneins geblieben.[11] Popkulturelle Beschreibungen reichen von eklektischen Panoramen der Konsumgesellschaft in „Madonna, Manta, Mauerfall"[12] bis hin zum „langweiligsten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts", wie es Florian Illies in seinem Roman *Generation Golf* charakterisiert hat.[13] Der Trendforscher Matthias Horx konstatierte das genaue Gegenteil und sprach von den „wilden Achtzigern".[14] Auch die Forschung kommt zu keinem eindeutigen Urteil: Mal wird das Jahrzehnt als windstille Zeit beschrieben, mal als beschleunigter Wandel, mal als das Scharnierjahrzehnt zur Gegenwart,[15] mal als „Zeit des Übergangs"[16] oder als

9 RVgl. Frauke Langguth/Jan Weyrauch (Hrsg.): Irgendwie, irgendwo, irgendwann. Die 80er, Berlin 1999.

10 Rolf-Ulrich Kunze: Internationale und globale Aspekte der 1980er Jahre, in: Badisches Landesmuseum (Hrsg.): Die 80er — Sie sind wieder da. Das Magazin zur Ausstellung, Mannheim 2023, S. 4—11, hier S. 4 [Hervorhebung im Original].

11 Darauf verweisen u. a. Dietmar Süß/Meik Woyke: Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 3—20.

12 Michael Reinbold (Hrsg.): Madonna, Manta, Mauerfall. Die achtziger Jahre in der Bundesrepublik, Petersberg 2018.

13 Florian Illies: Generation Golf. Eine Inspektion, 4. Aufl., Berlin 2000, S. 15 f.

14 Matthias Horx: Die wilden Achtziger. Eine Zeitgeist-Reise durch die Bundesrepublik, Wien 1987.

15 Angela Siebold: So nah und doch so fern? Die 1980er Jahre historisch erforschen, in: Die 1980er Jahre. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 46 (2015), Bonn 2015, S. 3—7, hier S. 4.

16 Thomas Raithel/Andreas Rödder/Andreas Wirsching: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Auf dem Weg in eine neue Moderne? Die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren, München 2009, S. 7—14, S. 8.

„Hiatus“[17]. Der Medienhistoriker Werner Faulstich erklärte es nachgerade zum Merkmal der Dekade, dass sie von Unklarheit und „Konzeptionslosigkeit“ geprägt gewesen sei. Als hervorstechendstes Merkmal sieht er „die gebrochene Fixierung auf das eigene Ich“.[18] Von „neuer Unübersichtlichkeit“ sprach zeitgenössisch der Philosoph Jürgen Habermas.[19] Aber wann ist ja eine Epoche aus Sicht der Mitlebenden nicht „ambivalent“ oder „widersprüchlich“ gewesen? Zum Wandel gehört definitorisch das „Ungleichzeitige“.

Die Beschreibungen sind vielfältig und teilweise widersprüchlich — und sie setzen häufig das den Zeitgenossen verborgene Wissen um „das Ende“ und die kommende „neue Zeit“ jenseits des Kalten Krieges voraus.[20] Schaut man zur ersten Einordnung auf die Eckdaten des Jahrzehnts, so beginnen die 1980er mit einem zweiten Ölpreisschock 1979, der indes visuell nicht so einschneidend wirkte wie der des Jahres 1973 mit seinen autofreien Sonntagen.[21] Dafür endete das Jahrzehnt mit einer tiefen Zäsur, vor allem für die kommunistische Welt: dem Ende der Ost-West-Blockkonfrontation, das sich ab 1987 abzeichnete, sowie mit dem dramatischen und unerwarteten Fall der Berliner Mauer 1989. Nur, von diesem Gezeitenwechsel war während der 1980er Jahre wenig zu spüren.[22] Die historische Forschung zeigt, dass der Fall der Mauer und die Geschwindigkeit der Ereignisse selbst erfahrene Zeitgenossen überraschten. Stattdessen waren es weiterhin der Ost-West-Konflikt und der Kalte Krieg, auch die „Normalisierung der Zweistaatlichkeit“ von Bundesrepublik und DDR, die das zeitgenössische Bild bestimmten. Der

17 Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 1982—1990, München 2006, S. 471.

18 Werner Faulstich: Überblick. Wirtschaftliche, politische und soziale Eckdaten des Jahrzehnts, in: Ders. (Hrsg.): Die Kultur der achtziger Jahre, München 2005, S. 7—20, hier S. 18.

19 Jürgen Habermas: Die neue Unübersichtlichkeit, Frankfurt/M. 1985.

20 Dazu Jan Eckel: Nachdenken über das Ende, in: Christian Marx/Morten Reitmayer (Hrsg.): Die offene Moderne. Gesellschaften im 20. Jahrhundert, Göttingen 2020, S. 386—413.

21 Vgl. zum Einschnitt Ende der 1970er Jahre insbesondere Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019.

22 Während man im Rückblick den von Gorbatschow und Reagan am 8. Dezember 1987 unterzeichneten INF-Vertrag mit Fug und Recht als „Anfang vom Ende des Kalten Krieges“ bezeichnen kann, weckte dieser Vertrag neue politische Befürchtungen in der Bundesrepublik, die die Muster des Kalten Krieges fortsetzen; vgl. Philipp Gassert: West German Politics, the INF Treaty, and the Popular Dynamics of Peace, in: Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.): The INF Treaty of 1987. A Re-Appraisal, Göttingen 2021, S. 259—274 [www.vr-elibrary.de/doi/pdf/10.13109/9783666352171.259, Zugriff 22.01.2024].

Münchener Zeithistoriker Andreas Wirsching hat seine Geschichte der 1980er Jahre daher mit *Abschied vom Provisorium* überschrieben.[23]

Was also ist es dann, was die 1980er Jahre ausmacht? Zeitgenössisch wurde lebhaft debattiert, ob man sich an einem Wendepunkt befinde, wobei Ausmaß und Richtung dieser Entwicklung erörtert wurde. Habermas' „neue Unübersichtlichkeit" wie auch andere konzeptionelle Zugänge untermauern den Abschied von den „großen Erzählungen". Es dominierte weniger der Zukunftsoptimismus als vielmehr die Zweifel am Fortschritt, das Gefühl, etwas hinter sich gelassen zu haben, ohne zu wissen, wie genau das Neue zu fassen sei — „Postmoderne", so der französische Philosoph Jean-Francois Lyotard 1979 in seinem Epoche machenden Essay.[24] Definitionsversuche wie „reflexive Moderne" oder „Postmaterialismus" versuchten, das Neuartige zu greifen, stets im Verhältnis zur klassischen Moderne.[25] In Deutschland wirkte das Postulat vom „Ende der Geschichte" kaum anschlussfähig, als der amerikanische Philosoph Francis Fukuyama im Mai 1989 den Sieg der liberalen Demokratie über Diktatur und Autokratie prophezeite.[26] „Vergangenheit plus ‚post' — das ist das Grundrezept, mit dem wir in wortreicher, begriffsstutziger Verständnislosigkeit einer Wirklichkeit gegenüberstehen, die aus den Fugen zu geraten scheint", schrieb 1986 der Soziologe Ulrich Beck in seinem die Ambivalenzen betonenden Band *Risikogesellschaft*.[27]

„Krise" als Leitbegriff

Diese Gegenwartsdiagnosen waren von einem Krisengefühl unterlegt. So titelte das Magazin *Der Spiegel* im Spätsommer 1980 „Die fetten Jahre sind vorbei" und hob damit vor allem auf wirtschaftliche Entwicklungen ab.[28] Im Laufe der 1980er Jahre gewann die Krisenrede noch einmal kräftig an Fahrt. Das Wiederaufleben der Rhetorik des Kalten Krieges unter Ronald Reagan ab 1981, der Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan 1979, die Unfälle in

23 Wirsching, Abschied (wie Anm. 13); Schildt, Das letzte Jahrzehnt (wie Anm. 7), S. 30.

24 Jean-Francois Lyotard: La condition postmoderne, Paris 1979.

25 Ronald Inglehart: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton 1977.

26 Francis Fukuyama: The End of History? In: The National Interest 16 (Summer 1989), S. 3—18.

27 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986, S. 12; das „Post" ist titelgebend auch in dem Bildband von Edgar Wolfrum: Die 80er Jahre. Globalisierung und Postmoderne, Darmstadt 2007.

28 „Die fetten Jahre sind vorbei", Der Spiegel, Nr. 37, 07.09.1980.

Atomkraftwerken in Harrisburg 1979 und Tschernobyl 1986, aber auch andere, näher vor dem eigenen Zuhause liegende Umweltkatastrophen wie der Brand in der Baseler Sandoz-Chemiefabrik oder das „Waldsterben" als der in Südwestdeutschland wohl prominenteste Ausdruck eines zunehmend apokalyptischen Diskurses über das Ende des industriellen Wachstumsmodells, mündeten in eine umfassende Zivilisationskritik.[29] Die wirtschaftliche Transformation von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft, die ein neues Hoch des Konsums mit sich brachte, ging mit Massenarbeitslosigkeit, massiven Tarifkonflikten und bundesweiten Streiks einher sowie mit einer gefühlten gesellschaftlichen Polarisierung und sozialen Spreizung.[30] Zugleich drohten mit dem Vormarsch von Robotern und mikroelektronisch gesteuerten Fertigungsprozessen unter dem Schlagwort „Automatisierung" viele Arbeitsplätze wegzufallen.[31]

Sicher, Angst ist seit Langem eine emotionshistorische Grundkonstante deutscher Politik, wie der kalifornische Historiker Frank Biess und andere herausgearbeitet haben.[32] Neben Ängsten über die „Zukunft eines Industrielandes" standen insbesondere in den 1980er Jahren Umweltängste rund um Themen wie Waldsterben, saurer Regen oder AIDS, aber auch Krieg, Aufrüstung und „nuklearer Overkill" auf der Tagesordnung.[33] Sie mündeten,

29 Vgl. Franz-Josef Brüggemeier: Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998; Birgit Metzger: „Erst stirbt der Wald, dann du!" Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978–1986), Frankfurt/M. 2015; zu den politischen Reaktionen vgl. auch den Beitrag von Philipp Gassert in diesem Band.

30 Vgl. Dietmar Süß/Winfried Süß: Zeitgeschichte der Arbeit. Beobachtungen und Perspektiven, in: Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hrsg.): „Nach dem Strukturbruch". Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er-Jahren, Bonn 2011, S. 345–365.

31 Damals war überwiegend von „Mikroelektronik" die Rede, der Begriff der Digitalisierung hatte sich noch nicht durchgesetzt. Zur informationstechnischen Revolution vgl. u. a. Annette Schuhmann: Der Traum vom perfekten Unternehmen. Die Computerisierung der Arbeitswelt in der Bundesrepublik Deutschland (1950er- bis 1980er-Jahre), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 9 (2012), S. 231–256 [https://zeithistorische-forschungen.de/2-2012/4697, Zugriff 22.01.2024].

32 Frank Biess: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek bei Hamburg 2019.

33 Susanne Schregel: Konjunktur der Angst. „Politik der Subjektivität" und „neue Friedensbewegung", 1979–1983, in: Bernd Greiner u. a. (Hrsg.): Angst im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg Bd. 3, Hamburg 2009, S. 495–520; vgl. auch Biess, Republik der Angst (wie Anm. 32), S. 361–411.



Streik im Mai 1984 bei der Firma Bosch in Reutlingen. In einem der schwersten Arbeitskämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik wird 13 Wochen lang die Metallindustrie bestreikt. Die Gewerkschaften fordern die Einführung der 35-Stunden-Woche, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen.

wie der Konstanzer Historiker Sven Reichardt gezeigt hat, in das Gefühl, sich von vermeintlichen Gewissheiten rasch verabschieden zu müssen, wie etwa von der Annahme, dass sich die Moderne dauerhaft positiv und fortschrittlich auf das Leben der Menschen auswirken würde. Das Fortschrittsnarrativ geriet ins Wanken. Zugleich betonte man die Vielschichtigkeit, den Pluralismus und die Fragmentierung, setzte im „alternativen Milieu" der kalten Technik eigene Authentizität, Wärme und Nähe entgegen.[34] Dies korrespondierte mit einer „neuen Subjektivität", dem Bekenntnis zur individuellen wie kollektiven Betroffenheit, die in dezidiert „alternative" politische Projekte einfloss. Die Aufklärung bekam einen Riss — eine Entwicklung, die bis heute umkämpft und nicht abgeschlossen ist.[35]

34 Zur alternativen Subjektivität insbesondere Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.

35 Vgl. Carolin Amlinger/Oliver Nachtwey: Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin 2022, S. 78 ff.

Zugleich wurde „Angst“ auch zum Fokus einer bewussten Gegenrhetorik konservativer und liberaler politischer Akteure und Autoren, die gegen diese als „sehr deutsch“ gebrandmarkte „Konjunktur der Angst“ anschrieben und ansprachen. *German Angst* wurde in den 1980er Jahren international geradezu sprichwörtlich.[36] Die Katastrophenstimmung gefährde die Demokratie, meinten Wissenschaftler.[37] In der Mitte der Dekade flachte die Epidemie der Furcht wieder ab, machte sich in Umfragen vorsichtiger Optimismus breit. Der schwäbische CDU-Generalsekretär Heiner Geissler steuerte einen programmatischen Beitrag über „Fortschritt ohne Angst“ in der massiven Festschrift zu Lothar Späths fünfzigstem Geburtstag bei. Hierbei postulierte er als Kardinalaufgabe der Politik, das scheue Zutrauen der Menschen zur Zukunft und zum wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu festigen. Es sei nötig, auf die Befürchtungen einzugehen, befinde sich Deutschland doch in einem tiefgreifenden Prozess „wirtschaftlicher und sozialer Umstrukturierung“. Doch apokalyptische Furchtszenarien, wie er sie der Umwelt- und Friedensbewegung vorwarf, hielt er für kontraproduktiv.[38] Wie Geissler sah auch Späth einen Wandel zurück zum vorsichtigen Fortschrittsoptimismus und sah sich in seinem Drängen auf eine „Wende in die Zukunft“ bestätigt.[39]

Globalisierung – Privatisierung – Informationsgesellschaft

Wie das Abflauen der Konjunktur der Angst unterstreicht, wurden Mitte der 1980er Jahre Krisen nicht mehr nur konstatiert und analysiert, sondern verstärkt Lösungsansätze debattiert. Entscheidend beeinflusst wurde das Ringen um die Zukunft von drei langen, säkularen Entwicklungslinien, die nicht zuletzt in der historischen Forschung im Zentrum stehen: *Erstens* das Zusammenwachsen verschiedener Weltregionen unter dem Eindruck der

36 „Angst“ wurde insbesondere von dem amerikanischen Historiker deutsch-jüdischer Herkunft, Walter Laqueur: Germany Today. A Personal Report, New York 1985, in die englischsprachige Debatte eingeführt; in Deutschland erschien das Buch unter dem Titel: Was ist los mit den Deutschen? Frankfurt/M. 1985.

37 Heinz Theisen: Katastrophenstimmung und freiheitliche Demokratie. Gefährdungen, Grenzen und Möglichkeiten freiheitlicher Politik in den prognostizierten Bedrohungsfeldern unserer Zukunft, Köln 1985.

38 Heiner Geissler: Fortschritt ohne Angst — Wissenschaft und Technik im Dienst der Menschen, in: Rudolf Henn (Hrsg.): Technologie, Wachstum und Beschäftigung. Festschrift für Lothar Späth, Berlin 1987, S. 34—46.

39 Lothar Späth: Wende in die Zukunft. Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 289.

seit den 1980er Jahren auch vermehrt so genannten „Globalisierung" weltwirtschaftlicher Strukturen. Darin eingebettet war ein Schub des europäischen Integrationsprozesses, denn die Europäische Gemeinschaft (EG) unter der Führung von Kommissionpräsident Jacques Delors (1985—1995) wurde zum Schrittmacher der handelspolitischen Entgrenzung.[40] *Zweitens* die Hinwendung zu marktorientierten, deregulatorischen Ansätzen in der Wirtschaft und solchen der „Privatisierung" im Zeichen des „Neoliberalismus", für den nicht zuletzt in Baden-Württemberg die Regierung Späth stand.[41] *Drittens* die damals noch nicht so genannte „digitale Revolution", die nun über die Garage, Fabriken und industrielle Anwendung hinausging und privaten Nutzern den Zugang zu Computern ermöglichte. Zeitgenössisch wurde dieser Komplex unter dem Rubrum des „Übergangs zur Informationsgesellschaft" abgehandelt.[42] Ein südwestdeutsches Symboldatum der „Datenverarbeitung" war der 1980 erfolgte Einzug der SAP AG in ihr erstes eigenes Bürogebäude in Walldorf, womit der Aufstieg des heute größten deutschen Softwarekonzerns auch überregional an Sichtbarkeit gewann.[43]

Auch wenn manche dieser Entwicklungen erst in den darauffolgenden Jahrzehnten zur vollen Entfaltung kamen, fühlten sich Menschen in den 1980er Jahren zum ersten Mal so richtig „global". Vom „Weltflüchtlingsproblem"[44] über Fragen globaler „Umweltprobleme" bis hin zur kommunikati-

40 Zur ersten Verdichtung des Globalisierungsdiskurses in den 1980er Jahren vgl. Jan Eckel: „Alles hängt mit allem zusammen". Zur Historisierung des Globalisierungsdiskurses der 1990er und 2000er Jahre, in: Historische Zeitschrift 307 (2018), S. 42—78, hier S. 46 ff.; zur EG/EU als Motor der Globalisierung vgl. Kiran Klaus Patel: Europäische Integration. Geschichte und Gegenwart, München 2022, S. 62 ff.

41 Thomas Handschuhmacher: Eine „neoliberale" Verheißung. Das politische Projekt der „Entstaatlichung" in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre, in: Frank Bösch/Thomas Hertfelder/Gabriele Metzler (Hrsg.): Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert, Stuttgart 2018, S. 149—176. Vgl. auch die Beiträge von Thomas Schuetz und Philipp Gassert in diesem Band.

42 Christiane Reinecke: Wissensgesellschaft und Informationsgesellschaft, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 11.02.2010 [http://docupedia.de/zg/reinecke_wissensgesellschaf_v1_de_2010, Zugriff 25.01.2024].

43 Vgl. die Selbstdarstellung des Unternehmens: Die Geschichte der SAP. Mehr als 50 Jahre Innovationen [www.sap.com/germany/about/company/history/1972-1980.html, Zugriff 25.01.2024].

44 Agnes Bresselau von Bressensdorf: Eine Welt ohne Flucht? Das „Weltflüchtlingsproblem" als ordnungspolitische Herausforderung der 1980er Jahre, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 33, Baden-Baden 2021, S. 51—73.

ven Vernetzung: „Interdependenz" war ein Schlagwort der Stunde.[45] Darüber trat der Nationalstaat gefühlt in den Hintergrund, wirkten sich doch internationale und globale Entwicklungsprozesse direkt auf regionale und lokale Zusammenhänge aus. Umgekehrt gewannen regionale Akteure größeren Handlungsspielraum. Nicht zuletzt trug aber auch der Medienwandel dazu bei, worauf der Potsdamer Zeithistoriker Frank Bösch verweist: In der Wahrnehmung häuften sich „globale Ereignisse". Erstmals gab es nun dank der kommerziell zugänglichen Satellitenkommunikation Live-Berichte aus verschiedenen Weltregionen, die aus bestimmten Entwicklungen — wie beispielsweise der Islamischen Revolution im Iran — ein Weltereignis machten. Angetrieben wurde diese Entgrenzung der Nachrichten von der Liberalisierung des Rundfunks, weil nun private Sender mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk um Aufmerksamkeit und Einschaltquoten konkurrierten.[46]

Themen und Beiträge dieses Bandes

Auch Baden-Württemberg war geprägt von diesen übergreifenden Entwicklungslinien und Übergängen: Bilder von 1979 zeugen von dem Bewusstsein einer wirtschaftlichen Entgrenzung zunehmend globalisierter Weltmärkte durch Späths erste Reise nach China, um neue Märkte für die südwestdeutsche Industrie zu erschließen.

Tatsächlich profitierte Baden-Württemberg wirtschaftlich von der Entgrenzung der Märkte, aber diese Entwicklung machte den Südwesten noch exportabhängiger und damit langfristig anfälliger für globale Wirtschaftskrisen.[47] Späth zog es aber auch nach Japan und Kalifornien, um sich über neue Produktionsregimes und technische Innovationen zu informieren, fürchtete man doch, beim Einsatz der Mikroelektronik abgehängt zu werden. Wie *Thomas Schuetz* in diesem Band herausarbeitet, sollte mittels einer anwendungsorientierten Forschungsagenda des Landes, an der sich im Übrigen

45 Vgl. David Kuchenbuch: „Eine Welt." Globales Interdependenzbewusstsein und die Moralisierung des Alltags in den 1970er und 1980er Jahren, in: Geschichte und Gesellschaft 38 (2012), S. 158—184. Vgl. auch den Beitrag von Maike Hausen in diesem Band.

46 Bösch: Zeitenwende 1979 (wie Anm. 21), S. 13 f.; vgl. auch Gabriele Metzler: „Ein deutscher Weg". Die Liberalisierung der Telekommunikation in der Bundesrepublik und die Grenzen politischer Reformen in den 1980er Jahren, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 163—190.

47 Vgl. hierzu auch Nicole Waidlein: Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs in den 1970er Jahren, in: Gassert/Weber, Wyhl, Filbinger und die RAF (wie Anm. 4), S. 179—198.

auch der Bund und die EG finanziell sehr stark beteiligten, möglichst der nächste Innovationsschritt „vor der internationalen Konkurrenz" vollzogen werden. Späth hatte also gewissermaßen den Ehrgeiz, nach alter sowjetischer Devise Japan und Kalifornien zu überholen, ohne sie einzuholen; soll heißen: Innovation in bester Primus-Manier noch besser zu machen.

Die Bedeutung der Globalisierung fand aber nicht nur Eingang in wirtschaftspolitische Debatten, sondern schlug sich auch in einer wachsenden Aufmerksamkeit für Abhängigkeitsverhältnisse zwischen armen und reichen Ländern nieder. Der „Nord-Süd-Konflikt" und die „Dritte Welt" rückten für verschiedene politische Akteure verstärkt in den Fokus, wie *Maike Hausen* in ihrem Beitrag zeigt. Sie eröffnet damit ein bislang in der Landesgeschichte kaum beachtetes Feld und zeigt die Verknüpfung zwischen diesem gesteigerten Verständnis für globale Zusammenhänge mit Thematiken von Wirtschaft, Umwelt und Menschenrechten, aber auch mit ersten Ideen von globaler Gemeinschaft sowie nachhaltigem Leben und Wirtschaften.

Baden-Württemberg als eine der am stärksten industrialisierten Zonen Europas war dem ökonomischen Strukturwandel massiv ausgesetzt: Streiks und Massenarbeitslosigkeit schlugen sich auch hier heftig nieder. Der frühere Konstanzer Soziologe Ralf Dahrendorf, der beruflich dem Südwesten bereits den Rücken gekehrt hatte und in London lehrte, aber weiter privat in Bonndorf im Schwarzwald wohnte, konstatierte gar das „Ende der Arbeitsgesellschaft".[48] Steht diese Aussage für eine umfassende Krisenperzeption, so reagierten Politik und Wirtschaft mit grundlegenden Reformen, wobei neben dem aus heutiger Sicht durchaus ambivalenten Setzen auf noch mehr Export und Kräftigung der Innovationsfähigkeit seitens der Wirtschaft der im Rückblick durchaus problematische Ansatz einer „Diversifikation" vorangetrieben wurde, wie *Thomas Schuetz* erläutert. Dafür stand exemplarisch der damals als Visionär gefeierte Chef der Stuttgarter Daimler-Benz AG, Edzard Reuter, der den Autobauer zum „integrierten Technologiekonzern" umbauen wollte: ein kostspieliger Milliardenirrtum, der gigantische Werte vernichtete.[49]

Forschung, Innovation und anwendungsorientierte, ökonomisierte Technologiepolitik waren das Herzstück der Reform- und Transformationsstrate-

48 Ralf Dahrendorf: Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht; in: Joachim Matthes (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, Frankfurt/M. 1983, S. 25–37.

49 Der in Stuttgart geborene Wirtschaftswissenschaftler Ekkehard Wenger bezeichnete den Konzernumbau durch Reuter als „größte Kapitalvernichtung, die es jemals in Deutschland zu Friedenszeiten gegeben hat", zit. nach „Schock für die Aktionäre", in: Der Spiegel, Nr. 31, 30.07.1995, S. 28–29.

gie der Landesregierung, wie *David Brechbilder* und *Joshua Haberkern* detailliert herausarbeiten. Noch unter Späths Vorgänger Filbinger war das traditionsreiche Kultusresort in ein „Ministerium für Wissenschaft und Kunst" unter Leitung des bisherigen Freiburger Universitätsrektors Helmut Engler sowie in ein „Ministerium für Kultus und Sport" aufgespalten worden, das zunächst der spätere Verfassungsrichter und Bundespräsident Roman Herzog übernahm, auf den dann 1980 Gerhard Mayer-Vorfelder folgte. Mit dem Ausscheiden Wilhelm Hahns aus dem Amt des Kultusministers war die für die 1960er und frühen 1970er so charakteristische Phase eines planerischen, „holistischen" Ansatzes in der Bildungspolitik vorbei.[50] Späth, der ehemalige Bietigheimer Stadtinspektor, der Bürokratie und Verwaltung hasste, ließ den hoch verrechtlichten Schulbereich links liegen. Das Steckenpferd des nichtstudierten Ministerpräsidenten war die Wissenschaft: Er baute Leuchttürme der Innovation wie die „Wissenschaftsstadt Ulm" und wollte mit „High-Tech" auch außerhalb des universitären Bereichs öffentlichkeitswirksam punkten.[51]

Ausgesprochen restaurativ waren die Tendenzen in dem politisch über alle Epochen hinweg wohl heikelsten Feld der Landespolitik, dem Schulwesen. Schon Wilhelm Hahn hatte 1974 seine „Tendenzwende" ausgerufen, mehr „Mut in der Erziehung" gefordert und damit einen Trend von der reinen Wissensvermittlung und inhaltlichen Aufklärung der Schülerinnen und Schüler hin zu Didaktik, Werteorientierung und einer breiten Allgemeinbildung eingeleitet.[52] Herzog und dann Mayer-Vorfelder schafften es tatsächlich, gemäß der von Späth ausgegebenen Parole einer „Schlankheitskur für den Staat"[53] die Zahl der schulspezifischen Regelungen von 3.880 auf 212 zu senken und bis 1984, nicht gerade zur Freude der Lehrerverbände, eine komplette inhaltliche Revision der Lehrpläne durchzusetzen, wie *David Brechbilder* und *Joshua Haberkern* erläutern. Amüsiert wie auch verärgert waren die Reaktionen auf populistische Sprüche des Ministers, es solle in den Schulen „mal wieder gesungen werden". Mayer-Vorfelders

50 Vgl. Stefan Paulus: „Konservativ und fortschrittlich zugleich". Baden-württembergische Bildungspolitik in den 1960er und 1970er-Jahren, in: Gassert/Weber; Filbinger, Wyhl und die RAF (wie Anm. 4), S. 183—208.

51 Vgl. Marlis Prinzing: Lothar Späth. Wandlungen eines Rastlosen, Zürich 2006, S. 166 ff.

52 Vgl. Erik Lommatzsch: Wilhelm Hahn (1909—1996). Ein Kultusminister im Spiegel seiner Erinnerungen, in: Historisch-Politische Mitteilungen 23 (2016), S. 261—285.

53 Lothar Späth: Auf dem Prüfstand. Der moderne Staat, in: Hubertus Zuber (Hrsg.): Eine Schlankheitskur für den Staat, Stuttgart 1978, S. 11—34.

schulpolitischer Konservatismus stand im krassen Kontrast zur wissenschaftspolitischen Vorwärtsagenda der Landesregierung. Während Späth „High-Tech" großschrieb, gab Mayer-Vorfelder die Devise „Kopfrechnen statt Computer" aus, setzte auf „Bewährtes" wie alte Sprachen, musische Bildung, Kunst, Sport und auf eine Aufwertung von Religion und Ethik — bei gleichzeitiger selektiver Ausrichtung des Schulsystems und Prüfungsdruck.[54]

Die konservative Seite der „schwarzen" Landesregierung zeigte sich nicht zuletzt auch in der Gesundheitspolitik, wo zwei Jahre ins Land gingen, bevor sich der Stuttgarter Landtag, angestoßen durch einen *Spiegel*-Artikel und eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Holger Heimann dazu herbeiließ, das Thema „AIDS" zu debattieren. Eine homophobe, wenn auch nicht besonders originelle Krisenpräventionsstrategie sprach nebulös von „Risikogruppen", wie *Henning Tümmers* in seinem Beitrag unterstreicht. Die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU und spätere Kultusministerin Marianne Schultz-Hector habe Worte wie „Schwule" oder „Prostituierte" im Landtag nicht in den Mund genommen. Gleichzeitig sei die Landespolizei als Teil der Eindämmung dieser „Epidemie" rigoros gegen Sexarbeiterinnen vorgegangen. Aufklärung und Schutz galten weniger dem Kreis der Betroffenen, als vielmehr mittels diskreter Geschlechts- und Gesundheitserziehung „der Jugend". Anders als Bayern scherte Stuttgart jedoch nicht aus der bundesweiten Kampagne „Gib AIDS keine Chance" aus.

Ein neuer Ansatz lässt sich auf dem Feld der Erinnerung an den Nationalsozialismus und in der Geschichtspolitik beobachten. Die meisten Entwicklungen sind nicht landesspezifisch, sondern stehen in einem bundesdeutschen Kontext. Debatten, etwa über die Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 oder der „Historikerstreit", wurden auch im Südwesten intensiv geführt, wie *Angela Borgstedt* herausarbeitet. Dem neu geweckten Interesse an der NS-Zeit standen aber auch Holocaust-Leugnung und Ablehnung des „Schuld-Kults" gegenüber. Indes sprang der partizipatorische Zeitgeist im aufkommenden „Erinnerungsboom" auf das geschichtspolitische Feld über, wo sich im Südwesten zahlreiche Initiativen gründeten. Hier verknüpfte sich der Heimatgedanke mit dem Slogan „Grabe, wo du stehst" und beförderte in vielen Gemeinden Geschichtswerkstätten und Gedenkinitiativen. Aktiv wurden oft lokale Lehrkräfte oder andere, nicht selten aus dem alternativen Milieu stammende zivilgesellschaftlich Engagierte, die aus Anlass von Jubiläen wie den fünfzigsten Jahrestagen der „NS-Machter-

54 Vgl. Theo Balle (Hrsg.): Fordern und Fördern. Bildungspolitik der achtziger Jahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 1993; schon 1990 waren die Lehrplanrevisionen obsolet und erforderten einen neuen Umbau.

greifung“ 1983 oder der Reichspogromnacht 1988 nach dem Ablauf dieser Verbrechen in ihrer Kommune fragten.[55] Auch die Betroffenen und deren Nachkommen, so *Angela Borgstedt*, seien nun aktiv geworden, etwa im Rahmen einer Aktion von Sinti-Aktivisten, die am 1. September 1981 das Tübinger Universitätsarchiv besetzten, wo weiterhin das Material der früheren nationalsozialistischen „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ lagerte. 1982 konstituierte sich der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma als Interessenvertretung, in dessen Trägerschaft sich das 1997 eingeweihte Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrum befindet.[56]

Diversität, weder im Sinne der Herkunft noch der sexuellen, kulturellen oder auch religiösen Orientierung, wurde im insgesamt kulturell recht konservativ und in seiner Gesamtheit bodenständig anmutenden Baden-Württemberg der 1980er Jahre zumindest seitens der Landesregierung nicht besonders großgeschrieben. Dies und das zeitgenössisch vielfach diskutierte Zusammenwachsen „einer Welt“ ließ sich angesichts einer verstärkten nichteuropäischen Zuwanderung und anhaltender globaler Flüchtlingsbewegungen in den 1970er und 1980er Jahren zunächst an den sogenannten *Boatpeople* aus Vietnam festmachen. Im Kontext des Kalten Krieges traten ihnen als vermeintlichen und tatsächlichen Opfern des Kommunismus anfangs auch unionsgeführte Landesregierungen durchaus mit einer gewissen Willkommenshaltung entgegen. Auch Baden-Württemberg nahm zahlreiche aus Vietnam geflüchtete Menschen auf.[57] Dennoch setzte die Regierung trotz einer entgegenstehenden, nachgerade revolutionär anmutenden Bemerkung von Lothar Späth, Baden-Württemberg sei ein „Einwanderungsland“, weiter auf regressive Mechanismen wie Anreize zur „Rückführung“ früherer „Gastarbeiter“.[58]

Die restriktive „Ausländerpolitik“ in der „Ära Späth“ analysiert *Maria Alexopoulou* in ihrem Beitrag. Unter Lothar Späth änderte sich die bereits in den 1960er und 1970er Jahren eingeschlagene Zielrichtung des Migrationsmanagements wenig, auch wenn die Einwanderungsobstruktion sowie die Abwehr von vollends unerwünschten Migrantinnen und Migranten — den

55 Hierzu insbesondere Marco Brenneisen: Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen. Die „zweite Geschichte“ der südwestdeutschen Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945, Stuttgart 2020.

56 Vgl. Sebastian Lotto-Kusche: Der Völkermord an den Sinti und Roma und die Bundesrepublik. Der lange Weg zur Anerkennung 1949—1990, Berlin 2022.

57 Vgl. Bösch, Zeitenwende 1979 (wie Anm. 21), S. 187 ff.

58 Karl-Heinz Meier-Braun: Spaghetti vom Arbeitsamt. Arbeitsmigration nach Baden-Württemberg, in: Matthias Beer (Hrsg.): Baden-Württemberg — eine Zuwanderungsgeschichte, Stuttgart 2014, S. 101—125, hier S. 115.

zeitgenössisch sogenannten „Afro-Asiaten" — nun merklich komplexer wurden. Dies erfolgte auch deshalb, weil inzwischen eine Normalisierung der fortgeschrittenen Transformation zur Einwanderungsgesellschaft eingesetzt hatte, die sukzessive zu der Erkenntnis führte, dass diese nicht mehr zurückzudrehen war, aber dennoch auch nicht unbedingt als solche anerkannt werden musste. Vor allem das Thema „Asyl" war in den 1980er Jahren auch in Baden-Württemberg politisch und medial ein Dauerbrenner und Dauerreizthema, das stark polarisierte.

Politisch eilte Baden-Württemberg der „Wende" in Bonn 1982/83 voraus, nachdem sich die Landes-CDU schon in den 1970er Jahren unter Ministerpräsident Filbinger innerparteilich eher im konservativen Spektrum rechts von Kohl positioniert hatte.[59] Das Kohl'sche „schwarze Jahrzehnt" wurde hier in der Person Späths teilweise vorweggenommen, teilweise aber vor allem zu Beginn der Dekade im neoliberalen Sinne verschärft. Auch inszenierte sich Späth mit ostentativ vorgetragenem „südwestdeutschen Eigensinn" als Protagonist eines neuen „bürgernahen" Politikstils. Sein staatskritischer und technologieverliebter Duktus hob ihn von der stärker christlichsozial geprägten Bundes-CDU unter Kohl ab, wie *Philipp Gassert* in seinem Beitrag unterstreicht. Das „Cleverle" warb mit missionarischem Eifer dafür, die „Zukunftschancen" der Technologie mit allen Händen zu greifen. Auch er kämpfte gegen „die Politik der Angst". Zugleich sprang er opportunistisch auf den ökologischen Zug auf, wenn es ihm ins politische Konzept passte. Dem quirligen Späth ist eine gewisse ideologische Flexibilität nicht abzusprechen, was ihm aber bei seinen Wählerinnen und Wählern offensichtlich nicht schadete.

In der politischen Farbenlehre lässt sich das „schwarze Jahrzehnt" in Baden-Württemberg mit dem Aufstieg der Grünen kontrastieren. 1980, auch mit Blick auf die anstehende Landtagswahl, als Bundespartei in Karlsruhe gegründet, schafften sie es auf Anhieb in den Landtag von Baden-Württemberg.[60] Damit waren nun auch im Stuttgarter Parlament alternative Themen und Politikmodelle repräsentiert. Eine ursprünglich recht heterogene politische Bewegung war damit auf dem Parkett der „großen Politik" angekommen.

59 Philipp Gassert: Politische Polarisierung in einer Zeit beschleunigten Wandels. Zur politischen Kultur im „schwarzen Jahrzehnt" der baden-württembergischen 1970er, in: Edgar Wolfrum (Hrsg.): Verfassungsfeinde im Land? Der „Radikalenerlass" von 1972 in der Geschichte Baden-Württembergs und der Bundesrepublik, Göttingen 2022, S. 451—471.

60 Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn". Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

Indes neigten die Grünen in Baden-Württemberg in den innerparteilich heftigen Auseinandersetzungen zwischen „Fundis“ und „Realos“ zu einer — wie bereits erwähnt — zwar „stacheligen“, aber doch realpolitisch am „Machbaren“ orientierten Opposition.[61] Die „Parlamentarisierung“ der alternativen Protestbewegung änderte jedoch nichts daran, dass es mit den ausgesprochen vielfältigen Protesten weiterging, zumal die Friedensbewegung der 1980er Jahre einen ihrer Hauptschwerpunkte im Südwesten hatte.



4. Juni 1980: Abgeordnete der Grünen überreichen dem frisch wiedergewählten Ministerpräsidenten Lothar Späth einen Kaktus. Nur wenige Monat zuvor war im September 1979 in Sindelfingen der baden-württembergische Landesverband der Grünen gegründet worden. Nun waren sie erstmals in einem westdeutschen Flächenland im Parlament vertreten.

Trotz des Einzugs der „Grünen“ in den Landtag gelang es Späth, die politische Hegemonie der CDU vorerst zu verteidigen und ihre absolute Mehrheit der Mandate noch über die Landtagswahlen von 1988 zu retten. Wie *Ulrich Eith* in seinem Beitrag zur südwestdeutschen Parteienlandschaft der 1980er Jahre in Baden-Württemberg herausarbeitet, zeigten sich aber unter dieser machtpolitischen Stabilität bereits entscheidende Veränderungen in den politisch

61 Vgl Rezzo Schlauch/Reinhold Weber: Keine Angst vor der Macht. Die Grünen in Baden-Württemberg, Köln 2016, S. 31, S. 40 ff. und S. 56 ff.

relevanten Milieus und im Wahlverhalten, die mittelfristig zum Ende der politischen Hegemonie der Christdemokraten führen sollten. Die Etablierung der Grünen seit 1980 und die Wahlerfolge der rechtsextremen Republikaner bei den Landtagswahlen 1992 und 1996 verdeutlichen die Ausdifferenzierung des politischen Wettbewerbs in Baden-Württemberg.

„Braun" war eine politische Farbe, mit der man in den 1980ern wieder verstärkt rechnen musste. Erinnerungskulturelle Konflikte um „Holocaust" und „NS-Vergangenheit" sind Teil dieser Gemengelage und wurden zum Teil mit Gewalt ausgeführt. So wurde im Februar 1980 ein Sprengstoffanschlag auf das Landratsamt Esslingen verübt, wo eine Auschwitz-Ausstellung gezeigt wurde.[62] Alltagsrassismus und Gewalt waren in den frühen 1980er Jahren allgegenwärtig.[63] Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte wurden verübt, so 1980 in Leinfelden-Echterdingen und Lörrach. Sie gingen den bekannteren Hamburger „Billbrook"-Morden voraus.[64] Auch in Baden-Württemberg gab es Bestrebungen, „Wehrsportgruppen" zu gründen.[65] Ein breites Austesten der Grenzen nach rechts geschah mit dem Vormarsch der „Republikaner" seit der Mitte des Jahrzehnts. Sie konnte bei den Wahlen in Berlin und den Europawahlen 1989 mit über sieben Prozent punkten, indem sie vor allem auf das Thema „Asylmissbrauch" setzten.[66] Zugleich moderni-

62 „Anschlag im Esslinger Landratsamt wird scharf verurteilt. Sprengstoff galt Auschwitz-Ausstellung", in: Esslinger Zeitung, 23.02.1982. Als Urheber wurde Manfred Roeder identifiziert, ein bekannter Holocaust-Leugner und Gründer der rechtsextremen „Deutschen Aktionsgruppen"; zu Roeder vgl. Sebastian Bischoff: Nation und Perversion. Der „Anti-Porno-Anwalt" Manfred Roeder und sein Übergang in die völkisch-radikalnationalistische Rechte, 1969–1975, in: Geschichte und Gesellschaft 48 (2022), S. 584–618.

63 Vgl. als zeitgenössische Analyse, auch mit drastischem Bildmaterial, Andreas Geiger: „Ausländer raus". Rechtsradikale Organisationen machen gegen Ausländer mobil, in: Rolf Meinhardt (Hrsg.): Türken raus? Oder: Verteidigt den sozialen Frieden. Beiträge gegen Ausländerfeindlichkeit, Reinbek bei Hamburg 1984, S. 130–137.

64 Norbert Frei u. a.: Zur Rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus, Berlin 2019, S. 142 f.

65 „Rechtsextremismus: Minister Herzog berichtet über ‚Wehrsportgruppe'", Mannheimer Morgen, 28.02.1983; zur historischen Einordnung vgl. Barbara Manthe: Vom Rechtterrorismus zur rechten Gewalt. Die Bundesrepublik in den 1980er und frühen 1990er Jahren, in: Till Kössler/Janosch Steuwer (Hrsg.): Brandspuren. Das vereinigte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er Jahre, Bonn 2023, S. 107–122.

66 Vgl. zur Asylthematik den Beitrag von Maria Alexopoulou in diesem Band. Wie die Republikaner von der Migrationsdebatte profitierten, zeigt sich nicht zuletzt

sierte sich die extreme Rechte. Dafür steht das Aufkommen des Rechtsrocks wie auch von Fankulturen rund um Fußballclubs. Das hob sich deutlich von der älteren, biographisch noch im Nationalsozialismus vor 1945 gründenden NPD ab.[67]

Zu den herausragenden Ereignissen der 1980er Jahre gehörte die „große" Friedensbewegung im Kampf gegen den NATO-Doppelbeschluss und die Nachrüstung. Es war das beschauliche Mutlangen im Ostalbkreis, das als Ort eines US-Raketendepots zum nationalen und internationalen Sinnbild des Widerstands der Friedensbewegung wurde, sowie die — visuell noch eindrücklichere — „Menschenkette" vom 22. Oktober 1983, die von Stuttgart über die Schwäbische Alb bis nach Neu-Ulm reichte. *Richard Rohrmoser* stellt in seinem Aufsatz die Friedensbewegung in die Kontinuität der 1970er Jahre, ausgehend von dem für Baden-Württemberg historisch prägenden Protest gegen das geplante Atomkraftwerk im südbadischen Wyhl.[68] Im Kontrast zu den gewalttätigen Konflikten, wie sie partiell für Gorleben oder Wackersdorf so charakteristisch waren und rückblickend visuell dominieren, sei Mutlangen zum Ausgangspunkt einer veränderten Protestkultur geworden. Dort habe man gewaltfreien „zivilen Ungehorsam" geübt und Gewalt unterbunden, so *Richard Rohrmoser*. Mutlangen avancierte so „zu einem weit über Baden-Württemberg hinaus bekannten Symbolort für friedliche Konfliktaustragung."[69]

Rechtshistorisch ist Mutlangen aufgrund der mehrfachen höchstrichterlichen Befassung mit den dortigen Blockaden zum Synonym der juristischen Aushandlung der erlaubten Grenzen des Versammlungsrechts (Stichwort: „verwerfliche Nötigung") geworden. Hier hat der „Fall Mutlangen" Demokra-

---

in der Kampagne von 1990 mit dem Schlagwort „Das Boot ist voll". Die Republikaner waren schon 1983 von dem ehemaligen Waffen-SS-Mitglied Franz Schönhuber als CSU-Abspaltung gegründet worden. Sie konnten bereits 1986 einen ersten Achtungserfolg bei den bayerischen Landtagswahlen erzielen, vgl. Frei, Zur Rechten Zeit (wie Anm. 64), S. 151 ff.

67 Vgl. Timo Büchner: Rechtsrock in Baden-Württemberg, Schneckenlohe 2022 [hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg].

68 Ulrich Eith: Von Wyhl bis Karlsruhe — Bürgerproteste, Neue Soziale Bewegungen und die Gründung der Grünen, in: Gassert/Weber, Filbinger, Wyhl und die RAF (wie Anm. 4), S. 113—135; Beata Lakeberg/Hans-Christian Pust (Hrsg.): Atom. Strom. Strom. Protest. 50 Jahre Wyhl und anderswo, Ostfildern 2023.

69 Zur symbolischen Qualität trug auch eine bestimmte Visualisierung bei, vgl. Fabio Crivellari: Blockade. Friedensbewegung zwischen Melancholie und Ironie, in: Gerhard Paul (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder, Bd. II: 1949 bis heute, Bonn 2008, S. 482—489.

tie- und Protestgeschichte geschrieben, mit dem ersten Sitzblockaden-Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) von 1986, das als Ausdruck eines ausgesprochenen Rechtsdogmatismus in der Verfassungsgerichtsbarkeit gesehen werden kann.[70] Ein zweites Verfahren in Karlsruhe 1995 führte vorübergehend zu einer milderen Beurteilung friedlicher Blockaden. Doch eine ergänzende Kammerentscheidung drehte 2011 das Rad wieder zurück und bestätigte den Tatbestand der nötigenden Gewalt.[71] Der Kalte Krieg ist vorbei, die Pershing-II-Raketen wurden abgebaut und verschrottet. Doch die in den 1980er Jahren vor dem Amtsgericht Schwäbisch Gmünd massenhaft verhandelte Rechtsfrage, was Sitzblockierer dürfen und wie weit „ziviler Ungehorsam" gehen darf, ist weiterhin höchst aktuell. Dafür stehen die aktuellen Auseinandersetzungen um die Blockaden der „Letzten Generation", deren polizeiliche und justizielle Behandlung in der Tradition der Mutlangen-Proteste steht. Weiter ist bei disruptivem zivilen Ungehorsam, wie er sich vor allem in Blockaden manifestiert, der Rechtsrahmen sehr eng gezogen.[72]

Das zeitgenössische „Betroffenheitsgefühl" verband sich mit Innerlichkeitsbegriffen und der Neuauflage von „Heimat". Es verwundert daher nicht, dass sich nun auch Bewegungen häufig jenseits der großen Zentren formierten. Ein anderes sind die vielen dezentralen Proteste gegen Umweltverschmutzung, Atomenergie oder auch gegen die für 1987 geplante Volkszählung. Hier verbanden sich tradierte Ängste vor einem Obrigkeitsstaat mit Erinnerungen an die Nazi-Diktatur und Vorstellungen einer Orwell'schen Überwachung vor dem Hintergrund des Aufkommens neuer Technologien.[73]

---

70 Jonas Plebusch: Das dogmatisierende Jahrzehnt. Verfassungswissenschaft und Verfassungsgerichtsbarkeit in den 1980er Jahren, in: Martin Löhnig (Hrsg.): Beginn der Gegenwart. Studien zur juristischen Zeitgeschichte der 1980er Jahre, Göttingen 2021, S. 283—333.

71 Vgl. Richard Rohrmoser: „Sicherheitspolitik von unten". Ziviler Ungehorsam gegen Nuklearrüstung in Mutlangen, 1983—1987, Frankfurt/M. 2021, S. 399 f.; zur speziellen Zeitzeugenperspektive eines Amtsrichters in Schwäbisch Gmünd vgl. Werner Offenloch: Erinnerung an das Recht. Der Streit um die Nachrüstung auf den Straßen und vor den Gerichten, Tübingen 2005; zum umstrittenen Gewaltbegriff vgl. Freia Anders/Alexander Sedlmaier: Legitimationsdiskurse und Gewaltbegriffe. Die Gewaltkommission der BRD, 1977—1990, in: Löhnig, Beginn der Gegenwart (wie Anm. 70), S. 63—91.

72 Zur paradoxen rechtlichen Bewertung die einleuchtenden Erläuterungen von Maximilian Steinbeis: Sitzblockaden: Strafrecht bleibt Strafrecht, in: Verfassungsblog, 30.03.2011 [https://verfassungsblog.de/sitzblockaden-strafrecht-bleibt-strafrecht/, DOI: 10.17176/20181008-123804-0, Zugriff 06.12.2023].

73 Vgl. Andreas Fürst: Volkszählung — Boykott, Sanktionen und die Entdeckung eines neuen Grundrechts, in: Löhnig, Beginn der Gegenwart (wie Anm. 70), S. 261—282.

Dies unterstreicht die herausragende Rolle in der politischen Partizipationspraxis der 1980er Jahre. Während sich die Grünen als „parlamentarischer Arm“ sozialer Bewegung verstanden, wenn auch nicht alle „Bewegten“ zwingend diese Einschätzung teilten, diffundierte politisches Engagement weiter in die Zivilgesellschaft. Der Slogan „Das Private ist politisch“, erlebte in den 1980er Jahren noch einmal einen kräftigen Aufschwung in der Vielfalt unterschiedlichster Protest- und Solidaritätsbewegungen. Der Historiker Florian Hannig brachte es auf den Punkt: „Weil sich Menschen betroffen fühlten, kamen sie zusammen, um sich politisch zu behaupten, um Unterdrückung zu bekämpfen oder um gegen Großprojekte wie den Bau von Atomkraftwerken oder neuen Landebahnen zu protestieren.“[74]



Protestierende Bauern im Januar 1986 in Boxberg: Der Ort im fränkischen „Madonnenländchen“ steht stellvertretend für regionalen Protest gegen Großprojekte. Mitte der 1980er Jahre bildet sich hier ein breites Protestmilieu, in dem vor allem Landwirte den Ton angeben, gegen den Bau einer Teststrecke von Daimler-Benz. Letztlich siegen die „kleinen Bauern“ gegen den „Goliath“ Daimler-Benz, weil 1987 das Bundesverfassungsgericht die für den Bau notwendigen Enteignungen für unzulässig erklärt.

74 Florian Hannig: Eine kurze Geschichte der Betroffenheits(kritik) in der Bundesrepublik, in: Merkur Zeitschrift, 30.11.2021 [www.merkur-zeitschrift.de/2021/11/30/eine-kurze-geschichte-der-betroffenheitskritik-in-der-bundesrepublik, Zugriff 04.10.2022].

Sven Reichardt untersucht in seinem Beitrag eine bestimmte Ausprägung des alternativen Milieus, bei dem es nicht nur um ein Mehr an Zivilgesellschaft, Partizipation und Engagement ging, sondern — quasi als Gegenstück zur technizistisch-utilitaristischen Wissenschaftspolitik der Landesregierung — um eine „sanfte Wissenschaft" und statt traditionalistisch-konservativer Bildungspolitik in der Schule um zukunftsorientierte Aufklärung. Es waren „ökologische Wissenspraktiken", die die Aktivistinnen und Aktivisten der Umweltbewegung popularisierten. Ausgehend vom breit rezipierten Bericht des Club of Rome, *Die Grenzen des Wachstums* (1972), wurden „Vorstellungen von den Kreisläufen und kybernetischen Rückkopplungen innerhalb des Ökosystems", so Reichardt, „mit kapitalismuskritischen Vorstellungen über die Wachstumsgrenzen im ökologischen Gleichgewicht verknüpft". Weniger traditioneller „Umweltschutz" als vielmehr ein global und ganzheitlich vernetztes Denken mit wissenschaftlichem Anspruch standen hier an. Dies führte unter anderem zur Gründung von Institutionen wie dem „Öko-Institut" in Freiburg.[75]

Ausblick

Blickt man auf die 1980er Jahren zurück, so offenbart sich an vielen Stellen, dass die Krisen- und Problemlagen ebenso wie Lösungs- und Reformansätze, die in den 1970er und 1980er Jahren erkennbar wurden, uns noch heute begleiten. Was mit modischem Hype als „Anthropozän" diskutiert wird, also die Frage nach den ökologischen und sozialen Folgen des industriellen Wachstums und dessen Grenzen, war ein zentraler Debattenstrang bereits der 1970er und 1980er Jahre.[76] Medial sichtbarer führten in den 1980er Jahren Umweltkatastrophen — von „Seveso" und „Harrisburg" über das „Waldsterben" und „Sandoz" bis hin zu „Tschernobyl" — die Kosten des Industrialismus real vor Augen.[77] Hier entstand das Anschauungsmaterial für bereits früher gewonnene Einsichten. Nachhaltigkeit und globale Ver-

75 „Von Midlife Crisis keine Spur. Das Öko-Institut liefert der Umweltbewegung Fakten und Argumente — und legt sich auch mit ihr an. Am Anfang ging es nur um den Bau eines AKW", in: die tageszeitung (taz), 02.11.2017 [https://taz.de/40-Jahre-Oeko-Institut-Freiburg/!5457561, Zugriff 23.01.2024].

76 Ariane Tanner: Anthropozän, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 03.05.2022 [http://docupedia.de/zg/Tanner_anthropozaen_v1_de_2022, Zugriff 25.01.2024].

77 Vgl. Frank Uekötter/Claas Kirchhelle: Wie Seveso nach Deutschland kam. Umweltskandale und ökologische Debatte von 1976 bis 1986, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 371—334; Bösch, Zeitenwende 1979 (wie Anm. 21), S. 333 f.

flechtung wurde eben nicht allein in der von Lothar Späth und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) so geförderten handelspolitischen Globalisierung gesehen, sondern Ökologie wurde als globales Problem perzipiert und so Umwelt zum zentralen Politikfeld. Diese ambivalente Dualität der „Chancen und Risiken" der Globalisierung zieht sich bis zu den Klimagipfeln der Gegenwart durch.[78]

Das gilt auch für Fragen und neue Formen politischer Partizipation und Integration wie auch der Steuerungsmöglichkeiten parlamentarischer Entscheidungsprozesse in diffusen und große Problemlagen. Die 1970er und 1980er Jahre stehen am Anfang vom Ende der, wie Lyotard postulierte, „großen Organisationen" und „großen Erzählungen", der abnehmenden Bindekräfte der Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Vereine und Verbände. Sie stehen auch für einen Schuss „Rückzug ins Private" und „Politikverdrossenheit", wovon wir heute auch wieder sehr viel hören. Protest und soziale Bewegungen stellten neue Anforderungen und fanden zwar Gehör und auch Pfade in die etablierte Politik hinein. Doch während die Grünen triumphierten, kehrte zunächst, trotz der Terrorakte wie dem Anschlag von Esslingen 1980 für die große Mehrheit relativ im Verborgenen, der rechte Extremismus zurück. Insofern bieten uns die 1980er Jahre in einem breit verstanden Sinn als Teil einer sozioökonomischen, politischen und ökologischen Krisen- und Transformationsphase einen Einblick in Fragenkataloge und Lösungsansätze, die uns im Sinne von Zeitgeschichte als „Geschichte gegenwärtiger Problemlagen" verstehen helfen, wie unsere Gegenwart geworden ist.

78 Vgl. Joachim Radkau: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011.

Philipp Gassert

Staatskritik, Zukunft und Risiken der Industriegesellschaft: Zur politischen Geschichte Baden-Württembergs in der Ära Späth

Späth: Schreibt uns, was wir besser machen sollen." So betitelte die Südwestpresse einen Bericht über eine Initiative „Bürgernähe in der Verwaltung", die der frisch gewählte Ministerpräsident Lothar Späth mit großem Tamtam initiiert hatte.[1] Er rief die Bevölkerung dazu auf, sich mit ihren persönlichen Anliegen direkt an ihn zu wenden. Sofort nach seiner Wahl durch den Landtag, in seiner ersten Regierungserklärung als Ministerpräsident am 31. August 1978, schlug er einerseits staatskritische Töne an, sprach von einem „unheilvollen Bündnis zwischen einer zur Perfektion neigenden Bürokratie und einer nivellierenden Gleichmacherei". Andererseits rief er zu mehr Wettbewerb und Freiheit, Subsidiarität und Selbstverantwortung sowie auch Privatisierung und „Begrenzung staatlicher Aktivitäten" auf. Er werde „in den kommenden Monaten das Gespräch mit allen Bürgern und Gruppen unseres Gemeinwesens" suchen, mahnte er kennedyesque, „um offen darüber zu sprechen, was wir gemeinsam für unser Land tun können".[2]

Späth vertrat vor allem zu Beginn seiner Amtszeit eine, in heutiger Sprache, „neoliberale" Agenda, wenn man darunter eine Verschlankung des Staates bei gleichzeitiger Förderung von Eigeninitiative und dem Präferieren marktwirtschaftlicher Mechanismen versteht.[3] Er griff Forderungen nach

1 Zitiert nach Marlis Prinzing: Lothar Späth. Wandlungen eines Rastlosen, Zürich 2006, S. 152.

2 Regierungserklärung von Ministerpräsident Lothar Späth, Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 7. Wahlperiode 1976—1980, Protokollbd. 4, 56. Sitzung vom 31.08.1978, S. 3627 ff.

3 „Neoliberal" ist als Kampfbegriff problematisch und umstritten, daher spreche ich von „Staatskritik", auch weil Späth durchaus auf staatliche Instrumente bei der Förderung von Innovationen setzte; für seinen Ansatz vgl. vor allem Lothar Späth: Auf dem Prüfstand. Der moderne Staat, in: Hubertus Zuber (Hrsg.): Eine Schlankheitskur für den Staat, Stuttgart 1978, S. 11—34, hier S. 17 ff.; zur Begrifflichkeit und zum historischen Kontext von Späths marktliberaler und staatskritischer Agenda vgl. Thomas Handschuhmacher: Eine „neoliberale" Verheißung. Das poli-

mehr „Partizipation“ aus dem Kontext der Neuen Linken auf, aber inszenierte sich zugleich als Kritiker einer auf sozialen Ausgleich zielenden Politik, die in dem „durchaus positiven Streben nach mehr Gerechtigkeit und Gleichheit“ bürokratische Organisationen geschaffen habe, die aufgrund ihrer „Verselbständigung“ diese hehren Ziele zu unterminieren drohten.[4] Die „Eiserne Lady“, Großbritanniens Premierministerin Margaret Thatcher antizipierend, warf er sich zu einem der Protagonisten der Debatte über einen „überforderten Staat“ auf. Zugleich lieferte er Politik zum Anfassen nonstop. Er war landauf, landab zu sehen, gesprächsselig fuhr er in der S-Bahn durch Stuttgart, ließ sich im Friseursalon fotografieren, beim „Kirschkernweitspucken auf der Schwäbischen Alb“, oder beim Herzen eines Bärchens im Schwarzwald.[5] Er sah sich als leutseliger Politiker, „der die Ärmel hochkrempelt“. Die Bürger, so Späth, wollten Partnerschaft, „nicht immer nur Ersatz-Zeremonien für das Königreich“ — ein kleiner Seitenhieb auf seine Vorgänger Hans Filbinger und Kurt Georg Kiesinger.[6]

Späths Politikstil „zum Anfassen“ hatte populistische Züge. Er produzierte laufend Bewegung und Neues, wobei die Richtung nicht besonders interessierte. Er baute medialen Druck auf, um sich bekannt zu machen. Er inszenierte und organisierte „Bürgernähe“. Drei Monate nach dem Amtswechsel von Filbinger zu Späth setzte das Kabinett eine Kommission ein, die Gesetze, Verordnungen, Vorschriften wie auch Verwaltungshandeln kritisch überprüfen sollte.[7] Begleitet wurde der Beschluss von einer lautstarken Kampagne: Späth kündigte seine Initiative auf einer Pressekonferenz an, die im Regionalfernsehen direkt übertragen wurde. Zugang zur Bevölkerung fand er auch, indem er Sprechstunden im Radio abhielt. Menschen konnten in der Sendung anrufen. Vom Staatsministerium verbreitete Fotos zeigen ihn häufig in einer Traube von Menschen. Er sei, so seine Biographin Marlis Prinzing,

---

tische Projekt der „Entstaatlichung“ in der Bundesrepublik der 1970er und 1980er Jahre, in: Frank Bösch/Thomas Hertfelder/Gabriele Metzler (Hrsg.): Grenzen des Neoliberalismus. Der Wandel des Liberalismus im späten 20. Jahrhundert, Stuttgart 2018, S. 149—176.

4 Regierungserklärung vom 31.08.1978 (wie Anm. 2), S. 3628; siehe auch „Den Freiheitsraum der Menschen verteidigen und erweitern“, Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 01.09.1978, S. 2.

5 Vgl. Werner Filmer/Heribert Schwan: Lothar Späth, Düsseldorf 1987, S. 168 f.

6 So Späth über Späth in einem Interview mit dem Offenburger Verleger Hubert Burda, zitiert bei Prinzing, Späth (wie Anm. 1), S. 153.

7 Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS), EA 1/924, Bü 594 („Bürgernähe in der Verwaltung“/Einschreiben, Einzelfälle Buchstabe R—St, 1978—1980).

„ein Mann des Dialogs und ein professioneller Kommunikator". Die Journalistin drückte es vornehm aus. Für SPD-Oppositionsführer Erhard Eppler, der Späths Politikstil durchschaute, ihn aber nicht schlagen konnte, war Späth schlicht der „Lothar Sageviel", der viel versprach und wenig hielt.[8]

Die Resonanz auf das Projekt „Bürgernähe in der Verwaltung" war enorm. Die Eingaben reichten — erwartbar — von zu hohen Gebühren bei der Genehmigung von Bauprojekten, Beschwerden über Steuerbescheide, die Fremdenverkehrsabgabe für auswärtige Touristen bis hin zu Schwerbehindertenansprüchen, Wohngeld- und Rentenbescheiden. Ein „Müllhaufen" vor der Universitätsklinik Tübingen wurde beklagt. Jemand ärgert sich über unnötige Kosten bei der Neugestaltung des Landtagsgebäudes. Andere machen Vorschläge zur Vereinfachung von Formularen. Die Briefe wurden an die zuständigen Ministerien weitergeleitet, mit der nachdrücklichen Ermahnung, dass sie „möglichst rasch und gründlich geprüft werden und der Einsender so bald wie möglich Bescheid erhält". Man ahnt die Begeisterung der betroffenen Beamten und Beamtinnen. Ließ sich eine Dienststelle Zeit, fragte das Staatsministerium nach drei Monaten nach. Gelegentlich antwortete Späth auch persönlich.[9]

So opportunistisch die Kampagne „Bürgernähe in der Verwaltung" war, sie hat tatsächlich etwas verändert. Mit Späth beginnt die Institutionalisierung der politischen Beteiligung in Baden-Württemberg, die dort eine hohe politische Wertigkeit genießt.[10] Forderungen nach Partizipation und demokratischer Teilhabe wurden aufgegriffen, die üblicherweise mit „1968" und der Neuen Linken verbunden werden. Späth wendete sie im konservativ-

8 Prinzing, Späth (wie Anm. 1), S. 183; Oppositionsführer Eppler führte Späths flatterhafte Wendigkeit und Ankündigungsmanie vielfach mit beißender Ironie im Landtag und bei anderen Auftritten vor: Späth übe „Politik als Gewerbe im Umherziehen" aus und bestimme nicht die Richtlinien, sondern die „Richtkurven der Politik". Epplers Kommentierungen blieben jedoch ohne nachhaltige Wirkung beim Volk. Vgl. Erhard Eppler: Einsprüche. Zeugnisse einer politischen Biographie, hrsg. v. Albrecht Bregenzer u. a., Freiburg 1986, S. 151 ff.

9 Vgl. Philipp Gassert: „Die da unten … Ihr da oben". Briefe an baden-württembergische Ministerpräsidenten in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre, in: Ernst Wolfgang Becker/Frank Bösch (Hrsg.): Partizipation per Post. Bürgerbriefe an Politiker in Diktatur und Demokratie, Stuttgart 2024, S. 249—268.

10 So haben heutzutage alle Landesministerien Bürgerreferentinnen, vgl. „Ansprechpartner in den Ministerien" auf der Website der Landesregierung [www.baden-wuerttemberg.de/de/service/ansprechpartner, Zugriff 18.06.2023]. Beteiligung hat in Baden-Württemberg inzwischen Verfassungsrang und wird über ein eigenes Beteiligungsportal organisiert [https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/, Zugriff 16.07.2023].

freiheitlichen Sinne. Der neue Ministerpräsident inszenierte sich als Chefkritiker eines übergriffigen Staates, den sein Vorgänger Filbinger noch mit Zähnen und Klauen gegen „linke Chaoten und Revoluzzer" verteidigt hatte. Der flinke Ex-Bürgermeister und Neue-Heimat-Chef Späth agierte unternehmerisch, projektförmig, „marktliberal", war für föderalstaatliche Entflechtung und bedauerte die „Kommunikationsstörung" zwischen Bürgern und Parteien. Sein Zentralbegriff war nicht die progressive Modevokabel der „Partizipation", sondern „Bürgerbeteiligung" und „bürgerschaftliches Engagement". Dieses forderte und wertschätzte er, in bodenständig-konservativer, ja populistischer Tonalität.[11]

Die zeithistorische Forschung debattiert darüber, wie man das Verhältnis zwischen einerseits der neoliberalen Kritik am Staat, wie sie Späth zu Beginn seiner Amtszeit mit Verve vertrat, und andererseits der Alternativ- und Ökologiebewegung am besten greift. Auch Neue Linke und soziale Bewegungen der 1970er Jahre sahen das repräsentativ-parlamentarische Politikmodell skeptisch. Ökologiebewegung und Neoliberalismus waren „Krisenkinder", so der Potsdamer Zeithistoriker Frank Bösch. Sie standen für unterschiedliche Lösungsansätze, aber sie waren sich einig in der Wahrnehmung „fundamentaler Krisen, aus denen sie geradezu apodiktisch einen alternativlosen Zwang zur Umkehr forderten". Gemeinsam war ihnen die „Präferenz zur Eigeninitiative".[12] Dazu passte auch die anfängliche Weigerung der Gründungsgrünen, sich in das alte „rechts-links-Schema" einordnen zu lassen, zumal die alternativen Bewegungen ja auch Wurzeln in konservativ-staatsfernen, heimatschützerischen Milieus hatten.[13]

Spätestens nach seiner Wiederwahl 1980 setzte Späth wieder ganz auf die Instrumente des Staates und packte die marktradikale Rhetorik wieder ein. Neoliberale wie auch ökoradikale Staatskritik poppte in Baden-Württemberg besonders früh auf, weil der Machtwechsel in der Villa Reitzenstein 1978 und die Terminierung der Landtagswahlen 1980 hierfür diskursive Räume eröffnete. Aber sie verschwand auch bald wieder in der Versenkung. Der Faktor Späth war hierbei erheblich. Er pushte zunächst die neoliberale

11 Hierzu seine Überlegungen zum Föderalismus, Lothar Späth: Die Chancen der Vielfalt. Der Föderalismus als moderne Staatsform, Stuttgart 1979, S. 91 ff.; zur Rolle der Bürgerinitiativen im Parteienstaat, ebd., S. 83.

12 Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019, S. 296 ff.; vgl. auch Ariane Leendertz: Der erschöpfte Staat. Eine andere Geschichte des Neoliberalismus, Hamburg 2022.

13 Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn": Eine Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011.

Agenda. Dann aber schaltete er im globalen Wettbewerb, den er als Japan- und Chinareisender aus erster Hand beobachtet hatte, schon nach kurzer Zeit auf Technologiepolitik und staatlich unterstützten Strukturwandel um. Auch Späth realisierte, dass ein Rückzug des Staates und ein Fokus auf „Verschlankung" und „Entbürokratisierung" wie auch Reformen der Verwaltungsstrukturen zwar gut klangen und von der Bevölkerung gefordert wurden. Doch dies war eine letztlich undankbare Aufgabe, mit der er sich langfristig kaum profilieren konnte, weil sie vordergründig nur wenig sichtbare und vorzeigbare Ergebnisse brachte.

Im Folgenden wird die südwestdeutsche Politik der 1980er Jahre *erstens* vom „Dominator" Späth her betrachtet, der mit seinem von boshaften Zungen als „absolutistisch" gebrandmarkten Ansatz die CDU-Hegemonie während der Dekade erfolgreich verteidigen sollte, auch wenn ihre absolute Mehrheit nach und nach abschmolz.[14] *Zweitens* soll es um die technologieaffine Bewältigung des wirtschaftlichen Strukturwandels hin zu einer Informationsgesellschaft als dem für Späth zentralen wie auch charakteristischen Ansatz gehen.[15] *Drittens* wird der „Umweltschutz" adressiert, der angesichts des „Waldsterbens", der Katastrophen von Tschernobyl und des Chemieunfalls bei Sandoz wie auch der Debatte über den „Wasserpfennig" höhere politisch Wertigkeit bekam. Die Ökologiefrage wurde Späth gewissermaßen aufgezwungen und schlug sich institutionell in der (verspäteten) Gründung eines eigenständigen Umweltministeriums erst 1987 nieder. In der Ära Späth wurde die Frage nach der „Zukunft der Industriegesellschaft" auch vor dem Hintergrund ihrer ökologischen Nebenwirkungen und „Risiken" (Ulrich Beck) aufgeworfen. Sie blieb ein Schlüsselthema der Landespolitik noch weit jenseits seiner Amtszeit.[16]

Fortgesetzte CDU-Hegemonie im „Späth-Absolutismus"

Lothar Späth verkaufte sich anfangs als Oppositionspolitiker aus der Regierung heraus, obwohl er seit 1972 als CDU-Fraktionsvorsitzender amtiert hatte und seit 1978 als Innenminister auch dem Kabinett angehörte. Seinen Vorgänger Filbinger verteidigte er wortreich, wenn er auch dessen fehlendes

14 Vgl. hierzu den Beitrag von Ulrich Eith in diesem Band.

15 Vgl. hierzu den Beitrag von David Brechbilder und Joshua Haberkern in diesem Band.

16 Für eine prägnante Gesamteinschätzung der Ära Späth vgl. Klaus-Jürgen Matz: Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg, Leinfelden-Echterdingen 2010, S. 129–146.

kommunikatives Gespür kritisierte.[17] Mit seinem Plädoyer für „Bürgernähe" reagierte er auf den heftigen Absturz Filbingers, der beginnend mit den Kämpfen um die Aufspaltung des Kultusministeriums und dann mit der Kontroverse um die NS-Vergangenheit des Landesvaters die CDU in ihren Grundfesten erschüttert hatte. Späth suchte Vertrauen zurückzugewinnen. Zugleich inszenierte er sich mit markliberaler Programmatik als Speerspitze der Opposition gegen die im Bund regierende Sozialdemokratie unter Helmut Schmidt wie auch gegenüber den Bürgerbewegungen. Die Idee der Partizipation suchte er christdemokratisch zu wenden, im Sinne von Subsidiarität und Eigeninitiative, mit leicht populistischem Drall: Mehr Demokratie wagen, aber „auf Schwäbisch".

Als am Abend des 16. März 1980 die Ergebnisse der ersten Landtagswahl bekanntgegeben wurden, die Späth als Regierungschef bestritten hatte, fokussierten viele Kommentare darauf, dass erstmals sechs Abgeordnete der Grünen in den Landtag eines Flächenlandes eingezogen waren, darunter auch der spätere Ministerpräsident Winfried Kretschmann. Die eigentliche Sensation aber war, dass die SPD-Opposition so gar nicht von der Filbinger-Affäre hatte profitieren können, sondern sogar leicht verlor. Späth hatte die absolute Mehrheit verteidigt: Seine CDU büßte zwar 2,5 Prozentpunkte ein, doch gegenüber dem atemberaubenden Höchststand von 1976, als die Filbinger-CDU 56,7 Prozent eingefahren hatte, war ein Rückgang erwartbar gewesen. Angesichts der Querelen der Filbinger-Affäre keine zwei Jahre zuvor, hatte Späth mit 54,2 Prozent einen ebenso überraschenden wie überragenden Wahlsieg eingefahren und die politische Dominanz der CDU im Südwesten eindrucksvoll verteidigt und bekräftigt.[18]

Der SPD-Landesvorsitzende Erhard Eppler war enttäuscht. Er sah sich aufgerieben von den Grünen, zu denen Jüngere vor allem von der SPD abwanderten: „Sie wollten nicht mich treffen, sondern Helmut Schmidt."[19] Dabei

17 Es war der Grundtenor unter CDU- wie auch Filbinger-Anhängern, er habe „sich nichts zuschulden kommen lassen", aber zu wenig selbstkritisch und kommunikativ ungeschickt agiert, vgl. Erik Lommatzsch: Hans Filbinger (1913–2007). Ein Mann seiner Zeit, in: Philipp Gassert/Reinhold Weber (Hrsg.): Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015, S. 47–70, hier S. 67.

18 Vgl. Philipp Gassert: Ein „rotes" oder „schwarzes" Jahrzehnt? Parteienlandschaft und politische Milieus in Baden-Württemberg in den 1970er Jahren, in: Gassert/Weber, Filbinger, Wyhl und die RAF (wie Anm. 17), S. 21–45, hier S. 21 f.

19 „Eppler: Die Grünen bestrafen mich. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg war die SPD der einzige Verlierer", in: Der Spiegel Nr. 13, 24.03.1980, S. 33–36.



Siegerpose: Ministerpräsident Lothar Späth, aufgenommen kurz vor den Landtagswahlen im März 1980, bei denen er die absolute Mehrheit der CDU im Stuttgarter Landtag verteidigen konnte.

war der Stuttgarter Oppositionschef ziemlich genau das Gegenteil der Bonner SPD-geführten Bundesregierung unter Schmidt. Letzterer stand wie Späth und die Südwest-CDU für Atomkraft, Nachrüstung, industrielle Arbeit, automobile Gesellschaft und Straßenbau. Genau das verkörperte Eppler eben nicht, der 1974 als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Streit mit Schmidt über den Entwicklungsetat aus dem Bundeskabinett ausgeschieden war.[20] Doch es fehlte seit Filbingers Rücktritt der sperrig-konservative Widerpart, gegen den er sich hätte profilieren können. Gegen den wendigen Späth kam er nicht an. Auch als die SPD nach Epplers Rücktritt als Landesvorsitzendem in den Landtagswahlen 1984 mit dem „eher bieder wirkenden" Ulrich Lang und dann 1988 mit Dieter Spöri einen ausgesprochenen Wirtschaftsfachmann gegen Späth ins Rennen schickte, verharrten ihre Ergebnisse konstant bei knapp über 30 Prozent.[21]

Im Rückblick ist erkennbar, dass die Wahlen 1980 eine Scharnierwahl waren. Der Trend zum Zweiparteiensystem war gestoppt, obwohl zu diesem

20 Vgl. Eppler, Einsprüche (wie Anm. 8), S. 130.

21 So die Deutung von Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 16), S. 131.

Zeitpunkt noch niemand vorhersagen konnte, ob sich die Grünen auf Dauer würden im Landtag halten können. Die CDU profitierte von der Zurückdrängung der Rechtsradikalen während der 1980er Jahre, wohingegen die FDP schwächelte und Wählerstimmen an die Grünen abgeben musste. Das Bild trübte sich Ende der 1980er Jahre wieder ein, als der Aufstieg der Republikaner begann, mit ersten Wahlerfolgen in der Europawahl 1989 und einem Wahldebakel für die Post-Späth-CDU unter dessen Nachfolger Erwin Teufel 1992. So wurden die 1980er Jahre ein letztes goldenes Jahrzehnt für die südwestdeutsche CDU. Sie war nun in den Städten gut vertreten, zog industrielle Facharbeiter an, wurde für das protestantische Bürgertum ganz und gar wählbar, aber hielt die rechtsradikale Konkurrenz vorerst auf Abstand.[22]

Ein Grund für die lange CDU-Hegemonie liegt in der Sozialstruktur des Landes. Baden-Württemberg fehlen — abgesehen von Mannheim — die klassischen Arbeiterstädte. In den industriellen Kernzonen beispielsweise am mittleren Neckar oder im Großraum Karlsruhe lebt eine verbürgerlichte „Häusle-Bauer-Arbeiterschaft" in einer mittelständischen Industriestruktur in den für den Südwesten typischen kleinteiligen Räumen. Auf dem Land hatte und hat die CDU ohnehin einen strukturellen Vorteil.[23] Während die Grünen ehemalige linksliberale Wählerinnen und Wähler der SPD wegstibitzten und auch im ländlichen Raum reüssierten, konnte sich die SPD keine neuen Wählerklientelen erschließen, auch weil ein signifikanter Anteil der Bevölkerung (ca. 10 %) vom Wahlrecht ausgeschlossen blieb. Die von der SPD mitgetragene restriktive „Ausländerpolitik" begünstigte die CDU an der Wahlurne, zählte doch die Mehrheit der seit den 1950er Jahren Eingewanderten zur Arbeiterschaft. Sie waren seit den 1970er Jahren vermehrt in der Gewerkschaft, standen soziokulturell auf dem Boden der Industriemoderne. Doch aufgrund der deutschen rassistischen Ausgrenzung der „Gastarbeiter" fiel dieses Wählerpotenzial für die SPD flach.[24]

22 Vgl. Ulrich Eith: Das Parteiensystem Baden-Württembergs, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteien und Parteisystem in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 103—123.

23 Vgl. Reinhold Weber: Parteien und Parteiensystem in Baden-Württemberg: Funktionen — Genese — Wettbewerb, in: Siegfried Frech/Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Handbuch Landespolitik, Stuttgart 2011, S. 85—117 sowie Monika Hin: Vor der Landtagswahl 2011. Rückblick auf die Wahlergebnisse von 1946 bis 2006, in: ebd., S. 163—189.

24 Zur restriktiven Einwanderungspolitik und deren Stützung im südwestdeutschen Kontext vgl. den Beitrag von Maria Alexopoulou in diesem Band.

Späth überraschte ganz zu Beginn seiner Amtszeit damit, dass er verkündete, „wir sind ein Einwanderungsland". Er setzte sich für neue Modelle der Integration ein.[25] Doch schon bald kehrte er in der „Ausländerpolitik" zur restriktiven Filbinger-Linie zurück. Späth predigte Weltoffenheit und wirtschaftliche Globalisierung, machte aber keine Zugeständnisse in der „Ausländerpolitik", der politisch korrekte Terminus der 1980er Jahre für „Migrationspolitik", die so nicht genannt werden durfte. Einwanderung war Realität, war und blieb aber politisch unerwünscht. Asyl war daher das einzige Zugangsticket nach Deutschland, mit den bekannten problematischen Folgen. Es standen den Eingewanderten so gut wie keine Wege zu Staatsbürgerschaft und Wahlrecht offen, weil die Bereitschaft in Bund und Land fehlte, das zu ändern. Auch die Regierung Späth sah keinen Reformbedarf. Selbst „Partizipation" oder „Bürgerbeteiligung" waren — von CDU, SPD, FDP und Grünen — in den 1980er Jahren noch ganz selbstverständlich auf „Deutsche" gemünzt, „Gastarbeiterstreiks" als bedrohliche und illegitime Verirrung von „Fremden" aus dem „protestlerischen Konsens" ausgeschlossen.[26]

Einwanderung wirkte trotz ihrer großen und langfristigen Bedeutung für den Südwesten keineswegs als zentrales landespolitische Thema, auch nicht für den Ministerpräsidenten, der die Politik dominierte. In Stuttgart sprach man in den 1980er Jahren so süffisant wie anerkennend vom „Späth-Absolutismus". Späths Konkurrent um das Amt des Ministerpräsidenten, der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel (CDU), soll ihn als „Verwaltungsnapoleon" karikiert haben, der durchs Land reise und Zettel aus der Kutsche werfe, die seine Husaren auffingen, um seine Wünsche in vorauseilendem Gehorsam auszuführen.[27] Nun sind die Regierungschefs der Länder dort stets dominant, auch weil sie aufgrund ihrer bundespolitischen Funktion überregional sichtbar sind, was ihre herausragende Rolle im Land wiederum stärkt. Doch Späth dominierte außergewöhnlich, wurde lange als „Reservekanzler" gehandelt und war zeitweilig der bundesweit beliebteste Politiker. Auch dank seiner hohen persönlichen Sympathiewerte sowie seiner medialen Präsenz und Geschicklichkeit konnte die Landes-CDU sich von den Abwärtstendenzen der Bundespartei entkoppeln und auch 1984 und 1988 die abso-

25 Zitiert nach Karl-Heinz Meier-Braun: Spaghetti vom Arbeitsamt. Arbeitsmigration nach Baden-Württemberg, in: Matthias Beer (Hrsg.): Baden-Württemberg — eine Zuwanderungsgeschichte, Stuttgart 2014, S. 101—125, hier: S. 115.

26 Vgl. Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018, S. 248 ff.

27 Zitiert bei Rüdiger Soldt: Handlungsreisender für das Ländle. Zum Tod von Lothar Späth, in: FAZ, 18.03.2016 [https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/lothar-spaeth-gestorben-zum-tod-des-ex-ministerpraesidenten-14132530.html, Zugriff 19.06.2024].

lute Mehrheit verteidigen. Späths autokratisches Hinweggehen über die eigene Partei und Fraktion ließ diese grummeln. Aber der Erfolg gab ihm recht.[28]

„Fortschritt ohne Angst": Strukturwandel als zentrale Gesellschaftsaufgabe

An Späth haftet in der Erinnerung auch, wie fasziniert er sich vom technologischen Wandel in einer zusammenwachsenden Weltwirtschaft zeigte und wie beherzt, nachgerade missionarisch er landauf, landab die Frage stellte, wie der globale Strukturwandel sich nicht nur auswirke, sondern wie Deutschland sich aufstellen müsse, um einen erfolgreichen Weg in die Informationsgesellschaft zu finden. Es gelte, „von der Industriegesellschaft alter Prägung nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und geistig Abschied zu nehmen".[29] Für Späth war das nicht zuletzt eine Frage der politischen Kultur: Technische Innovationen müssten auf eine bestimmte soziale Erwartungshaltung treffen, in der alte, eingefahrene Denkschemata nicht mehr zählten. Er sprach von einer „Versöhnungsgesellschaft", in der „die alten Gegensätze" der Industriegesellschaft, zwischen Arbeit und Kapital, aber auch zwischen Ökologie und Ökonomie im pragmatischen und theoretischen Nach-Vorne-Sehen überwunden werden sollten.[30]

Fragt man nach der Vorgeschichte gegenwärtiger Problemlagen, wie es die Zeitgeschichte ja bevorzugt tut, dann landet man fast zwingend in den 1970er und 1980er Jahren, nicht allein mit Blick auf den wirtschaftlichen, von Technologie und der Globalisierung angetriebenen Strukturwandel. Es wurden Entwicklungen angestoßen, die noch heute unsere soziale und wirtschaftliche Realität prägen. Das aus damaliger Sicht größte gesellschaftliche Problem waren die hohen Arbeitslosenzahlen, die einerseits eine Folge des Ölpreisschocks 1979 und des dadurch beschleunigten, wenn auch schon vorher einsetzenden Strukturwandels waren, andererseits auf die wachsende wirtschaftliche Konkurrenz aus Ostasien zurückzuführen waren. Späth verknüpfte in seiner Kritik am deutschen Staat und dessen industriellen Modells beides: den Appell nach mehr technologieaffiner Innovationsbereitschaft und die Forderung, von den Erfolgen vor allem Japans zu lernen.[31]

28 Vgl. Klaus Schrode: Von Carlo Schmid bis Erwin Teufel (1945–2005). Erlebte Politik im deutschen Südwesten, Ubstadt-Weiher 2022, S. 151.

29 Lothar Späth: Wende in die Zukunft. Die Bundesrepublik auf dem Weg in die Informationsgesellschaft, Reinbek bei Hamburg 1989, S. 14.

30 Ebd., S. 208 ff.

31 „Baden-Württemberg kooperiert mit Kanagawa", in: FAZ, 10.04.1984, S. 17; siehe auch Prinzing, Lothar Späth (wie Anm. 1), S. 206 f.; Filmer/Schwan, Lothar Späth

Späth stellte den wirtschaftlichen und technologischen Strukturwandel ab 1981 ins Zentrum seiner Politik und ging fliegend von einer neoliberalen zu einer industriepolitischen Agenda über.[32] Zwar musste die Landesregierung den vorgegebenen makroökonomischen Rahmen akzeptieren. Doch sie könne durch die Förderung von Bildung und Wissenschaft die „Zukunftschancen eines Industrielandes" verbessern, wozu der Ministerpräsident einen großen programmatischen Kongress im Stuttgarter Schloss im Dezember 1982 anberaumte.[33] Politik könne dazu beitragen, dass sich ein neues positives Verhältnis zur Technologie entwickele, „das Spannungsverhältnis zwischen Technik und Zeitgeist" abgebaut werde und sich die gesellschaftliche Akzeptanz technologischen Fortschritts verbessere. Denn Europa habe von allen Weltregionen „die größten Mühen mit der Umgestaltung seiner Forschungs- und Wirtschaftsstrukturen".[34] Es gehe darum, so Späth nach seiner Wiederwahl 1984, „ob die Zukunft Baden-Württembergs als modernes Industrieland gesichert werden kann". Dies entscheide sich in den 1980er Jahren.[35]

Die Regierung Späth sah es als ihre vornehmste Aufgabe, im Südwesten, aber darüber hinaus in ganz Deutschland ein „forschungsfreundliches Klima" zu schaffen, in dem „blinde Technikeuphorie" ebenso wenig Platz habe wie „Technikfeindlichkeit", so der baden-württembergische Wissenschaftsminister Helmut Engler (CDU).[36] Grundlagenforschung förderte sie insbesondere im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie der Informa-

(wie Anm. 5), S. 244 ff.; vgl. hierzu auch den Beitrag von Thomas Schuetz in diesem Band.

32 „Stuttgarter Strategien. Ein Beispiel regionaler Wirtschaftspolitik", in: FAZ, 03.01.1984, S. 9.

33 Zum Kongress „Zukunftschancen eines Industrielandes" am 14./15. Dezember 1982 vgl. Franz Effenberger: Lothar Späths Forschungsförderung und Technologiepolitik am Beispiel der Universität Stuttgart, Ubstadt-Weiher 2020, S. 15 f.

34 „Späth: Der Staat muss bei der Mikroelektronik helfen", in: FAZ, 15.12.1982, S. 14; vgl. insbesondere: Rede von Ministerpräsident Lothar Späth zur Eröffnung des Kongresses „Zukunftschancen eines Industrielandes" am 14. Dezember 1982, abgedruckt in: Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Kongreß der Landesregierung Baden-Württemberg „Zukunftschancen eines Industrielandes" am 14. und 15. Dezember 1982, Stuttgart 1983, S. 9—14.

35 Regierungserklärung von Ministerpräsident Lothar Späth, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Protokollbd. 1, 4. Sitzung vom 19.06.1984, S. 41.

36 Helmut Engler: Forschungspolitik in Baden-Württemberg, in: Rudolf Henn (Hrsg.): Technologie, Wachstum und Beschäftigung. Festschrift für Lothar Späth, Berlin 1987, S. 148—169, hier S. 152; vgl. hierzu auch den Beitrag von David Brechbilder und Joshua Haberkern in diesem Band.

tik, mit einem besonderen Fokus auf Anwendung und Transfer. Die Regierung Späth wollte die internationale Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft stärken: Einerseits mit einer High-Tech-Offensive, die andererseits dank billiger Energie trotz hoher Löhne konkurrenzfähig bleiben würde. Er stand somit Pate für ein Modell, das auch nach dem zweiten Ölpreisschock 1979 weiter auf preiswerte, auch importierte Energie setzte. Tatsächlich legte die Gesamtausfuhr des Südwestens im Laufe der 1980er Jahre noch weiter zu, sodass Baden-Württemberg noch exportabhängiger wurde. Jeder dritte neue Arbeitsplatz in Deutschland entstand seit den 1970er Jahren im Südwesten. Aber diese Arbeitsplätze dienten überwiegend dem Export.[37]

Es ging um die Sicherung von Wohlstand, auch angesichts einer teils als bedrohlich, teils als faszinierend empfundenen Wachstumsdynamik im „pazifischen Raum". Für Späth bot das ebenfalls rohstoffarme Japan mit neuen Produktionsmethoden wie der frühen Einführung von Robotern in der Industrie und der Integration neuer Technologien (Mikroelektronik) Anschauungsmaterial. Daher reiste er nicht nur nach China, sondern auch nach Japan. Späths Reisen nach Ostasien und später auch in die USA — vor allem nach Kalifornien — dienten einerseits dem Transfer von Wissen, andererseits der Erschließung von neuen Märkten. Diese Exportoffensive hatte Erfolg.[38] Es wurde eine Industriestrategie entwickelt, die die Herausforderungen des Informationszeitalters ins Zentrum stellte, vor allem mit Blick auf Arbeit, Weiterbildung und Leben. Auch die Themen Energieeffizienz und Umwelt wurden aufgegriffen, aber zweitrangig behandelt.[39] Die neoliberale Kritik an einem überfürsorglichen, die Eigeninitiative erstickenden Staat hatte Späth jedoch schon 1982 weitgehend aus seinem Vokabular ver-

37 Nicole Waidlein: Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs in den 1970er Jahren, in: Gassert/Weber, Wyhl, Filbinger und die RAF (wie Anm. 17), S. 179—198.

38 Vgl. „Japan als Lektion: Zur deutschen Leistungsschau", in: FAZ, 08.05.1984, S. 13; vgl. auch den Beitrag von Thomas Schuetz in diesem Band.

39 Das zeigen die Querschnittsreferate auf den drei Kongressen „Zukunftschancen eines Industrielandes" 1982, 1983 und 1984; so fokussierte der zweite Kongress auf die „Zukunft der Arbeit", der dritte auf die „Herausforderung der Weiterbildung", vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Kongreß der Landesregierung Baden-Württemberg „Zukunftschancen eines Industrielandes / Neue Strukturen unserer Gesellschaft" am 13. und 14. Dezember 1983, Stuttgart 1984; Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Kongreß der Landesregierung Baden-Württemberg „Zukunftschancen eines Industrielandes — Herausforderung Weiterbildung" am 17. und 18. Dezember 1984, Stuttgart 1985.

bannt. Stattdessen befasste er sich eifrig mit dem Schmieden von Plänen, um den Strukturwandel aktiv zu gestalten.



1979 reist Lothar Späth als einer der ersten Ministerpräsidenten eines deutschen Landes nach China. Er weiß: Hier entwickelt sich nicht nur die „Werkbank" der westlichen Industrienationen, sondern auch ein großer Absatzmarkt.

In seinem 1989 veröffentlichten Buch *Wende in die Zukunft* räsoniert Späth darüber, wie den Industrienationen der Eintritt in die Zukunft gelingen könne. Hier handelt er nebenher auch andere Großfragen der Zeit wie Umweltpolitik, das Problem der globalen Überbevölkerung oder auch des Atomkriegs mit ab.[40] Konkret ließ er aber Großrechner für die Karlsruher und Stuttgarter Technischen Universitäten anschaffen. Die Landesregierung stieg in die finanzielle Förderung eines hochmodernen Mercedes-Werks in Rastatt ein, mit der Begründung, dass dort Industrieroboter im großen Stil eingesetzt werden sollten und das eine Art Pilotprojekt zur Bewältigung des Strukturwandels sei. Hier war Strukturwandel wieder sehr eng auf die Art und Weise der industriellen Fertigung bezogen. Massig Geld ging in den Technologietransfer, um die dominante mittelständische Industrie zu unterstützen. Zu-

40 Vgl. Späth, Wende in die Zukunft (wie Anm. 29); sowie den würdigenden Text von Rudolf Henn: Lothar Späth im Spannungsfeld von Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, in: Ders., Technologie (wie Anm. 36), S. V—IX.

gleich schuf das Land neue Studienplätze. Man setzt alles daran, den Spitzenplatz in den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung zu behaupten, „Forschungsprimus" zu bleiben. Letzterer Ansatz ist in Baden-Württemberg aber über die Parteigrenzen hinweg konsensfähig geblieben — bis heute.[41]

Der grüne Landtagsabgeordnete und spätere Stuttgarter Oberbürgermeister Fritz Kuhn hat Späths techno-utopistische Zukunftsentwürfe ironisch als „Schleichweg ins Paradies" gezeichnet. Das traf es ganz gut. Späths Popularität liege darin, so Kuhn, dass er wie die Grünen von der Grundüberzeugung ausgehe, „dass sich vieles verändern muss, damit es überhaupt weitergehen kann". Kritisch bewertete er, dass das „schwäbische Technokrätle" Späth von morgens bis abends wie besessen, mit quasireligiöser Inbrunst als deren „Hohepriester" die Lösung allein in neuen Technologien suche.[42] Die Wissenschaftspolitik der Regierung Späth war daher auch ausgesprochen technologielastig und anwendungsorientiert. Auch wenn Späth ein großes Herz für die schönen Künste und die Kultur hatte, vor allem wenn sie Glanz auf das Land brachten, war er den Geistes- und Sozialwissenschaften weniger zugetan. Er wies ihnen die Aufgabe zu, die technischen und wirtschaftlichen Gestaltungskräfte mit Blick auf ihre soziale Integrationsfähigkeit zu flankieren. So kam Mannheim immerhin 1985 zu seinem Technoseum, wo technischer Fortschritt als Antriebskraft gesellschaftlicher Zukünfte gezeigt werden sollte.

Ökologische Zukunftschancen: Umwelt- und Energiepolitik als neuartige Aufgabe

In die Frage nach der „Zukunft der Industriegesellschaft" ragten in den frühen 1980er Jahren bereits massiv und unter großer medialer Beobachtung Debatten über die ökologischen Kosten der Industrie und des Wirtschaftswachstums hinein, oft in nachgerade apokalyptischer Sprache. Späth ließ es sich nicht nehmen, auch hier konzeptionell an die Spitze zu drängen, als Teil „seiner" Zukunftsagenda das Verhältnis von Ökonomie, Ökologie und Technologie produktiv zu verknüpfen: „Nur wenn eine dauerhafte Synthese dieser Eckpfeiler des modernen menschlichen Seins gelingt", erklärte er im Brustton der Überzeugung nach seiner Wiederwahl 1984, „können wir den

41 Dies ist die Grundhypothese des Mannheimer Forschungsprojekts zur „Wissenschaftspolitik" von Baden-Württemberg seit den 1970er Jahren, vgl. hierzu auch den Beitrag von David Brechbilder und Joshua Haberkern in diesem Band.

42 Fritz Kuhn: High Tech — Der Schleichweg ins Paradies, in: Filmer/Schwan, Lothar Späth (wie Anm. 5), S. 236—244, hier S. 237 und S. 240.

kommenden Generationen reale Zukunftschancen bieten." Einen Zielkonflikt zwischen Ökologie und Ökonomie lehnte er ab: „Es gibt keine ökonomische Notwendigkeit, mit der sich das Sterben der Wälder begründen lässt. Es gibt keine ökologische Notwendigkeit, die eine substantielle Gefährdung der Volkswirtschaft erfordert." Späth setzte erneut auf Technologie und Forschung, auf das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft, um den Strukturwandel in allen, auch seinen ökologischen Dimensionen zu begreifen und zu gestalten.[43]

In die 1980er Jahre fällt der Aufruhr über das „Waldsterben", das das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* Ende 1981 nachhaltig in der öffentlichen Wahrnehmung verankerte.[44] Die empfindlichen und für die südwestdeutsche Identität emotional so hoch besetzten Tannen des heimatlichen Schwarzwalds, die auch als prominenter Aufmacher der *Spiegel*-Serie dienten, waren mit als erste von den um 1980 auch für Laien sichtbar werdenden Symptomen wie dem Auflichten der Kronen und der Gelbfärbung der Nadeln betroffen.[45] Orkanartige Stürme setzten dem Wald zusätzlich zu und ließen Mondlandschaften entstehen, die visuell die Zukunft des traditionsreichen „deutschen Waldes" vorwegzunehmen schienen. Es war vom „Hiroshima" des Waldes und einem „ökologischen Holocaust" die Rede.[46] Das Waldsterben galt als Ausdruck einer umfassenden Zivilisations- und Umweltkrise, zumal grüne Wahlerfolge den Gegenentwurf zum industriegesellschaftlichen Produktionsmodell parlamentarisch gestärkt hatten. Als Ursache des „Waldsterbens" wurden Luftverschmutzung und „saurer Regen" ausgemacht, somit altbekannte Probleme — aufgrund der Emissionen des Verkehrs, der Industrie wie auch der Verfeuerung und Verstromung von Kohle.[47]

---

43 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten vom 19.06.1984 (wie Anm. 35), S. 52.

44 Vgl. die dreiteilige Serie: „Säureregen. Da liegt was in der Luft", in: Der Spiegel Nr. 47, 16.11.1981; Nr. 48, 23.11.1981; Nr. 49, 30.11.1981, S. 174 ff.

45 Zur Debatte über das Waldsterben und deren längerfristige Einordnung grundlegend die Arbeit von Birgit Metzger: „Erst stirbt der Wald, dann du!", Waldsterben als westdeutsches Politikum (1978—1986), Frankfurt/M. 2015; für eine ökokritische Interpretation vgl. Kenneth Anders/Frank Uekötter: Viel Lärm ums stille Sterben. Die Debatte über das Waldsterben in Deutschland, in: Frank Uekötter/Jens Hohensee (Hrsg.): Wird Kassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme, Stuttgart 2004, S. 112—138.

46 „Wir stehen vor einem ökologischen Holocaust", in: Der Spiegel Nr. 7, 14.02.1983; weitere vergleichbare Zitate bei Metzger, „Erst stirbt der Wald" (wie Anm. 45), S. 407—415.

47 „Wenn die Böden sauer werden", in: FAZ, 20.01.1982, S. 26; zur forstwirtschaftlichen Vorgeschichte der Waldsterbensdebatte vgl. auch Roderich von Detten



Im November 1981 titelt *Der Spiegel* mit diesem Cover. Die Debatte über den „sauren Regen" und das „Waldsterben" war ein zentraler Umweltdiskurs der 1980er Jahre. Das Sterben der Bäume wurde als Ausdruck einer umfassenden Krise der industriellen und technischen Zivilisation wahrgenommen. Das zeigte sich auch an drastischen Wortschöpfungen: Das Sterben der Bäume sei ein „ökologischer Holocaust".

(Hrsg.): Das Waldsterben. Rückblick auf einen Ausnahmezustand, München 2013; Elmar Klein: Das war das Waldsterben! Freiburg 2008.

Im Vergleich zur Kernkraftdebatte verlief die über das „Waldsterben“ weniger ausgeprägt entlang einer „progressiv-konservativen“ Spaltung. Die traditionell ja im konservativen Spektrum verankerte, in Baden-Württemberg größtenteils mittelständische Forstwirtschaft neigte elektoral zur Union. Es waren nicht zuletzt die Forstämter gewesen, die zuerst die Alarmglocken geläutet hatten. Da Baden-Württemberg keine Rücksicht auf die „Ruhrkumpel“ nehmen musste, schlug die Landesregierung in Verhandlungen mit den Energieversorgern vor, die im Bund beschlossenen Grenzwerte „auf freiwilliger Basis“ sogar zu unterbieten. Sobald die Kernkraftwerke Philippsburg 2 und Neckarwestheim 2 ans Netz gingen, könne man ältere Kohlekraftwerke sogar früher stilllegen als in den Zeitplänen des Bundes vorgesehen. Späth sah das „Waldsterben“ auch als Chance für den Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg. Er ventilierte für Karlsruhe ein Forschungsinstitut zur Untersuchung der Luftverschmutzung, an dem sich auch Bonn und Brüssel zu je einem Drittel beteiligen sollten. Tatsächlich gingen die schädlichen Emissionen ab Mitte der 1980er Jahre zurück.[48]

Eine zweite regionale Umweltkatastrophe, die neben dem Waldsterben die Wahrnehmung eines schleichenden ökologischen Kollaps verstärkte, war die „Sandoz-Katastrophe“, als nach einem Großfeuer in einer Lagerhalle des Baseler Chemiekonzerns am 1. November 1986 eine nur scheinbar harmlose rote Brühe den Rhein hinabtrieb.[49] Giftiges, quecksilberhaltiges Pflanzenschutzmittel war in einen europäischen Strom gelangt, an dem wichtige Teile der Trinkwasserversorgung Baden-Württembergs hingen, vor allem der Großstädte Karlsruhe und Mannheim.[50] Die verendeten Fische waren unübersehbar und die Bilder der Feuerwehrleute, die tonnenweise Kadaver aus dem Rhein fischten, potenzierten Umweltängste. Der Chemieunfall in Basel kam ein halbes Jahr nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Um die Aufregung zu besänftigen, brachte die Landesregierung, deren Landwirt-

48 „Verschärfung auf freiwilliger Basis“, in: FAZ, 24.02.1983, S. 2; zum Rückgang der Emissionen und zum „Überleben des Waldes“ vgl. Ernst Hildebrand: Warum sind die Wälder nicht gestorben? Eine Bestandsaufnahme, in: von Detten, Waldsterben (wie Anm. 47), S. 52–59.

49 „Als im roten Rhein die Fische starben: 25 Jahre Sandoz-Katastrophe“, in: Süddeutsche Zeitung, 01.11.2011; Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.): Rhein-Bericht. Bericht der Bundesregierung über die Verunreinigung des Rheins durch die Brandkatastrophe bei der Sandoz AG, Bonn 1987; sowie die zeitgenössische Chronik von Imre Kerner/Toya Maissen/Dagny Radek: Der Rhein — Die Vergiftung geht weiter. Nach der Baseler Katastrophe, Reinbek bei Hamburg 1987.

50 „Die Trinkwasserversorgung aus dem Rhein gefährdet“, in: FAZ, 10.11.1986, S. 11.

schaftsminister Gerhard Weiser (CDU) zunächst abgewiegelt hatte, einen „Chemie-TÜV“ mit Überwachung ähnlich den Kernkraftwerken ins Spiel. Späth verweigerte sich vorerst aber Forderungen nach einem eigenständigen Umweltministerium, wie es die benachbarten Länder Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern bereits kannten.[51]



Anfang November 1986 sind Feuerwehrkräfte rund um Rastatt im Dauereinsatz: Tonnenweise müssen verendete Aale aus dem Oberrheim eingesammelt werden, nachdem nach einer Explosion beim Baseler Chemiekonzern Sandoz durch Löscharbeiten hochgiftige Chemikalien in den Rhein gelangt waren.

Angesichts der sich auftürmenden Umweltkatastrophe und der im Verlauf der Wochen zutage tretenden Fälle staatlichen und unternehmerischen Versagens musste Späth auf Distanz zum neoliberalen Paradigma gehen und Handlungsfähigkeit sowie Eingreifen des Staates signalisieren, was ihm im produzierenden Gewerbe nicht nur Freunde machte. Die Reinhaltung des

51 „Belastung des Rheins durch *Sandoz*-Brand ‚absolut minimal‘“, in: FAZ, 05.11.1986, S. 10; „Ein Umwelt-TÜV für Chemie-Betriebe“, in: FAZ, 28.01.1987, S. 6; zu den Reaktionen der Bevölkerung, der Behörden und von Sandoz vgl. auch Dominik Wunderlin: „Tschernobâle ist über-Aal“. Der Großbrand von Schweizerhalle, in: Badisches Landesmuseum (Hrsg.): Die 80er — Sie sind wieder da. Das Magazin zur Ausstellung, Mannheim 2023, S. 14—20.

Grundwassers und der Flüsse war ein politischer Balanceakt. Problem Nr. 1 in Baden-Württemberg war aber die sehr viel weniger spektakuläre Verseuchung des Grundwassers durch Überdüngung. Die Sanierung der Brunnen und Flächenstilllegungen würden die Landwirtschaft weiter belasten.[52] Diese sah sich aufgrund des Strukturwandels und der Agrarpolitik der Europäischen Gemeinschaft (EG) ohnehin in einer schwierigen Lage. Da die absolute Mehrheit der CDU am ländlichen Raum hing, war die Landesregierung durch Vorstöße der Grünen alarmiert, die sich zu Fürsprechern vor allem der kleinen und mittleren Landwirte machten und die „das sich auf dem Land entwickelnde Protestpotential gegen die etablierte Landwirtschaftspolitik" verstärkt aufzufangen verstanden.[53] Die Landes-CDU reagierte mit einer „Grünen Charta Baden-Württemberg" und führte gegen den Widerstand der großen Städte und der Industrie den „Wasserpfennig" ein.[54]

Anders als die Luftreinhaltung, die dank des Ausbaus der Atomenergie industriefreundlich gestaltet werden konnte, verursachte Wasserpolitik erhebliche politische Kosten. Die Stuttgarter Regierung wurde für den „ordnungspolitischen Sündenfall" der finanziellen Belastung der Allgemeinheit durch den „Wasserpfennig" für ein von den Landwirten geschaffenes Problem kritisiert, konnte aber auch dadurch, dass sie vom Verursacherprinzip abging, den sich in den 1980er Jahren verstärkenden Bauernprotest noch abfangen.[55] Die Landes-CDU positionierte sich populistisch gegen „Bonn" und „Brüssel". Im März 1986 veranstaltete die CDU-Landtagsfraktion ein Forum „Zukunft des bäuerlichen Familienbetriebs": Der Parlamentssaal quoll über von Hunderten von Bauern, die Fraktionsvorsitzender Erwin Teufel eingeladen hatte. Denn die Grünen verkündeten, angeführt von Winfried Kretschmann und Rezzo Schlauch, auf den Dörfern „mit erstaunlicher Resonanz", so Presseberichte, „ihr Konzept einer neuen Agrarpolitik mit gestaffelten höheren Erzeugerpreisen". Nach dem Vorbild der Schweizer und Norweger solle hinter hohen Zollgrenzen eine „sanftere", das heißt ökologisch orientierte Landwirtschaft gefördert werden. Opportunistisch

52 Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980—1984, Protokollbd. 7, 79. Sitzung vom 08.12.1983, S. 6573 ff.

53 „Gefahr für die CDU im Südwesten? Baden-Württembergs Grüne suchen ein Bündnis mit den Bauern", in: FAZ, 31.05.1985, S. 12.

54 „Baden-Württemberg führt Wasserpfennig ein", in: FAZ, 19.03.1986, S. 6.

55 So kam es am 1. April 1987 zu großen Demonstrationen von Landwirten in Bonn unter dem Motto „Bauern tot — Volk in Not", vgl. Horst-Pierre Bothien: Auf zur Demo! Straßenprotest in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn 1949—1999. Eine Dokumentation, Essen 2009, S. 137.

warf sich der Erz-Europäer Späth zum EG-Kritiker auf. Er forderte eine „regionalisierte Agrarpolitik", damit Baden-Württemberg eigene Strukturentscheidungen treffe.[56]

Die international bekannteste und folgenreichste Umweltkatastrophe der 1980er Jahre nach der Chemiekatastrophe im indischen Bhopal 1984 war jedoch das Reaktorunglück von Tschernobyl vom 25. April 1986. Als direkte Folge wurden in Deutschland vor allem die Gebiete südlich der Donau verstrahlt. Außer dem Süden Bayerns waren auch Oberschwaben und der Bodenseekreis stark betroffen.[57] Späth war klarer Befürworter der Atomenergie als einer sicheren und preiswerten Energiequelle, machte sich aber nach Tschernobyl zügig die Rhetorik von der Atomkraft als einer „Übergangslösung" zu eigen.[58] Hier entrichtete er nun auch rasch den nicht besonders großen politischen Preis, das Projekt eines Kernkraftwerkes im südbadischen Wyhl zu beenden, nachdem der Betreiber, das Badenwerk, zwar letztinstanzlich vor den Gerichten Recht bekommen, aber das Interesse an dem Projekt verloren hatte. Späth „stoppte" öffentlichkeitswirksam den Bau, ohne jedoch die Grundsatzfrage der Kernenergienutzung aufzuwerfen. Das Ende von Wyhl bedeutete zunächst aber den weiteren Ausbau der Kohleverstromung in Baden-Württemberg, was den Kampf gegen „sauren Regen" tendenziell erschwerte.[59]

Nach Tschernobyl folgte die Regierung Späth sehr zögerlich dem Vorbild des Bundes und anderer Bundesländer, ein eigenständiges Umweltministerium einzurichten, auch wegen seiner prinzipiellen Abneigung gegenüber Behörden. Nachdem die Südwest-CDU in der Bundestagswahl 1987 vergleichsweise starke Verluste hatte hinnehmen müssen, revidierte er sein zuvor gegebenes Versprechen, er werde das Kabinett vor der Landtagswahl 1988 nicht mehr umbilden. Er ernannte, zur Überraschung und ohne Konsultation der Landtagsfraktion, den Ettlinger Oberbürgermeister Erwin Vetter (CDU) zum ersten baden-württembergischen Umweltminister. Das bedeutete,

56 „Späth wagt den Nord-Süd-Streit", in: FAZ, 19.03.1986, S. 12; „Späth will die Bauern zurückgewinnen", in: FAZ, 26.05.1987, S. 4.

57 Vgl. Bundesamt für Strahlenschutz, Karte der Bodenkontamination im Jahr 1986 [www.bfs.de/DE/themen/ion/umwelt/lebensmittel/pilze-wildbret/pilze-wildbret.html, Zugriff 18.12.2023].

58 Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Protokollbd. 4, 49. Sitzung vom 28.05.1986, S. 3937.

59 Vgl. Philipp Gassert: „Kernenergie akzeptabel für die Bevölkerung machen": Bonn und der Anti-AKW-Protest, in: Beata Lakeberg/Hans-Christian Pust (Hrsg.): Atom. Strom. Protest. 50 Jahre Wyhl und anderswo, Ostfildern 2023, S. 116—129.



Kinder schützen: Nach dem Reaktorunfall im ukrainischen Kernkraftwerk Tschernobyl wird auch in Freiburg auf allen mehr als 120 städtischen Spielstätten der möglicherweise radioaktiv verseuchte Sand ausgetauscht.

dass Baden-Württemberg, trotz des „grünen Anstrichs", den Späth seiner CDU verpassen wollte, recht spät auf den Zug zur Gründung eines eigenständigen, von der Landwirtschaft getrennten Umweltministeriums aufsprang. In Bayern existierte ein solches bereits seit 1970, im benachbarten Rheinland-Pfalz und Hessen waren die Landesrregierungen diesen Schritt 1985 gegangen. Anders aber als in Nordrhein-Westfalen wurde das Ministerium in Baden-Württemberg zunächst als eigenständiges Umweltministerium gegründet.[60]

60 Später wurde es zeitweilig mit dem Verkehrsministerium zusammengelegt; Bayern verfügt über das älteste Umweltministerium in Deutschland, zunächst aber bezeichnenderweise als „Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen" gegründet, vgl. die Selbstdarstellung unter „Ein halbes Jahrhundert Bewahrung unserer Lebensgrundlagen: Das Bayerische Umweltministerium [www.stmuv.bayern.de/ministerium/aufgaben/geschichte_umweltministerium.htm, Zugriff 11.01.2024].

Fazit

In Baden-Württemberg hat die von Späth verkörperte Mischung aus wirtschaftsfreundlicher Reform- und Modernisierungspolitik mit einem Schuss kalifornischer High-Tech-Utopie und dem Appell an die Selbstverantwortung des Einzelnen bei gleichzeitig wachsender ökologischer Aufmerksamkeit Zugkraft entfaltet, zumal diese Programmatik sich mit der Betonung „traditioneller" Grundwerte und südweststaatlicher „Eigenschaften" wie Fleiß, Erfindergeist sowie Autonomie und Freiheitsstreben organisch verbinden ließ. Späth überzeugte auch durch seinen unerschütterlichen Optimismus. Zwar stumpfte der Glanz über die Jahre etwas ab. Er schaffte es trotz seiner ambitionierten Brillanz nicht, Helmut Kohl als Bundeskanzler abzulösen. Späths Umsturzplan scheiterte auf dem CDU-Bundesparteitag in Bremen 1989. Er benannte eloquent Risiken und Probleme, hatte stets auch Patentlösungen parat, über deren Praktikabilität sich streiten ließ. Vor allem führte er keine Nachhutgefechte im „Widerstand" gegenüber dem postulierten „Zeitgeist" von „1968" mehr. Die Hinterfragung von Autoritäten ließ er gelten, zumal er sich selbst als unkonventioneller Querdenker inszenierte sowie Grüne und SPD für ihre „Ideologiehörigkeit" kritisierte. Aber er ging im Grunde über die alten Debatten hinweg und verschob den Akzent, wollte den Übergang zur Informationsgesellschaft durch Liberalisierung *und* lenkende Eingriffe gestalten.[61]

Insofern trifft es das Label vom „neoliberalen Reformer" Späth nicht ganz. Späth stand zu Beginn seiner Amtszeit unter dem Eindruck der zeitgenössischen Krisendebatte über eine abnehmende Lösungskompetenz des Staates und wollte den modernen Staat auf „den Prüfstand" stellen und verschlanken. Er griff, noch bevor Margaret Thatcher in Deutschland eine allgemein bekannte Größe wurde und Helmut Kohl 1982/83 eine marktliberale „Wende" verkündete, die neoliberalen Verheißungen mit flinker Zunge auf. Späth forderte mehr Partizipation und „Bürgernähe". Er machte sich die Rhetorik von Willy Brandt in einer liberal-konservativ gestrickten Variante zu eigen. Doch schon nach seiner triumphalen Wiederwahl 1980 hielt sich Späth nicht lange mit Reformen der Verwaltung und dem „Bürokratieabbau" sowie mit „Liberalisierungen" auf, obwohl hier durchaus beachtliche Erfolge erzielt wurden. In manchen Bereichen, insbesondere im Kultusministerium unter Gerhard Mayer-Vorfelder, wurde recht rigoros entbürokratisiert und durch das massive Streichen von Verordnungen dereguliert.[62]

61 Späth, Wende in die Zukunft (wie Anm. 29), S. 55.

62 Vgl. hierzu den Beitrag von David Brechbilder und Joshua Haberkern in diesem Band.

Späth setzte, oft in seiner hemdsärmeligen Art der „Spätzle-Politik" des Hinterzimmers, wie der Vorwurf an ihn lautete, auf neue, möglichst unbürokratisch aus der Taufe gehobene Initiativen und sichtbare Gründungen wie die „Wissenschaftsstadt Ulm". Diese Projekte wurden schnell, vor Ort, im Gespräch mit ihm nahestehenden Akteuren oder solchen, die sein Ohr hatten, initiiert und oft unter Nichtbeteiligung von berufenen oder gewählten Gremien auf den Weg gebracht. Zu dieser „Politik des Baus von Leuchttürmen" gehörte auch die Förderung von Kunst und Kultur, sichtbar im Ausbau der Stuttgarter Staatsgalerie (1984), der Gründung des Zentrums für Kunst und Medien in Karlsruhe (1989) sowie der Filmakademie in Ludwigsburg (1991). Späths Ansätze zur Fusion von Banken, zumindest in der von ihm angestrebten großen Lösung, wie auch die Fusion der Rundfunkanstalten scheiterten dagegen. Der Zusammenschluss von Süddeutschem Rundfunk (SDR) und Südwestfunk (SWF) zum Südwestdeutschen Rundfunk (SWR) wurde erst von seinem Nachfolger Erwin Teufel realisiert.[63]

Die Ära Späth ist für die baden-württembergische Landespolitik dennoch so etwas wie eine Scharnier- und Umbruchphase, weil viele der damals aufkommenden Fragen- und Probleme noch heute Debatten prägen: Die Transformation der Industrie aufgrund des Übergangs zur Informationsgesellschaft, wie man es in den 1980er Jahren nannte (heute „Digitalisierung"), brachte den Staat massiv ins Geschäft zurück, auch in Form der von Späth so hingebungsvoll forcierten wissenschaftspolitischen Agenda. Energiesicherheit war seit den 1970er Jahren ein Politikum. Nun aber zeigten sich mit dem „Waldsterbensdiskurs" ernsthafte, nicht abstrakt weit in der Zukunft liegende Probleme der Verbrennung fossiler Energie. Die Antwort der Landesregierung lautete „saubere Kernenergie", womit sie aber nach Tschernobyl diskursiv in die Defensive geriet. Damit sind wir bei den ökologischen „Kosten" und „Nebenfolgen" der Industriegesellschaft wie auch einer intensiven landwirtschaftlichen Produktion, die ebenfalls nach Regulierung riefen. Das zeigte sich in den Debatten über den „Wasserpfennig" und über das „Waldsterben" als ökologischem Leitdiskurs der 1980er Jahre.[64]

63 Vgl. Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 16), S. 135–142; vgl. auch Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling: Geschichte Baden-Württembergs, 2. Aufl., München 2012, S. 119.

64 Zum Konzept der ökologischen Kosten und „Nebenfolgen" vgl. als zeitgenössische soziologische Intervention die von Ulrich Beck: Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne, in: Ders. (Hrsg.): Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse, Frankfurt/M. 1996, S. 19–34.

Späth konnte auch 1988 mit 49 Prozent der Wählerstimmen die absolute Mehrheit der Mandate für die CDU gerade noch einmal behaupten, sicher auch, weil er eine bundesweit sichtbare politische Persönlichkeit geworden war, als begnadeter Kommunikator und „Problemnenner" das Publikum zu fesseln verstand und als möglicher Kanzler gehandelt wurde. Das glaziale Abschmelzen der CDU-Hegemonie konnte er nicht verhindern, aber verlangsamen. Es gelang ihm noch einmal, den ländlichen Raum für die CDU zu sichern, was unter seinem Nachfolger zum Problem wurde. Schon 1988 konkurrierten mehrere Parteien rechts von der CDU um Stimmen und brachten es gemeinsam auf fast fünf Prozent. Vorerst war das rechtsradikale Spektrum zersplittert, doch schon ein Jahr später, bei der Europawahl 1989, punkteten die Republikaner auch in Baden-Württemberg und zogen in das Europaparlament ein. 1992 und 1996 kamen sie jeweils in Fraktionsstärke in den Landtag, obwohl sie sich auf Bundesebene bereits in Auflösung befanden. Baden-Württemberg blieb, wie schon in den späten 1960er Jahren, eine Hochburg für Rechtsextreme. Diese reüssierten vor allem dann, wenn die Bindekräfte der CDU erlahmten. Dies aber wurde erst nach dem Ende der Ära Späth sichtbar und elektoral wirksam. Ein wenig hatte es aber auch mit dem unrühmlichen Abgang des „Cleverle" in der „Traumschiffaffäre" 1991 zu tun.

Ulrich Eith

Das Ende christdemokratischer Vorherrschaft: Wahlverhalten und Parteiensystem in den 1980er Jahren in Baden-Württemberg

Auf den ersten Blick erscheinen die Achtzigerjahre als stabiles Jahrzehnt in der Entwicklung des Parteiensystems in Baden-Württemberg. Seit 1972 regierte die CDU ohne Koalitionspartner und konnte dies auch bis 1992 fortsetzen. Verbunden ist dieser in den frühen 1970er Jahren erfolgte Aufstieg der CDU zur dominierenden politischen Kraft im Südwesten mit dem seit 1966 amtierenden Ministerpräsidenten Hans Filbinger. Organisatorisch hatte er die bis dahin aus vier unabhängigen Verbänden bestehende CDU zu einem schlagkräftigen Landesverband mit strafferen Führungsstrukturen zusammengeführt. Die Landespolitik konnte fortan wesentlich effektiver aus dem Staatsministerium heraus konzipiert und gestaltet werden. Mitentscheidend war dann die wahlstrategische Chance der CDU, gegenüber der in Bonn ab 1969 regierenden sozialliberalen Koalition einen strikt konservativen Abgrenzungskurs einzuschlagen und bürgerlich-konservative Wählerkreise im Land in die eigene Wählerschaft mittelfristig zu integrieren.[1]

Daran änderte auch der Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten zunächst wenig. 1978 hatte Filbinger seine Vergangenheit als Marinerichter im Zweiten Weltkrieg medial eingeholt und sein beharrliches Weigern, sich selbstkritisch mit seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen, machte seinen Rücktritt letztlich unausweichlich.[2] Unter seinem Nachfolger Lothar Späth, der von 1978 bis 1991 das Amt des Ministerpräsidenten innehatte, erzielte die CDU mit 53,4 Prozent (1980) und 51,9 Prozent (1984) ebenfalls absolute Mehrheiten. Bei der Landtagswahl 1988 reichte es mit 49,0 Prozent immerhin nochmals zur absoluten Mehrheit der Mandate.

1 Philipp Gassert: Ein „rotes“ oder „schwarzes“ Jahrzehnt? Parteienlandschaft und politische Milieus in Baden-Württemberg in der 1970er-Jahren, in: Ders./Reinhold Weber (Hrsg.): Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2014, S. 21—45, hier S. 27—34.

2 Erik Lommatzsch: Hans Filbinger (1913—2007). Ein Mann seiner Zeit, in: Gassert/Weber, Filbinger, Wyhl und die RAF (wie Anm. 1), S. 47—70, hier S. 62—68.

Ein genauerer Blick auf die politische Landschaft im Südwesten zeigt indes, dass sich unter dieser machtpolitischen Stabilität in den 1980er Jahren entscheidende Veränderungen in den politisch relevanten Milieus und im Wahlverhalten vollzogen, die im Ergebnis zum Ende der politischen Hegemonie der Christdemokraten führten. Die Etablierung der Grünen seit 1980 und die Wahlerfolge der rechtsextremen Republikaner bei den Landtagswahlen 1992 und 1996 verdeutlichen die Ausdifferenzierung des politischen Wettbewerbs in Baden-Württemberg. Die wirtschaftspolitische, stark neoliberal und auf die urbaneren Zentren ausgerichtete Modernisierungspolitik von Ministerpräsident Späth war ökonomisch durchaus erfolgreich, stieß im Land jedoch zunehmend auch auf Ablehnung. Gerade auch unter den Traditionskompanien der CDU-Wählerschaft in den kleinstädtisch-ländlichen Regionen wurden Abkopplungstendenzen erkennbar. Breite Unzufriedenheit erzeugte dann gegen Ende der 1980er Jahre die öffentlich werdende Verquickung von privaten Interessen und öffentlichen Ämtern mehrerer Regierungsmitglieder, allen voran die sogenannte Traumschiff-Affäre des Ministerpräsidenten Späth. Im Januar 1991 trat Späth zurück und die CDU wählte Erwin Teufel zu seinem Nachfolger. Die langen Jahre der Alleinregierung hatten in Teilen der CDU offenbar eine Mentalität befördert, den politischen Machtanspruch im Land zunehmend als selbstverständlich und nahezu naturgegeben zu betrachten.

Im folgenden Beitrag konzentriert sich ein erster Abschnitt zunächst auf die politisch relevanten gesellschaftlichen Strukturen und Konfliktlinien in Baden-Württemberg. Vor diesem Hintergrund lassen sich dann die Veränderungen im Wahlverhalten in den 1980er Jahren, insbesondere der Aufschwung der Grünen, die zunehmende Bindungsschwäche von CDU und SPD, der Wandel der FDP zur Funktionspartei sowie die zu Beginn der 1990er Jahre dann auch in Landtagsmandaten sichtbaren Erfolge der rechtsextremen Republikaner in größerer Tiefenschärfe ausleuchten.

Sozioökonomische Kontexte, Wahlverhalten und Parteiensystem in Baden-Württemberg

Politisches Verhalten und somit auch die Ausprägung von Parteiensystemen beruhen auf sozioökonomischen Strukturen, insbesondere etwa der Wirtschafts-, der Siedlungs- oder auch der Konfessionsstruktur. Die damit verbundenen unterschiedlichen Milieus und Lebensstile begründen — so der soziologische Blick auf politisches Verhalten — gemeinsame oder zumindest vergleichbare politische Erfahrungen und Interessenlagen, häufig auch politische Erwartungen. Selbstverständlich determinieren die strukturellen Aus-

gangsbedingungen keinen parteipolitischen Automatismus. Vielmehr sind sie als Potenziale und Möglichkeiten für politische Parteien und Akteure zu verstehen, entsprechende Strukturvorteile durch passgenaue Programmangebote und zielgerichtetes politisches Handeln zu nutzen.[3] Ein wichtiger Faktor ist hierbei das Vertrauen in die Verlässlichkeit der politischen Akteure. Mittel- oder längerfristig stabile Parteibindungen resultieren letztlich aus einer konsequenten und auch erfolgreichen Interessenvertretung, insbesondere mit Blick auf die eigene Wählerschaft. Hinzu kommt gerade in einem föderalen System der Einfluss der Bundesebene. Je nach Mehrheitskonstellationen in Bund und Land bieten sich der Landespolitik Möglichkeiten zur Nutzung von Synergieeffekten oder auch zur identitätsbildenden Distanzierung oder Abgrenzung von der Bundesebene. Besonders deutlich ist das am Beispiel der CSU in Bayern zu beobachten.

Für das Parteiensystem in dem jungen, erst seit 1952 bestehenden Bundesland Baden-Württemberg waren zunächst vor allem konfessionelle und regionale Gegensätze von Bedeutung. Hinzu kamen die Auswirkungen der weithin kleinstädtisch-ländlich geprägten Siedlungsstruktur und der im Südwesten erst verspätet eingesetzten Industrialisierung.[4] Beide Landesteile — Baden und Württemberg — umfassen bis heute Gebiete mit ganz unterschiedlichen politisch-kulturellen Prägungen.[5] Zentral ist jeweils ein manifester Nord-Süd-Gegensatz, der zudem mit unterschiedlichen konfessionellen Ausrichtungen einhergeht. Der Norden ist in beiden Landesteilen überwiegend evangelisch, der Süden hingegen mehrheitlich katholisch ausgerichtet. Insbesondere in Württemberg weisen die nördlichen, altwürttembergischen Landesteile eine protestantisch-pietistische Tradition auf, die große Teile des Nordschwarzwalds und die Gebiete rund um Stuttgart dominiert. Der dort vorherrschende, teils rigide Pietismus mit seiner Prädestinationslehre hat die Herausbildung solch sprichwörtlich schwäbischer Tugenden wie Fleiß, Selbstdisziplin und Erfindungsreichtum befördert, geht aber auch einher mit einer hohen sozialen Kontrolle, einer gewissen Risikoscheue, einem grundsätzlichen Misstrau-

3 Ulrich Eith: Zur Ausprägung des politischen Wettbewerbs in entwickelten Demokratien. Zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen und dem Handeln politischer Eliten, in: Ders./Gerd Mielke (Hrsg.): Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien, Wiesbaden 2001, S. 17 – 33.

4 Ulrich Eith: Das Parteiensystem Baden-Württembergs, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Opladen 2008, S. 103 – 123.

5 Hermann Bausinger: Zur politischen Kultur Baden-Württembergs, in: Ders./Theodor Eschenburg u. a.: Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde, 4. Aufl., Stuttgart 1996, S. 14 – 42.

en gegenüber Institutionen sowie häufig auch mit gesinnungsethischen Einstellungen. Dagegen dominieren im südlichen Teil Württembergs die katholischen Milieus Oberschwabens mit einem durch die Gegenreformation gefestigten Katholizismus mit vielfach sehr konservativen Zügen.

Insbesondere die pietistische geprägten Milieus Altwürttembergs mit ihrer Enge und Strenge der Lebensführung stehen bis heute im deutlichen Gegensatz zum weitaus liberaleren Baden. Die auch in Baden existierenden konfessionellen Unterschiede haben dort keine religiösen Sonderbewegungen hervorgebracht. Im Grenz- und Durchgangsland entlang des Rheins herrscht weit stärker eine aufgeschlossenere Geisteshaltung vor, weit verbreitet ist die tolerante Einstellung „leben und leben lassen". Zudem hat sich vor diesem Hintergrund im Land ein manifester Zentrum-Peripherie-Konflikt herausgebildet, wonach insbesondere Nord- und Südbaden bis heute penibel darauf achten, politisch nicht von Stuttgart übervorteilt zu werden.

Die politischen Auswirkungen dieser territorialen und konfessionellen Unterschiede bestimmten nicht nur die Anfangsphase des Wahlverhaltens und damit des baden-württembergischen Parteiensystems. Bis heute sind regionale, vor allem auf konfessionellen Traditionen beruhende Unterschiede in der politischen Kultur Baden-Württembergs unübersehbar. Am deutlichsten wird das in den pietistisch geprägten Regionen, wo sich durch kulturelle Diffusion eine auch politisch wirksame Mentalität erhalten hat, die sich durch eine antiinstitutionelle bis herrschaftskritische Grundhaltung sowie eine Überbetonung von subjektiv-emotionalen Erfahrungen gegenüber aufklärerisch-rationalen Denkformen auszeichnet.[6] Erkennbar wird das etwa im regional unterschiedlichen Abschneiden rechtspopulistischer Parteien oder auch in der Entstehungsgeschichte der baden-württembergischen Querdenkerszene während der Corona-Pandemie mit vielfältigen Bezügen zum im Südwesten ebenfalls verbreiteten anthroposophischen Gedankengut.[7] Kennzeichnend für die baden-württembergische Landespolitik ist daher von Beginn an ein ausgeprägtes regionales und — besonders in den ersten Jahrzehnten — auch konfessionelles Proporzdenken, das selbst bis in die Arithmetik der Kabinettsbildungen reicht.[8]

6 Rosemarie Wehling: Pietismus in Württemberg, in: Dieter Langewiesche/Reinhold Weber u. a. (Hrsg.): Der deutsche Südwesten: Regionale Traditionen und historische Identitäten, Stuttgart 2008, S. 167—184, hier S. 168—170; Nadine Frei/Oliver Nachtwey: Eine politische Soziologie der Corona-Proteste in Baden-Württemberg, Basel 2021, S. 52—53.

7 Frei/Nachtwey, Eine politische Soziologie (wie Anm. 6).

8 Ulrich Eith: Regierungsperioden und politische Dominanz in Baden-Württemberg: Die CDU als „Landespartei", in: Gerhard Hirscher/Karl-Rudolf Korte (Hrsg.):

Ergänzt werden diese konfessionell-territorialen Strukturmuster durch die Auswirkungen einer kleinstädtisch-ländlichen Siedlungsform, an der auch die im Südwesten verspätet eingesetzte Industrialisierung nur wenig verändert hat.[9] Bis heute gibt es in Baden-Württemberg lediglich vier Städte mit mehr als 200 000 Einwohnern und weitere fünf mit mehr als 100 000 Einwohnern. Anders als in anderen Teilen Deutschlands führte die schnelle Ausdifferenzierung und Spezialisierung des produzierenden Sektors im Südwesten nicht zur Herausbildung größerer städtischer Industriezentren und einer Industriearbeiterschaft mit eigenständigen Milieustrukturen, gleichwohl ist das Land flächendeckend bis in nahezu jedes Tal hinein industrialisiert. Großflächigere Industrieagglomerationen finden sich lediglich im Mannheimer sowie im Stuttgarter Raum, darüber hinaus auch in der Region Mittlerer Oberrhein/Karlsruhe. Bis heute konzentriert sich in diesen drei Regionen fast die Hälfte der industriellen Produktion des Landes. Diese betrug selbst 2022 noch 32,4 Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung des Landes gegenüber lediglich 23,5 Prozent im bundesdeutschen Durchschnitt.[10]

Die bis heute dominierende, eher kleinstädtisch geprägte Lebensweise federte die üblichen sozialen Verwerfungen der Industrialisierung größtenteils ab, verhinderte weitgehend das Aufkommen eines proletarischen Klassenbewusstseins und begrenzte so von Anbeginn an die Chancen der Parteien der Arbeiterbewegung wie etwa der SPD. Demgegenüber stellten die in der Nachkriegszeit intakten katholischen und evangelischen Milieus im ländlichen Südwesten eine strukturell günstige Ausgangssituation für die politische Arbeit von konservativ-bürgerlichen Parteien dar.

Ausgangspunkt des Aufstiegs der CDU zur beherrschenden Landespartei der 1970er und 1980er Jahre war — wie auch in anderen Teilen Deutschlands zu beobachten — das erfolgreiche Anknüpfen der Christdemokraten an die vom Katholizismus geprägten Traditionen der Weimarer Zentrumspartei.[11] Als stabile CDU-Hochburgen kristallisierten sich zunächst die ka-

Aufstieg und Fall von Regierungen, München 2001, S. 249—277, hier S. 262—267.

9 Gerd Mielke: Alter und neuer Regionalismus: Sozialstruktur, politische Traditionen und Parteiensystem in Baden-Württemberg, in: Dieter Oberndörfer/Karl Schmitt (Hrsg.): Parteien und regionale politische Traditionen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1991, S. 299—313.

10 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Gesamtwirtschaftliche Ergebnisse für Baden-Württemberg, 2023, S. 7 [www.statistik-bw.de/Service/Veroeff/Faltblatt/803823010.pdf; Zugriff 26.02.2024].

11 Eith, Regierungsperioden (wie Anm. 8), hier S. 255—261.

tholischen Wahlkreise im Süden des Landes, in Mittelbaden sowie im Main-Tauber- und Ostalbkreis heraus. Die katholischen Milieus Oberschwabens galten noch in den 1980er Jahren als nahezu unüberwindbare christdemokratische Bastionen. Der entscheidende Aufschwung gelang der CDU dann zu Zeiten der 1969 ins Amt gekommenen sozialliberalen Koalition in Bonn. Hierbei profitierten die baden-württembergischen Christdemokraten auch vom linksliberalen Schwenk der FDP im Bund. Mit einem konservativen Frontalangriff auf die sozialliberale Ost- und Gesellschaftspolitik der Regierung Brandt profilierte Ministerpräsident Filbinger die baden-württembergische CDU als verlässliches konservativ-bürgerliches Gegenmodell zur Bundespolitik, gewann protestantisch-altliberale Wählermilieus hinzu und errang 1972 erstmals die absolute Mehrheit.



Hochzeiten der CDU im Land: Am 25. März 1972 eröffnet der amtierende Ministerpräsident und Spitzenkandidat der CDU Hans Filbinger (Mitte) vor 5500 Zuhörern in Freiburg die heiße Phase des Landtagswahlkampfs, unterstützt vom CDU-Bundesvorsitzenden Rainer Barzel (ganz links) und Alt-Bundeskanzler Ludwig Erhard (rechts). Die CDU holt bei der Wahl mit 52,9 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit.

Den konfessionellen Gegenspieler zur CDU stellte vielerorts zunächst die FDP dar. Bei den Landtagswahlen bis 1968 erzielten die Liberalen Stimmenanteile von teilweise über dreißig Prozent im protestantisch geprägten Nordwürttemberg, überdurchschnittliche Anteile aber auch in Pforzheim, Sinsheim,

Calw, Freudenstadt und Reutlingen. Am erfolgreichsten war die FDP in Wahlkreisen mit einem hohen Anteil an kleineren und mittleren Selbständigen, Gewerbetreibenden oder auch Beschäftigten im öffentlichen Dienst.[12] Mit dem Beginn der sozialliberalen Koalition in Bonn 1969 fiel die FDP in Baden-Württemberg aufgrund massiver Verluste in ihren bürgerlichen, altliberalen Hochburgen zugunsten der CDU dann dauerhaft unter die Zehnprozentmarke.



Landtagswahl 1980: Am Wahlabend zeigen sich ein zufriedener Ministerpräsident Lothar Späth (l.), der eine absolute Mehrheit für seine CDU einfährt, und ein eher zerknirschter Spitzenkandidat Erhard Eppler, der mit seiner SPD stagniert.

Der SPD ist es in Baden-Württemberg nur in Ansätzen gelungen, protestantische Wählermilieus verlässlich und auf Dauer in die eigene Wählerschaft zu integrieren, wie es etwa der CDU unter den katholischen Bevölkerungsteilen gelang. Ihre besten Wahlergebnisse erzielten die Sozialdemokraten von Beginn an in den industriell geprägten Ballungsräumen rund um Stuttgart sowie in Nord- und Mittelbaden (Karlsruhe und Mannheim). Überdurch-

12 Uwe Dietrich Adam: Politischer Liberalismus im deutschen Südwesten 1945—1978, in: Paul Rothermund/Erhard R. Wiehn (Hrsg.): Die F. D. P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1979, S. 220—253.

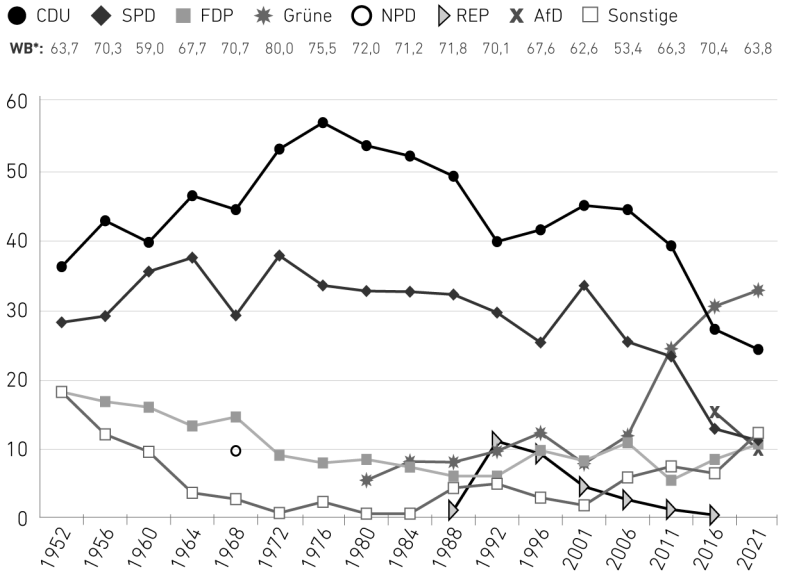
schnittliche Wahlergebnisse gelangen darüber hinaus im protestantisch-pietistisch geprägten Nordschwarzwald (Calw, Freudenstadt) und in kleineren Industriestädten mit überwiegend protestantischer Bevölkerung wie Lörrach, Reutlingen oder auch Mühlacker. Unter der Arbeiterschaft konkurrierte die SPD zunächst vor allem in den katholischen Gegenden mit der CDU, in den mehrheitlich protestantischen Milieus des neuen Mittelstands und öffentlichen Dienstes mit den Liberalen. Schon frühzeitig in den 1970er Jahren griffen die Sozialdemokraten dann unter ihrem langjährigen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Erhard Eppler alternative Themen der Neuen Sozialen Bewegungen auf. Dies führte allerdings zu weiteren Stimmenverlusten unter der städtischen Arbeiterschaft und im protestantischen Bürgertum, vorwiegend zugunsten der CDU.

Neue Konstellationen in den Achtzigerjahren

Den Höhepunkt ihrer politischen Vormachtstellung in Baden-Württemberg hatte die CDU mit dem Wahlergebnis von 56,7 Prozent bei der Landtagswahl 1976 erreicht. Fortan verlor sie von Wahl zu Wahl einige Prozentpunkte, konnte aber dennoch bis 1992 ohne Koalitionspartner regieren. Mit Beginn der schwarz-gelben Koalition unter Bundeskanzler Helmut Kohl im Bund 1982 und der Proklamierung einer „geistig-moralischen Wende" änderten sich allerdings die bundespolitischen Rahmenbedingungen für das bisherige Erfolgsmodell der Christdemokraten in Baden-Württemberg. Konnte Ministerpräsident Hans Filbinger die Landes-CDU und damit auch Baden-Württemberg in den 1970er Jahren als konservativ-bürgerliche Alternative gegenüber der sozialliberalen Reformpolitik in Bonn profilieren, stand sein Nachfolger Lothar Späth vor allem für einen stark wirtschaftsliberalen Modernisierungskurs in Wirtschaft und Verwaltung und damit für einen reform-aufgeschlosseneren Kurs als die CDU-geführte Bundesregierung. Der Vormachtstellung in Baden-Württemberg tat das bis zum Ende der 1980er Jahre vordergründig keinen größeren Abbruch, zumal Späth zunächst über Parteigrenzen hinweg in der liberalen und selbst in der sozialdemokratischen Wählerschaft eine hohe persönliche Reputation besaß und Baden-Württemberg auch in Oppositionskreisen als wirtschaftlich erfolgreiches Bundesland wahrgenommen wurde. Ihren Status als dominierende Landespartei festigte die seit 1972 alleine regierende CDU nicht zuletzt auch durch eine gezielte Personal- und Versorgungspolitik im Land.

Ebenfalls weitgehend stabil waren zudem in den 1980er Jahren die Wahlergebnisse der etablierten politischen Konkurrenz. Die SPD konnte bei den drei Landtagswahlen der 1980er Jahre ohne gravierende Veränderungen

ERGEBNISSE DER LANDTAGSWAHL IN BADEN-WÜRTTEMBERG 1952–2021



*WB = Wahlbeteiligung in Prozent
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

jeweils ein Drittel der Wählerstimmen auf sich vereinen. Die Liberalen verharrten wie bereits in den 1970er Jahren deutlich unter zehn Prozent. Es gelang ihnen auch in diesem Jahrzehnt nicht, ehemalige altliberale Wählergruppen von der CDU zurückzugewinnen und an die einstmals hohen Wahlergebnisse der ersten beiden Jahrzehnte in Baden-Württemberg anzuknüpfen.

Unter dieser stabil erscheinenden Oberfläche haben sich seit den frühen 1970er Jahren allerdings entscheidende politisch-kulturelle Veränderungen vollzogen. Im Zuge des durch die sozialliberale Bundesregierung angestoßenen gesellschaftspolitischen Reformprozesses haben sich schrittweise neue politische Beteiligungs- und Organisationsformen mit neuen Themen auf der politischen Bühne etabliert. Die Technologie- und Fortschrittsgläubigkeit der „alten Politik“ der 1960er Jahre war im Lauf der 1970er Jahre verflogen. Die Themen der „neuen Politik“ wie Anti-Atomkraft, Umweltschutz, Friedenssicherung und Emanzipation gewannen mehr und mehr an Zuspruch und Unterstützung, teilweise auch mit einem romantischen, zivilisationskritischen Zungenschlag. Größere Teile der Nachkriegsgenerationen hatten einen Wertewandel hin zu postmaterialistischen Zielvorstellungen wie Natur-

schutz, globale Verantwortung, größere Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit vollzogen,[13] was die bisherige gesellschaftspolitische Konfliktstruktur in Baden-Württemberg schrittweise um eine weitere Dimension erweiterte, die üblicherweise als der Konflikt zwischen Materialismus und Postmaterialismus bezeichnet wird.

Getragen wurden diese Neuen Sozialen Bewegungen zunächst vor allem von den linksalternativen Gruppierungen und Milieus mit häufig akademischem Hintergrund, wie sie sich zu Beginn der 1970er Jahre in den Universitätsstädten herausgebildet hatten. Verbunden damit war ein neues Demokratieverständnis. Statt der als zu starr empfundenen repräsentativen Demokratie bevorzugten die Aktivistinnen und Aktivisten Vorstellungen einer Demokratie „von unten". Sie setzten auf Basisdemokratie und lokale Bürgerinitiativen, hinzu kamen lose miteinander vernetzte Aktionsbündnisse. Schrittweise verfestigte sich eine Protestbewegung mit eigenen Organisationsformen, verbunden durch die Kritik an der Industriegesellschaft und häufig durch eine gemeinsame Herkunft aus den gebildeten Mittelschichten. Viele verstanden sich hierbei als außerparlamentarische Opposition, vereinzelt bildeten sich erste sogenannte Alternative Listen, die auf politischen Einfluss in der Kommunalpolitik setzten. Die Ausdifferenzierung der politisch-kulturellen Gruppierungen und Milieus hatte an Fahrt aufgenommen.

Thematische Katalysatoren waren in Baden-Württemberg insbesondere der Widerstand gegen Atomkraftwerke und der damit eng verbundene Umweltschutz.[14] Gerade auch in anthroposophischen und bürgerlich-evangelischen Kreisen fanden ökologische Denkansätze und die Positionen des Umweltschutzes große Resonanz. Mobilisierend wirkten die 1972 vom Club of Rome in Auftrag gegebene Studie *Die Grenzen des Wachstums* sowie die Ölpreiskrise 1973, die die Abhängigkeit der westlichen Industriestaaten von fossilen Rohstoffen nachdrücklich demonstrierte. Einen enormen Schub bewirkte dann nicht zuletzt die erfolgreiche Verhinderung des Baus eines Atomkraftwerks in Wyhl am Kaiserstuhl gegen Ende der 1970er Jahre.

Darüber hinaus kamen insbesondere auch auf Bundesebene der Friedensbewegung, der Dritte-Welt-Bewegung und der Neuen Frauenbewegung grö-

13 Maike Hausen/Reinhold Weber: Eine Zeitenwende? Wertewandel und Krisenbewusstsein in den 1970er-Jahren, in: Gassert/Weber, Filbinger, Wyhl und die RAF (wie Anm. 1), S. 71—91.

14 Ulrich Eith: Von Wyhl bis Karlsruhe — Bürgerproteste, Neue Soziale Bewegungen und die Gründung der Grünen, in Gassert/Weber, Filbinger, Wyhl und die RAF (wie Anm. 1), S. 113—135; Stefan Gänzle: Bündnis 90/Die Grünen, in: Michael Eilfort (Hrsg.): Parteien in Baden-Württemberg, Stuttgart 2004, S. 124—145, hier S. 127—129.

ßere Bedeutung zu. Die Friedensbewegung hatte sich bereits Ende der 1950er Jahre als Protestbewegung gegen die Stationierung nuklearer Waffen in Westdeutschland formiert. Die Ostermärsche gegen das atomare Wettrüsten in Ost und West fanden insbesondere zwischen 1960 und 1970 sowie nach dem NATO-Doppelbeschluss 1979 größere öffentliche Beachtung. Hinzu kamen bis zur endgültigen Niederlage Südvietnams 1975 die Proteste gegen den Vietnamkrieg und seine entsetzlichen Begleiterscheinungen.

Die Dritte-Welt-Bewegung bestand aus Dritte-Welt- bzw. Eine-Welt-Initiativen, die sich vielfach aus antiimperialistischer Grundhaltung heraus oder auch aus christlicher Motivation mit den Befreiungsbewegungen in den Ländern des globalen Südens solidarisierten.

Als Initialzündung der Neuen Frauenbewegung in den 1970er Jahren — in Abgrenzung zur Frauenbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik — gelten die Auseinandersetzungen 1968 im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) über die Diskriminierung von Frauen in der eigenen Organisation sowie die von Alice Schwarzer 1971 initiierte Aktion „Wir haben abgetrieben“ in der Zeitschrift *Stern*. Die Aktivistinnen der Neuen Frauenbewegung forderten die vollständige Gleichstellung von Frauen, die Ausweitung der Selbstbestimmungsrechte sowie größere Mitwirkungsmöglichkeiten in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.[15]

Die zunehmenden Erfolge der außerparlamentarischen Protestbewegungen führten zugleich zu der Überlegung, die politischen Konflikte doch wieder stärker zurück in die Parlamente zu bringen. Nicht zuletzt hatten die gewalttätigen Konfrontationen bei Anti-Atomkraft-Protesten in Grohnde, Brokdorf oder Kalkar Ende der 1970er Jahre vielen der Aktivistinnen und Aktivisten vor Augen geführt, dass allein mit außerparlamentarischen Aktionsformen keine substanziellen politischen Veränderungen und Erfolge zu erzielen waren, zumal nicht mit einem Anspruch der Gewaltfreiheit. In vielen Städten und Gemeinden fanden sich dezentral dann grüne, bunte und alternative Listen zusammen, die bei den Kommunalwahlen beachtliche Unterstützung und Mandate erzielen konnten.

Am 30. September 1979 gründete sich in Sindelfingen der baden-württembergische Landesverband der Grünen, am 12. und 13. Januar 1980 folgte in Karlsruhe die Gründung auf Bundesebene. Die Grünen verstanden sich ex-

15 Vgl. Reinhild Kreis: „Wir sind Frauen. Wir sind viele. Wir haben die Schnauze voll!“: Die Neue Frauenbewegung, in: Reinhold Weber (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013, S. 75—96; Anne Bieschke: Frauenträume werden Wirklichkeit?! — Die Neue Frauenbewegung in Baden-Württemberg in den 1970er-Jahren, in: Gassert/Weber, Filbinger, Wyhl und die RAF (wie Anm. 1), S. 93—111.

plizit als grundlegende Alternative zu den etablierten Parteien, als Anti-Parteien-Partei. Ihre programmatische Grundausrichtung beschrieben sie als ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Für die praktische parlamentarische Politik beinhaltete dies zunächst das imperative Mandat und das Rotationsprinzip. Beides ließ sich in der Realität der repräsentativ-parlamentarischen Demokratie allerdings nicht lange durchhalten.

Im Vergleich mit den Bundesgrünen waren die Südwest-Grünen deutlich stärker bürgerlich-ökologisch ausgerichtet.[16] Auf die unmittelbare Parteigründung nahmen vor allem zwei Gruppierungen größeren Einfluss: einerseits bürgerlich-konservative Umweltschutzgruppierungen wie die „Grüne Aktion Zukunft" (GAZ) des ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl, die „Grüne Liste Umweltschutz" (GLU) und auch die „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher" (AUD), andererseits der Achberger Kreis, der zum anthroposophischen Netzwerk im Südwesten gehörte und 1988 dann maßgeblich zu Gründung des Vereins „Mehr Demokratie" beitrug. Vertreter linker Gruppierungen stießen mehrheitlich erst wenige Jahre nach der Gründung zum Landesverband. Damit hatte dann die für die Grünen parteiintern zentrale Konfliktlinie zwischen „Fundis" und „Realos" auch den baden-württembergischen Landesverband erreicht, wenngleich die Südwestgrünen im bundesweiten Vergleich stets als realpolitisch geprägter Landesverband gelten konnten.

Bei den Landtagswahlen 1980 erreichten die Grünen auf Anhieb 5,3 Prozent und zogen damit erstmals in das Parlament eines Flächenlandes ein.[17] Erfolgreich waren sie insbesondere in den jungen Altersgruppen. Bei den 18- bis 24-Jährigen erzielten sie einen etwa um das Dreifache höheren Stimmenanteil als in der gesamten Wählerschaft.

Enttäuschend war das Wahlergebnis 1980 insbesondere für die SPD mit ihrem Spitzenkandidaten Erhard Eppler. Während die Themen der „neuen Politik" von den etablierten Parteien zunächst bestenfalls in Ansätzen aufgegriffen wurden, galt Eppler bereits in den 1970er Jahren als Vordenker in Sachen Ökologie, Friedens- und Entwicklungspolitik. Innerparteilich stand er damit allerdings im deutlichen Widerspruch zur Politik des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Helmut Schmidt. In Baden-Württemberg, wo Eppler von 1973 bis 1981 Landesvorsitzender der SPD war, konnte er mit seinen intellektuellen, gleichwohl fortschrittlichen Politikkonzeptionen keine neu-

16 Eith, Von Wyhl bis Karlsruhe (wie Anm. 14), S. 131–132.

17 Hans-Peter Biege/Hans-Joachim Mann/Hans-Georg Wehling: Die baden-württembergische Landtagswahl vom 16. März 1980: Spannung nur durch die Grünen?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl) 11 (1980), S. 211–222.



Zwei landespolitische Köpfe, die das Profil der baden-württembergischen Grünen als „Realos" geprägt haben: Winfried Kretschmann (l.) und Wolf-Dieter Hasenclever (r.), aufgenommen 1983 in Sigmaringen.

en Wählergruppen für seine Partei hinzugewinnen. Vielmehr gerieten die baden-württembergischen Sozialdemokraten unter seinem Vorsitz gleich von zwei Seiten unter Druck: Bei der städtischen Arbeiterschaft gelangen der CDU nennenswerte Zugewinne, während große Teile der jüngeren, bildungsnahen Generationen seit 1980 zu den Grünen tendierten.

Bei den Landtagswahlen 1984 konnten die Grünen ihre Position weiter ausbauen und mit 8,0 Prozent drittstärkste Kraft im baden-württembergischen Landtag werden.[18] Weit überdurchschnittlich schnitten sie in den Universitätsstädten ab: In Tübingen erzielten sie 21,6 Prozent, in Freiburg immerhin 16,8 Prozent. In ersten Ansätzen zeichnete sich hier bereits ein grünes Stammwählermilieu der 1980er und 1990er Jahre ab: jung, überdurchschnittliche formale Bildung, im Studium oder beschäftigt im Dienstleistungsbereich und mit überwiegend linkem Bewusstsein.

18 Hans-Peter Biege: Die baden-württembergische Landtagswahl vom 25. März 1984: Die GRÜNEN etablieren sich als dritte Kraft, in: ZParl 15 (1984), S. 254–265.

Die Liberalen mussten erneut Stimmenanteile abgeben und kamen 1984 nur noch auf 7,2 Prozent. Wie auch in anderen Teilen der Bundesrepublik war die FDP nach ihrem doppelten Koalitionswechsel auf Bundesebene 1969 und 1982 in ihrem einstmaligen Stammland vor allem eine Funktionspartei ohne größere Stammwählerschaft geworden, die sich programmatisch am deutlichsten mit wirtschaftsliberalen Themen profiliert.

Landtagswahlen 1988 und 1992: Das Ende der politischen Vormacht wird manifest

Die CDU verfehlte bei der Landtagswahl 1988 mit 49,0 Prozent zum ersten Mal seit 1972 die absolute Mehrheit, konnte aufgrund der Mehrheit der Mandate jedoch zunächst alleine regieren. Überdurchschnittliche Verluste von bis zu knapp zehn Prozentpunkten erfolgten in den ländlich-katholischen CDU-Hochburgen in Südwürttemberg, insbesondere in den Wahlkreisen Biberach, Wangen, Ehingen, Ravensburg und Sigmaringen. Kristallisationspunkte des Protests gegen die Landesregierung waren 1988 insbesondere die schlechte wirtschaftliche Situation der Bauern, die Frage des Schwangerschaftsabbruchs, die Deutschlandpolitik, insbesondere die Milliardenkredite an die DDR, sowie die Asyl- und Ausländerpolitik. Nutznießer dieser Proteste waren verschiedene Splitterparteien am äußerst rechten Rand, darunter die NPD (2,1 %), die ÖDP (1,4 %) und die Republikaner (1,0 %). Größere politische Umbrüche verhinderten 1988 dennoch die nach wie vor hohe Beliebtheit des Ministerpräsidenten Späth sowie die ausgezeichnete wirtschaftliche Situation des Landes.[19]

Das änderte sich mit der Landtagswahl 1992, nachdem Späth 1991 wegen der Diskussionen um finanzierte Urlaubsreisen, der sogenannten Traumschiff-Affäre, zurücktreten musste und Erwin Teufel zum neuen Ministerpräsidenten gewählt wurde. Die CDU musste erdrutschartige Verluste hinnehmen und kam nur noch auf 39,6 Prozent, dem bis dato drittschlechtesten Ergebnis bei baden-württembergischen Landtagswahlen. Beherrschende Themen im Wahlkampf waren eine generelle Politikverdrossenheit über die als abgehoben und politisch ineffizient wahrgenommene CDU-Regierung mit der Metapher „Denkzettelwahl“ sowie die von der CDU kurz vor der Wahl

19 Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl am 20. März 1988, Mannheim; Hans-Peter Biege: Die baden-württembergische Landtagswahl vom 20. März 1988. Ein strahlender Verlierer und keine Gewinner, in: ZParl 19 (1988), S. 468 – 482.



Landtagswahl 1988 am Wahlabend: Die Spitzenkandidaten warten in Stuttgart auf das Ergebnis (v. l. n. r.): Walter Döring (FDP), Rezzo Schlauch (Grüne), Dieter Spöri (SPD) und Ministerpräsident Lothar Späth (CDU). Die CDU konnte trotz Verlusten die absolute Mehrheit im Parlament behaupten.

forcierte Asylthematik.[20] Wahlentscheidend wirkte sich aus, dass der CDU hier wie auch in weiteren zentralen Politikfeldern tatsächlich nur eine geringe bis mittlere Problemlösungskompetenz zugeschrieben wurde. Überdurchschnittliche Verluste erfolgten dieses Mal vor allem in stärker industriell geprägten, häufig protestantischen Wahlkreisen wie Nürtingen, Bietigheim-Bissingen, Schorndorf oder Backnang im Regierungsbezirk Stuttgart, aber auch in den Wahlkreisen Calw, Freudenstadt, Baden-Baden und Pforzheim.

In beiden Landtagswahlen offenbarten sich somit die Kosten der wirtschaftspolitisch durchaus erfolgreichen Modernisierungspolitik von Späth. Durch die Konzentration auf die vermeintlich allein wahlentscheidenden neuen Mittelschichten in den größeren Städten kam die notwendige Pflege

20 Roland Sturm: Die baden-württembergische Landtagswahl vom 5. April 1992: Rechtsruck oder Protestwahl?, in: ZParl 23 (1992), S. 622 – 639; Forschungsgruppe Wahlen: Wahl in Baden-Württemberg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 5. April 1992, Mannheim 1992, bes. S. 46 – 52.

der CDU-Traditionswählergruppen zu kurz. Die kleinstädtisch-ländliche Struktur Baden-Württembergs geriet zu sehr aus dem Blick. Der stark auf den Stuttgarter Raum konzentrierte Modernisierungskurs wurde letztlich mit Abkopplungstendenzen unter den Traditionswählerschaften in der ländlichen Peripherie — sichtbar bereits 1988 — sowie in städtischen Problemzonen — sichtbar in den Wahlen 1992 — erkauft; alte regionale Gegensätze wurden dadurch erneut aktualisiert.[21]

Profitieren konnten von diesen Entwicklungen vor allem die rechtsextremen Republikaner. Überdurchschnittliche Ergebnisse erzielten sie in Wahlkreisen mit einem hohen Anteil an produzierendem Gewerbe, in der Arbeiterschaft, bei Gewerkschaftsmitgliedern, jüngeren Männern und Kirchenfernen. Die höchsten Stimmenanteile gelangen ihnen in den Wahlkreisen Pforzheim (18,5 %), Enz (17,0 %), Schorndorf (15,7 %), Kirchheim (15,7 %), Backnang (15,6 %) und im Wahlkreis Stuttgart III (15,2 %). Ab 1992 konnten sie sich dann für zwei Legislaturperioden vor allem in protestantisch-pietistisch geprägten Wahlkreisen des Nordschwarzwalds und Nordwürttembergs festsetzen. Das legt die Frage nach den Besonderheiten der regionalen politischen Kultur in diesen Gegenden mit pietistischer Prägung nahe. Vieles spricht dafür, dass der zunächst religiös begründete rigide moralische Anspruch zusammen mit der hohen sozialen Kontrolle in seiner säkularisierten Form die Ausprägung stark gesinnungsethischer politischer Orientierungen begünstigt hat. Zudem entspricht das im württembergischen Pietismus in vielen Wohnzimmern zu findende Zwei-Wege-Bild mit seinem „richtigen“ und „falschen“ Weg der Struktur nach einer Wahrnehmung politischer Problemlagen in Schwarz-Weiß- bzw. Freund-Feind-Gegensätzen. Insbesondere in Zeiten politischer Frustrationen bieten sich hier strukturelle Anknüpfungspunkte für autoritär-rechte Politikkonzeptionen und Sündenbocktheorien.[22]

Den Sozialdemokraten ist es in den 1980er Jahren nicht gelungen, von den Verlusten der CDU zu profitieren. Die Schwierigkeiten der SPD, eine erfolgreiche programmatische Brücke zu finden zwischen den politischen Interessen ihrer traditionellen Klientelen in der Industriearbeiterschaft und den seit den 1960er Jahren hinzugewonnenen Lehrer-, Beamten- und Akademikermilieus in den Universitätsstädten, exemplarisch verdeutlicht an den

21 Vgl. Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith: Die These vom Denkzettelvotum greift viel zu kurz. Analyse der Landtagswahl in Baden-Württemberg, in: Süddeutsche Zeitung vom 11.04.1992, S. 9.

22 Ulrich Eith: Die Republikaner in Baden-Württemberg. Mehr als nur politischer Protest, in: Nikolaus Werz (Hrsg.): Populismus. Populisten in Übersee und Europa, Opladen 2003, S. 243—261.



Wahlplakate zur Landtagswahl 1992, aufgenommen in Stuttgart. Erstmals nach zwanzig Jahren verliert die CDU ihre Alleinregierung und muss unter Erwin Teufel in eine Große Koalition mit der SPD unter Dieter Spöri. Gewinner der Wahl sind die rechtsextremen Republikaner (hier nicht abgebildet), die mit mehr als zehn Prozent der Stimmen erstmals in den Stuttgarter Landtag einziehen.

sozialdemokratischen Wahlerfolgen in Mannheim und Freiburg,[23] treten in Baden-Württemberg in besonderer Schärfe hervor. Zur erfolgreichen Arbeiterpartei fehlen im Südwesten weithin die milieuspezifischen Voraussetzungen, was auch in diesem Wählersegment der CDU einen Vorteil brachte. In den linken und postmaterialistischen Mittelschichten wiederum konnten die Sozialdemokraten nur bei den mittleren Generationen punkten. Die nachwachsenden Wählerinnen und Wähler orientierten sich in den 1980er Jahren weit stärker an den neugegründeten Grünen. So verharrte die SPD in diesem Jahrzehnt bei gut dreißig Prozent, einer aus heutiger Sicht durchaus noch respektablen Größenordnung. Erst in den 2000er Jahren mussten die Sozialdemokraten in Baden-Württemberg dann massive Verluste hinnehmen.

Die FDP hat im Verlauf der 1980er Jahre die strukturelle Verankerung in ihrem ehemaligen Stammland Baden-Württemberg weitgehend verloren. Ihr früherer Alleinvertretungsanspruch bürgerlich-protestantischer Interessen

23 Biege/Mann/Wehling, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 16. März 1980 (wie Anm. 17), hier S. 261–262; Gerd Mielke: Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg, Berlin 1987, hier S. 285–288.

ist durch die beiden Koalitionswechsel im Bund und die damit verbundenen zwischenzeitlichen Verluste vor allem zugunsten der Union entscheidend relativiert worden. Die 1984 und 1988 erfolgten Versuche, mit einer klaren Koalitionsaussage zugunsten der CDU altliberale Wählergruppen zurückzugewinnen, waren nicht erfolgreich.[24] Dennoch lagen die liberalen Hochburgen weiterhin im protestantischen Württemberg, wenn auch auf deutlich niedrigerem Niveau.

Erfolgreich waren die 1980er Jahre vor allem für die Grünen. Sie konnten sich zunächst insbesondere in den universitär und vom Dienstleistungssektor geprägten Städten als politische Repräsentantin, als parlamentarisches Standbein der neuen alternativen Gruppierungen und Milieus im Südwesten fest etablieren, lagen darüber hinaus aber bereits 1980 schon in 33 von siebzig Wahlkreisen, darunter in fast ganz Südbaden, über der Fünfprozenthürde. Die realpolitische Ausrichtung des Landesverbands war nicht zuletzt aufgrund der großen Bedeutung der Themen Umweltschutz und Waldsterben unübersehbar — und es mangelte auch nicht am politischen Selbstbewusstsein. Nach dem für die CDU enttäuschenden Wahlergebnis 1992 erfolgten auch zwischen CDU und Grünen Sondierungsgespräche über die Möglichkeiten einer schwarz-grünen Regierungsbildung, die in beiden Parteien ernsthafte Befürworter, aber auch erbitterte Gegner hatte. Letztlich brachten diese Gespräche den Grünen einen beachtlichen Reputationsgewinn, dem Land hingegen eine Koalition von CDU und SPD und den Republikanern die Rolle als stärkste Oppositionspartei im Landtag.[25]

Fazit

In einer bilanzierenden Gesamtbetrachtung der politischen Entwicklungen in Baden-Württemberg in den 1980er Jahren bleibt festzuhalten, dass die politische Landschaft im Südwesten keineswegs so stabil und festgefügt war, wie es die durchgängige Alleinherrschaft der CDU vermuten lässt. Von Wahl zu Wahl haben sich die Zusammenhänge zwischen Sozialstruktur und Wahlverhalten schrittweise verändert. Dass diese sozialstrukturellen Verschiebungen und Korrelate keineswegs einen Automatismus darstellen, zeigen die Entwicklungen der jeweiligen Wahlergebnisse. 1992 ist die zwanzig-

24 Biege/Mann/Wehling, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 16. März 1980 (wie Anm. 17), S. 257; Biege, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 25. März 1984 (wie Anm. 18), S. 471—472.

25 Sturm, Die baden-württembergische Landtagswahl vom 5. April 1992 (wie Anm. 20), S. 636—638.

jährige Periode der christdemokratischen Hegemonie des Regierens ohne Koalitionspartner im Südwesten zu Ende gegangen. Die CDU hat über die 1980er Jahre hinweg ihre traditionellen Wählergruppen im ländlich-katholischen Raum zu sehr vernachlässigt und damit den langen Schatten des Kirchturms[26] unterschätzt.

26 Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke: Der Kirchturm wirft lange Schatten, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt vom 04.11.1988.

Thomas Schuetz

Globalisierung, Neoliberalismus und baden-württembergische Wirtschaftspolitik – Neue Bilder des entgrenzten Marktes

Im nationalen wie internationalen Vergleich erscheint die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs in den 1980er Jahren ein außergewöhnlicher Erfolg gewesen zu sein. Diese Einschätzung stand auch hinsichtlich der Eigen- und Fremdwahrnehmung vor und nach dem hier betrachteten Zeitraum in einer Kontinuität. Es wäre aber eine stark verkürzte Darstellung, diese Phase als eine reine Erfolgsgeschichte ohne Umbrüche und Herausforderungen zu verstehen. Nicht nur auf Landesebene war das Jahrzehnt von nachhaltigen Veränderungen der internationalen Handelsbeziehungen und einer damit einhergehenden Internationalisierung der Wertschöpfungsketten gekennzeichnet. Diese in den 1980er Jahren verstärkt zu beobachtenden Prozesse wurden zeitgenössisch mit dem Schlagwort der Globalisierung belegt.[1] Der daraus resultierende Wandel des Wirtschaftslebens wurde als eine existenzbedrohende Krise wahrgenommen — und gleichzeitig waren sowohl die öffentliche Debatte als auch die Expertendiskurse von einer erneuten Rezeption wirtschaftsliberaler Konzepte bestimmt.

Um diese Entwicklungen einordnen zu können ist zunächst wichtig festzustellen, dass die hier betrachtete Dekade vor allem durch langfristige Entwicklungen geprägt war und es daher notwendig ist, auch die vorausgegangenen und nachfolgenden Entwicklungen zu berücksichtigen. Nach dem Ende der als „Wirtschaftswunder" bezeichneten Phase der ungewöhnlichen Prosperität des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg setzte bereits in den späten 1960er Jahren eine wirtschaftlich schwierige Zeit ein. Bereits 1967 zeichnete sich mit dem ersten konjunkturellen Abschwung nach dem Zweiten Weltkrieg eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung ab, und spätestens mit der Ersten Ölpreiskrise 1973 lässt sich eine — für entwickelte Volkswirtschaften typische — Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung nachzeichnen, etwa anhand einer Betrachtung des preisberei-

1 Margot Körber-Weik: Die wirtschaftliche Stellung Baden-Württembergs, in: Hartmut Klatt (Hrsg.): Baden-Württemberg und der Bund, Stuttgart 1989, S. 186—209, hier S. 187.

nigten Bruttoinlandproduktes (BIP) der Bundesrepublik Deutschland. War dieses in den 1950er Jahren durchschnittlich 8,2 Prozent höher als im jeweiligen Vorjahr, so sank dieser Wert in den 1960er Jahren auf 4,4 Prozent, betrug in den 1970er Jahren noch 2,9 Prozent und in den 1980er Jahren schließlich nur noch 2,6 Prozent. Auch nach dem hier betrachteten Zeitraum lässt sich keine Wende in diesem Trend belegen: In den 1990er Jahren betrug die Zunahme ebenfalls nur 1,6 Prozent.[2] Die Werte des preisbereinigten BIP können auch als Indikatoren für Wirtschaftskrisen herangezogen werden. Ein solcher Fall war etwa das Jahr 1982, als der Wert auf −0,4 Prozent sank. Entsprechend sank in Baden-Württemberg die Quote der Erwerbstätigen von 96,7 Prozent im Jahr 1980 auf 92,8 Prozent (1982); 1985 betrug sie 93,4 Prozent.[3] Das bedeutete aber nicht, dass das Land im nationalen Vergleich als Problemfall wahrgenommen worden wäre, ganz im Gegenteil. 1981 hatte Baden-Württemberg mit nur 3,3 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik und gehörte mit Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz und Hamburg zu den Ländern, die in dieser Hinsicht unter dem Bundesdurchschnitt lagen.[4] Auch im internationalen Vergleich galt, dass Deutschland und der deutsche Südwesten sich durch eine relativ hohe Prosperität auszeichneten. Das BIP lag zu Beginn der 1980er Jahre mit 25,4[5] im Bundesvergleich im oberen Bereich, wurde allerdings von Hessen (25,4), Westberlin (27,8) oder Hamburg (42,9) und Bremen (27,8) übertroffen.[6]

Der Wandel der regionalen Wirtschaft in den 1980er Jahren

Das hier betrachtete Jahrzehnt begann also mit einer Krise, die sich in der Wahrnehmung der Zeitgenossen an die schwierige wirtschaftliche Situation der 1970er Jahre anschloss.[7] Dabei schien der deutsche Südwesten besonde-

2 Statistisches Bundesamt: Langfristige Wirtschaftsentwicklung in Deutschland [www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/BIP-Langfristig.html, Zugriff 17.10.2023].

3 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: Wirtschaftliche Folgen der demographischen Entwicklung — Arbeitskräfte und Verbraucher ändern ihre Struktur (Materialien und Berichte der Familienwirtschaftlichen Forschungsstelle, Heft 16), Stuttgart 1987, S. 19.

4 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg: 30 Jahre Baden-Württemberg im Spiegel der Statistik. Stuttgart 1982, S. 31 und S. 66; Ich danke Tabea Vogel für die Aufarbeitung des statistischen Materials.

5 Pro Einwohner in 1000 DM p. a.

6 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 30 Jahre Baden-Württemberg (wie Anm. 4), S. 66.

7 Werner Plumpe: Wirtschaftskrisen: Geschichte und Gegenwart, München 2010, S. 98.

ren Risiken ausgesetzt zu sein.[8] In der Vorstellung einer linearen, fortschrittsgesteuerten Wirtschaftsentwicklung galt es als gegeben, dass sich die Fortschrittlichkeit und damit auch Wettbewerbsfähigkeit einer Gesellschaft im Grad ihrer Tertiärisierung ablesen lässt.[9] Dieser Umwandlungsprozess von einer Industriegesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft schien in Baden-Württemberg nur sehr zögerlich voranzugehen.[10] 1980 waren 51,8 Prozent der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe tätig, während es im Bundesdurchschnitt gerade einmal 45,3 Prozent waren.[11] Ab der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hatte sich im Land eine von Taylorismus und Fordismus geprägte Industrie ausgebildet, die vor allem in den Bereichen des Maschinenbaus, der Textilindustrie, der Elektrotechnik und nicht zuletzt dem Fahrzeugbau überregionale Bedeutung hatte.[12] Aufgrund der Relevanz von Exporten war die Ausrichtung auf den Weltmarkt und damit das internationale Engagement der Konzerne und Unternehmen ein gleichzeitig zu beobachtendes Phänomen.[13] Die Herstellung hochgradig standardisierter Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen in einer Region mit relativ hohen Gestehungskosten wurde durch qualitativ hochwertige, technologisch komplexe Fabrikate und anpassungsfähige Produktionspraktiken ermöglicht.[14] Auch wenn in der zeitgenössischen Wahrnehmung vor allem die als Schlüsseltechnologien verstandenen Branchen, die in der Regel in der Form von international verflochtenen Großkonzernen organisiert waren, im Zentrum

8 Gert Kollmer-von Oheim-Loup: Handwerk und Industrie, in: Hansmartin Schwarzmaier/Gerhard Taddey (Hrsg.): Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte, Bd. 5: Wirtschafts- und Sozialgeschichte seit 1918, Stuttgart 2007, S. 122 – 167, hier S. 162 – 167.

9 Jean Fourastié: Die große Hoffnung des Zwanzigsten Jahrhunderts, Köln 1954, S. 135 f.

10 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Baden-Württemberg 2000. Der neue Atlas für das ganze Land, Stuttgart 1999, S. 82.

11 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, 30 Jahre Baden-Württemberg (wie Anm. 4), S. 66.

12 Günter Püttner: Regionalförderung und kommunale Wirtschaftspolitik, in: Hans-Georg Wehling/Dieter Langewiesche u. a. (Hrsg.): Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde Teil II, Stuttgart 1991, S. 138 – 163, hier S. 141 – 144.

13 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Baden-Württemberg 2000 (wie Anm. 10), S. 124.

14 Martin Heidenreich/Gerhard Krauss: The Baden-Württemberg Production and Innovation Regime. Past Successes and New Challenges, in: Philip Cooke/Martin Heidenreich/Hans-Joachim Braczyk (Hrsg.): Regional Innovation Systems. The Role of Governance in a Globalized World, London 1998, S. 186 – 213, hier S. 186.

der Wahrnehmung standen und damit auch weitgehend den gesellschaftlichen und politischen Diskurs in Wirtschaftsfragen prägen konnten, lag die schnelle Reaktionsfähigkeit vor allem in einem flexiblen Mittelstand. Diese später als „Hidden Champions" bekannten Unternehmen agierten häufig in enger Anbindung an Konzerne und konnten auch in regelrechten Klientelverhältnissen zu diesen stehen.

Dass vor allem Gewinne durch die Produktion von Exportgütern erwirtschaftetet wurden, stellte das Land und die hier ansässigen Unternehmen vor besondere Herausforderungen.[15] Denn aus dieser Exportabhängigkeit resultierte auch eine Abhängigkeit von globalen Ereignissen, auf die kaum Einfluss genommen werden konnte. Das zeigte sich etwa hinsichtlich der Entwicklung der internationalen Konjunktur, dem Wert des US-Dollars oder dem Ölpreis. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts setze sich unter den westlichen Industrienationen allmählich das Ideal eines möglichst ungehinderten Warenaustausches durch,[16] was sich nicht zuletzt auch auf europäischer Ebene in der Aushandlung der Rahmenbedingungen eines gemeinsamen Marktes auswirkte.[17] Parallel zu dieser Entwicklung hatte der technische Wandel, der zeitgenössisch als Fortschritt bezeichnet wurde, eine kontinuierliche Verbilligung des Gütertransportes zur Folge.[18]

Für die Wirtschaft Baden-Württembergs erwiesen sich diese Tendenzen als zweischneidiges Schwert. Einerseits vereinfachte sich der Export von Konsum- und Investitionsgütern aus Baden-Württemberg, was sich positiv auf die Automobilindustrie oder den Maschinenbau auswirkte. Andererseits wuchs der internationale Konkurrenzdruck, was dann häufig zum Verschwinden oder zumindest zur Marginalisierung ganzer Branchen führte. So verschwanden etwa Hersteller von Unterhaltungselektronik, Kleinkrafträdern oder Textilien weitestgehend. Auch wenn die Betrachtung der jeweiligen spezifischen Ursachen des Untergangs eines Unternehmens unterschied-

15 Wilhelm Rall: Baden-Württembergs Wirtschaft, in: Hermann Bausinger/Theodor Eschenburg u. a. (Hrsg.), Baden-Württemberg: Eine politische Landeskunde, 2. Aufl., Stuttgart 1981, S. 204—227, hier S. 208 f.

16 Richard Whitley: Internationalization and Varieties of Capitalism: The Limited Effects of Cross-National Coordination of Economic Activities on the Nature of Business Systems, in: Review of International Political Economy 5, Heft 3/1998, S. 445—481.

17 Elke Thiel: Die Europäische Union. Von der Integration der Märkte zu gemeinsamen Politiken, Berlin 1989, S. 120—145.

18 David Hummels: Transportation Costs and International Trade in the Second Era of Globalization, in: Journal of Economic Perspectives 21, Heft 3/2007, S. 131—154, hier S. 133.

liche Wirkzusammenhänge und in vielen Fällen auch das Zusammenspiel mehrerer negativer Faktoren zeigt, zog sich die Klage über die Konkurrenz aus Fernost oder auch über billigste Importe aus der DDR-Produktion, die vor allem über den Versandhandel vertrieben wurden, wie ein roter Faden durch das Jahrzehnt.[19] Eine Folge der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz bei gleichzeitig schwieriger Marktlage war, dass auch etablierte Unternehmen in Konkurs gingen. Dazu gehörten etwa der in St. Georgen ansässige Hersteller der Plattenspieler Marke „Dual", Gebr. Steidinger, die Kleinkraftradhersteller Maico (Pfäffingen) und Kreidler (Stuttgart-Kornwestheim) oder das Textilunternehmen Esbi Süddeutsche Baumwolle-Industrie (Kuchen). Dieser Strukturwandel bedeutete für den deutschen Südwesten aber keinen katastrophalen Umbruch. In anderen Regionen, die von einer einzelnen Branche dominiert wurden, wie etwa der Norden mit seiner Werftenindustrie oder das Ruhrgebiet und das Saarland mit ihrer Montan- und Schwerindustrie, waren die Auswirkungen dieses Wandels sehr viel härter.[20] Aber auch in Baden-Württemberg lässt sich eine Veränderung nachzeichnen, etwa hinsichtlich der Konzentration in prosperierenden regionalen Zentren und dem gleichzeitigen Bedeutungsverlust peripherer Räume.[21]

Das lässt sich etwa am Beispiel der Gemeinde Tailfingen (seit 1975 Teil der Großen Kreisstadt Albstadt) im Zollernalbkreis nachzeichnen, die lange von der Textilindustrie geprägt wurde. Mitte der 1970er Jahre bedeutete dies, dass in 138 Betrieben rund 9.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihr Auskommen fanden. Ein Jahrzehnt später war dieser Bereich verschwunden, die wichtigsten regionalen Unternehmen hatten aufgehört zu existieren und sowohl die bauliche Gestalt als auch die lokale Identität der Gemeinde waren durch den Niedergang geprägt. Dieser negative Trend zeichnete sich auch in der Bevölkerungsentwicklung ab: 1974 lebten in Tailfingen rund 17 000 Menschen, 1985 waren es nur noch etwa 12 000.[22]

19 Marvin J. Wolf: The Japanese Conspiracy: The Plot to Dominate Industry Worldwide and How to Deal with It, London 1983, S. 48 ff.; Tobias Wunschik: Die erzwungene Arbeit von politischen Gefangenen in der DDR: Westliche Nutznießer und Kenntnisstand der Öffentlichkeit, in: Johannes Weberling (Hrsg.): Zwangsarbeit in der DDR — Ein offenes Thema gesamtdeutscher Aufarbeitung, Baden-Baden 2015, S. 47—67.

20 Lutz Raphael: Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom, Berlin 2019, insb. S. 38 ff., S. 295 ff und S. 419 ff.

21 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Baden-Württemberg 2000 (wie Anm. 10), S. 32 f.

22 Gerhard Hauser: Albstadt. Von der Industrialisierung bis zum Zusammenschluss 1975, Albstadt 2015, S. 218 und S. 246 f.



„Ländle meets the world“: Der baden-württembergische Wirtschaftsminister Rudolf Eberle (Mitte) im Mai 1982 mit einer chinesischen Wirtschaftsdelegation auf Besuch in Freiburg.

Während periphere Räume an Bedeutung verloren, wuchs die wirtschaftliche Relevanz einiger weniger Zentren, so dass sich drei Ballungsräume in den Regionen um Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe ausbildeten.[23] Gleichzeitig wuchs die Bedeutung der drei maßgeblichen Branchen des Landes: des Maschinenbaus, des Straßenfahrzeugbaus und der elektrotechnischen Industrie. Waren 1950 noch rund 225 000 Menschen in diesen Gewerben beschäftigt, hatte sich dieser Wert bis zum Ende der 1980er Jahre auf etwa 800 000 Beschäftigte mehr als verdreifacht.[24] Diese Entwicklung hatte auch Auswirkungen auf die Infrastruktur, die Verfügbarkeit von Wohnraum, das Schul- und Ausbildungswesen und weitere kommunale Belange. Dementgegen war der Landesregierung, insbesondere unter der Federführung des Wirtschaftsministers Rudolf Eberle (CDU), die Entwicklung des ländlichen

23 Harald Enke/Margot Körber Werk: Die sektorale Entwicklung der Wirtschaft Baden-Württembergs in den 70er und 80er Jahren, Tübingen 1991, S. K10.

24 Gerhard Krauss: Baden-Württemberg als Prototyp eines regionalen Innovationssystems: Eine organisationssoziologische Betrachtungsweise, in: Birgit Blättel-Mink/Alexander Ebner (Hrsg.): Innovationssysteme: Technologie, Institutionen und die Dynamik der Wettbewerbsfähigkeit, Berlin 2009, S. 229—248, hier S. 232.

Raums besonders am Herzen gelegen. Der Fokus der Infrastrukturmaßnahmen zur weiteren Erschließung der Ballungsräume lag dabei auf der Betonung des Individualverkehrs mit dem Automobil und der Sicherung der Energieversorgung für Wirtschaft und Bevölkerung durch ein klares Bekenntnis der Landesregierung zur Kernkraft.[25] Beides waren politische Richtungsentscheidungen, die bereits seit den 1970er Jahren nicht mehr einhellig von der Bevölkerung getragen wurden und deren Sinnhaftigkeit mit dem erstmaligen Einzug der Grünen in den Landtag nach der Wahl von 1980 auch im Landesparlament offen in Frage gestellt wurde.[26]

Ökonomische Konzepte und deren Umsetzung

Der Wiederaufbau nach 1945 und die sich anschließenden Jahre des „Wirtschaftswunders" waren von der Vorstellung der Planbarkeit und Steuerbarkeit wirtschaftlicher Entwicklungen geprägt. Diese Vorstellung ging vor allem auf den britischen Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes (1883—1946) zurück. Sein Konzept: Es sei notwendig, durch Steuern und Staatsausgaben konjunkturelle Schwankungen auszugleichen, um so zu einem stabilen Wirtschaftswachstum und damit auch zu sicheren sozialen Lebensbedingungen der Bevölkerung zu gelangen. Entsprechend war es das politische Leitbild, mittels des Staates nicht nur die Rahmenbedingungen des Wirtschaftslebens vorzugeben, sondern mit einer langfristigen Strategie die Ökonomie zu gestalten.[27]

Als Folge der negativen wirtschaftlichen Entwicklung der 1970er und frühen 1980er Jahren kam es dann zu einer Abkehr von Keynes. Der amerikanische Ökonom Milton Friedman (1912—2006) lehnte die Vorstellung der Plan- und Steuerbarkeit der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Um als Staat über eine gesunde Wirtschaft zu verfügen, war es nach seiner Ansicht notwendig, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu fördern und sichere Produktionsbedingungen zu schaffen. Durch eine genaue Regulierung der Geldmenge sollte die Inflation bekämpft werden, möglichst niedrige Steuern

25 Nicole Waidlein: Die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs in den 1970er Jahren, in: Philipp Gassert/Reinhold Weber (Hrsg.): Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015, S. 179—198, hier S. 188.

26 Philipp Gassert/Reinhold Weber: Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, in: Dies., Filbinger, Wyhl und die RAF (wie Anm. 25), S. 11—20, hier S. 13.

27 Andrew Shonfield: Geplanter Kapitalismus: Wirtschaftspolitik in Westeuropa und den USA, Köln 1968, S. 340.

und nur marginale Eingriffe ins Wirtschaftsleben sollten sowohl dazu beitragen die Staatsfinanzen zu sanieren als auch das Wirtschaftswachstum zu stärken. Friedman hatte diese als monetaristische oder auch als neoliberal bezeichneten Konzepte bereits in den frühen 1960er Jahren publiziert, aber erst als er in den 1980er Jahren zum intellektuellen Anführer der *Chicago School of Economics* aufstieg und parallel dazu die sich dramatisch verschlechternde wirtschaftliche Lage das offensichtliche Scheitern von Keynes Konzepten verdeutlichte, erschienen seine Ansätze als eine sinnvolle und notwendige Alternative. In konservativen und wirtschaftsliberalen Kreisen wurden diese Konzepte als alternativloser Weg aus der Krise verstanden. Es ist bemerkenswert, dass diese Ansichten auch in der gemäßigten Linken aufgenommen wurden und in der folgenden Zeit selbst die Diskurse in den Gewerkschaften prägten.[28]

Aus diesen Vorstellungen resultierte ein Wandel in den leitenden Ideen der Wirtschaftspolitik, der bei führenden Industrienationen auch mit einem politischen Wandel einherging. In den Vereinigten Staaten, in Großbritannien und in der Bundesrepublik Deutschland waren die Regierungen Reagan, Thatcher und Kohl den von Friedman und seinen Schülern entwickelten Konzepten verpflichtet und versuchten diese — teilweise gegen den erheblichen Widerstand der Bevölkerung — durchzusetzen.[29]

Auch in dieser Hinsicht stellte Baden-Württemberg einen Sonderfall dar, da hier bereits seit 1953 immer eine CDU-geführte Landesregierung an der Macht war und diese neuen Ansätze der staatlichen Lenkung nicht mit einem Machtwechsel, sondern mit einem Generationswechsel an der Spitze der Regierung einhergingen. Doch die Ablösung von Hans Filbinger (CDU, Ministerpräsident 1966–1978) durch Lothar Späth (CDU) bedeutete nicht, dass es zu einem weitgehenden personellen Wechsel oder einer grundsätzlichen Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik des Landes gekommen wäre. Abgesehen von der Abkehr von der Vorstellung der langfristigen Planbarkeit, wie sie unter Kiesinger auch in Baden-Württemberg eine Leitidee gewesen war, war allen maßgeblichen konservativen Wirtschaftspolitikern zu eigen, dass sie sich grundsätzlich zur freien Marktwirtschaft und zu einem „schlanken Staat" bekannten. Rudolf Eberle (CDU) leitete von 1972 bis zu seinem plötzlichen Tod im November 1984 das Wirtschaftsministerium des Landes.

28 Andreas Rödder: 21.0: Eine kurze Geschichte der Gegenwart, München 2015, S. 47; Ian Kershaw: Achterbahn: Europa 1950 bis heute, München 2019, S. 389.

29 Peter Gourevitch: Politics in Hard Times: Comparative Responses to International Economic Crises, Ithaca 1986, S. 205; Uwe Jens: Die weltwirtschaftliche Herausforderung: Strukturwandel und zukunftsorientierte Strukturpolitik im industriellen Sektor, Baden-Baden 1986, S. 11.

Ihm folgten Martin Herzog (CDU, 1984—1989) und Hermann Schaufler (CDU, 1989—1992). Tatsächlich verringerten sich die Ausgaben des Landes trotz der grundsätzlichen Befürwortung des theoretischen Anspruchs im Sinne Friedmans nicht.

Sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene zeichnete sich die wirtschaftspolitische Realität durch eine vermittelnde Position aus, in der die sozialpolitischen Errungenschaften der 1950er und 1960er Jahre keineswegs so radikal abgeschafft wurden wie in Großbritannien oder den Vereinigten Staaten. Zwar hatte es zu Beginn des Jahrzehnts in der CDU durchaus harte neoliberale Positionen gegeben. In diesem Zusammenhang ist vor allem an Ernst Albrecht (Ministerpräsident in Niedersachsen 1976—1990) zu denken. Gegenüber dem linken Parteiflügel konnte er sich aber nicht durchsetzen. Eine CDU-interne Arbeitsgruppe, bestehend aus Ernst Albrecht, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU, 1982—1989), Arbeitsminister Norbert Blüm (CDU, 1982—1998), Kurt Biedenkopf und nicht zuletzt Lothar Späth entwickelte ein 1984 als „Stuttgarter Leitsätze“ von der Partei angenommenes, zwischen den Positionen vermittelndes Konzept.[30]

Krisenreaktionsstrategien

Wie aber reagierten Unternehmen und Staat in Baden-Württemberg auf die Herausforderungen des Strukturwandels? Dazu ist zunächst anzumerken, dass es aufgrund der Unterschiedlichkeiten der Produkte, Märkte und Unternehmensstrukturen nicht so etwas wie einen Königsweg gegeben hat und die folgenden Punkte nur als Überblick gesehen werden sollten. Der Ökonomie-Nobelpreisträger Robert J. Shiller hat gezeigt, dass auch das Wirtschaftsleben durch Narrative geprägt wird und dass diese Narrative Konjunkturen unterliegen.[31] In den 1980er Jahren waren es vor allem drei Konzepte, die in dieser Hinsicht von Bedeutung waren: Innovationsfähigkeit, Globalisierung und Diversifikation.

Innovationsfähigkeit

Bereits im Nachklang der Weltwirtschaftskrise nach 1929 hatte der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter (1883—1950) eine theoretische Erklärung für die periodisch auftretenden Wirtschaftskrisen entwickelt. Diese

30 Reimut Zohlnhöfer: Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl, Opladen 2001, S. 49.

31 Robert J. Shiller: Narrative Wirtschaft. Wie Geschichten die Wirtschaft beeinflussen — ein revolutionärer Erklärungsansatz, Kulmbach 2020.

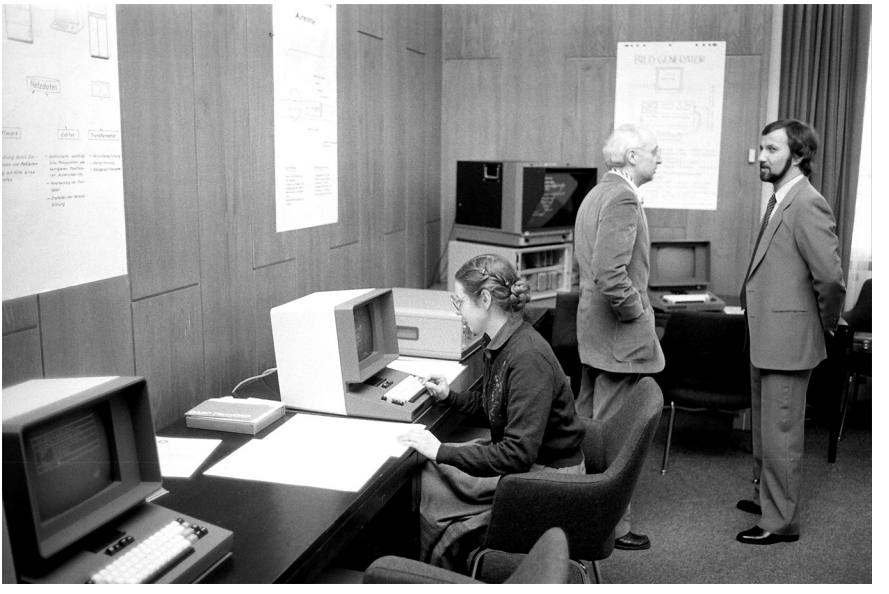
wurde jedoch erst in der Phase nach der Ersten Ölpreiskrise auf breiter Basis wahrgenommen. Ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre wurde seine Konzeption unter anderem zur Grundlage staatlicher Wirtschaftsförderung im ausgehenden 20. Jahrhundert und wirkt bis in die Gegenwart. Nach Schumpeter sind Phasen der wirtschaftlichen Stagnation und Krisen durch das periodische Auftreten von Innovationen, also etwa neuen Technologien, verbesserten Produktionsprozessen oder auch neuer Methoden der Vermarktung, zu erklären.[32] Damit ist ein grundlegendes Dilemma beschrieben, denn Innovationsprojekte sind kostspielig, langwierig und letztendlich ergebnisoffen, während Gewinne in der Regel mit etablierten Technologien und Produkten erwirtschaftet werden. Aus unternehmerischer Sicht gilt es demnach eine ausgewogene Strategie zu finden, die zwischen der Ausbeutung bestehender Investitionen und der gleichzeitigen maßvollen Förderung des Neuen pendelt. Dagegen, so Schumpeter, ist es Aufgabe des Staates, durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen die Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Landes zu fördern.

Auch wenn diese Überlegungen keineswegs neu waren, so hatten die Auswirkungen der krisenhaften 1970er Jahre zur Folge, dass die Innovationsfähigkeit zu einem zentralen Leitbegriff in den 1980er Jahren und darüber hinaus wurde. In Baden-Württemberg wurden diese Vorstellungen bruchlos in die Eigenwahrnehmung als technologisch fortschrittliche und wissenschaftsaffine Region eingebunden — eine Wahrnehmung, für die die vergleichsweise hohe Anzahl von Patentanmeldungen im Land als Beleg angeführt werden kann. 1986 fielen in Baden-Württemberg auf 100 000 Einwohner 76 Patentanmeldungen, was im Ländervergleich der Spitzenwert war. Dieser Wert blieb auch im weiteren Verlauf des Jahrzehnts stabil. Bis heute ist Baden-Württemberg unangefochten das Bundesland mit den meisten Patentanmeldungen.[33]

Entsprechend der Dominanz neoliberaler Vorstellungen fielen protektionistische Maßnahmen der Wirtschaftsförderung in Misskredit, auch wenn es diese etwa auf kommunaler Ebene durchaus gegeben hat. Vielmehr sollten durch eine Förderung von Wissenschaft und Forschung sowie durch den Ausbau und die Qualitätssteigerung des Ausbildungswesens die Innovationsfähigkeit gefördert werden. Zeitgenössisch als Schlüsseltechnologien verstan-

32 Joseph Alois Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung: Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und Konjunkturzyklus, 6. Aufl., Berlin 1964, S. 99 f.

33 Deutsches Patentamt (Hrsg.): Jahresbericht 1989, München [o. J.], S. 14; www.dpma.de/dpma/veroeffentlichungen/statistiken/patente/index.html [Zugriff 22.01.2024].



An der Universität Karlsruhe wird im November 1981 eine neue Beratungsstelle für Mikroelektronik eingerichtet.

denen Technologiefeldern galt in diesem Zusammenhang die besondere Aufmerksamkeit, also etwa der Mikro- und Optoelektronik, der Fertigungs-, Roboter- und Regelungstechnik, aber auch der angewandten und umweltorientierten Chemie und Biotechnik.[34] Um der Tendenz einer Konzentration in Ballungsräumen entgegenzuwirken, wurde versucht, auch mittelständische Unternehmen und Arbeitskräfte in den eher peripheren Regionen des Landes an diesen Entwicklungen teilhaben zu lassen. Durch den Ausbau des Hochschul- und Fachhochschulwesens sowie der Etablierung von an diesen angebundenen, sogenannten Technologietransferzentren sollte versucht werden, Inventionen schneller und effizienter in Innovationen umzumünzen. Eine ähnliche Funktion kam auch den Innovationsberatungsstellen der Industrie- und Handelskammern sowie den Technischen Beratungsdienststellen der Steinbeis-Stiftung zu. Darüber hinaus wurden unter dem Leitbegriff der Regionalisierung des Bildungswesens vor allem Institutionen zur Aus- und Weiterbildung in den durch den Strukturwandel besonders betroffenen

34 Helmut Trischler: Das bundesdeutsche Innovationssystem in den „langen 70er Jahren“: Antworten auf die „amerikanische Herausforderung“, in: Johannes Abele/Gerhard Barkleit/Thomas Hanseroth (Hrsg.): Innovationskulturen und Fortschrittserwartungen im geteilten Deutschland, Köln 2001, S. 47—70.

Regionen angesiedelt. So wurden neue Fachhochschulaußenstellen in Albstadt, Geislingen, Göppingen und Villingen-Schwenningen eingerichtet.[35] Des Weiteren engagierte sich die Landesregierung im Aufbau von Technologiezentren. Diese wurden sowohl in den Ballungsräumen als auch in strukturschwachen Regionen angesiedelt und waren darauf ausgerichtet, Unternehmensgründungen im Bereich der Schlüsseltechnologien zu begleiten. Sie fanden sich in Stuttgart, Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim, aber eben auch in Freiburg, Offenburg, St. Georgen, Aalen, Ulm und Konstanz.

Gegen Ende des Jahrzehnts wurden diese Bemühungen als durchaus erfolgreich eingeschätzt. So kam ein Gutachten aus dem Jahr 1991 zu dem Schluss, dass der Sektor der „Büromaschinen" sowie die chemische Industrie sich in Baden-Württemberg durch ein besonderes Wachstum auszeichneten.[36] Eine längerfristige Perspektive lässt diese Einschätzung jedoch als durchaus ambivalent erscheinen. Mit der wachsenden Bedeutung des Innovationsbegriffs ging auch dessen Utilisierung zu Marketingzwecken einher. Produkte und Praktiken, die keineswegs besonders neu sein mussten, wurden als solche angepriesen; marginale Veränderungen etwa hinsichtlich des Designs eines Produktes wurden in der Eigendarstellung von Unternehmen zum „Paradigmenwechsel" erhoben.

Die Globalisierung des Welthandels und die damit verbundene Internationalisierung der Wertschöpfungsketten hatten zur Folge, dass die im Land betriebenen Innovationsforschungen nicht zwingend zu neuen Produktionsstätten im Land führten — unabhängig davon, ob es gelang, Innovationen in erfolgreiche Produkte umzusetzen. Das lässt sich gut am Beispiel der von Josef Webel erforschten Geschichte der Bildschirmtechnologie nachzeichnen.

Ausgehend von der Wahrnehmung, dass die lokale Forschungs- und Entwicklungsarbeit auf dem Gebiet der Mikroelektronik den Entwicklungen in den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan hinterherhinkte, gab es einen Konsens zwischen Industrie, Hochschulen und Politik, dass dieser Bereich besonders gefördert werden müsste. Eine von Lothar Späth eingerichtete Forschungskommission sprach sich 1983 dahingehend aus.[37] Die Be-

35 Peter Hölzle: Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungspolitik des Landes, in: Helmut Klatt (Hrsg.): Baden-Württemberg und der Bund, Stuttgart 1989, S. 234—264, hier S. 246.

36 Enke/Körber-Weik, Die sektorale Entwicklung der Wirtschaft Baden-Württembergs (wie Anm. 23), S. K12 f.

37 Zu den Ergebnissen der Forschungskommission vgl. die Berichte in Staatsministerium Baden-Württemberg (Hrsg.): Kongreß der Landesregierung Baden-Württemberg. „Zukunftschancen eines Industrielandes" am 14. und 15. Dezember 1982, Stuttgart 1983, S. 17—47.

fürchtung, in diesem Bereich nicht mehr konkurrenzfähig zu sein, betraf nicht nur die lokale Elektroindustrie. Auch Anlagen- und Maschinenbauer oder Hersteller von Büromaschinen oder Uhren waren davon betroffen. Aus den vielen Initiativen, die in diesem Bereich unternommen wurden, sei hier nur auf das Beispiel der Bildschirmtechnik eingegangen. SEL und Bosch, das in Freiburg ansässige Fraunhofer-Institut für Angewandte Festkörperphysik und das von Ernst Lüder geleitete Institut an der Universität Stuttgart arbeiteten in der Zeit zwischen 1971 und der Jahrtausendwende an den Grundlagen für eine neue Generation von Bildschirmen. Das ehrgeizige Ziel war es, nicht nur den technologischen Vorsprung der USA und Japans einzuholen, sondern durch die effiziente Zusammenarbeit zwischen grundlegenden Forschungs- und ergebnisorientierten Entwicklungsarbeiten den nächsten Innovationsschritt vor der internationalen Konkurrenz zu vollziehen.[38]

Neben Bundesmitteln flossen erhebliche Gelder des Landes und der Industrie in die Förderung dieser Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. So wurde etwa 1983 ein neues Institut für Mikroelektronik an der Universität Stuttgart finanziert. Das Land stellte für die Erstfinanzierung 60 Millionen DM zur Verfügung und in der Folge wurde das als Stiftung konzipierte Institut zu gleichen Teilen von der Industrie und dem Land getragen. Später folgten eigene Labore für Dünnschichttechnik und Bildschirmtechnik. In allen Fällen erfolgte dieser Ausbau der Forschungskapazitäten in enger Abstimmung zwischen der Hochschulleitung und der Landesregierung. Lothar Späth selbst agierte in diesem Zusammenhang als Förderer und Vermittler zwischen Bürokraten, Akademikern und Industriellen. Maßgebliche Patente für die heute allerorten zu findenden Flachbildschirme und Touchscreens wurden zwar an baden-württembergischen Forschungseinrichtungen entwickelt, eine massenhafte Produktion von Flachbildschirmen kam im Land aber nie zustande. Die Hoffnung der Politik, dass bestehende Unternehmen aus der Unterhaltungselektronikbranche oder Neugründungen diese Produkte auch im Land produzieren würden, sollte sich nicht erfüllen. Smartphones, smarte Flachbildschirme, Computerbildschirme oder Tablets werden heute vor allem in China und Taiwan hergestellt.[39] Die Internationalisierung der Wert-

38 Vgl. hierzu den Beitrag von David Brechbilder und Joshua Haberkern in diesem Band.

39 Josef Webel: Geschichte der Bildschirmtechnik 1970–2000: Synergien, Netzwerke und Innovationsystem in Baden-Württemberg, Berlin 2013; Ders.: Flüssigkristalle und ihre Anwendung bei der Bildschirmtechnik aus historischer Perspektive, in: Klaus Hentschel/Josef Webel (Hrsg.) Geschichte der Materialforschung, Diepholz 2016, S. 178–214; Ders.: Förderliche Faktoren für die Herausbildung von For-

schöpfungsketten und der weltweite Freihandel hatten zur Folge, dass international agierende Konzerne sich Produktionsstandorte mit niedrigen Löhnen, nur marginal ausgebildeten Gewerkschaftsstrukturen, praktisch keinen Umweltauflagen und weiteren ähnlich lukrativen Rahmenbedingungen aussuchen konnten.

Diversifikation

Hinsichtlich möglicher Lösungsstrategien waren die 1980er Jahre insbesondere auf Seiten der Unternehmen durch die Vorstellung geprägt, dass neben „Innovation" vor allem „Diversifikation" der Weg aus der Krise sein könnte. Darunter ist zu verstehen, dass Organisationen zur Gewinnmaximierung versuchen, in bisher unerschlossene Märkte vorzudringen. Das kann etwa durch die Entwicklung neuer Produkte mit dem in einem Unternehmen vorhandenen Wissen erfolgen, es kann aber auch durch den Zukauf von Unternehmen oder die Gewinnung von Expertinnen und Experten aus eigentlich fremden Bereichen erfolgen. Die dahinterstehende Idee ist es, Marktschwankungen in einem Bereich durch Stabilität oder Prosperität in einem anderen Bereich auszugleichen.[40]

Für Baden-Württemberg war dieses Diversifikationskonzept von besonderer Bedeutung, da sich die Konzernleitung der Daimler-Benz AG unter der Leitung von Edzard Reuter für etwa ein Jahrzehnt ab 1985 dieses Konzept auf die Fahnen schrieb und so für das Land wie für den Bund eine Vorbildfunktion einnahm. Eine ganze Reihe Unternehmen wurden aufgekauft und in den Konzern integriert. Das von Reuter ausgegebene Ideal des „integrierten Technologiekonzerns" erwies sich allerdings als finanzielles Fiasko: Mitte der 1990er Jahre war dem Konzern ein Schaden von rund 36 Milliarden DM entstanden. Auch kleinere oder mittelständische Unternehmen, die sich nach dem Vorbild des Daimler-Benz-Konzerns in der Produktdiversifizierung versuchten, verschlimmerten in vielen Fällen ihre Lage dadurch noch. So versuchten etwa der Uhrenhersteller Kienzle am Markt für Elektrogeräte zu partizipieren, der Hersteller von Anlagen zur industriellen Wasseraufbereitung Hager + Elsässer engagierte sich im Geschäft der Aufbereitung von

schungstechnologien im regionalen Umfeld — das Beispiel Stuttgart, in: Klaus Hentschel (Hrsg.): Zur Geschichte von Forschungstechnologien: Generizität — Interstitialität — Transfer, Diepholz 2012, S. 393—414.

40 Helge Löbler: Diversifikation und Unternehmenserfolg. Diversifikationsbemühungen und -risiken bei unterschiedlichen Marktstrukturen und Wettbewerb, Berlin 2013.

Deponiesickerwasser oder im Produktportfolio des Daimler-Benz-Konzerns fanden sich Kühlschränke und Kampfhubschrauber.[41]



Flugzeuge statt Autos: Daimler-Benz-Vorstand Edzard Reuter im Mai 1990 auf der Internationalen Technologiemesse für Luft- und Raumfahrt in Hannover im Cockpit einer Maschine der Daimler-Benz-Tochter Dornier.

Alle diese Bemühungen waren keine wirtschaftlichen Erfolge und zeigen, dass das Eindringen in neue Märkte durch Produktdiversifizierung ergebnisoffene Prozesse sind — was bedeutet, dass auch Scheitern immer eine Option ist. Darüber hinaus sind Diversifikationsbemühungen kostenintensiv und zeitaufwendig. Als Krisenlösungsstrategien haben sie sich als wenig erfolgreich erwiesen, was aber andererseits nicht bedeutet, dass Mischkonzerne per se schlechtere Resultate erwirtschaften müssen.[42]

41 Thomas Schuetz: Tempus fugit. Technikgeschichte der Uhrenindustrie im deutsch-deutschen Vergleich, Bielefeld 2022, S. 351 ff.; Thomas Schuetz/David Seyffer: Hager + Elsässer. Die ersten 75 Jahre, Stuttgart 2007, S. 47 und S. 52; „Kühlschrank im Mercedes. Muß die AEG ihre Hausgeräte-Sparte verkaufen, weil Daimler-Benz es so will?“, in: Der Spiegel, 20.11.1988 [www.spiegel.de/wirtschaft/kuehlschrank-im-mercedes-muss-die-aeg-ihre-a-727221bb-0002-0001-0000-000013531613, Zugriff 20.11.2023].

42 Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung vom 04.01.2019 [www.boeckler.de/de/

Die fortschreitende Internationalisierung der Märkte und die Verbilligung des Transports hatte — wie bereits am Beispiel der Flachbildschirme gezeigt wurde — zur Folge, dass auch die Arbeitsteilung und damit die Wertschöpfung nicht mehr an einen Ort gebunden war. Halbzeuge preisgünstig in Japan oder Hongkong herstellen zu lassen erschien als eine Möglichkeit, die Produktion effizienter zu gestalten. Traditionelle Importmärkte verlangten darüber hinaus zunehmend, dass zumindest Teile der Produktion in ihren Heimatmärkten selbst stattfanden. Ziel dieser Maßnahmen war es, die lokale Industrie zu fördern. Widrigenfalls drohten Strafmaßnahmen, wie die Kontingentierung des Imports, hohe Schutzzölle oder gar ein gänzliches Einfuhrverbot. Dementsprechend sahen sich mehr und mehr baden-württembergische Unternehmen genötigt, eigene Tochterunternehmen im Ausland zu gründen, um weiterhin an diesen Märkten partizipieren zu können.[43] Die Daimler-Benz AG hatte in dieser Hinsicht eine Vorbildfunktion: Bereits zu Beginn des Jahrzehnts verfügte sie über 32 Montagewerke außerhalb der Bundesrepublik.[44]

Langfristig sollte sich auch dieser Trend als nicht unproblematisch erweisen, da damit unvermeidlich auch ein Wissens- und Technologietransfer einherging. Seitens der lokalen Regierungen, die neben dem Wunsch der Entwicklung der eigenen Wirtschaft auch an lokale Arbeitskräfte und Steuereinnahmen zu denken hatten, wurde die Frage, wie hoch die Wertschöpfung in den jeweiligen nationalen Montagebetrieben im Vergleich zu der in der Bundesrepublik war, zu einer umstrittenen Frage. Im Zuge dieser Entwicklung wurde der Anteil des im jeweiligen Land gefertigten Wertanteils eines Produktes, der sogenannte *local content,* zu einem Punkt, der zwischen Konzernen und lokalen Regierungen ausgehandelt werden musste. Etwa zur gleichen Zeit, also in den ausgehenden 1970er und frühen 1980er Jahren, setzte vor diesem Hintergrund eine Debatte ein, welche Produkte noch zu Recht das Siegel *Made in Germany* trugen, wenn ein erheblicher oder überwiegender Teil der Wertschöpfung nicht in der Bundesrepublik erfolgt war. Der Vergleich mit der bundesdeutschen Entwicklung zeigte entgegen diesen zeitgenössischen Diskursen, dass die Fertigungstiefe der in Baden-Württemberg

pressemitteilungen-2675-mischkonzerne-haben-zu-unrecht-schlechten-ruf-mit-der-anzahl-an-geschaeftsbereichen-3114.htm, Zugriff 20.11.2023].

43 Willi A. Boelcke: Auf dem Weg nach Alabama? Über den Standort der Industrie, in: Ders. (Hrsg.): Wege zum Erfolg: Südwestdeutsche Unternehmer, Leinfelden-Echterdingen 1996, S. 264—276, hier S. 272.

44 VDA (Hrsg.): Montage- und Produktionsstätten der deutschen Automobilhersteller im Ausland, Frankfurt 1980, S. 24.

gefertigten Produkte nicht im erwarteten Umfang abnahm und dem Land auch in dieser Hinsicht eine Sonderrolle zukam. In den 1980er Jahren blieb die durchschnittliche Fertigungstiefe fast gleich: 1978 hatte sie 49 Prozent betragen, 1990 waren es 48,7 Prozent.[45]

Schlussbetrachtungen

Sowohl in der zeitgenössischen Perspektive als auch in der Rückschau gab und gibt es keinen Konsens hinsichtlich einer Bewertung der baden-württembergischen Wirtschaftspolitik in den 1980er Jahren. Das mag nicht zuletzt dadurch begründet sein, dass im positiven wie im negativen Sinn diese Zeit bis in unsere Gegenwart prägende Praktiken und Strukturen geschaffen hat und die aktuellen unterschiedlichen Interpretationsangebote wirtschaftlichen Wandels eine Tradition haben, die bis zurück in die 1980er Jahre und darüber hinaus reichen.

Entsprechend finden sich sowohl Wertungen, die von fundamentaler Ablehnung geprägt sind, als wie solche, die eher den Charakter einer Hagiographie haben. Ihnen allen ist aber zu eigen, dass der Person Lothar Späth eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes zugeschrieben wird.[46]

Der Diskurs während des hier betrachteten Jahrzehnts war vor dem Hintergrund langwieriger Transformationsprozesse geprägt von der Vorstellung eines drohenden wirtschaftlichen Niedergangs — eine Beobachtung, die insofern bemerkenswert erscheint, da lediglich zu Beginn der 1980er Jahre eine tatsächliche Krise herrschte und selbst in dieser kritischen Phase Baden-Württemberg im nationalen und internationalen Vergleich relativ prosperierte. Der Strukturwandel, die Globalisierung und die daraus resultierende wachsende Bedeutung neoliberaler Wirtschaftskonzepte ermöglichten, dass die Innovationsfähigkeit des lokalen Forschungs- und Bildungssystems zu einem Politikum ersten Ranges wurde. Dass nicht alle Innovationsprojekte von Erfolg gekrönt sein können, erscheint zunächst als ein typisches Phäno-

45 Gerhard Krauss: Baden-Württemberg als Prototyp eines regionalen Innovationssystems: Eine organisationssoziologische Betrachtungsweise, in: Birgit Blättel-Mink/Alexander Ebner, Innovationssysteme (wie Anm. 24), S. 229—248, hier S. 235.

46 Hans-Peter Mengele: Wer zu Späth kommt …: Baden-Württembergs außenpolitische Rolle in den Umbruch-Jahren, Tübingen 1995, insb. S. 16—34, S. 114 ff. und S. 248 ff.; Andreas Braun/Gabriele Renz: Wir können alles: Einblicke in die Geschichte Baden-Württembergs, Stuttgart 2012, S. 70 f.

men. Wie am Beispiel der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zum Flachbildschirm gezeigt werden konnte, hatte im hier betrachteten Zeitraum die Öffnung der Märkte und damit die Internationalisierung der Wertschöpfungsketten aber eine Qualität erreicht, die etablierte Vorstellungen des fordistischen Produktionsregimes obsolet werden ließen.

Maike Hausen

Die Dritte-Welt-Bewegung in Baden-Württemberg: Entwicklungspolitik und internationale Solidarität in den 1980er Jahren[1]

> Das achte Jahrzehnt wird ein Jahrzehnt des Wandels und der Bewährung sein. Die Beziehungen der Industriestaaten zu den Ländern der Dritten Welt unterliegen schweren Belastungsproben. […] Wir brauchen wirtschaftliches Wachstum, um zu helfen, Innovationen, um uns zu behaupten, und positive Leitbilder, um uns zu orientieren. Nur mit wirtschaftlichem Wachstum lassen sich — bei uns und in der Dritten Welt — menschengerechte Lebens- und Umweltbedingungen schaffen und dauerhaft sichern.[2]

So beschrieb Ministerpräsident Lothar Späth in seiner Regierungserklärung am 24. Juni 1980 die globalen Herausforderungen, denen sich seine Regierung zu stellen habe. Für eine landespolitische Zielbestimmung erscheint die häufige Bezugnahme auf globale Krisen auf den ersten Blick ungewöhnlich — Späth sprach zuvor bereits von „einer Reihe weltpolitischer Krisen“[3], die das Jahrzehnt eröffnet hätten. Daneben ist auch die häufige Betonung der sogenannten Dritten Welt auffällig, schien dieses Thema bisher doch meist durch die politische Linke und hier besonders die Neuen Sozialen Bewegungen besetzt. Gleichzeitig ist zunächst wenig nachvollziehbar, warum sich eine Landesregierung zu internationalen und damit außenpolitischen Fragen äußern sollte, wenn diese in der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern auf Seiten des Bundes liegen.

Die landespolitische Betonung von globalen Bedrohungslagen und damit verbundenen Handlungsaufträgen ist auf eine zunehmende Interdependenzwahrnehmung der Achtzigerjahre zurückzuführen, die sich in verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Räumen bemerkbar machte. Die

1 Für die Unterstützung bei der Recherche zu diesem Beitrag bedanke ich mich bei Laurenz Schmitz sowie den Mitarbeiter:innen der Sammlung Proteste der Württembergischen Landesbibliothek.

2 Lothar Späth, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980 — 1984, Protokollbd. 1, 4. Sitzung vom 24.06.1980, S. 42 — 44.

3 Ebd., S. 41.

Bedeutung der Globalisierung[4] fand nicht nur Eingang in wirtschaftspolitische Debatten, sondern schlug sich auch in einer stärkeren Aufmerksamkeit für Abhängigkeitsverhältnisse zwischen armen und reichen Ländern nieder. Späths Ausführungen stehen dabei für ein gesteigertes globales Bewusstsein, das sich nicht nur im traditionell sich zuständig fühlenden Milieu der linken und linksalternativen Bewegungen und Parteien niederschlug, sondern auch in konservativen Kreisen Anklang fand. Der „Nord-Süd-Konflikt" und die „Dritte Welt" rückten für verschiedene politische Akteure verstärkt in den Fokus.[5]

Die Betonung von Solidarität gegenüber Entwicklungsländern und der Verantwortung der Industrieländer gegenüber dem Globalen Süden fanden so in verschiedenen Diskursen und Praktiken statt. In den Achtzigerjahren verknüpfte sich dieses gesteigerte Verständnis für globale Zusammenhänge zudem mit Thematiken von Wirtschaft, Umwelt und Menschenrechten, aber auch mit Ideen von globaler Gemeinschaft sowie nachhaltigem Leben und Wirtschaften. Drei miteinander verknüpfte Phänomenbereiche dieser Zeit — die Entwicklungshilfe der Landesregierung, die Dritte-Welt-Gruppen und schließlich die Dritte-Welt-Laden-Bewegung — sollen daher im Folgenden für die Achtzigerjahre in Baden-Württemberg untersucht werden.

Globale Interdependenz und Entwicklungshilfe zu Beginn der 1980er Jahre

Die von Lothar Späth angesprochenen „weltpolitischen Krisen" eröffneten das Jahrzehnt: Zu Beginn der Achtzigerjahre befand sich Westdeutschland wie viele andere Industrienationen auch unter dem Eindruck einer globalen Weltwirtschaftskrise. Diese hatte sich bereits mit dem ersten Ölpreisschock 1973 und dem Zusammenbruch der globalen Währungsordnung von Bretton Woods im selben Jahr angekündigt und war durch den anhaltenden Strukturwandel der 1970er Jahre weiter verstärkt worden. Die Verschärfung der wirtschaftlichen Lage zeigte sich zu Beginn des Jahrzehnts mit weiteren energiepolitischen Krisen, fallenden Rohstoffpreisen und einer wachsenden

4 Für eine kritische Historisierung des Globalisierungsbegriffs vgl. Jan Eckel: „Alles hängt mit allem zusammen." Zur Historisierung des Globalisierungsdiskurses der 1990er und 2000er Jahre, in: Historische Zeitschrift 307 (2018), S. 42—78.

5 Claudia Olejniczak: Die Dritte-Welt-Bewegung in Deutschland: Konzeptionelle und organisatorische Strukturmerkmale einer neuen sozialen Bewegung, Wiesbaden 1999; Christoph Kalter: Die Entdeckung der Dritten Welt: Dekolonisierung und neue radikale Linke in Frankreich, Frankfurt/M. 2011.

Arbeitslosigkeit. Angesichts anhaltender wirtschaftlicher Stagnation entstand so ein „grenzüberschreitendes wirtschaftliches Krisengefühl“[6], das besonders in den Industrienationen zu einer tiefgreifenden Unsicherheit und zu pessimistischen Zukunftsprognosen führte. Das Drängen vieler Entwicklungsländer auf einen Zugang zu internationalen Märkten führte zudem in der bundesdeutschen Politik zu einer Mischung aus Furcht vor wirtschaftlichen Einbußen angesichts einer unübersichtlicheren internationalen Wirtschaftslage und einer vorsichtigen Hoffnung, mithilfe potenzieller neuer Handelspartner neue Absatzmärkte erschließen zu können.[7]

Gleichzeitig wurde das Jahrzehnt von internationalen politischen Veränderungen eröffnet, die der bipolaren Ordnung des Kalten Krieges neue Dimensionen an die Seite stellten.[8] Die wirtschaftliche Öffnung Chinas unter Deng Xiaoping erschien dabei als eine grundsätzliche Veränderung im globalen Raum. China, das lange Zeit als kommunistisches Regime international geächtet worden war, hatte seit Beginn der 1970er Jahre eine Welle diplomatischer Anerkennung erfahren, die nun um die Möglichkeit wirtschaftlichen Austauschs ergänzt wurde. Damit ergab sich nicht nur eine Verschiebung in der Zwei-Lager-Bildung des Kalten Krieges, in der das kommunistische China lange, wenn auch nicht immer einvernehmlich, auf Seiten der Sowjetunion gestanden hatte. Zudem verleitete der aus wirtschaftlichen Interessen motivierte Blick gen Osten viele Akteure des Westens dazu, auch andere Länder in dieser Region als eigenständige Handels- und Austauschpartner wahrzunehmen.

Dieser Ausdifferenzierung in der internationalen Staatenlandschaft setzten wiederum die beiden Supermächte UdSSR und USA ihre eigene Prägung der Achtzigerjahre entgegen. Als die Sowjetunion im Dezember 1979 in Afghanistan einmarschierte und Ronald Reagan im darauffolgenden Jahr zum amerikanischen Präsidenten gewählt wurde, eröffnete dies einen neue Eiszeit in den Beziehungen beider Länder, die sich in den 1970er Jahren noch über die KSZE-Prozesse und eine gegenseitige Politik der Abrüstung und

6 Andreas Wirsching: „Kaiser ohne Kleider“? Der Nationalstaat und die Globalisierung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 68 (2020), S. 659–685, hier S. 665.

7 So Wolfgang Gieler zur bundesdeutschen Entwicklungspolitik in dieser Phase: Wolfgang Gieler: Entwicklungspolitik als Friedenspolitik: Rainer Offergeld (1978–1982), in: Ders./Meik Nowak (Hrsg.): Staatliche Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland. Eine Bestandsaufnahme 1961–2021, Wiesbaden 2021, S. 97–107, hier S. 99.

8 Dies hat der Zeithistoriker Frank Bösch in seinem Buch zum Jahr 1979 für verschiedene weltpolitische Ereignisse dokumentiert; Frank Bösch: Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann, München 2019.

Entspannung nähergekommen waren. Diese zweite Phase des Kalten Krieges führte in den Achtzigerjahren zur einer neuerlichen Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes und ließ sich in der Bundesrepublik verstärkt an den Debatten zum NATO-Doppelbeschluss ablesen.[9] Gleichzeitig verknüpfte sich der Ost-West-Konflikt mit einer anderen räumlichen Ordnung, die spätestens in den 1960er Jahren ins internationale Bewusstsein gerückt war: dem Nord-Süd-Konflikt.

Mit der Dekolonialisierung und Unabhängigwerdung der europäischen Kolonien vor allem in Afrika und Asien und ihrer Anerkennung durch internationale Organisationen wie den Vereinten Nationen (UN) eröffnete sich eine Debatte über diese Staaten als sogenannte Dritte Welt. Mit der Begrifflichkeit sollte nicht nur eine Gruppe von Ländern zusammengefasst werden, die in der Zwei-Blöcke-Logik des Kalten Krieges zunächst nicht unmittelbar zuordenbar war. Dieser Logik hatte ein Teil der unabhängigen Staaten selbst mit der „Bewegung der Blockfreien" einen dritten Weg entgegenzusetzen versucht. Der Begriff „Dritte Welt" unterstrich zudem die wirtschaftliche Differenz dieser Staaten in ihrer Entwicklung gegenüber Ländern des globalen Nordens (mit der „Ersten Welt" des westlichen Blocks und der „Zweiten Welt" der Ostblockstaaten). Die Begrifflichkeit fasste bereits von Beginn an eine sehr heterogene Gruppe an Staaten zusammen und wurde dementsprechend schon zeitgenössisch kontrovers diskutiert.[10] An ihrer Verwendung wird jedoch ein Wandel räumlicher Vorstellungswelten deutlich, der wiederum eng mit der Wahrnehmung einer zunehmenden Globalisierung von politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Prozessen und Verhältnissen verknüpft war.[11]

Unter dem Eindruck der Ölpreiskrise 1973 erschien nicht nur mehr der globale Süden vom Norden abhängig, sondern solche Abhängigkeitsverhältnisse konnten auch andere Machtgefälle hervorbringen.[12] Welchen Stellenwert diese globale Neuvermessung zu Beginn der 1980er Jahre spielte, zeigt

9 Axel Schildt: Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik. Überlegungen zur Erforschung der 1980er Jahre, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 21–46, hier S. 32.

10 Jürgen Dinkel: „Dritte Welt" – Geschichte und Semantiken: in: Docupedia-Zeitgeschichte, 06.10.2014 [https://docupedia.de/zg/Dritte_Welt, Zugriff 13.03.2024].

11 David Kuchenbuch: „Eine Welt". Globales Interdependenzbewusstsein und die Moralisierung des Alltags in den 1970er und 1980er Jahren, in: Geschichte und Gesellschaft 38 (2012), S. 158–184, hier S. 159 f.

12 Martin Deuerlein: Das Zeitalter der Interdependenz. Globales Denken und internationale Politik in den langen 1970er Jahren, Göttingen 2020, S. 194–200.

sich am 1980 vorgelegten Bericht der Nord-Süd-Kommission.[13] Dieser war unter der Federführung Willy Brandts aus der 1977 gegründeten Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen hervorgegangen. In seinem Vorwort drang Willy Brandt auf die Verantwortung angesichts einer zunehmend verflochtenen Welt:

> Ob es uns passt oder nicht: Wir sehen uns mehr und mehr Problemen gegenüber, welche die Menschheit insgesamt angehen, so dass folglich auch die Lösungen hierfür in steigendem Maße internationalisiert werden müssen. Die Globalisierung von Gefahren und Herausforderungen — Krieg, Chaos, Selbstzerstörung — erfordert eine Art „Weltinnenpolitik", die über den Horizont von Kirchtürmen, aber auch nationalen Grenzen weit hinausreicht."[14]

Der Bericht betonte die Notwendigkeit, angesichts weltweiter Verteilungsungerechtigkeiten über eine neue Wirtschaftsordnung nachzudenken und die zunehmende globale Verflechtung ernst zu nehmen.[15] Konkret schloss er sich damit auch Forderungen etwa der „Gruppe der 77", einem Zusammenschluss von Entwicklungsländern in der UN, an, die bereits 1977 mit der *Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten* auf einen gerechteren Zugang zu internationalen Märkten gedrängt hatten.[16]

Auf diese „Dritte Welt" richtete sich seit den späten 1950er Jahren auch die bundesdeutsche Entwicklungspolitik. Dabei verknüpften sich früh wirtschaftspolitische, sicherheitspolitische und altruistisch-humanitäre Motivlagen, die je nach Institution und potenziellem Empfängerland variierten. So betonten bundespolitische Einrichtungen in der Frühphase die Bedeutung der Förderung unabhängiger Staaten als Teil der Kalter-Krieg-Problematik, wohingegen im Verlauf der 1970er Jahre die Vorstellung einer Verantwortung gegenüber dem Globalen Süden ebenso wie zunehmende globale Ab-

13 Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980.

14 Willy Brandt: Wandel tut not: Frieden, Ausgleich, Arbeitsplätze, in: Das Überleben sichern. Gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission, Köln 1980, S. 11—40, hier S. 27.

15 Dirk Messner: Einführung in den Brandt-Report. Eine Einordnung in die Diskussionen zu globaler Entwicklung seit den 1970er Jahren, in: Willy Brandt: „Das Überleben sichern" — die Einleitung zum Nord-Süd-Bericht, hrsg. von der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin 2013, S. 12—29 [www.willy-brandt-biografie.de/wp-content/uploads/2019/09/Heft_25_Nord-Sued-Bericht.pdf, Zugriff 13.03.2014].

16 Wolfgang Gieler: Entwicklungspolitik im Lichte des Erdölpreisschocks: Egon Bahr (1974—1976), in: Ders./Nowak, Staatliche Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland (wie Anm. 7), S. 69—84, hier S. 81.

hängigkeiten und Interdependenzen eine größere Rolle spielten.[17] Die Verdichtung des Multipolaren, der Vielschichtigkeit, des *shock of the global*,[18] führte gerade zu Beginn der 1980er Jahre zu einer Kritik am westlichen Entwicklungsmodell, die die bisherige Objektivierung der Entwicklungsländer als passive Empfänger infrage stellte. Stattdessen wurde mit dem Schlagwort der „Hilfe zur Selbsthilfe" zur partnerschaftlichen Begegnung auf Augenhöhe aufgerufen. Zudem wurde die eigene Rolle angesichts kontroverser westlicher Interventionen wie in Vietnam zunehmend hinterfragt: Statt Helfer-Opfer-Rollen oder westliche Überlegenheit zu propagieren, sollte die Entwicklungspolitik zu Beginn der 1980er Jahre regionale und kulturelle Eigenständigkeit und die Verantwortung der Industriestaaten für globale Ungerechtigkeiten und Verteilungsdiskrepanzen berücksichtigen.[19]

Trotz dieser gestiegenen Bereitschaft zum Perspektivwechsel führten Wirtschaftskrise und das Wiederbeleben des Kalten Krieges aber auch dazu, dass die Entwicklungspolitik wieder Eigeninteressen der Wirtschaftssicherung und sicherheitspolitischen Interessen im westlichen Bündnis unterworfen wurde. Der Ölpreisschock von 1973 sowie das sowjetische Engagement in Ländern Afrikas führten zu Bedrohungsszenarien, die „ökonomische Verwundbarkeit des Westens" könnte „durch die Sowjetunion, aber auch durch die Entwicklungsländer" ausgenutzt werden.[20] Entwicklungspolitik wurde daher auch als Präventionsarbeit verstanden, in jungen Nationen die westliche Hegemonie zu stärken.[21] Eine neue „Unübersichtlichkeit" im Kalten Krieg trat zudem im Bereich der politischen Deutung auf: Hatten sich internationale Beziehungen zur „Dritten Welt" bis Anfang der 1970er Jahre vornehmlich auf etablierte Kanäle und Akteure beschränkt, trat nun eine Fülle an nichtstaatlichen Organisationen, Initiativen und Bewegungen hinzu. Gerade im Feld des Menschenrechtsaktivismus, das eng mit dem Querschnittsthema Entwicklungspolitik verknüpft ist, fächerte sich das Feld an Akteuren sowie Medien auf — und mit ihnen die Informationen und Einschätzungen weltpolitischer Krisenherde.[22] Organisationen wie Amnesty International

17 Vgl. dazu Wolfgang Gieler/Meik Nowak: Einführung, in: Dies., Staatliche Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland (wie Anm. 7), S. V—XIII.

18 So der gleichnamige Sammelband zu den 1970er Jahren: Niall Ferguson u. a. (Hrsg.): The Shock of the Global: The 1970s in Perspective, Cambridge 2010.

19 Frank Trentmann: Aufbruch des Gewissens. Eine Geschichte der Deutschen von 1942 bis heute, Frankfurt/M. 2023, S. 350.

20 Hans-Joachim Spanger/Lothar Brock: Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt, Opladen 1987, S. 299.

21 Gieler, Rainer Offergeld (wie Anm. 7), S. 102.

22 Jan Eckel: Humanitarisierung der internationalen Beziehungen? Menschenrechtspolitik in den 1970er Jahren, in: Geschichte und Gesellschaft 38 (2012), S. 603—635.

entwickelten zudem im Verlauf der 1980er Jahre einen hohen Grad der Professionalisierung, so dass sie von der offiziellen Politik nicht länger ignoriert bzw. in Teilen in den Politbetrieb integriert werden mussten.[23] Die Folge war, dass es keine alleinige Deutungshoheit von staatlicher Seite im Sinne einer klaren Positionierung innerhalb des Kalten Krieges mehr gab, sondern dass sich wiederum etablierte Akteure von staatlicher Seite fallbezogen mit den alternativen Berichterstattungen der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Bewegungen auseinandersetzen mussten.

Entwicklungshilfe als landespolitisches Projekt unter Lothar Späth

Die Vielschichtigkeit eines sich wandelnden Verständnisses von Entwicklungshilfe lässt sich auch an der baden-württembergischen Politik ablesen. Zunächst ist bemerkenswert, dass unter Lothar Späth Entwicklungspolitik überhaupt zu einem landespolitischen Thema avancierte. Die 1970er Jahre hatten eigentlich einen Niedergang des Politikfelds gerade auf bundespolitischer Ebene eingeläutet, der mit Sachzwängen und wirtschaftlichen Nöten, häufig aber auch mit politischen Richtungsentscheidungen begründet wurde. Prominentes Opfer dieses Niedergangs war auf Bundesebene 1974 Erhard Eppler gewesen, der als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit als Konsequenz der fehlenden Finanzierung seines Ministeriums sein Amt niederlegte. Anders als Eppler, der sein Ressort konzeptionell wie persönlich stark profilierte,[24] ordneten sich seine Nachfolger Budgeteinsparungen und Herabstufungen der Entwicklungspolitik in der Regierung Helmut Schmidts unter.

Im Gegensatz zu dem sich unterordnenden Bundesressort stärkte die baden-württembergische Regierung zum Ende der 1970er Jahre ihre Entwicklungspolitik. Nicht nur in der eingangs erwähnten Regierungserklärung betonte Ministerpräsident Späth die Intensivierung der Entwicklungshilfe als Vorhaben, um „die Konfrontation zwischen armen und reichen Ländern abzubauen“[25]. Auch in konkreten Budgeterhöhungen machte sich diese Aufwertung bemerkbar: Zwischen 1978 und 1983 erhöhte die Landesregierung die Mittel für Entwicklungshilfe von 11,2 Mio. DM auf

23 Frank Bösch: Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, München 2024, S. 226–259.

24 Vgl. dazu Jan Cernicky: Entwicklungspolitik im Zeichen nationaler und internationaler Veränderungen: Erhard Eppler (1968–1974), in: Gieler/Nowak, Staatliche Entwicklungszusammenarbeit in Deutschland (wie Anm. 7), S. 43–65.

25 Lothar Späth (wie Anm. 2), S. 48.

24,4 Mio. DM.[26] Im Vergleich der Bundesländer wurde Baden-Württemberg damit zum wichtigsten Entwicklungshelfenden neben der Bundesregierung. Für die technische Zusammenarbeit der Bundesregierung mit Entwicklungsländern wurden von Seiten der Bundesländer zwischen 1962 und 1982 insgesamt 930 Mio. DM zur Verfügung gestellt.[27] Baden-Württemberg beteiligte sich an dieser Aufgabe zwischen 1962 und 1988 mit insgesamt 423 Mio. DM, was 29 Prozent der Gesamtleistung der Bundesländer entsprach und Baden-Württemberg zum zahlungskräftigsten Bundesland machte.[28]

Die gesteigerte Aufmerksamkeit für die Entwicklungspolitik hing mit mehreren Faktoren zusammen. Zunächst eröffnete diese — neben der Wirtschaftspolitik — ein Feld der „Nebenaußenpolitik“,[29] das den Bundesländern im föderalen System eingeräumt wurde. Das internationale Engagement der Landesregierung fand in den 1980er Jahren vornehmlich im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit[30] und auf dem Feld der Entwicklungszusammenarbeit statt. Letztere war in der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern eindeutig zugunsten einer Aufgabenwahrnehmung der Länder im Auftrag des Bundes geregelt: 1962 entschieden die Ministerpräsidenten der Länder, nach Abstimmung mit dem Bund „Technische Hilfe, insbesondere Bildungs- und Ausbildungshilfe, in Entwicklungsländern [zu] leisten, wobei der Bund nach außen als Träger der deutschen Entwicklungshilfe in Erscheinung treten wird“.[31] In der Praxis bedeutete dies, dass konkreten Projekten erst Vertragsvereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und dem jeweiligen Empfängerland vorangehen mussten oder dass eine Beauf-

26 Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bericht der Landesregierung über entwicklungspolitische Maßnahmen des Landes Baden-Württemberg im Zeitraum 1982—1983, hrsg. vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Stuttgart 1984, S. 33.

27 Klaus König/Wolfgang Schmidt-Streckenbach: Die Stellung der Länder in der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Speyer 1984, S. 9.

28 Bericht der Landesregierung über entwicklungspolitische Maßnahmen im Zeitraum 1987—1988, in: Landtag von Baden-Württemberg, 10. Wahlperiode 1988—1992, Beilagen Bd. 18, Drucksache 10/2603 vom 01.12.1989, S. 7.

29 Klaus G. Wertel: Gratwanderung zwischen Grundgesetz und Interessenswahrung. „Nebenaußenpolitik“ der Länder am Beispiel Baden-Württemberg, in: Hartmut Klatt (Hrsg.): Baden-Württemberg und der Bund, Stuttgart 1989, S. 251—264.

30 Vgl hierzu den Beitrag von Thomas Schuetz in diesem Band.

31 Beschluss auf der Ministerpräsidentenkonferenz vom 3./4. Mai 1962, abgedruckt in: Schönig/Schmidt-Streckenbach, Die Stellung der Länder (wie Anm. 27), S. 64.

tragung für eine Entwicklungshilfemaßnahme durch den Bund erfolgen musste. Häufig lief die Zusammenarbeit zwischen Bund und Land auch über dritte Träger wie etwa die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, die Carl-Duisberg-Gesellschaft oder die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung.

Indem die Landesregierung im Auftrag des Bundes entwicklungspolitische Projekte umsetzte, konnte sie sich international profilieren. Dies passte zur neuen internationalen Tätigkeit Lothar Späths, der so sein Image als „Erster Handlungsreisender“[32] durch zahlreiche Auslandsreisen — häufig in Begleitung von Unternehmensvertretern[33] — stärkte. Seine Reisetätigkeit war vermeintlich so intensiv, dass der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) die Anekdote zum Besten gab, eine deutsche Bundesdelegation in der Nachfolge Späths sei beim Eintrag in das Gästebuch in einem asiatischen Land gefragt worden, in welchem Teil Baden-Württembergs die Bundesrepublik Deutschland liegen würde.[34] Dass sich Späth und seine Ministerien mit dieser Politik immer auch im Spannungsfeld zur bundesdeutschen Außenpolitik bewegten (wie die Anekdote Vogels belegt), ist angesichts vergleichbarer internationaler und kontrovers diskutierter Ländervorstöße — man denke nur an die DDR-Kredite, eingefädelt von Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß — nicht verwunderlich.

Einen Schwerpunkt der baden-württembergischen Entwicklungshilfe bildete traditionell die gewerbliche Ausbildung, die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften sowie der Wissens- und Forschungstransfer. Zu Beginn der 1970er Jahre hatte sich die Entwicklungsarbeit vornehmlich auf die Förderung von Informations- und Koordinierungsvorhaben beschränkt und lediglich kleinere lokale Projekte in Tunesien und Indien gefördert, die bereits seit den 1960er Jahren bestanden.[35] Unter Lothar Späth wurden diese Projektarbeiten sukzessive ausgebaut. 1980 wurden landeseigene Projekte in Argentinien, Brasilien, China und Jordanien beschlossen;[36] 1984 kamen Förderun-

32 Wertel, Gratwanderung zwischen Grundgesetz und Interessenswahrung (wie Anm. 29), S. 258.

33 Vgl. dazu Hans-Peter Mengele: Wer zu Späth kommt … Baden-Württembergs außenpolitische Rolle in den Umbruch-Jahren, Tübingen 1995.

34 Wertel, Gratwanderung zwischen Grundgesetz und Interessenswahrung (wie Anm. 29), S. 251.

35 Entwicklungshilfe Baden-Württemberg: Warum — Wie — Wohin, hrsg. vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Stuttgart 1981.

36 Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bericht der Landesregierung über entwicklungspolitische Maßnahmen des Landes Baden-Württemberg im Zeitraum 1980—1982, hrsg. vom Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, Stuttgart 1982, S. 9.

gen für geplante Vorhaben in Indonesien, Peru, Jamaika, Ägypten und Somalia hinzu.[37] Neben diese Projekte, die das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr initiierte und betreute, traten Partnerschaften, Förderprogramme und Austauschforen, die über andere Ministerien liefen. Außergewöhnlich stark wurden dabei die Beziehungen zu China gepflegt: Neben einem gesonderten Hochschulpartnerschaftsprogramm ermutigte die Landesregierung seit 1983 baden-württembergische Unternehmen, eigene Ausbildungslehrgänge für chinesische Fachkräfte einzurichten.[38]

Ihr Engagement für die „Dritte Welt" begründete die Landesregierung zum einen mit der Verpflichtung der Industrieländer, „aus ethischen und aus sozialen Gründen […], den hungernden und bedürftigen Menschen auf der Welt zu helfen".[39] Es sei ein „langfristiges Gebot der Humanität und der politischen Vernunft",[40] sich in der Entwicklungshilfe zu engagieren. In seinen Berichten und Informationsbroschüren betonte das Land zudem die Notwendigkeit, mit Informationen und Materialien auf die globalen Zusammenhänge des Nord-Süd-Gefälles aufmerksam zu machen. 1980 wurde etwa die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg gebeten, Unterrichtsmaterialien zum Thema Entwicklungshilfe zu erstellen.[41] Daneben wurde das Jubiläumsjahr 1982 (dreißig Jahre nach Gründung des Landes) offiziell unter das Motto *Solidarität mit der Dritten Welt* gestellt und eine Landesaustellung konzipiert, die in sechs Städten gezeigt und anschließend an die Diözese Rottenburg übergeben wurde.[42]

Von Beginn an dominierten aber zum anderen wirtschaftspolitische Interessen, die sich zunehmend auf die Ausrichtung der Entwicklungshilfe auswirkten. Von Landesseite wurden mittelständische Unternehmen neben den

37 Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bericht der Landesregierung über entwicklungspolitische Maßnahmen des Landes Baden-Württemberg im Zeitraum 1982 – 1983 (wie Anm. 26).

38 Ebd., S. 8.

39 Entwicklungshilfe Baden-Württemberg: Warum – Wie – Wohin (wie Anm. 35).

40 Ebd.

41 Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bericht der Landesregierung über entwicklungspolitische Maßnahmen des Landes Baden-Württemberg im Zeitraum 1980 – 1982 (wie Anm. 36), S. 13. Neben der Durchführung verschiedener Seminare zum Thema veröffentlichte die Landeszentrale die Zeitschrift *Politik und Unterricht* 4/1980: Entwicklungsländer, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Stuttgart 1980.

42 Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bericht der Landesregierung über entwicklungspolitische Maßnahmen des Landes Baden-Württemberg im Zeitraum 1982 – 1983 (wie Anm. 26), S. 28.



Anlässlich des Landesjubiläums im Jahr 1982 wurde diese Münze mit der Randschrift „Solidarität mit der Dritten Welt" geprägt.

Kirchen als wichtigste nichtstaatliche Kooperationspartner gesehen; der landespolitische Einsatz in der „Dritten Welt" wurde zudem als Unterstützung ebenjener Unternehmen benannt, um „Risiken und Schwierigkeiten"[43] bei deren wirtschaftlicher Ansiedlung in den Entwicklungsländern zu minimieren. 1984 bilanzierte die Landesregierung zur Entwicklungshilfe:

> Diese Unterstützung hat nicht nur moralische und humanitäre Gründe; sie liegt genauso in unserem eigenen Interesse, da sie zur politischen Stabilität beiträgt und langfristig neue Chancen für die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern eröffnet.[44]

Besonders das Beispiel China verdeutlicht das wirtschaftspolitische Primat der Entwicklungspolitik: Hier wurde offen für den Einsatz in einem Schwellenland geworben, dem Baden-Württemberg durch Modernisierung zu einer Weiterentwicklung, aber damit auch zur Gestaltung als Absatzmarkt verhelfen konnte. Als im Februar 1983 über ein vom Bund beauftragtes und von Baden-Württemberg durchgeführtes Entwicklungsprojekt in China im zuständigen Ausschuss verhandelt wurde, das unter anderem Fachkräfte und Werkstattausrüstung in die Volksrepublik senden sollte, wurde diese Maß-

43 Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bericht der Landesregierung über entwicklungspolitische Maßnahmen des Landes Baden-Württemberg im Zeitraum 1980 – 1982 (wie Anm. 36), S. 10.

44 Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern. Bericht der Landesregierung über entwicklungspolitische Maßnahmen des Landes Baden-Württemberg im Zeitraum 1982 – 1983 (wie Anm. 26), S. 5.

nahme mit amerikanischen Wirtschaftsstrategien verglichen. Über die Verwendung eigenen Knowhows und eigener Produkte hätten die Amerikaner die Chinesen dazu gebracht, auf Dauer auf diese amerikanischen Mittel umzusteigen und so den chinesischen Markt allgemein geöffnet: „Wenn Baden-Württemberg auch entsprechend verfahre, so könnten dort für die mittelständische Industrie Baden-Württembergs, die aufgrund der von ihr hergestellten Produkte und ihrer Struktur besonders dazu geeignet sei, große Zukunftschancen eröffnet werden."[45] Damit lag Baden-Württemberg auf der Linie des Bundes, der ebenfalls durch entwicklungspolitische Wirtschaftskooperationen, Kredite und Austauschprogramme China auf Dauer als Handelspartner zu gewinnen suchte.[46]

Eine symbolische Aufwertung des Bereichs Entwicklungshilfe unter Späth ist auch einer allgemeinen Öffnung der CDU zu diesem Thema geschuldet. Die Union hatte den Begriff der Solidarität bereits Mitte der 1970er Jahre für sich entdeckt und diesen gerade auch mit Bezug auf Länder des Globalen Südens als ein Prinzip „wechselseitiger Verantwortlichkeit" und „Nächstenliebe" in ihr Programm aufgenommen.[47] In Baden-Württemberg hielt fast jede CDU-Ortsgruppe eine Partnerschaft mit der „Dritten Welt";[48] 1982 wurden von CDU-Kreisverbänden an die vierzig Projekte in der „Dritten Welt" mit Zuwendungen im sechsstelligen Bereich gefördert.[49] Unionspolitiker konnten ihrerseits mit eigenen Tagungen und Seminaren auf die notwendige Neugestaltung der Entwicklungspolitik aufmerksam machen.[50] Die landespolitische Aufwertung der Entwicklungshilfe unter Späth erfolgte dabei auch mit Rückgriff auf christlich-konservative Milieus, die sich schon länger in kirchlichen Hilfswerken engagierten. Christlich-humanitäre Hilfe ließ sich wiederum mit traditionell linken oder linksalternativen Themen zur globalen Ungerechtigkeit und machtstrukturellen Verflechtungen verknüpfen und ermöglichte so

45 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, in: Landtag von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980 – 1984, Beilagen Bd. 22, Drucksache 8/3839 vom 10.05.1983, S. 2.

46 Bösch, Deals mit Diktaturen (wie Anm. 23), S. 423 f.

47 Frank Bösch: Internationale Solidarität im geteilten Deutschland. Konzepte und Praktiken, in: Ders./Caroline Moine/Stefanie Senger (Hrsg.): Internationale Solidarität. Globales Engagement in der Bundesrepublik und in der DDR, Göttingen 2018, S. 7 – 34, hier S. 19 f.

48 Trentmann, Aufbruch des Gewissens (wie Anm. 19), S. 353.

49 Stuttgarter Zeitung vom 17.03.1982, abgedruckt in: DEAB Rundbrief Nr. 30, April 1982, S. 11.

50 Vgl. dazu etwa Entwicklungspolitik im Wandel: Dokumentation Dritte-Welt-Kongreß 1985, hrsg. von der Hanns-Seidel-Stiftung, Stuttgart 1986.

eine Gegenerzählung zu politischen Themen der Grünen, die seit 1980 im Landtag saßen. Ebenso ließ sich so auch auf den nach Baden-Württemberg zurückgekehrten, nun für die SPD als Spitzenkandidaten antretenden Erhard Eppler reagieren. Auch wenn das Thema Entwicklungspolitik im Wahlkampf keine große Rolle spielte, freute man sich doch, mit Blick auf das Landesengagement „auf diesem Gebiet, das einmal die Domäne Epplers war“,[51] einen Vorsprung gegenüber der SPD demonstrieren zu können. Eppler selbst konnte sich trotz seiner entwicklungspolitischen Erfahrungen in diesem Feld kaum profilieren: Seine eigene Opposition gegen die bundesdeutsche, bis 1982 SPD-geführte Entwicklungspolitik erschien als Zustimmung für die landespolitischen Nuancierungen in dem Feld; sein Eintreten für eine auf Grundbedürfnisse ausgerichtete und weniger wirtschaftsorientierte Entwicklungspolitik als Minderheitenposition.[52]

Allerdings wurde Epplers schon 1978 angeführte Kritik der an Fachkräfte- und Wirtschaftsförderung orientierten Entwicklungspolitik der Regierung Späth später auch von anderen Teilen der Opposition aufgegriffen. Die FDP-Politikerin Ingrid Walz fragte angesichts der für das Landesjubiläum 1982 ausgerufenen Solidarität mit der „Dritten Welt“, „ob die Entwicklungspolitik dieses Landes die Kraft und […] auch die Moral hat, über pures Exportdenken hinweg Ziele für ein gemeinsames Leben auf diesem Globus zu entwickeln“.[53] SPD-Politiker kritisierten die unpassende Fokussierung auf Ausbildungslehrgänge, die in den Empfängerländern auf gänzlich andere politische Umstände trafen;[54] die Grünen wiederum attackierten das dominante Auftreten für Wirtschaftsinteressen als „technologische Kolonialisierung der Entwicklungs-

51 Rede des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Erwin Teufel (MdL) auf dem 14. Landesparteitag der CDU in Heidelberg, 19.01.1980; in: CDU-Landesverband Baden-Württemberg (Hrsg.): Wahlplattform Landtagswahl 1980, S. 17—28, S. 20 [www.kas.de/documents/252038/253252/7_file_storage_file_25052_1.pdf/b91eb235-1f6e-2790-b2a0-dca93c9792e6, Zugriff 15.03.2024].

52 Vgl. Erhard Eppler (SPD), in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 7. Wahlperiode 1976—1980, Protokollbd. 3, 42. Sitzung vom 27.01.1978, S. 2763—2766 und ders., in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 7. Wahlperiode 1976—1980, Protokollbd. 5, 72. Sitzung vom 21.03.1979, S. 4800—4808.

53 Ingrid Walz (FDP), in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode, Protokollbd. 5, 58. Sitzung vom 09.12.1982, S. 4528.

54 Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr, in: Landtag von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980—1984, Beilagen Bd. 3, Drucksache 8/519 vom 29.10.1980.

länder“[55] und konstatierten: „[E]inseitige Industrieförderung ist keine ‚Entwicklung‘ im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung in der Dritten Welt“.[56] Kern der oppositionellen Kritik war aber vor allem die Tatsache, dass sich die Entwicklungshilfe des Landes an sogenannte Schwellenländer richte, mit ihrem Bildungsschwerpunkt häufig nur privilegierte Gruppen erreiche und so die ärmsten Menschen und Regionen der Welt nicht berücksichtige.

Auf diesen Vorwurf reagierte die Landesregierung meist mit dem Verweis auf die Unterstützung kirchlicher Hilfsprojekte und Stiftungen. Hier zeigte sich aber eine selektive Wahrnehmung der häufig betonten Humanität: Das Engagement für die ärmsten Regionen der Welt wurde auf diese Träger ausgelagert, die vom Land zwar finanziell unterstützt wurden, aber in deutlich kleinerem Umfang als wirtschaftsorientierte Entwicklungshilfeprojekte. Zum anderen unterlag die Solidarität mit der „Dritten Welt“ weiterhin eher innenpolitischen Erwägungen. So hatte sich die Union bei den vietnamesischen *Boatpeople* 1978/79 auf Bundes- wie Landesebene solidarisch gezeigt und sich damit gegen die Schmidt’sche Bundesregierung, aber auch gegen die politische Linke positioniert. Angesichts der vor dem Kommunismus fliehenden Menschen aus Vietnam warfen CDU-Politiker nun der politischen Gegenseite eine Hybris vor, sich zehn Jahre nach den großen Vietnamkriegsprotesten nun nicht mehr für das Schicksal der dort lebenden Menschen zu interessieren.[57] Späth folgte dem Vorstoß Niedersachsens und ermöglichte die Aufnahme von Kontingentflüchtlingen aus Vietnam.

Das Engagement für Vietnam wurde mit christdemokratischer Nächstenliebe begründet, stand aber einem späteren Eintreten von unionsgeführten Ländern für eine strengere Asylrechtsprechung auf Bundesebene nicht entgegen.[58] Bereits in seiner Regierungserklärung von 1980 warnte Späth vor einem „weiteren Zustrom an Scheinasylanten und neuen Einwanderungswellen“.[59] In Parlamentsdebatten betonten Politiker verschiedener Parteien

55 Vorwort von Waltraud Ulshöfer, in: Annette Groth/Siglinde Adam de Rivadeneira: Entwicklungspolitik des Landes Baden-Württemberg. Darstellung, Kritik und Perspektiven. Studie erstellt im Auftrag der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg, Stuttgart 1987, o. S. [S. 1].

56 Ebd., S. 22.

57 Frank Bösch: Hilfe für Verfolgte. Christdemokratische Solidarität mit den „Boat People“, Afghanistan und Nicaragua in den 1970er/80er Jahren, in: Historisch-Politische Mitteilungen 25 (2018), S. 57–76, hier S. 61 f.

58 Trentmann, Aufbruch des Gewissens (wie Anm. 19), S. 626–630.

59 Lothar Späth (CDU), in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980–1984, Protokollbd. 1, 4. Sitzung vom 24.06.1980, S. 43. Vgl. hierzu auch den Beitrag von Maria Alexopoulou in diesem Band.

die Notwendigkeit, Menschen aus der „Dritten Welt“ nach ihrem Ausbildungsaufenthalt in Baden-Württemberg wieder in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken, damit diese vor Ort ihr Entwicklungspotenzial entfalten könnten.[60] Ebenso wurden entwicklungspolitische Maßnahmen vor Ort als Mittel der Flüchtlingsprävention dargestellt — dies im Übrigen auch von den Grünen, die eine Entwicklungshilfe für den Aufbau einer „eigenständigen Wirtschaft“ der Entwicklungsländer forderten, um so der „Entwurzelung“ von aus wirtschaftlicher Not Fliehenden entgegenzuwirken.[61] Der CDU-Fraktionsvorsitzende und spätere Ministerpräsident Erwin Teufel machte die Landeslinie zur Entwicklungspolitik Anfang 1983 deutlich, indem er sich zum Jubiläumsslogan der „Solidarität mit der Dritten Welt“ bekannte, aber nachschob:

> Aber denen, die die wirtschaftliche Not in ihren Heimatländern zu uns treibt, müssen wir dadurch helfen, daß wir durch Entwicklungshilfe zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Dritten Welt beitragen, nicht dadurch, dass wir hier bei uns an Wirtschaftsflüchtlinge auf Dauer Sozialleistungen bezahlen.[62]

Dritte-Welt-Gruppen in Baden-Württemberg

Dass das auf landespolitischer Ebene propagierte Schlagwort der Solidarität an seine Grenzen stieß, wurde auch in anderen Zusammenhängen deutlich. Die für 1982 vorgesehene Landesausstellung *Solidarität mit der Dritten Welt* wurde in Baden-Württemberg auch in Kreisen außerhalb des Landesparlaments kritisch aufgenommen. Mit Blick auf die Plakatkampagne des Landes kommentierte ein Flugblatt: „Dazu wird mit einem Foto eingeladen: Eine grosse, fette weisse Hand hält eine kleine, abgemagerte schwarze. Ungewollt verdeutlicht diese [sic!] Bild, wohin die bisherige Art von Handels- und Entwicklungspolitik geführt hat.“[63] Ein anderer Beitrag rief zum Besuch der

60 Rudolf Decker (CDU), in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980—1984, Protokollbd. 5, 58. Sitzung vom 09.12.1982, S. 4534; Hinrich Enderlein (FDP), in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980—1984, Protokollbd. 5, 59. Sitzung vom 24.02.1983, S. 4588 f.

61 Holger Heimann (Grüne), in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980—1984, Protokollbd. 5, 59. Sitzung vom 24.02.1983, S. 4604.

62 Erwin Teufel (CDU), in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980—1984, Protokollbd. 5, 59. Sitzung vom 24.02.1983, S. 4594.

63 „Solidarität mit der 3. Welt verspricht am 11.06.82 die Landes-Show, 30 Jahre Baden-Württemberg“, Flugblatt verschiedener Aktionsgruppen, o. D. [Mai/Juni

Ausstellung auf, um „durch unser massenhaftes Erscheinen zu einem ‚guten' (kritischen) Gelingen"[64] der Landesinitiative beizutragen. Zu Wort meldeten sich so Vertreter der regionalen Dritte-Welt-Gruppen, die sich seit den 1970er Jahren in Baden-Württemberg gegründet hatten. Hervorgegangen waren sie zumeist aus kleineren studentischen, aber auch kirchlichen oder vereinsnahen Zusammenkünften, die über unterschiedliche Kampagnen wie die gegen die Diktaturen in Chile, Argentinien oder Südafrika zusammengefunden hatten. Ihre Wurzeln reichten dabei teilweise noch tiefer in die frühe Arbeiterbewegung oder in christlich-karitative Kreise zurück.[65] Obwohl sich das Feld der Dritte-Welt-Gruppen bundesweit sehr vielfältig und lokal begrenzt darstellte, erreichte es zumindest in Baden-Württemberg einen gewissen Grad der Organisation. So gründete sich schon im November 1975 der Dachverband Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Baden-Württemberg (DEAB), der einzelne Ortsgruppen miteinander vernetzte und Seminare und Informationsabende organisierte.

Im Zentrum der Arbeit der Dritte-Welt-Gruppen stand das Engagement für unterdrückte, verfolgte oder entrechtete Menschen im Globalen Süden, aber auch das Bedürfnis, über das Engagement ein Bewusstsein für die politischen und machtstrukturellen Zusammenhänge zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu schaffen, die für die ungerechte Verteilung von Wohlstand auf der Welt verantwortlich seien.[66] Das Schlagwort der „internationalen Solidarität" brachte vor allem ein globales, handlungsleitendes Gemeinschaftsgefühl zum Ausdruck, das durch Interaktion zwischen Nord und Süd auf die Verbesserung der Strukturen der Ungerechtigkeit, besonders im Wirtschaftssektor, hinwirken sollte.[67] Gleichzeitig machte sich früh das Verständnis von globalen Zusammenhängen und Abhängigkeiten bemerkbar. Beispielhaft beschrieb dies die „Aktion Partnerschaft Dritte Welt" aus Durmersheim im Dezember 1977: Über ein Seminar sei man auf „die Zusam-

1982]. Württembergische Landesbibliothek Stuttgart: Sammlung Proteste, Flugblattsammlung, Stuttgart, Akte 2508.

64 DEAB Rundbrief Nr. 30, April 1982, S. 11.

65 Rolf Bräuer: Zwischen Provinzialität und Globalismus. Die westdeutsche Dritte-Welt-Bewegung in den 80er und 90er Jahren, in: Forschungsjournal NSB 3/94, S. 32 – 48, hier S. 33.

66 Aktionshandbuch Dritte Welt, hrsg. vom Bundeskongress der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen Bundesrepublik Deutschland, 6., erw. Auflage, Wuppertal 1982, S. 1 f.

67 Stefanie Sabine Senger: Reiz der Revolution. Zivilgesellschaftliche Solidarität für das sandinistische Nicaragua in Ost- und Westdeutschland (1976 – 1990). Dissertation, vorgelegt an der Universität Potsdam, Berlin 2021, S. 5.

menhänge der EINEN Welt“ aufmerksam geworden, „die unter einer zunehmenden Verknappung der Rohstoffe und damit vor allem der Energie aus fossilen Brennstoffen, einer weiteren Zunahme der Weltbevölkerung, einer immer noch zunehmenden Umweltverschmutzung und einer prekärer werdenden Arbeitsmarktlage leidet“.[68] Für die Gruppe bedeutete dies, auch Krisenerfahrungen im eigenen Land wie Arbeitslosigkeit oder Umweltbelastungen in diesem Kontext zu sehen.

Aus dieser Grundhaltung heraus suchte die Querschnittsbewegung Entwicklungshilfe/Dritte Welt in den 1970er Jahren den Schulterschluss mit anderen Sozialen Bewegungen, etwa der Ökologie-, Friedens- und Frauenbewegung.[69] Es war auch das Gefühl der Betroffenheit, das Menschen gegen Ungerechtigkeit in der Dritten Welt protestieren ließ.[70] Letztlich verbarg sich hinter dem Ansinnen, auf Gleichheit und Gerechtigkeit weltweit zu dringen, auch ein „immanente[s] Reproduktionspotential der Bewegung“,[71] das den Dritte-Welt-Gruppen immer wieder neue gesellschaftliche Bündnisse erlaubte und sie anschlussfähig für unterschiedliche politische Thematiken machte. Umgekehrt zeigten sich gerade in der Frühphase der Dritte-Welt-Bewegung ihre Grenzen in der fehlenden Organisationsfähigkeit sowie der Fragmentierung durch unterschiedliche regionale wie thematische Schwerpunkte. Der für das „Aktionszentrum Arme Welt“ in Tübingen tätige Walter Schwenninger, der 1978 für den DEAB zum Bundeskongress entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO) entsandt wurde, sah die Möglichkeit der gemeinsamen politischen Arbeit begrenzt: „Der Gedanke von der vereinigten Dritte-Welt-Lobby in der BRD ist zwar wünschenswert, aber einfach verfrüht.“[72] Häufig umfassten die örtlichen Gruppen einstellige Mitgliederzahlen und rekrutierten sich aus Ehrenamtlichen, die sich nur begrenzt für eine umfassende Entwicklungsarbeit einsetzen konnten.

Dies änderte sich zu Beginn der 1980er Jahre. Besonders in und durch die Neuen Sozialen Bewegungen verbanden sich seit den 1970er Jahren Fortschritts- und Technikskepsis, Wohlstandskritik und Zukunftsängste zu einer Krisenerzählung,[73] die in den Achtzigerjahren noch einmal verstärkt und

68 DEAD Rundbrief Nr. 10, Dezember 1977, S. 14.

69 Aktionshandbuch Dritte Welt (wie Anm. 66), S. 2.

70 Florian Hannig: Eine kurze Geschichte der Betroffenheits(kritik) in der Bundesrepublik, in: Merkur Zeitschrift, Dezember 2021, 75. Jahrgang, Heft 871, S. 28–37.

71 Michael Bommes/Michael Heuer: „Dritte Welt-Bewegung“ – Was für eine Bewegung?!, in: Forschungsjournal NSB 3/94, S. 63–75, hier S. 67.

72 DEAB Rundbrief 15, Dezember 1978.

73 Silke Mende: Ausstieg aus der Megamaschine? Planungskritik der Neuen Sozialen Bewegungen, in: Elke Seefried/Dierk Hoffmann (Hrsg.): Plan und Planung.

verbreitert wurde. Mit der Kritik an westlichen Überlegenheitsvorstellungen und mit der Skepsis gegenüber Rufen nach unbegrenztem Wachstum fand diese Fortschrittskepsis auch Eingang in den Entwicklungshilfediskurs. Für viele Gruppen begründete das anfängliche Hinwirken auf eine Verbesserung der Entwicklungshilfe einen politisierenden Umdenkprozess, in dessen Verlauf immer weniger die Stärkung der Entwicklungsländer auf dem Weltmarkt als vielmehr das Drängen auf eine gänzlich veränderte Wirtschaftsordnung im Zentrum stand.[74] Und während man für die Unabhängigkeit und Eigenständigkeit der Empfängerländer plädierte, setzte man so indirekt auch ein Zeichen gegen Modernisierungsvorstellungen im eigenen Land.[75]

Entsprechend kritisch schauten die Dritte-Welt-Gruppen auf die offizielle Entwicklungspolitik des Landes. Besonders an der bereits angesprochenen Landesschau von 1982 entzündete sich Protest. Hier vermuteten viele Aktivistinnen und Aktivisten einen politischen Aneignungsversuch der CDU für das Thema Entwicklungshilfe im Dienste einer „Imagepflege".[76] Oder: „Dritte Welt ist offensichtlich ‚in'."[77] Auf der Delegiertenkonferenz des DEAB im April 1982 wurde diskutiert, wie man sich angesichts möglicher Anfragen von CDU-Ortsverbänden verhalten solle und ob die CDU für ihre Aktionswochen Waren von der Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH (GEPA), einer der ersten Handelsorganisationen für fair gehandelte Waren in Deutschland, erhalten dürfe.[78] Über die Beteiligung an der Ausstellung entstanden innerhalb der Dritte-Welt-Gruppen Richtungsstreitigkeiten. Kritische Stimmen forderten, die Stationen der Ausstellung zum Boykott und zu Gegenaktionen zu nutzen, auch um „im Wust von ‚Partnerschaft' und ‚gegenseitiger Abhängigkeit' und Wohltätigkeit" gehört und nicht „vereinnahmt"[79] zu werden. Andere Gruppen begrüßten die Ausstellung als Möglichkeit, vor Ort mit Materialien und Veranstaltungen kritisch nachzujustieren.[80] In offiziellen Presseerklärungen des DEAB zum Lan-

Deutsch-Deutsche Vorgriffe auf die Zukunft, Berlin 2018, S. 198–213, hier S. 205–210.

74 Werner Balsen/Karl Rössel: Hoch die internationale Solidarität. Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 290–297.

75 Trentmann, Aufbruch des Gewissens (wie Anm. 19), S. 350 f.

76 Presseerklärung des DEAB vom 10.10.1982; abgedruckt in: DEAB Rundbrief Nr. 33, Dezember 1982.

77 Blätter des iz3w, Nr. 100, März 1982.

78 DEAB Rundbrief Nr. 31, Juni 1982, S. 32.

79 Stellungnahme Hartwig Hummel für AAW Tübingen, 21.09.1982, abgedruckt in: DEAB Rundbrief Nr. 33, S. 13–16, hier S. 14.

80 Peter Baeumle (Nord-Süd-Laden Freiburg), abgedruckt in: DEAB Rundbrief Nr. 33, hier S. 16.

desjubiläum wurde schließlich das Eintreten der Landesregierung für die wirtschaftlichen Interessen in Baden-Württemberg ansässiger Unternehmen, besonders von Rüstungsunternehmen, kritisiert. Vielmehr sollten Entwicklungsländer in ihrer wirtschaftlichen Eigenständigkeit ernst genommen und ihnen nicht — als Interpretation des Entwicklungsbegriff — eine Wirtschaftsordnung nach westlichem Vorbild übergestülpt werden: „Als ob unsere Entwicklung so nachahmenswert wäre!“[81]

In der Kritik an offiziellen Entwicklungsvorstellungen wurden innerhalb der Dritte-Welt-Bewegung altbekannte Muster antiimperialer und antikapitalistischer Kritik unter anderen Vorzeichen weiterentwickelt: Der in der Studentenbewegung virulente Antiamerikanismus wurde nun von Teilen der Friedensbewegung in ihren Protesten gegen den NATO-Doppelbeschluss aufgegriffen, ebenso fanden die Vietnamkriegsgegner neue Wirkstätten in Solidarbewegungen mit Chile, El Salvador und vor allem Nicaragua.[82] Basierend auf der Dependenztheorie wurde zudem den westlichen Industrienationen eine Mitverantwortung „für Hunger und Elend, extreme Ausbeutung und staatlichen Terror in Ländern der Dritten Welt“[83] zugeschrieben. In der Dritte-Welt-Bewegung verband sich dieses Gefühl mit einer spezifischen Wahrnehmung des Systemkonflikts. Zum einen wurde so das Bedürfnis nach Entwicklungshilfe politisiert, wo es um eine praktizierte Gegenerzählung zur Blockkonfrontation ging — etwa indem Infrastrukturen in denjenigen Ländern geschaffen werden sollten, die von US-amerikanischer und damit häufig westlicher Seite boykottiert wurden. Verbunden war diese Ablehnung des Systemkonflikts zum anderen mit der Kritik am Kapitalismus und dem Zuspruch zu solidarischen, genossenschaftlichen oder sozialistischen Wirtschaftsmodellen.

Gerade am Beispiel Nicaragua zeigt sich diese Politisierung: Das mittelamerikanische Land entwickelte sich zu Beginn der 1980er Jahre für viele Dritte-Welt-Gruppen zu einem wichtigen Bezugspunkt ihrer Bemühungen, erhielt aber auch darüber hinaus aus anderen politischen Lagern bundesweit Aufmerksamkeit. Anlass für die intensive Auseinandersetzung mit Nicaragua bot die politisch offene, verschiedene Gruppen hoffnungsvoll stimmende Lage in dem Land nach dem Sturz des Diktators Somoza im Juni 1979. Aus

81 DEAB Rundbrief Nr. 31, Juni 1982, S. 2 f.

82 Reinhild Kreis: „Eine Welt, ein Kampf, ein Feind“? Amerikakritik in den Protesten der 1980er Jahre, in: Hanno Balz/Jan-Henrik Friedrichs (Hrsg.): „All we ever wanted …“. Eine Kulturgeschichte europäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre, Berlin 2012, S. 136—155.

83 Bräuer, Zwischen Provinzialität und Globalismus (wie Anm. 65), S. 34.

einem breiten Bündnis oppositioneller Gruppen setzte sich schließlich mit den Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN) eine sozialistische Gegenbewegung durch, die nach einem dritten Weg zwischen Kapitalismus und Realsozialismus suchte.[84] Mit ihrem umfangreichen Reformprogramm, das besonders mit Infrastrukturprojekten das wirtschaftlich geschwächte Nicaragua zu stärken suchte und zu Beginn auch oppositionelle, meist bürgerliche Gruppen an dem Wiederaufbau des Landes beteiligte, wurde vom linksalternativen Milieu als „Musterbeispiel der Demokratie" gefeiert. Tatsächlich ermöglichte Nicaragua in den frühen 1980er Jahren auch einen Schulterschluss verschiedener Aktionsbündnisse in Deutschland, die von linksalternativen Dritte-Welt-Gruppen über Gewerkschaften bis ins kirchliche Milieu reichten und auch die Bundesregierung zur anfänglichen Entwicklungshilfe motivierte.[85] Als jedoch nach der Wahl Ronald Reagans die amerikanische Außenpolitik auf eine Beseitigung der sandinistischen Regierung hinarbeitete und die Spannungen innerhalb des Landes mit gewalttätigen Auseinandersetzungen zunahmen, wandten sich besonders bürgerliche Akteure weltweit von dem Land ab. Die Bundesregierung stellte ihre Entwicklungspolitik offensiv unter das Primat der US-Beziehung und der NATO.[86] Gleichzeitig bestärkte die internationale Isolation Nicaraguas viele Menschen aus westdeutschen Dritte-Welt-Gruppen (und ebenso auch Menschen der DDR),[87] sich in Freiwilligenbrigaden im Entwicklungsdienst vor Ort zu engagieren.

Auch innerhalb Baden-Württembergs erzeugte der politische Umbruch in Nicaragua eine zwischenzeitlich stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit der Dritte-Welt-Gruppen. Über die Situation des Landes wurde in verschiedenen Informationsbroschüren berichtet und zur Solidarität besonders angesichts der ausbleibenden offiziellen Unterstützung von deutscher Seite und einer möglichen drohenden US-Intervention aufgerufen. Aus verschiedenen Orten reisten Freiwillige in das mittelamerikanische Land. Eine besondere Stellung erreichte hier das Engagement in Freiburg, und das aus traurigem Anlass: In Nicaragua starben — als einzige deutsche Freiwillige über die ganze Zeit des Nicaragua-Engagements — die Freiburger Albrecht „Tonio" Pflaum (1983) und Berndt Koberstein (1986). Beide hatten sich als Freiwillige

84 Raimund Krämer: Das sandinistische Nicaragua. Eine historische Bilanz, in: Erika Harzer/Willi Volks (Hrsg.): Aufbruch nach Nicaragua. Deutsch-deutsche Solidarität im Systemwettstreit, Berlin 2008, S. 19—28.

85 Bösch, Internationale Solidarität im geteilten Deutschland (wie Anm. 47), S. 29.

86 Balsen/Rössel, Hoch die internationale Solidarität (wie Anm. 74), S. 386.

87 Vgl. dazu die Berichte in: Harzer/Volks, Aufbruch nach Nicaragua (wie Anm. 84).

am Aufbau von Infrastrukturprojekten in Nicaragua beteiligt und waren durch Contras — Milizen in Gegnerschaft zur sandinistischen Regierung — ermordet worden. Besonders der Tod Pflaums im April 1983 führte zu einem Aufschrei verschiedener Gruppen. Im Bundestag entrollten die Grünen-Abgeordneten Petra Kelly und Gabriele Gottwald während der Regierungserklärung Helmut Kohls am 4. Mai 1983 ein Plakat, das der Bundesregierung eine Mitschuld am Tod Pflaums gab.



Eklat bei der Regierungserklärung Helmut Kohls am 4. Mai 1983: Die Grünen Petra Kelly und Gabriele Gottwald protestieren angesichts des Todes von Albrecht Pflaum.

Während die Bundesregierung nach Pflaums Tod den Einsatz von Fachkräften, die wie Pflaum mit dem Deutschen Entwicklungsdienst nach Nicaragua entsendet worden waren, drastisch einschränkte,[88] gewann wiederum der Brigadistendienst aus der Dritte-Welt-Bewegung heraus nach 1983 deutlich an Aufschwung.[89] In Freiburg führte die Ermordung Pflaums zur Organisation verschiedener Bündnisse, die sich für eine Städtepartnerschaft mit dem

88 Senger, Reiz der Revolution (wie Anm. 67), S. 141.

89 Vgl. Christian Helm: Reisen für die Revolution. Solidaritätsbrigaden als Praktik transnationaler Solidarität zwischen der Bundesrepublik und dem sandinistischen Nicaragua, in: Bösch/Moine/Senger, Internationale Solidarität (wie Anm. 47), S. 35—63, hier S. 38—42.

Einsatzort Pflaums in Nicaragua, der Stadt Wiwilí, einsetzten. Auch wenn der Gemeinderat zunächst mit Zurückhaltung auf die Forderung reagierte, entwickelte sich über die folgenden Jahre aus lokalem Engagement heraus Hilfe für medizinische und Infrastrukturprojekte in Nicaragua.[90] Der Freiburger Gemeinderat würdigte das Engagement schließlich mit der Einrichtung einer Städtefreundschaft mit Wiwilí im Mai 1988.[91]

Fairer Handel in den Dritte-Welt-Weltläden

Der entwicklungspolitische Transfer zwischen Dritte-Welt-Gruppen und übergeordneten politischen Institutionen blieb allerdings in den 1980er Jahren gering und auf wenige Beispiele wie Freiburg beschränkt. Ebenso selten wagten Aktivistinnen und Aktivisten den Einsatz in Freiwilligenbrigaden oder -diensten. Vielmehr wurde „internationale Solidarität" und das Eintreten für eine veränderte Weltwirtschaftsordnung als ein Handeln vor Ort verstanden. Dabei verknüpfte sich das Unbehagen einer materialistischen Wachstums- und Überflussgesellschaft mit Praktiken moralischen, auf einen Bewusstseinswandel hinwirkenden Alltagshandelns.[92] Konkretisiert wurde dieser Aktivismus mit Dritte-Welt- oder Eine-Welt-Läden.[93]

Häufig entstanden diese Läden aus dem Wunsch heraus, über Direktimporte „fairen Handel" zu betreiben, der sich weder mit internationalen Wirtschaftskonzernen noch mit Regimen und Diktaturen in Erzeugerländern gemein machen wollte. Oder, wie die Gründer des Weltladens Überlingen berichten (der zwar erst 1985 und damit relativ spät gegründet wurde, aber zuvor schon durch Marktstände temporär in Erscheinung getreten war), war die Stimmung so, „dass die Ungerechtigkeiten als unerträglich empfunden wurden und dass man etwas tun musste. Und dieses Tun sollte dann im Laden geschehen und vom Laden ausgehend weitergetragen

90 Partnerschaft Wiwili-Freiburg: Tonio Pflaum ermordet. Trauer und Wut für Nicaragua. In: Bundeskoordination Städtepartnerschaften (Hrsg.): Städtepartnerschaft BRD-Nicaragua. Heft Nr. 7, Bonn 1985, S. 17—27 (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart: Sammlung Proteste, Zeitschrifteneinzelheftsammlung, Signatur RZ 4129).

91 Senger, Reiz der Revolution (wie Anm. 67), S. 361. 2015 wurde diese Freundschaft offiziell in eine Städtepartnerschaft umgewandelt.

92 Kuchenbuch, Eine Welt (wie Anm. 11), S. 174—176.

93 Benjamin Möckel: Postkolonialwaren. „Dritte-Welt-Läden" — Utopie und Heterotopie eines gerechten Handels, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe 17 (2020), H. 3 [https://zeithistorische-forschungen.de/3-2020/5880, Zugriff 13.03.2024].

werden."[94] Dritte-Welt-Läden dienten also der Information und Aufklärung über das Produkt (hinaus). Mithilfe von Gesprächen und Materialien sollte über „Probleme in der Dritten Welt und über Zusammenhänge zwischen ihr und Industrienationen"[95] aufgeklärt werden. Somit entwickelten sich viele Dritte-Welt-Läden zu Lernorten. In Mannheim, wo sich 1976 das „Informationszentrum 3. Welt/Dritte Welt Laden" gegründet hatte, wandelte sich dieser Ort von den Anfängen direktimportierter Waren im Jahr 1980 zu einer Bibliothek mit Gruppenräumen. Den Import von Waren hatte man wieder aufgegeben, stattdessen wurden Unterrichtsmaterialien für Schulen und Initiativen in der Umgebung entwickelt.[96]

Mitte der 1980er Jahre existierten bundesweit etwa 250 Dritte-Welt-Läden.[97] In Baden-Württemberg entstanden diese Läden — ähnlich wie die Dritte-Welt-Gruppen — nicht nur in den urbanen und universitären Zentren. 1982 bestanden im Land über zwanzig Dritte-Welt-Läden in so unterschiedlichen Orten wie Eimeldingen, Furtwangen, Meßstetten, Nagold oder Rottweil.[98] Dabei verdichtete sich in Dritte-Welt-Läden antimodernistische bzw. westliche Konsumkritik: Häufig wurden Produkte angeboten, die aufgrund ihrer Produktionsbedingungen preislich wie wertig nicht mit den gewohnten Artikeln der Supermärkte und Kaufhäuser vergleichbar waren. Mit „Jute statt Plastik" wurde schon seit Ende der 1970er Jahre eine alternative Wertschöpfung beworben, die sich schnell zum Symbol alternativen Lebens entwickelte.[99] Indem der Entstehungshintergrund der Waren offengelegt und gleichzeitig Sparsamkeit und Verzicht propagiert wurden, konnten Dritte-Welt-Läden alternative Wirtschafts- und Konsumwege aufzeigen, die eine nachhaltigere Welt versprachen.

Allerdings konnte diese Haltung nur bedingt an die Kundschaft weitergegeben werden. So kritisierte die Ladenzeitung des Ludwigsburger Dritte-Welt-Laden etwa, dass die Mehrheit der Kundschaft kurz vor Weihnachten den Laden aufsuche und „als exotische Boutique betrachte[n], in der man viele schöne Sachen kaufen kann, die nur leider völlig unnötig sind".[100] Diese Art des Konsums würde nicht dem nötigen Verzicht der Industrieländ-

94 Bruno Lick: 25 Jahre Weltladen Überlingen. Zwischen Nostalgie und Zukunftsfähigkeit, in: Leben am See 28 (2011), S. 364–365, hier S. 358.

95 25 Jahre Initiative eine Welt. 25 Jahre Göppinger Weltladen, Göppingen 2004, S. 3.

96 Aktionshandbuch Dritte Welt (wie Anm. 66), S. 80 f.

97 Balsen/Rössel, Hoch die internationale Solidarität (wie Anm. 74), S. 504.

98 Aktionshandbuch Dritte Welt (wie Anm. 66), S. 166–170.

99 Anselm Doering Manteuffel/Lutz Raphael: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, 3. Aufl., Göttingen 2012, S. 124.

100 Ap3w-nachrichten Nr. 6 (o. D., vermutlich Nov./Dez. 1980).

der entsprechen und würde „zu einer sehr schnellen Zerstörung unseres Planeten führen“.[101] Die anklingende Kritik am westlichen Kapitalismus zeigte sich bisweilen auch in Produkten aus Deutschland: So nahm der Ludwigsburger Dritte-Welt-Laden Getreide der „Bundschuh“-Genossenschaft in Boxberg in seinen Verkauf, um auf die geplante Teststrecke des Daimler-Benz-Konzerns aufmerksam zu machen. Beim Verkauf des Getreides wurde zudem über Fleischproduktion, Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt und Essgewohnheiten aufgeklärt.[102]

Dieses Praktizieren einer anderen Wirtschaftsordnung wurde in den Dritte-Welt-Läden an weiteren Produkten wie etwa Tee, Kaffee oder Bananen versucht. Dabei konnten sie bereits auf erste nichtkommerzielle Importeure wie die 1975 gegründete GEPA zurückgreifen. Gerade Kaffee konnte sich über die Dauer der 1980er Jahre als Kernprodukt fairen Handels etablieren, auch weil sich an seiner Produktion und seinem Vertrieb globale Interdependenzen (etwa über Export- oder Zollpolitik) problematisieren ließen.[103] Da Kaffee aus verschiedenen lateinamerikanischen Ländern eingeführt wurde, die wiederum in politische Konflikte verstrickt waren, wurde der Konsum des „richtigen“ Kaffees schnell zum Politikum. Mit einem Kaffeeboykott riefen Dritte-Welt-Gruppen 1981 für einen Konsumstopp aus Länder mit Militärdiktaturen wie El Salvador oder Guatemala auf und bewarben den Bezug von Kaffee aus Nicaragua.[104] Als die internationalen Kaffeepreise Anfang der 1980er Jahre fielen, riefen verschiedene Dritte-Welt-Läden zu einem Festhalten am bestehenden Preis auf, etwa indem im Laden der Kaffee zum gesunkenen Preis erworben wurde, die Differenz aber als Spende an den Laden gegeben wurde. Das Argument in Ludwigsburg war: „Dadurch wird der Kaffee zwar was teurer als die Krönung, aber dafür ist der Nicaragua Kaffee vermutlich der einzige, den man völlig ohne bitteren (politischen) Nachgeschmack genießen darf.“[105] Diesen Geist veränderter Alltagspraktiken, die aus dem Umfeld der Dritte-Welt-Läden stammten, trugen später auch Grünen-Abgeordnete wie der nun in der Partei aktive Walter Schwen-

101 Ebd.

102 „Wieso gibt es im ‚Dritte Welt Laden Getreide vom Boxberg?“, Flugblatt Dritte-Welt-Laden Ludwigsburg, o. D. [vor 1985] (Württembergische Landesbibliothek Stuttgart: Sammlung Proteste, Flugblattsammlung, Ludwigsburg, Akte 2007).

103 Ruben Quaas: Fair Trade. Eine global-lokale Geschichte am Beispiel des Kaffees, Köln 2015, S. 120 f.

104 Boykottiert die Kaffeekonzerne!, abgedruckt in: blätter des iz3w, Nr. 93, Mai 1981, S. 58 f.

105 Ap3w-nachrichten Nr. 11, o. D. [Frühjahr 1982].

ninger aufs bundespolitische Parkett, etwa indem er 1984 die Bundesregierung zur Solidarität mit Nicaragua aufforderte:

> Im übrigen sehne ich mich nach einem Bundeskanzler, der nicht mit litergroßen Weingläsern der Bevölkerung zuprostet […], sondern bewusst täglich seinen Nicaragua-Kaffee aus dem Dritte Welt-Laden trinkt — als unterstützende Maßnahme dieses hoffnungsvoll eigenen Weges eines Volkes der Dritten Welt.[106]

Ausblick

Walter Schwenninger und Lothar Späth sind für das Thema Entwicklungspolitik in den 1980er Jahren zwei zunächst gegensätzliche Pole. Ihr Engagement für ein Nachdenken über die Beziehungen zu und Verflechtungen mit Ländern der „Dritten Welt" verdeutlicht jedoch die zunehmende Interdependenzwahrnehmung in diesem Jahrzehnt. Zudem ist erstaunlich, dass das Thema Entwicklungspolitik parteiübergreifend durchaus unter ähnlichen Semantiken geführt werden konnte. „Solidarität" und „Hilfe" wurde von den meisten Beteiligten als ein Einsatz für veränderte Wirtschaftsbedingungen verstanden, die anstelle von Almosengaben die Wirtschaftskraft der empfangenden Länder formen und stärken sollten. Der Unterschied: Während Späth die Entwicklungshilfe für eine Profilierung und Stärkung wirtschaftlicher Beziehungen Baden-Württembergs in die „Dritte Welt" nutzte, erhofften sich linke und alternative Akteure in der Dritte-Welt-Bewegung über ihr Engagement ein verändertes Bewusstsein für die globale Verflochtenheit und damit Abhängigkeit voneinander.

Dabei waren sie weniger erfolgreich im Einsatz für veränderte Bedingungen in den unterstützten Ländern. Die hohe Aufmerksamkeit für Nicaragua etwa flaute seit Mitte der 1980er Jahre wieder ab. Hintergrund war zum einen die nachlassende Unterstützung aus Teilen der stärker mobilisierend wirkenden Friedensbewegung, zum anderen die anhaltende Konfliktlage im Land selbst, die Hoffnungen auf einen Siegeszug der Demokratie zerschlugen. Als schließlich in freien Wahlen im Februar 1990 die sandinistische Regierung abgewählt wurde, führte dies in der Dritte-Welt-Bewegung zu einer Orientierungskrise, die durch das Ende des Ost-West-Konfliktes noch verstärkt wurde. Bislang hatte der Systemgegensatz den Entwicklungshilfediskurs auf politischer wie auf zivilgesellschaftlicher Ebene geprägt, die Konsequenzen für die kapitalismuskritische Arbeit waren jedoch bei den

106 Walter Schwenninger, in: Plenarprotokolle des Deutschen Bundestags, 10. Wahlperiode 1983—1987, 56. Sitzung vom 23.02.1984, Plenarprotokoll des Bundestags 10/56, S. 4031—4033 und S. 4033.

Dritte-Welt-Gruppen bedeutend dramatischer. Umgekehrt erlaubte der Wegfall des Systemwettbewerbs offiziellen Institutionen, sich nun empfänglicher für Themen wie Armut, Ausbeutung und Ungleichheit zu zeigen.[107]

Diese politische Öffnung für Themen der Ungleichheit haben auch die Dritte-Welt-Gruppen mit ihrem Engagement in Ortsgruppen, Informationszentren und Weltläden vorbereitet. Gleiches gilt für eine Öffnung der Politik für Themen der Ressourcensicherung und des damit verbundenen nachhaltigen Wirtschaftens und Handelns. Zwar blieb der ökonomische Erfolg der Dritte-Welt-Läden in den 1980er Jahren sehr begrenzt und mehrheitlich auf das alternative Milieu beschränkt. Die Bedeutung der Dritte-Welt-Läden als lokale wie ganzheitlich gedachte Formen des Konsums, als Manifestationen einer „Glokalisierung der Moral",[108] zeigt sich aber zum einen an der Beständigkeit von Fair-Trade-Institutionen wie GEPA, Banafair oder Transfair, die sich zum Ende des Jahrzehnts auch in kommerziellen Läden mithilfe der Einführung von Siegeln etablieren konnten.[109] Indirekt konnte die Bewegung zum anderen auch das Aufkommen des Nachhaltigkeitdiskurses Ende der 1980er Jahre (Brundtland-Bericht 1987) bzw. Anfang der 1990er Jahre (Konferenz in Rio 1992) für sich verbuchen. Zuletzt verdeutlicht die Biografie Walter Schwenningers wie auch anderer Mitstreiter der Dritte-Welt-Bewegung,[110] dass die Themen der Ende der 1970er Jahre noch verstreuten „Dritte-Welt-Lobby" nun politisch anschlussfähig geworden waren.

107 Bräuer, Zwischen Provinzialität und Globalismus (wie Anm. 65), S. 38 f.

108 Kuchenbuch, Eine Welt (wie Anm. 11), S. 162.

109 Möckel, Postkolonialwaren (wie Anm. 93), S. 513; Quaas, Fair Trade (wie Anm. 103), S. 363 f.

110 Ein anderes Beispiel ist der spätere Bundespräsident Horst Köhler, der 1974 in Herrenberg einen Dritte-Welt-Laden mitbegründete. Vgl. Weltladen Herrenberg: Vereinsgeschichte [https://weltladen-herrenberg.de/verein/vereinsgeschichte, Zugriff 26.03.2024].

Maria Alexopoulou

Das (Nicht-)Einwanderungsbundesland Baden-Württemberg: Zwischen Abwehr und Gestaltungsverweigerung

Im Herbst 1981 führte das Meinungsforschungsinstitut *Contest-Census* im Auftrag des Staatsministeriums in Stuttgart eine nichtöffentliche repräsentative Umfrage über *Die politische Situation im September/Oktober 1981 in Baden-Württemberg* durch. „Asylanten/Gastarbeiter" wurde in der offenen Befragung dabei als landespolitisches Problem am zweithäufigsten genannt. Der bereits vorformulierten Aussage nach der „Eindämmung des Zustroms von Gastarbeitern und Scheinasylanten" stimmten 76,3 Prozent der Befragten zu, wobei sich elf Prozent davon als SPD-, 66 Prozent als CDU-Unterstützer:innen zu erkennen gaben. Der CDU wurde die höchste Kompetenz zugesprochen, mit dieser Thematik umzugehen: 59 Prozent sahen das für die „Ausländerprobleme" gegeben und 64 Prozent für die Aufgabe, „Asylanten ab[zu]weisen". Diese Einschätzungen korrespondierten dabei mit den hohen Zustimmungswerten für die CDU im Land, ebenso wie die Beliebtheit von Ministerpräsident Lothar Späth.[1]

Der langjährige Beobachter der baden-württembergischen „Ausländerpolitik" Karl-Heinz Meier-Braun meint, Späth habe sich als neuer Ministerpräsident zwischen 1979 und 1980 in einer kurzen Phase der Integrationskonzepte befunden, in der er gar vom Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland gesprochen habe, wohl auch, um sich von seinem Vorgänger Hans Filbinger abzugrenzen.[2] Zumindest bundespolitisch hatte es zu jener Zeit tatsächlich ein kleines Opportunitätsfenster für das Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft gegeben, das sich im sogenannten Kühn-Memo-

1 Bundespolitisch wurde dieser Thematik von den Befragten dagegen keine derartige Bedeutung beigemessen, vgl. Contest-Census: Die politische Situation im September/Oktober 1981 in Baden-Württemberg, 11/81, Zitate, Tabelle 3, S. 18 und Tabelle 4, S. 21, in: Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart (im Folgenden HStAS) EA 1/114 Bü 56.

2 Karl-Heinz Meier-Braun: Spaghetti vom Arbeitsamt: Arbeitsmigration nach Baden-Württemberg, in: Mathias Beer (Hrsg.): Baden-Württemberg — eine Zuwanderungsgeschichte, Stuttgart 2014, S. 101—125, hier S. 115.

randum kondensiert hatte und das von seinem Verfasser, dem ersten Beauftragten der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen Heinz Kühn (SPD) auch öffentlich diskutiert und propagiert wurde, um dann intern in seinen wichtigsten Forderungen von Kanzler Helmut Schmidt (SPD) und dessen Kabinett abgelehnt zu werden. Damit entsprach die Bundesregierung ebenso der Mehrheitsmeinung, die zu jener Zeit äußerst „ausländerfeindlich" ausfiel, wie das Kanzleramt noch bis 1982 besorgt beobachtete.[3] Mit dem Regierungsantritt Helmut Kohls setzte dann eine lange Phase weiterer Restriktionen und Obstruktionen in der „Ausländer- und Asylpolitik" ein, womit auch eine ausgesprochen scharfe, in Teilen offen rassistische Rhetorik im bundespolitischen Diskurs Einzug hielt.[4]

In Baden-Württemberg war seit dem Ende der 1940er Jahre, ähnlich wie in Bayern, mit die restriktivste „Ausländerpolitik" betrieben worden, obwohl oder vielleicht gerade weil die Region Ziel kontinuierlicher Migrationen und daraus resultierender Einwanderungsprozesse war. Das war zwar keine neue Entwicklung, dennoch wirkte sich die Ost-West-Teilung Europas direkt auf die Zugangsrichtung von Migrant:innen aus. Denn nun kamen kaum mehr Migrant:innen aus dem Osten Europas. Diese hatten seit dem Kaiserreich unter verschiedensten Umständen — von der saisonalen Wanderarbeit über zwei Phasen von Zwangsarbeit bis zur Massenflucht — für Deutschland gearbeitet oder waren in verschiedenen Flucht- und Transitbewegungen nach oder durch Deutschland gezogen. Nun kamen hauptsächlich Migrant:innen aus dem Süden Europas und zunehmend auch aus dem Globalen Süden, auch wenn Migrant:innen aus diesen Weltregionen im weiteren Verlauf auch auf dem Luftweg anreisten.[5] Zudem hatte Süddeutschland als Teil der US-Besatzungszone einen großen Anteil der sogenannten *Displaced Persons* — in ihrer Mehrheit ehemalige Zwangsarbeiter:innen aus Polen, jüdische KZ-Häftlinge oder Jüd:innen, die hinter der Ostfront überlebt hatten — über Jahre zu

3 Das geht aus einer Reihe von Umfragen hervor, die im Kanzleramt rezipiert wurden und die sich in den Akten finden, z. B. in: Bundesarchiv Koblenz (im Folgenden BArch) B 136/15030; siehe ebenso eine Metaanalyse von 1982 für das Kanzleramt: Dieter Just/Peter Casper Mühlens: Ausländerproblem oder deutsches Symptom?, o. D., in: BArch B136/15048.

4 Vgl. Maria Alexopoulou: Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen, Ditzingen 2020.

5 Carolin Liebisch-Gümüş: Im Drehkreuz. Konflikte um Asyl und Zurückweisungen am Frankfurter Flughafen (1980—1995), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe 20 (2023), H. 1 [https://zeithistorische-forschungen.de/1-2023/6105, DOI: 10.14765/zzf.dok-2671, Zugriff 05.02.2024].

beherbergen und jene wenigen, die blieben, als „heimatlose Ausländer“ auf Druck der Westalliierten als permanent Anwesende in ihren Städten und Orten zu akzeptieren. Dies alles geschah in einer Zeit, die von einem ausgeprägten Nachkriegsrassismus und -antisemitismus geprägt war, die gleichermaßen von Bevölkerung, Kommunal- wie auch Landespolitik geteilt wurden. Darüber hinaus befand sich bis 1973 das einzige Sammelaufnahmelager für Asylsuchende bzw. „ausländische Flüchtlinge“ in Bayern, zunächst in Valka und dann in Zirndorf. Zwar lässt sich aus diesen Tatsachen keine direkte Kausalität ableiten, aber in Fragen der Migration ist in der alten Bundesrepublik zumindest im Groben ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen, bevor die aktuelle Ost-West-Achse seit den 1990er Jahren im vereinigten Deutschland maßgeblich wurde.

Ende der 1960er und zu Beginn der 1970er Jahre waren Stuttgart und Mannheim als die zwei größten und am stärksten industriell geprägten Städte Baden-Württembergs im Zuge der „Gastarbeit“ faktisch zu ausgesprochenen Einwanderungsgesellschaften geworden. Es waren zudem Städte wie diese, in denen in ganz Westdeutschland die Stadtverwaltungen die ersten Schritte einleiteten, Migration und die aus ihr erfolgte (unerwünschte) Einwanderung (kommunal-)politisch nun doch bewusst zu gestalten. Die baden-württembergische Landeshauptstadt machte zahlreiche Vorstöße in diese Richtung, die ihr das Label „Stuttgarter Modell“ einbrachten.[6] Auch der Mannheimer Oberbürgermeister Ludwig Ratzel (SPD) sprach 1972 davon, dass sich die „hier Schaffenden“ ausländischen Arbeitskräfte als „Mannheimer fühlen und auch so leben“ sollten.[7] Ratzel erwirkte auch, dass Mannheim 1974 als eine der erste Kommunen bundesweit einen Beauftragten für ausländische Einwohner einsetzte, der dem Dezernat des Oberbürgermeisters direkt unterstellt war.[8] Dennoch ändern diese Entwicklungen nicht das Gesamtbild von Baden-Württemberg als einem Einwanderungsland wider

6 Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber: Kleine Geschichte der Ein- und Auswanderung in Baden-Württemberg, Leinfelden-Echterdingen 2008, S. 155–166.

7 Ludwig Ratzel in der Einleitung zum „Bericht über die Wohnsituation der in Mannheim lebenden Ausländer, Amt für Stadtforschung, Statistik und Wahlen, 1972“, MARCHIVUM, Zug. 16/1993, Nr. 75.

8 Erklärung vom 27.12.1973, MARCHIVUM, Zug. 16/1993, Nr. 16; siehe auch Julia Scialpi: 1955–1980. Heimat im Quadrat? „Gastarbeiter“ in Mannheim, in: Philipp Gassert/Ulrich Nieß/Harald Stockert (Hrsg.): Zusammenleben in Vielfalt. Zuwanderung nach Mannheim von 1607 bis heute, Ubstadt-Weiher 2021, S. 226–259, hier S. 244 f., sowie Philipp Gassert: 1980–2020. Eine „City of Immigrants“ in einer widerwilligen Einwanderungsgesellschaft. Zwischen Offenheit und Intoleranz, in: ebd., S. 260–295, hier S. 264 f.

Willen. Vielmehr gingen von hier immer wieder restriktive Ideen und auf Landesebene durchgeführte Projekte der Einwanderungsobstruktion aus, die auch auf Bundesebene rezipiert und teilweise auch adaptiert wurden.

In dieser Hinsicht hatte sich in den 1960er und 1970er Jahren Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) besonders hervorgetan. So verfügte er beispielsweise 1962 als Innenminister, dass „Afro-Asiaten", wie man das intern nannte, keine Aufenthaltsgenehmigung als Arbeitnehmer erteilt oder ihnen solche entzogen werden sollten, schon bevor das Bundesarbeitsministerium dies für die gesamte Bundesrepublik vorgegeben hatte und diese offensichtlich rassistische Maßnahme im Zuge der Formulierung des Ausländergesetzes 1965 festgeschrieben wurde.[9] Im Jahr 1975 wurde dann auf Initiative der Landesregierung ein Rückkehrprogramm „im Kleinen" bei NSU-Audi in Neckarsulm umgesetzt. Das Land subventionierte den Autohersteller mit rund 16 Millionen DM für Rückkehrprämien, die neben einer Abfindung an ausscheide- und rückkehrwillige ausländische Beschäftigte gezahlt wurden. Doch erwies sich diese Maßnahme nach Verbesserung der Auftragslage, die zur Wiedereinstellung von ausländischen Arbeitskräften auf ähnlich hohem Niveau im Jahre 1978 führte, als unnötige Verschwendung von Steuergeldern.[10] Für das wohl von dieser Maßnahme inspirierte und 1983 von der Regierung Kohl verabschiedete „Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern", das ähnlich erfolglos blieb, dürfte dies ebenfalls zutreffen. Ein weiteres Projekt Filbingers, das zumindest aus den Debatten lange nicht verschwand, war die Fünfjahresrotation, die er als Ministerpräsident 1974 noch als neues System für die Bundesrepublik vorschlug. Seine Initiative erfolgte nach der Verhängung des Anwerbestopps 1973, als noch nicht absehbar war, dass eine längere Phase der Schrumpfung des Arbeitsmarkts und der Arbeitslosigkeit folgen würde, die diesen Plan obsolet machten.

Die Ära Späth

Unter Lothar Späth änderte sich die Zielrichtung des Migrationsmanagements in Baden-Württemberg wenig, auch wenn die Einwanderungsobstruktion sowie die Abwehr von vollends unerwünschten Migrant:innen — den „Afro-Asiaten" — nun merklich komplexer wurden. Dies erfolgte auch deshalb, weil

9 Interner Bericht des baden-württembergischen Innenministeriums vom 05.04.1966, in: HStAS EA 2/303 Bü 271.

10 Siehe dazu Karl-Heinz Meier-Braun: „Freiwillige Rotation": Ausländerpolitik am Beispiel der baden-württembergischen Landesregierung, München 1979, S. 165 ff. und S. 180 f.

inzwischen eine Normalisierung der fortgeschrittenen Transformation zur Einwanderungsgesellschaft eingesetzt hatte, die sukzessive zu der Erkenntnis führte, dass diese nicht mehr zurückzudrehen war, aber dennoch auch nicht unbedingt als solche anerkannt werden musste. Diese Regierungslinie fasste Ministerpräsident Späth in seiner Regierungserklärung im Februar 1983 so zusammen: „Begrenzung des weiteren Zustroms von Ausländern", „Integration" insbesondere der „heranwachsenden Kinder und Jugendlichen" und „Förderung der freiwilligen Rückkehr von Ausländern".[11]

Durch Erleichterungen im Aufenthaltsrecht und die Integration in die Sozialsysteme, die statt einer echten Einwanderungspolitik (z. B. durch Erleichterung der Einbürgerung) Ende des Jahrzehnts von der sozialliberalen Bundesregierung beschlossen worden waren, hatte sich die neue permanente Bevölkerungsgruppe der *Ausländer*[12] gebildet, die durch höhere Geburtenquoten und durch Familiennachzug weiter wuchs. In den Anwerbeabkommen war den Arbeitsmigrant:innen das Recht verbrieft worden, ihre Familienmitglieder nachkommen zu lassen, was in den 1980er Jahren vor allem die türkeistämmigen Familien betraf, zumal die Arbeitsmigration aus der Türkei erst nach 1970 ihren Höhenpunkt erreicht hatte. Faktisch wurde eine Anti-Familienpolitik betrieben, unter der damals freilich auch griechische, jugoslawische, spanische und andere migrantische Gruppen litten, auch und insbesondere in Baden-Württemberg, wo sie zu einem der Hauptfelder der Einwanderungsobstruktion wurde.[13] Im Dezember 1981 war bundesweit

11 So auch in der Stellungnahme des Arbeitsministeriums im Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung „Integration jugendlicher Ausländer in Baden-Württemberg", in: Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984 — 1988, Beilagen Bd. 13, Drucksache 9/2468 vom 10.12.1985, S. 4.

12 Der Begriff „Ausländer" wird immer dann kursiv gesetzt, wenn er in seiner Funktion als herabwürdigende Kategorie und damit als *race*-Ersatz kenntlich gemacht werden soll. Als Zitat, Paraphrase oder in neutralem Sinn (dann gegendert) ist der Begriff nicht kursiviert. Siehe dazu auch: Maria Alexopoulou: „Ausländer" — A Racialized Concept? „Race" as an Analytical Concept in Contemporary German Immigration History, in: Mahmoud Arghavan u. a. (Hrsg.): Who Can Speak and Who is Heard/Hurt? — Facing Problems of Race, Racism and Ethnic Diversity in the Humanities in Germany, Bielefeld 2019, S. 45 — 67; Maria Alexopoulou: „‚Rasse'/*race*", in: Inken Bartels u. a. (Hrsg.): Umkämpfte Begriffe der Migration. Ein Inventar, Bielefeld 2023, S. 283 — 298.

13 Auch in diesem Feld hatte Baden-Württemberg schon seit den 1970er Jahren versucht, die später beschlossenen Restriktionen einzuführen. Siehe generell zu dieser Thematik Lauren Stokes: Fear of the Family: Guest Workers and Family Migration in the Federal Republic of Germany, Oxford/New York 2022.

festgelegt worden, dass *Ausländer* für jede Person, auch für neugeborene Babys — bei einem äußerst angespannten Wohnungsmarkt gerade für Migrant:innen — zwölf Quadratmeter Wohnraum vorweisen mussten, um Familienmitglieder nachkommen zu lassen oder um eine Verlängerung ihrer Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Jugendliche über 16 Jahren durften gar nicht mehr nachziehen und Einzelelternteile in der Bundesrepublik durften ihre Kinder ebenso nicht mehr zu sich holen. Im baden-württembergischen Ausländererlass von Oktober 1981 gab es weitere Vorgaben, die zwar den Regelungen der Bundesregierung widersprachen, die aber 1982 und 1984 bestätigt wurden: So mussten die zwölf Quadratmeter pro Person in einer Familienwohnung auch für Kinder nachgewiesen werden, die im Heimatland verblieben. Zudem durften Ehegatten erst nach drei Jahren Ehe nachziehen, während die Wartezeit im sonstigen Bundesgebiet — außer später auch in Bayern — nur ein Jahr betrug.[14]

An der Neumodulation des bundesdeutschen Asylregimes war Baden-Württemberg ebenfalls sehr aktiv beteiligt. Die Zahl von Asylsuchenden war nach einer ersten Spitze von bundesweit etwa 100 000 im Jahr 1981 durch verschiedene politische Maßnahmen, wie etwa der Aufhebung der Visafreiheit für türkische Staatsangehörige, die 1981 im Gefolge des Militärputsches in der Türkei die höchste Zahl an Geflüchteten ausmachten, wieder stark gesunken. 1984 stieg sie wieder auf 35 000 an. 1985 nahm die Zahl erneut zu und erreichte am Ende des Jahres 73 862 Asylanträge.[15] Mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ und den Kriegen im damaligen Jugoslawien gipfelte die Entwicklung dann in der sogenannten „Asylkrise“, die die Änderung des Artikels 16a im Grundgesetz ermöglichte, die schon seit einem Jahrzehnt im Gespräch war.

Der „Scheinasylant“ war Anfang der 1980er Jahre bereits eine etablierte Figur. Während noch in den 1950er Jahren die osteuropäischen sogenannten „ausländischen Flüchtlinge“ aus dem sowjetischen Einflussgebiet pauschal als

14 Siehe den Maßnahmenkatalog in dem Entwurf eines Vortrags des Mannheimer Oberbürgermeisters Varnholt, 09.12.1982, MARCHIVUM, Zug. 34/2003, Nr. 21. Ebenso dazu Karl-Heinz Meier-Braun: Integration und Rückkehr? Zur Ausländerpolitik des Bundes und der Länder, insbesondere Baden-Württembergs, München 1988, S. 106 ff. Zudem für Baden-Württemberg: „Ausländererlass des Innenministeriums Baden-Württemberg“ vom 20.10.1981, in: Gemeinsames Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg (GABl.), S. 1613, sowie Ausländererlass vom 30.03.1982 (GABl., S. 383).

15 Die Zahlen für 1985 bis 1988 sind folgender Tabelle entnommen: Ulrich Herbert: Tabelle 7: Herkunftsland der Asylbewerber, 1985—1988, in: Zeitgeschichte-online, Dezember 2015 [https://zeitgeschichte-online.de/tabelle-7, Zugriff 05.02.2024].

kriminell und „asozial“ und in den 1960er Jahren als „Wirtschaftsflüchtlinge“[16] gegolten hatten, aber dennoch gemäß der Kalten-Krieg-Logik zumindest bundespolitisch willkommen geheißen wurden, verbesserte sich ihr Ansehen und ihre Rechtsposition in den 1980er Jahren merklich — auch angesichts der „außereuropäischen Flüchtlinge“, die seit Anfang der 1970er Jahre immer zahlreicher in die Bundesrepublik kamen. Etwaige wirtschaftliche Motive bei Geflüchteten aus Osteuropa wurden nun zumindest regierungsamtlich als legitim erklärt, da kommunistische Regime Menschen auch individuell ökonomisch unter Druck setzten, was damit als Form der politischen Verfolgung gelten könne.[17]

Als 1985 die Zahl der Asylsuchenden wieder anstieg, wurde dies in den politischen und öffentlichen Debatten primär als Folge von Betrug angesichts des großzügigen deutschen Asylrechts oder gar als Umgehung des Anwerbestopps diskutiert — ganz anders als die (vermeintlich) vorbildliche Aufnahme, die die als Kontingentflüchtlinge anerkannten *Boatpeople* aus Vietnam erfahren hatten. Schon 1973 fand sich das Argument des Betrugs in einem Schreiben des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel (CSU), der in Bezug auf die Geflüchteten aus arabischen Ländern, die damals erstmalig mit sechzig Prozent einen hohen Anteil „aller Lagerinsassen“ im Aufnahmelager in Zirndorf ausmachten, pauschal von „missbräuchlichen Asylanträgen illegal Arbeitssuchender“ sprach.[18] Der vermehrte Zugang der zunächst so „erfolgreich“ aus der Bundesrepublik ausgeschlossenen „Afro-Asiaten“ war nicht direkt mit dem deutschen Asylparagraphen im Grundgesetz in Verbindung zu bringen, sondern Folge veränderter internationaler Abkommen und Fluchtbewegungen. So war die neue Bundesrepublik, den Erwartungen der Westalliierten entsprechend, der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 beigetreten, die 1967 mit der „New Yorker Erklärung“ über die Rechtsstellung von Flüchtlingen universalisiert wurde und sich nicht mehr nur auf Fluchtbewegungen begrenzte, die im Zuge des Zweiten Weltkrieges in Europa entstanden waren. Dies schlug sich in den Diskursen allerdings genauso wenig nieder wie die Tatsache, dass mit dem neuen *Non-*

16 Der Begriff „Wirtschaftsflüchtling“ tauchte in den Akten des baden-württembergischen Innenministeriums in diesem Kontext in den 1960er Jahren immer wieder auf, so etwa in HStAS EA 2/303 Bü 272. Siehe dazu auch Klaus J. Bade: Zur Karriere abschätziger Begriffe in der deutschen Asylpolitik, in: Flucht und Asyl, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 25 (2015), S. 3—8.

17 Verfügung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge vom 08.01.1976, HStAS EA 2/303 Bü 215.

18 Schreiben Ministerpräsident Alfons Goppel vom 20.09.1973, HStAS EA 2/303 Bü 214.

Refoulement-Grundsatz auch festgeschrieben wurde, dass Flüchtlinge nicht in gefährliche Regionen abgeschoben werden durften, woraus der über Jahrzehnte (und bis heute) skandalisierte Status der Duldung resultierte.

Ebenfalls schon in den 1970er Jahren — vor allem nachdem seit 1974 mit der Einführung des Königsteiner Schlüssels die „außereuropäischen Flüchtlinge" wie zuvor die „volksdeutschen" Aussiedler:innen nach Quoten überall im Bundesgebiet verteilt wurden — war selbst bei einer geringen Zahl von geflüchteten „Außereuropäern" in den Amtsstuben Baden-Württembergs großer Unmut zu verzeichnen. Im September 1973 sprach man bei zwanzig Personen, die in Ettlingen und Karlsruhe untergebracht waren, von „Palästinenser-Strömen".[19] Asylsuchende aus Indien und Pakistan galten der für sie zuständigen Landesverwaltung pauschal als „Gewalttäter".[20] Ende 1976 wollten die baden-württembergischen Vertreter bei der kommenden Innenministerkonferenz gar vorschlagen, dass „Aufnahmeaktionen von politisch verfolgten Menschen […] grundsätzlich auf Ausländer mit besonderen Anknüpfungspunkten zur Bundesrepublik Deutschland beschränkt bleiben", wozu sie auch die Geflüchteten aus Vietnam nicht zählten.[21]

In den 1980er Jahren war das Thema Asyl dann auch in Baden-Württemberg politisch und medial ein Dauerbrenner und Dauerreizthema. Allerdings trat zu jener Zeit mit der Partei Die Grünen eine auch in „ausländerpolitischen" Fragen neue Akteurin auf, die sich mehr oder minder konträr zu den bisherigen politischen Haltungen und Praktiken in ihrem Gründungsbundesland Baden-Württemberg stellte. Das wird im Folgenden zunächst am Beispiel von asylpolitischen Initiativen in der Mitte des Jahrzehnts aufgezeigt.

Die Asyl-„Katastrophe"

> „Schmarotzer, kriminelle Elemente, Sozialhilfetouristen und Scheinasylanten überfluten unser Land, gefährden unsere Jugend, unsere Rechtsordnung, unseren Staatshaushalt und unsere Kultur." Hört man solche Erklärungen der Regierungen von Bayern, Berlin und von unserem so sauberen Musterländle Baden-Württemberg, dann müsste man glauben, die Bundesrepublik würde von einer Seuche, einer Katastrophe und einem nationalen Notstand befallen.

19 Schreiben des Regierungspräsidiums Karlsruhe an das baden-württembergische Innenministerium vom 19.09.73, HStAS EA 2/303 Bü 214.

20 Auszüge aus Niederschrift einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Landesflüchtlingsverwaltung am 06./07.11.75, HStAS EA 2/303 Bü 215.

21 Internes Schreiben vom 24.11.76 zur kommenden Innenministerkonferenz in Saarbrücken am 01./02.12.1976, in: HStAS EA 2/303 Bü 215.

Obwohl der Grünen-Abgeordneten Thilo Weichert für dieses Zitat, das er in einer Parlamentsdebatte im März 1985 vorbrachte — und das er aus der *Badischen Zeitung* habe, wie er auf Nachfrage angab —, von seinem CDU-Abgeordnetenkollegen Heinrich Haasis der „Verleumdung" und „Verdrehung" bezichtigt wurde, gibt es recht treffend die damalige Stimmung beim Thema Asyl wieder. Diese Tendenz sah Weichert auch im Entschließungsantrag der CDU-Fraktion, der hier zur Debatte stand: Dieser sah neue Restriktionen gegen Asylsuchende vor, obwohl gemäß Weichert „die Bundesrepublik bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Westeuropa an letzter Stelle hinter Italien, Schweden, Großbritannien, Frankreich, Österreich und der Schweiz" gestanden habe.[22]

Lothar Späth hatte gemeinsam mit seinem bayerischen Amtskollegen Franz Josef Strauß (CSU) im Februar eine „Bundesratsinitiative zur Verschärfung des Asylrechts" eingebracht. Daraufhin beantragte die elfköpfige Grünen-Fraktion im Stuttgarter Landtag am 27. Februar 1985, die Regierung solle diese Initiative wieder zurückziehen. Der Asylparagraph werde ausgehöhlt und die Lebensbedingungen für Asylsuchende zu einer „abschreckenden Strafe" gemacht. Auch kritisierten die Grünen, dass Menschen, die aus Kriegsgebieten kamen, künftig pauschal nicht mehr als Asylsuchende anzuerkennen seien, was auch für diejenigen gelten solle, die sich länger als drei Monate außerhalb ihres Heimatlands aufgehalten hatten und von dort in die Bundesrepublik gekommen waren. Als Verschlechterung der Lebensbedingungen bezeichnete der Antrag eine Maßnahme, die in Baden-Württemberg bereits seit dem Juni 1981 umgesetzt wurde und die man nun mittels der Initiative bundesweit ausdehnen wollte: die regelhafte Unterbringung von Asylsuchenden in großen Sammelunterkünften mit 200 Personen und mehr sowie deren fast ausschließliche Versorgung mit Sachleistungen.

In der kurzen Antwort auf den Antrag der Grünen war im Namen von Innenminister Dietmar Schlee (CDU) erklärt worden, dass man diese Maßnahmen mit Blick auf die zuletzt in „besorgniserregender Weise" ansteigenden Zahl der Asylbewerber und der damit einhergehenden „missbräuchlichen Inanspruchnahme des Asylrechts" und angesichts der Tatsache, dass die meisten aus „asylfremden" Gründen einreisen würden, nicht zurückziehen

22 Aussprache zu Anträgen der Grünen und der SPD und zur Stellungnahme des Innenministeriums zur geplanten Verschärfung des Asylrechts, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Protokollbd. 2, 25. Sitzung vom 27.03.1985, S. 1683—1700, hier S. 1683 f.

werde. Denn nur dadurch könne man „den wirklich politisch Verfolgten wirksam Schutz“ gewähren.[23]

Einen konzilianter formulierten Antrag von zwanzig SPD-Abgeordneten vom selben Tag, der ebenfalls auf die Lebensverhältnisse in den Sammelunterkünften einging, beantwortete das Innenministerium ausführlicher und mit dem Hinweis, dass die Sammelunterkünfte und die Sachleistungen zur speziellen Unterbringungskonzeption Baden-Württembergs gehörten, die auch darauf zielte, den „Anreiz“ zum Missbrauch des Asylrechts abzubauen. „Wirklich politisch Verfolgten“ könnte man die wenigen Monate in den Sammelunterkünften zumuten.[24] Im März folgte ein weiterer, nun sehr viel umfangreicherer Antrag der Grünen-Fraktion, der neben vielen weiteren Forderungen und Lösungsvorschlägen erneut den Vorwurf enthielt, Sammellager hätten den Zweck, „Flüchtlinge vom Stellen eines Asylantrags abzuhalten“.[25]

Gemäß dem Beschluss der SPD-geführten Bundesregierung, Asylsuchende künftig in Sammelunterkünften unterzubringen, hatte der damals noch als baden-württembergischer Innenminister tätige Lothar Späth angekündigt, dass man im Land fünf Sammellager einrichten wolle. Neben der seit 1973 bestehenden Erstaufnahmestelle in Karlsruhe handelte es sich dabei um frühere Kasernen in Konstanz, Rastatt und Horb sowie um ein ehemaliges Krankenhaus in Göppingen. Die Menschen sollten dort hauptsächlich mit Sachleistungen versorgt werden, was ebenso als besondere Restriktion für die „Außereuropäer“ galt: Sie sollten — anders als die osteuropäischen Flüchtlinge — nur noch einen minimalen Beitrag an Sozialhilfe erhalten und auch nicht mehr arbeiten dürfen, sondern in den Sammelunterkünften mit dem Lebensnotwendigen versorgt werden. Falls die Kapazitäten nicht ausreichten, würden weitere Sammellager hinzukommen.[26]

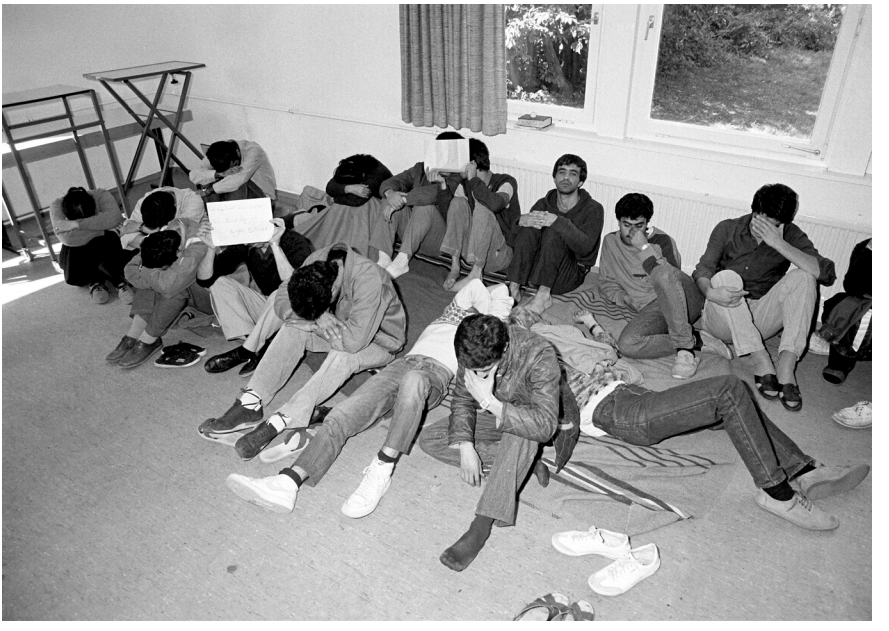
---

23 Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums, „Geplante Verschärfung des Asylrechts durch Bundesinitiative von Baden-Württemberg und Bayern“, in: Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 7, Drucksache 9/1183 vom 27.02.1985/25.03.1985, Zitate S. 1 f.

24 Antrag des Abg. Lorenz u. a., SPD, und Stellungnahme des Innenministeriums, „Beschleunigte Abwicklung von Asylverfahren und humane Wohnverhältnisse in den Sammelunterkünften“, in: Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 7, Drucksache 9/1186 vom 27.02.1985/12.04.1985, Zitate S. 4.

25 Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums, „Situation von Asylbewerbern in Baden-Württemberg“, in: Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 7, Drucksache 9/1293 vom 15.03.1985/09.05.1985, Zitate S. 3.

26 o. A.: Jetzt auch im Land Sammellager, Stuttgarter Nachrichten vom 10.07.1980, in: MARCHIVUM, Zug. 56/1994, Nr. 42.



September 1985: Aus Protest gegen die schlechten Zustände in der Zentralen Anlaufstelle in Karlsruhe sind Asylbewerber aus dem Iran in einen Hungerstreik getreten.

Mit den Sammellagern hatte man auch den polizeilichen Bedenken entsprochen, wie sie im März 1978 an das baden-württembergische Innenministerium herangetragen worden waren. Demnach sollten einer Gemeinde nur zwanzig Asylbewerber zugeteilt werden dürfen, da sonst zu befürchten sei, „dass in größeren Gemeinden die Asylanten aus dem Auge verloren werden, dass sie sich in Gruppen oder gar Banden zusammenschließen und damit Voraussetzungen für bestimmte Aktivitäten im kriminellen, aber auch im extremistischen Bereich bilden". Dies wäre anders mit Wohnheimen, die „eine gewisse Kontrolle und Aufsicht" ermöglichten.[27] Derartige Gedankengänge hatte auch ein interner Bericht des Landesinnenministeriums aus dem Jahr 1976 in die Planung miteinbezogen: „Im Falle einer Konzentration der Asylbewerber auf ein oder nur wenige Lager sollten die Ausländer kaserniert werden, um die betroffenen Gemeinden gegen Ordnungsstörungen möglichst abzuschirmen."[28]

27 Interne Stellungnahme vom 07.03.1978, HStAS EA 2/303 Bü 215.

28 Interner Bericht des baden-württembergischen Innenministeriums vom 08.06. 1976, HStAS EA 2/303 Bü 215.

Allerdings zeigte die ansässige Bevölkerung gegen die Errichtung solcher „Lager" großen Widerstand. Als 1978 das erste derartige „Asylantenheim" im Industriegebiet des Mannheimer Stadtteils Rheinau eingerichtet wurde, hatte sich eine Protestbewegung von Rheinauer Bürger:innen gebildet. Obwohl sich diese einer recht offenen rassistischen Phraseologie bediente, wurde sie dennoch vom ansonsten „ausländerfreundlichen" Mannheimer Oberbürgermeister Ludwig Ratzel (SPD), seinen Dezernenten und auch dem Mannheimer Gemeinderat unterstützt, da man sich keine weiteren „Problemgruppen"[29] in die Stadt holen wollte. Letztlich musste man sich dem Regierungspräsidium und dem Landesinnenministerium beugen und die Unterbringungen von 190 Asylbewerbern — Männer aus Pakistan, Indien und dem Libanon — im abseitig im Rheinauer Hafengebiet liegenden und völlig inadäquat eingerichteten ehemaligen Gastarbeiterheim akzeptieren. Trotz der wütenden Reaktionen gegen die Stadtverwaltung, die diese Entscheidung bei der Rheinauer Protestbewegung auslöste, lernte man kommunal doch auch einiges für künftige Wohnquartiere: Es zeigten sich die Vorteile der Unterbringung in einem abseitigen Industriegebiet, das die Bewohner nur zu Fuß verlassen konnten, womit sie auch nicht im „Stadtbild" erschienen.[30]

Die Störung des Stadtbilds durch allzu fremde Fremde hatte auch ein Ministerialdirektor in einem Text hervorgehoben, den er im Zusammenhang mit der Formulierung eines „Positionspapiers des Innenministeriums zur Ausländerproblematik" (und damit auch der „Asylproblematik") 1980/81 schrieb und in dem er Überlegungen zur Integrationspolitik anstellte. Mit „viereinhalb Millionen Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland" sei die Obergrenze „nach vielfacher Auffassung bereits erreicht oder sogar überschritten", so der Autor. Inzwischen ginge es nicht mehr um die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes, der Infrastruktur oder des Wohnungsmarktes; vielmehr sei es zu einer „Frage der psychologischen Belastbarkeit der hier lebenden Bevölkerung" geworden. Vor allem angesichts der Zuwanderer aus der „Dritten Welt" — zu denen er neben den Asylsuchenden offenbar auch die türkeistämmigen Arbeitsmigrant:innen rechnete —, die primär den dort herrschenden ökonomischen Zwängen entrinnen, aber in Deutschland dennoch ihre eigene kulturelle Tradition sowie ihre politische und religiöse Identität beibehalten und sich deshalb nicht integrieren wollten. Es seien „Inseln fremder Lebensart und fremder Kultur mitten in unseren Städten"

29 Dezernentenkonferenz, 21.02.1977, in: MARCHIVUM, Zug. 17/1993, Nr. 119.

30 Aus einem Vermerk des Dezernenten Martini an Ratzel vom 28.03.1978, MARCHIVUM, Zug. 4/1988, Nr. 80.

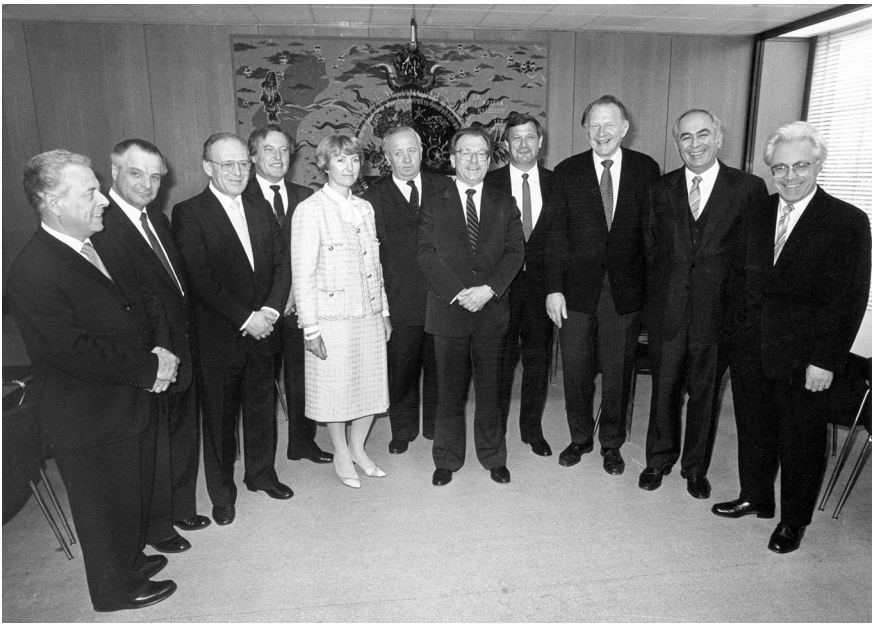
entstanden, Gettos mit gesteigerter Kriminalität, „die bei der einheimischen Bevölkerung den Eindruck der Überfremdung auslösen". Obwohl die „Aufgeschlossenheit der Deutschen gegenüber den Fremden in den letzten Jahrzehnten beträchtlich gewachsen" und mit der anderer Europäer vergleichbar sei, habe das Versäumnis, „diesen Ausländerzustrom sinnvoll zu ordnen und Grenzen der Belastbarkeit" anzuerkennen und danach zu handeln, die den Deutschen nun vorgeworfene Fremdenfeindlichkeit erst entstehen lassen.[31]

Dass die schiere Präsenz der *Ausländer* die „Grenzen der Belastbarkeit" der Bevölkerung überschritt, entwickelte sich zu jener Zeit zum Kern der Asylabwehr- und Asylrestriktionsdiskurse. Dieses Argument gründete wohl auf der demokratietheoretischen Auffassung, wonach dem Wunsch der Bevölkerungsmehrheit nachzukommen sei, die von der Anwesenheit von zu vielen Fremden, vor allem von allzu Fremden, „belastet" war. Die Grundlagen dieser „Belastung" standen in den Debatten eher im Hintergrund. Wurden sie thematisiert, reichten sie von Argumenten, die den lange tradierten Kriminalisierungs- und Neiddiskursen in Bezug auf *Ausländer* entsprangen, bis hin zur im obigen Positionspapier konstatierten und nicht weiter hinterfragten Angst vor „Überfremdung". Dass sich gerade dahinter ein manifester Alltagsrassismus verbarg, wurde freilich im Rahmen dieser Debatten nicht diskutiert. Dieser quasi demokratietheoretischen wurde sukzessive eine „flüchtlingsethische" Komponente hinzugefügt, die herausstellte, dass den „echten Asylanten" nur dann geholfen werde könne, wenn man die Grenzen der Belastbarkeit der deutschen Bevölkerung respektiere.

Dieser Argumentationsstruktur folgte auch Innenminister Dietmar Schlee (CDU), als er im März und im Juli 1985 in zwei Landtagsdebatten die Gründe für die Politik der Landesregierung erläuterte: Die Sammelunterkünfte sollten tatsächlich die Lebensbedingungen der Asylsuchenden verschlechtern und sie damit von der Einreise nach Deutschland abschrecken. Diese Abschreckung der vermeintlich Nicht-Asylberechtigten erfolge dabei zu ihrem eigenen Schutz vor skrupellosen Schleppern, gleichzeitig und insbesondere aber zugunsten der „echten Asylanten", für die man dann Kapazitäten hätte und die außerdem wegen ihrer „echten Verfolgung" auch bereit wären, zeitweilig schlechtere Lebensverhältnisse zu ertragen. Die geringere Zahl und die „Echtheit" der Asylbewerber würde wiederum den Widerstand von lokalen Bevölkerungen und Kommunen als auch der Kirchen und weiteren

31 Entwurf eines Positionspapiers zur Ausländerpolitik, Innenministerium Baden-Württemberg, o. D. [1981], HStAS EA 2/303 Bü 287.

Wohlfahrtsverbänden, die ebenso wenig bereit waren, Gebäude für deren Unterbringung zur Verfügung zu stellen, brechen und besänftigen.[32]



Nach seiner Wiederwahl zum Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg am 6. Juni 1984 stellt Lothar Späth sein neues Kabinett vor, darunter seinen Innenminister Dietmar Schlee (4. v. r.).

Allerdings offenbarte Schlee die Brüchigkeit seiner Argumentation selbst, da er auf die — ihn wohl enervierenden — Nachfragen der Opposition meinte, dass man selbst die dreißig Prozent Geflüchteten, die berechtigterweise da seien — diesen Prozentsatz leitete er von der Anerkennungsquote als Asylberechtigte ab, wobei darunter die nach der Genfer Flüchtlingskonvention zu Schützenden mit einer Duldung offenbar nicht mitgezählt wurden —, nur

32 Redebeiträge von Innenminister Schlee, in: Aussprache zu Anträgen der Grünen und der SPD und zur Stellungnahme des Innenministeriums zur geplanten Verschärfung des Asylrechts, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984 – 1988, Protokollbd. 2, 25. Sitzung vom 27.03.1985, S. 1993 – 1698; und in: Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Innenministeriums — Situation von Asylbewerbern in Baden-Württemberg, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984 – 1988, Protokollbd. 3, 34. Sitzung vom 11.07.1985, S. 2527 – 2532.

schwer in den Kommunen unterbringen könne: „Weil sie keine Asylanten haben wollen, Herr Kollege Weichert. Das können Sie drehen und wenden, wie Sie wollen."[33] Er suche ja Unterkünfte, hatte Schlee auch im März beteuert, „[w]o immer ich aber hinkomme, bilden sich Bürgerinitiativen dagegen."[34] Man könne froh sein, mit den Sammelunterkünften des Landes überhaupt Wohnraum zu haben. Diesem breiten Widerstand könne man nur begegnen, wenn der Zugang beschränkt werde, was wiederum nur geschehen könne, wenn die zwei Drittel, die aus „asylfremden Gründen" nach Deutschland kämen, daran gehindert würden, überhaupt zu kommen. Das ließe sich unter anderem durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen erreichen.[35]

An dieser Argumentationskette zeigt sich, wie mittels einer moralisierenden Rhetorik, die das Wohl der „echten Asylanten" und damit auch den Schutz des wertvollen Asylparagraphen scheinbar zur obersten Priorität erhob, die offenbar rassistische Haltung von lokalen Bevölkerungen und Institutionen zu einem legitimen politischen Anliegen umgeformt wurde, dem Politik durch entsprechende Maßnahmen zu begegnen habe. Denn bei etwa 10 000 neu unterzubringenden Asylsuchenden, von denen das Innenministerium im Jahre 1985 im gesamten Landesgebiet ausging, gab es sicherlich keine handfesten materiellen Gründe, die das verunmöglichten.

Auch der Wortführer der Grünen Thilo Weichert sowie der engagierte SPD-Abgeordnete Eberhard Lorenz gingen auf die Haltung der Bevölkerung ein. Das Asylrecht, so Weichert, sei „ein Grundrecht und nicht ein Recht je nach der Stimmung der Bevölkerung, auch nicht ein Recht, das durch die Kapazitäten der Sammellager festgelegt" werde.[36] Die „Asylantenfeindlichkeit" der Bevölkerung führten sie auf die Rhetorik der CDU zurück sowie auf die bereits erlassenen Restriktionen, die die Lebensbedingungen der Asylsuchenden so verschlechterten, dass sie dies zu delinquentem oder gar kriminellem Verhalten trieb, was dann die Bevölkerung erst recht gegen sie aufbringen würde. Würde man sie gleich dezentral und menschenwürdig unterbringen, würden sich diese Reaktionen gar nicht erst einstellen.[37]

33 Ebd., S. 2529.

34 Plenarprotokoll des Landtags von Baden-Württemberg vom 27.03.1985 (wie Anm. 32), S. 1694.

35 Plenarprotokoll des Landtags von Baden-Württemberg vom 11.07.1985 (wie Anm. 32), S. 2527 f.

36 So der Abgeordnete Thilo Weichert (Grüne), in: Plenarprotokoll des Landtags von Baden-Württemberg vom 27.03.1985 (wie Anm. 22), S. 1691.

37 So z. B. die Abgeordneten Thilo Weichert (Grüne) und Eberhard Lorenz (SPD), in: Plenarprotokoll des Landtags von Baden-Württemberg vom 11.07.1985 (wie Anm. 32), S. 2533 und S. 2524 ff.

Aus den Realitäten im lokalen Raum lässt sich diese Einschätzung allerdings kaum bestätigen: Als seit Mitte des Jahres 1985 Asylsuchende in Mannheim zunehmend auch in der Innenstadt und in unterprivilegierten Stadteilen in kleineren Wohneinheiten nun relativ „sichtbar" untergebracht wurden, gab es immer wieder Beschwerden von Hausbesitzer:innen und Nachbar:innen. Besonders hervorgetan haben sich „[a]lle Bewohner der Lerchenstraße und Drosselstraße in Luzenberg" in ihrem „Protest" gegen die „lästigen Roma", die in einer Asylunterkunft in der Lerchenstraße wohnten. In zwei Postkarten an den Oberbürgermeister vom 12. Juli 1987 bezeichneten sie die Romn:ja unter anderem als „Ungeziefer der allerübelsten Sorte", eine Phraseologie, die der NS-Sprache gleichkam.[38] Über einen von einer Anwaltskanzlei verfassten „massiven Beschwerdebrief" gegen Bewohner:innen der Franz-Grashof-Straße 30 wurde in einer Sitzung des Lenkungsausschusses Asyl gesprochen, ebenso über die Beschwerden der Anwohner:innen nahe B2, 6 – 7, also innerhalb der Quadrate.[39]

Hinzu kamen öffentliche Entgleisungen, so etwa eine Rede des Vorsitzenden des Einzelhandelsverbandes Mannheim vor der Generalversammlung, in der er sinngemäß ausführte, „dass Ausländer und Asylanten aus der Innenstadt ferngehalten werden müssten, um die Attraktivität zu halten bzw. zu erhöhen".[40] Als in der Mannheimer Innenstadt ein Haus, in dem Asylbewerber in eigenen kleinen Apartments lebten, abbrannte, zeigten die Rufe aus der Nachbarschaft – „[l]asst die Ratten verbrennen" –, welche Stimmung dort herrschte.[41]

Die Argumentation der Grünen, der SPD und der FDP war in dem Sinne ebenso moralisierend, dass die Reaktionen der Bevölkerung allein auf schlechte Politik und „böse" Rhetorik zurückgeführt und nicht als genuine Haltung verstanden wurde. Sprachliche Entgleisungen von Politiker:innen waren Realität, auch im Landtag, etwa wenn der CDU-Abgeordnete Gerhard Bloemecke meinte, dass jene, die keine „wirklich politisch Verfolgten" seien, wenn sie „das große Geld" nicht legal verdienen konnten, es eben illegal holten, „zum Beispiel auch durch Diebstahl". In der gleichen Plenarsitzung

38 Siehe Postkarte, in: MARCHIVUM, Zug. 77/1996, Nr. 118. Hier auch weitere Akten zu dieser Asylunterkunft.

39 Besprechungsniederschrift, 11.11.1987, MARCHIVUM, Zug. 56/1994, Nr. 44.

40 Interner Vermerk über die in einer Radiosendung berichteten Aussagen des Vorsitzenden des Einzelhandelsverbandes Mannheim, 19.06.1987, MARCHIVUM, Zug. 56/1994, Nr. 43.

41 o. A.: „Lasst die Ratten verbrennen", in: Die Rheinpfalz, 12.04.1990, MARCHIVUM, Zug. 83/1996, Nr. 209.

behauptete er, die ghanaischen Asylsuchenden seien in ihrer Mehrheit „Zuhälter mit ihren Dirnen".[42] Dass hier tatsächlich eine Interessenkoinzidenz zwischen Politik und Gesellschaft bestand, die auf gemeinsam geteilte rassistische Wissensbestände über *Ausländer* zurückging, besondere gegen jene aus dem Globalen Süden und Schwarze Menschen, die in der rassistischen Hierarchie der Herkünfte auf der untersten Stufe standen, wurde als Überlegung nicht vorgebracht.

Der Input der Grünen mittels ihrer Anträge und Gesetzesentwürfe im Landtag hatte zwar kaum Auswirkungen auf die baden-württembergische „Ausländer- und Asylpolitik", in die das Migrationsmanagement und die Einwanderungspolitik in den 1980er Jahren nun unterteilt wurden. Dennoch zwangen ihre kritischen Beiträge und Vorschläge zum einen die Regierung, sich immer wieder erklären zu müssen. Zum anderen formten sie den künftigen Diskurs entscheidend vor. Sie sind Beleg neuer gesellschaftlicher Trends in den 1980er Jahren sowie Ausdruck davon, dass der Widerwille gegen Einwanderung, der in der überwiegenden Mehrheit der deutschen Bevölkerung und Politik vorherrschte, zunehmend Gegenreaktionen in dieser Mehrheitsgesellschaft selbst auslöste.

Doch zunächst blieb es bei ziemlich „deutschen" Perspektiven. Denn migrantische Stimmen und Perspektiven, die die Grünen-Abgeordneten sicherlich direkt in die Parlamentsdebatten hätten einbringen können, fehlten hier völlig. Was Migrant:innen — auch Asylsuchende — brauchten, wollten, erfuhren, erlitten und dachten, spielte in der politischen Meinungsbildung der 1980er Jahre kaum eine Rolle.

Kritik an der Asylpolitik der Landesregierung ging übrigens auch von Teilen der SPD und der FDP aus, die allerdings in vielen Kommunen politische Verantwortung trugen und dabei oftmals auf CDU-Linie waren und entsprechend agierten bzw. dem Widerstand und Protest ihrer lokalen Bevölkerung folgten. Das zeigte sich auch beim Mannheimer Oberbürgermeister Gerhard Widder (SPD), der zudem als Präsident des Städtetages Baden-Württemberg fungierte, dessen Ton und Praktiken gegenüber Asylsuchenden im Verlauf der 1980er Jahre zunehmend härter wurde. In einem Interview im November 1990 forderte er, Asylbewerber, die aus Ländern kamen, in denen keine politische Verfolgung gegeben sei, bereits an der Grenze abzuweisen, um damit „echten Asylbewerbern" effektiver helfen zu können.[43] 1991

42 Plenarprotokoll des Landtags von Baden-Württemberg vom 11.07.1985 (wie Anm. 32), S. 2522.

43 o. A.: „Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand", in: Mannheimer Morgen, 16.11.1990, MARCHIVUM, Zug. 70/1996, Nr. 98.

sprach er sich zudem für die Änderung des Asylparagraphen aus.[44] Damit stellte sich Widder gegen den expliziten Wunsch der Parteispitze gegen die offizielle Linie der Partei und trat für die Position der CDU-Landesregierung ein. Die Kommunen stünden, so Widder im Interview von 1990 weiter, „mit dem Rücken zur Wand", die Belegungskapazitäten seien überschritten. Momentan seien 1500 Asylbewerber in Mannheim untergebracht, es sollten nun 1800 werden.[45] Angesichts der Tatsache, dass man sich Ende der 1970er Jahre bereits mit der Zahl von rund 200 Asylbewerbern in einer etwa 300 000 Einwohner zählenden Stadt so schwergetan hatte, wirkte diese Zahl riesenhaft und war angesichts der viel willkommeneren „volksdeutschen" „Übersiedler" und „Aussiedler" — mehr als 2000 Personen im gleichen Jahr — auch tatsächlich eine logistische Herausforderung. Widder und seine Kollegen wollten jedoch lediglich der weiteren Zuweisung von Asylbewerbern mit „passivem Widerstand" begegnen.[46]

Die Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft

Versuche einer positiven Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft sind in den 1980er Jahren in Baden-Württemberg nur konturenhaft zu erkennen. Frag- und kritikwürdige Modellprojekte des Landes wie das sogenannte „Mannheimer Modell", in dessen Rahmen im Schuljahr 1980/81 an einigen Schulen reine Ausländerklassen eingeführt wurden, was *Die Zeit* als „Apartheid in Mannheim?"[47] bezeichnete, gehörten dazu. Aber auch das nachhaltige und erfolgreiche, allerdings von einer Privatstiftung 1983 in Mannheim begonnene „Projekt Mannheim", das sich für die Ausbildung junger Migrant:innen einsetzte.[48]

Was für eine breitere Öffentlichkeit kaum eine Rolle spielte, aber für migrantische Aktivist:innen, die den Nukleus einer sich damals bundesweit formierenden, aber kaum koordinierten Bürgerrechtsbewegung bildeten, zu jener Zeit zentral war, war das kommunale Wahlrecht für Ausländer. Schon

44 o. A.: „Widder für Grundgesetz-Änderung", in: Mannheimer Morgen, 10.10.1991, MARCHIVUM [fehlt hier eine Angabe?].

45 o. A.: „Gemeinden stehen mit dem Rücken zur Wand" (wie Anm. 43).

46 Ebd.

47 Hansjörg N. Schultz: „Apartheid in Mannheim? Baden-Württembergs Kultusminister verordnet reine Ausländerklassen", in: Die Zeit, 14.11.1980.

48 Das von der Freudenbergstiftung zunächst in Weinheim an der Bergstraße ins Leben gerufene Projekt ist bis heute als „Interkulturelles Bildungszentrum" aktiv und ist federführend im Bereich der Arbeitsmarktintegration von Migrant:innen in nationalen und Landesprojekten beteiligt.

1973 hatte der Europarat für die „Wanderarbeitnehmer“ das aktive Wahlrecht an ihrem permanenten Wohnort empfohlen. Die SPD sprach sich auf ihrem Parteitag in Mannheim 1975 für das aktive und passive kommunale Wahlrecht für Ausländer aus, verfolgte das Anliegen aber vor allem deshalb nicht weiter, weil beide SPD-Kanzler sich dagegen aussprachen. Auch der Deutsche Städtetag und die meisten Bundesländer lehnten dieses Anliegen mehrfach kategorisch ab, genauso wie die Innenministerkonferenz im Juni 1977.



In ganz Deutschland kommt es seit dem Ende der 1970er Jahre immer wieder zu Protestaktionen, mit denen Zugewanderte ihr Wahlrecht fordern, entweder für kommunale Vertretungen oder wie hier in Berlin im März 1979 für das Abgeordnetenhaus.

Erst Mitte der 1980er Jahre griffen die Grünen dieses migrantische Anliegen wieder auf. Im Juli 1984 brachten der grüne Abgeordnete Fritz Kuhn und seine Fraktion im Stuttgarter Landtag ein Gesetz zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer ein, um „diesen undemokratischen Zustand zumindest teilweise zu beenden“. Dafür schlug man zwei Änderungen vor: In der Gemeindeordnung sollten neben erwachsenen Deutschen, die seit sechs Monaten in einer Gemeinde lebten, auch Ausländer, die zudem seit fünf Jahren in der Bundesrepublik einen rechtmäßigen Aufenthalt hatten, als Bürger dieser Gemeinde anerkannt werden. In der Landkreisordnung

sollte verankert werden, dass erwachsene Ausländer mit fünfjährigem Mindestaufenthalt in der Bundesrepublik bei der Kreiswahl wahlberechtigt sein sollten, wobei nicht klar wurde, ob damit das passive und aktive Wahlrecht gemeint war. In der Begründung zum Gesetz wurde die berühmte *taxation-without-representation-is-tyranny*-Parole zitiert und herausgestellt, dass es das „demokratische Prinzip verbiete", einen Teil „der in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Bevölkerung in politischer Unmündigkeit und Ohnmacht zu halten".[49]

Bei der Sensibilisierung der baden-württembergischen Grünen für dieses Thema hatten wohl auch Stuttgarter migrantische Selbstorganisationen eine nicht unwesentliche Rolle gespielt, indem sie deren Zielvorstellung einer multikulturellen Gesellschaft infrage stellten und ihnen stattdessen die Relevanz voller Bürgerrechte sowie die Bedeutung von Rassismuserfahrungen für sie als Eingewanderte in teilweise konflikthafter Weise vermittelten. Auch mussten sie die Partei erst überzeugen, für die Kommunalwahlen 1989 eingebürgerten Migrant:innen — die als „EinwanderInnen ins Rathaus" kandidierten — gute Listenplätze als Parteilose abzugeben.[50]

Der Gesetzesentwurf der Grünen im baden-württembergischen Landtag aus dem Jahr 1986 wurde freilich abgelehnt mit Begründungen wie jener des Sprechers der CDU im Innenausschuss des Landtages, wonach die Ausländer zu achtzig Prozent „weder deutsch lesen noch sich deutsch recht verständlich machen könnten" und „nicht in der Lage seien, sich zu integrieren, weil sie für sich als Volkskörper fremd lebten".[51]

Die juristische Grundlage für das kommunale Ausländerwahlrecht war, dass viele Landesverfassungen sowie Gemeindeordnungen bei der Erteilung des Wahlrechts nicht Bezug auf die deutsche Staatsbürgerschaft nahmen,

49 Gesetzesentwurf der Fraktion Grüne, „Gesetz zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer (Ausländerwahlgesetz — AWG)", in: Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 2, Drucksache 9/256 vom 23.06.1984, S. 4 f.

50 Siehe die Stuttgarter Fallstudien von Lisa Riedner: Gewerkschaftliche Kämpfe und Antirassismus in Stuttgart, in: Anne Lisa Carstensen/Sabine Hess/dies./Helen Schwenken: Solidarität — Kooperation — Konflikt. Migrantische Organisierungen und Gewerkschaften in den 1970/80er Jahren, Hamburg 2022, S. 157—270, hier S. 254 ff.

51 Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses zu dem Gesetzesentwurf der Fraktion Grüne — Drucksache 9/256. „Gesetz zur Einführung des Kommunalwahlrechts für Ausländer (Ausländerwahlgesetz — AWG)", in: Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 14, Drucksache 9/2631 vom 21.02.1986, S. 3.

sondern auf das Volk. Unter Verfassungsrechtlern war dabei umstritten, was unter „Volk" zu verstehen sei und wer dazu zählte. Gemäß des „soziologischen Volksbegriffes", so eine Zusammenfassung und Bewertung der Pro- und Kontra-Argumente aus dem baden-württembergischen Innenministerium aus dem Jahr 1989, sei dies die Einwohnerschaft. Doch herrsche in der Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 116 Absatz 1 GG ein „rechtsstaatlicher Volksbegriff", wonach Wahlvolk und Wahlrecht homogen bleiben müssten. Demgemäß wurde festgestellt: „Ausländer sind Deutschen im rechtsstaatlichen und sozialstaatlichen Status weitgehend gleichgestellt. Aus dieser Gleichheit kann keine Gleichheit im demokratischen Status abgeleitet werden".[52] Entsprechend hatte auch das Innenministerium das Gesetzesvorhaben der Grünen im März 1985 mit der Feststellung negativ beschieden, dass der Begriff des Volkes auch in der Landesverfassung das Staatsvolk meinte.[53]

„Ca. 2/3 der Deutschen sprechen sich gegen ein Kommunalwahlrecht für Ausländer aus", hieß es außerdem im oben bereits zitierten internen Papier, das das Thema 1989 angesichts bundespolitischer Entwicklungen erneut besprach. Würde es gewährt, würde dies das „Auftreten von (weiteren) Vorbehalten gegenüber Ausländern in Form von Abwehr gegen ‚institutionalisierte' Einflüsse fremder Verhaltensweisen (‚Auch-das-noch-Reaktion')" verursachen. Gleichzeitig stellte diese Analyse in Bezug auf die *Ausländer* fest:

> Dem, der national, kulturell und religiös Fremder bleiben will — und das will der Nichteinbürgerungswillige —, darf nicht das Wahlrecht als vermeintliches Integrationsmittel aufgestülpt werden. Der ohnehin schwache Einbürgerungswille würde bei Vorabverleihung des Wahlrechts noch weiter zurückgedrängt. Die richtige Reihenfolge kann daher nur lauten: Integration — Einbürgerung — Wahlrecht.[54]

Allerdings verhinderten das restriktive Staatsangehörigkeitsrecht und die entsprechende Vergabepraxis, dass über die Einbürgerung eine politische Repräsentation dieser Bevölkerungsgruppe gesichert wurde. Auch die Neufassung des Ausländergesetzes 1990 unter Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) änderte das nicht maßgeblich, was sich überall in Deutschland — vor allem wieder im Süden, seit den 1990er Jahren auch im Osten Deutschlands (ausgenommen Berlin) — in im internationalen Vergleich extrem niedrigen Einbürgerungsquoten zeigte.

52 Internes Schreiben, 17.02.1989, HStAS EA 2/407 Bü 189.

53 Landtag von Baden-Württemberg, Beschlussempfehlung Drucksache 9/2631 (wie Anm. 51), S. 5.

54 Internes Schreiben, 17.02.1989, HStAS EA 2/407 Bü 189.

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein hatte im Februar 1989 allerdings beschlossen, Ausländern aus den „Anwerbeländern" das kommunale Wahlrecht zu gewähren. Dagegen klagten 224 und damit fast alle Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU samt ihrem Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger beim Bundesverfassungsgericht. Am 31. Oktober 1990 entschied dieses, dass Ausländern das kommunale Wahlrecht nicht zustand. Das oberste Gericht befand, dass der Begriff des Volkes gemäß Grundgesetz auch in den Gemeinden, Kreisen und Bundesländern nur das „deutsche Volk" meinte, womit die Gewährung eines Kommunalwahlrechts an Ausländer verfassungswidrig sei. Das Gericht empfahl dem Gesetzgeber stattdessen, dass der „Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit erleichtert wird"[55] — was faktisch erst mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts 1999 geschah.

In einem Brief des Mannheimer Oberbürgermeister Ratzel vom Juni 1980 an den lokalen DGB-Vorsitzenden Fritz Karg finden sich die zwei Argumente, die über Jahrzehnte und teilweise bis heute in verschiedenen Variationen gegen die politische Partizipation von Migrant:innen vorgebracht werden. Das eine ist, wie Ratzel schrieb, dass der „ausländischen Bevölkerung wesentliche Erfahrungen im kommunalpolitischen Bereich und in der politischen Mitarbeit fehlen, die sie *befähigen* [kursiv durch Verfasserin], politische Rechte wahrzunehmen."[56] Eine Variante davon war in einem Artikel der *Badischen Neuesten Nachrichten* vom Juli 1987 zu lesen, mit dem Titel: *Mehr Mitsprache für „langgediente Ausländer"?*:

> Gegen den Vorwurf von Innenminister Friedrich Zimmermann, viele Ausländer wüssten nicht, was Demokratie ist, wehrt sich Roko Kikoviz [sic!] energisch. Der jugoslawische Sprecher der Karlsruher Arbeitsgemeinschaft ausländischer Mitbürger fühlt sich beleidigt durch diese Äußerung: „Gerade wer keine Demokratie zuhause hat, weiß was sie bedeutet."[57]

Das zweite Argument thematisiert Ratzel als Referenz auf einen gewalttätigen Zusammenstoß, zu dem es damals zwischen Grauen Wölfen und türkischen K-Gruppen auf dem Mannheimer Marktplatz gekommen war, und der, so Ratzel, bei den „deutschen Bevölkerungsteilen, die bisher mit gutem Willen und sozialem Engagement unseren ausländischen Einwohnern

55 Siehe das Urteil BverfGE 83, 37 [https://www.servat.unibe.ch/dfr/bv083037.html, Zugriff 31.01.2024].

56 Schreiben Ratzels an den Mannheimer DGB-Vorsitzenden Karg, 18.06.1980, MARCHIVUM, Zug. 34/2003, Nr. 27.

57 Stefan Schröder: „Mehr Mitsprache für ‚langgediente Ausländer'?", in: Badische Neueste Nachrichten, 25.07.1987, in: HStAS EA 2/407 Bü 189.

freundlich und hilfsbereit begegnet sind, zu Ausländerfeindlichkeit führen werde."[58] Damit räsonierte er eine Haltung, die im Januar 1980 vom Koordinierungskreis Ausländische Arbeitnehmer des Bundesarbeitsministers von der Deutschen Presseagentur lanciert worden war, nämlich dass politische Partizipation der Ausländer die Gefahr berge, dass „die Parteienlandschaft des Auslandes von den Faschisten bis hin zu den Kommunisten in die Bundesrepublik eingeschleppt würde. Als Folge davon befürchtet man eine nachlassende Bereitschaft bei der deutschen Bevölkerung zur Integration ihrer ausländischen Mitbürger."[59]

Hier verbinden sich gleich zwei diskursive Muster: das des extremistischen *Ausländers*, der, wenn er das Forum bekommt, nicht nur externe Gefahren in den deutschen politischen Prozess einspeist, sondern zudem die „Ausländerfeindlichkeit" der Bevölkerung hervorruft.

Ähnliche Argumente präsentierte die CDU-Fraktion bei einer aktuellen Stunde zum Thema im Landtag im September 1987, wobei der Fraktionsvorsitzende (und künftige Ministerpräsident) Erwin Teufel darüber hinaus noch herausstellte, dass seine Fraktion mit „ihrem Nein zum Ausländerwahlrecht […] auf dem Boden der Verfassung" stehe — „und wir lassen uns wegen dieser unserer Haltung von gar niemandem in eine ausländerfeindliche Ecke drängen".[60]

Die Grünen hatten dagegen in der Begründung ihres Gesetzesentwurfs von 1984 die „Befürchtung, durch das Ausländerwahlrecht entstünden separatistische Ausländerparteien" und es würden „heimische Konflikte der Ausländer auf deutschen Boden getragen", als „völlig unbegründet" bezeichnet. Denn gerade deren Ausschluss aus der Mitbestimmung an hiesigen, sie direkt betreffenden politischen Fragen würde sie eher dazu bringen, sich nur mit jenen ihrer Herkunftsregionen zu beschäftigen. Ihre Partizipation würde „Ausländerfeindlichkeit" abbauen.[61] Auch hier spielte das breit zirkulierende rassistische Wissen und die daraus resultierenden Haltungen

58 Schreiben Ratzels an den Mannheimer DGB-Vorsitzenden Karg, 18.06.1980, MARCHIVUM, Zug. 34/2003, Nr. 27.

59 dpa-Meldung vom 07.01.1980, zitiert in: Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, Fachbereich III, Verfassung und Verwaltung, Sachgebiet 111, Reg. Nr. 223/80, MR Formanek, Wahlrecht für Ausländer, 17.12.1980, S. 32, in: MARCHIVUM, Zug. 3/1995, Nr. 22.

60 Aktuelle Debatte, Ausländerwahlrecht, beantragt von der Fraktion der CDU, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Protokollbd. 7, 77. Sitzung vom 19.09.1987, S. 6300—6311, Zitate S. 6310.

61 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 9/256 (wie Anm. 49), S. 7.

und Praktiken gegen Migrationsandere[62] auf diese oder andere Weise also eine zentrale Rolle.

Ebenso relevant war die faktische Transformation zur Einwanderungsgesellschaft: Das Argument, die Bundesrepublik Deutschland sei kein Einwanderungsland, hieß es weiter im Gesetzesentwurf der Grünen, gelte ebenso wenig, auch nicht im eigenen Bundesland. 1982 lebten 51,7 Prozent der Ausländer schon zehn Jahre und länger in Baden-Württemberg, 63,2 Prozent befanden sich schon mehr als acht Jahre in der Bundesrepublik. Und auch wenn das viele nicht wahrhaben wollten: „Diese Menschen sind zu einem Teil unserer Gesellschaft geworden."[63] Von dieser Erkenntnis war allerdings die damalige Landesregierung wie auch wohl der Großteil der Landesbevölkerung noch weit entfernt.

62 Der Begriff wurde von Paul Mecheril ersonnen, um Prozesse der Herstellung der in einer Migrationsgesellschaft als Andere geltenden Personen auszudrücken. Siehe dazu Paul Mecheril: Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive, in: Ders./Maria do Mar Castro Varela/Inci Dirim/Annita Kalpaka/Claus Melter (Hrsg.): Migrationspädagogik, Weinheim 2010, S. 7—22, hier S. 17.

63 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 9/256 (wie Anm. 49), S. 7.

Sven Reichardt

Angst und Wissen in den 1980er Jahren: Überlegungen zu den Wissenspraktiken ökologischer Bewegungen

Zukunftsangst, Skepsis und Sorgen, so haben Umfragen gezeigt, wurden zu bestimmenden Grundgefühlen der bundesrepublikanischen Gesellschaft der 1980er Jahre. Während etwa 1969 noch 58 Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger laut Allensbacher Umfragen meinten, sie würden „in einer glücklichen Zeit" leben, waren es 1978 nur noch 44 Prozent und 1982 gar nur noch 32 Prozent.[1] Der „Ära der großen Erwartungen", die noch die 68er-Revolutionäre bis in die 1970er Jahre hinein trug, folgte der Einbruch eines neuen Krisendenkens, in der die Angst an die Seite des Fortschrittsglaubens trat. Diese Zukunftsangst bezog sich ebenso auf die Grenzen des Wachstums, die Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und die Umweltverschmutzung wie auf eine mögliche Überwachungsgesellschaft, den Atomkrieg oder, vor allem nach der Katastrophe von Tschernobyl, auf die AKW-Reaktorsicherheit. Diese krisenhaften Vorgänge befeuerten Ängste vor den Risiken der hochmodernen Gesellschaft.[2]

Wer waren die Träger dieses medial inszenierten Angstdiskurses? Viele werden hierbei an die Neuen Sozialen Bewegungen und an die Partei Die Grünen denken. Tatsächlich ist viel über die Apokalypsegestimmtheit bei den Grünen geschrieben worden.[3] Soziale Bewegungen mobilisieren sehr oft, das zeigen gegenwärtig so unterschiedliche Bewegungen wie „Querdenken" oder *Fridays for Future*, Ängste und Emotionen. Die gegenwärtigen Umweltbewegungen verdeutlichen allerdings auch, wie vereinfachend es wäre, die Ängste der selbsternannten *Last Generation* als Hauptmotiv ihrer *Extinction*

1 Elisabeth Noelle-Neumann/Edgar Piel (Hrsg.): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1978 – 1983, Bd. VIII, München 1983, S. 25.

2 Symptomatisch für das neue Krisenbewusstsein ist der Erfolg des Bestsellers von Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M. 1986.

3 Neben Frank Biess, Friederike Brühöfener, Annkatrin Gebauer, Kai Hünemörder, Silke Mende, Judith Michel, Andreas Pettenkofer, Susanne Schregel und Albrecht Weisker habe auch ich selbst auf diese Angstszenarien hingewiesen.

Rebellion zu benennen. Selbst bei der 2018 entstandenen Umweltschutzbewegung *Fridays for Future*, die mit dem erklärten Ziel auftritt, durch Mittel des zivilen Ungehorsams Maßnahmen von Regierungen gegen das Massenaussterben von Tieren, Pflanzen und Lebensräumen sowie das mögliche Aussterben der Menschheit als Folge der Klimakrise zu erzielen, liegen Furcht und rationale Zielsetzung nebeneinander.[4]

Das gilt auch für die Emotionspolitik der Neuen Sozialen Bewegungen in den 1980er Jahren. Dabei dürfte uns zunächst die Angst vor dem Atomkrieg ins Gedächtnis kommen. Der westeuropäischen Friedensbewegung gelang im Zusammenhang mit der Nachrüstungsdebatte zwischen 1981 und 1984 ein bis dahin unbekannter Mobilisierungserfolg mit mehrfach Hunderttausenden von Demonstrierenden in Hamburg, Bonn, Brüssel, Amsterdam oder Den Haag, wo 1982 mit 550 000 Teilnehmenden der größte Mobilisierungserfolg sichtbar wurde. Nicht zuletzt die Angst vor dem offensiv beschworenen „atomaren Holocaust" und *„overkill"* hatte zu diesen Mobilisierungserfolgen beigetragen. Affektive Betroffenheit wurde in der Friedensbewegung zur politischen Währung und Angst zu einem politischen Argument, ja sogar zu einer besonderen Qualität friedenspolitischen Handelns. Aber diese Angst wurde jeweils als „berechtigte Angst" vor dem Atomkrieg von den Aktivistinnen und Aktivisten dargestellt und mit Kriegsszenarien untermalt. Zugleich wurde Angst wie ein persönlicher Selbstreinigungsprozess inmitten einer als stumpf und teilnahmslos wahrgenommenen Außenwelt dargestellt.[5]

Im Herbst 1981 errechnete das Allensbacher Institut für Demoskopie einen Anteil von zwölf Prozent Pazifisten in der Bevölkerung. Es entstand in Deutschland und Europa, aber auch in den USA, die größte Friedensmobilisierung seit 1945. Zu dieser Zeit wurde die Nachrüstung von bis zu zwei

4 Vgl. dazu zwei unterschiedliche Deutungen: Sebastian Haunss/Moritz Sommer (Hrsg.): Fridays for Future — Die Jugend gegen den Klimawandel. Konturen einer weltweiten Protestbewegung, Bielefeld 2020; Alexander-Kenneth Nagel: Corona und andere Weltuntergänge. Apokalyptische Krisenhermeneutik in der modernen Gesellschaft, Bielefeld 2021.

5 Vgl. Friederike Brühöfener: „Angst vor dem Atom". Emotionalität und Politik im Spiegel bundesdeutscher Zeitungen (1979—1984), in: Patrick Bernhard/Holger Nehring (Hrsg.): Den Kalten Krieg denken, Essen 2014, S. 285—306; Susanne Schregel: Konjunktur der Angst. „Politik der Subjektivität" und „neue Friedensbewegung", 1979—1983, in: Bernd Greiner u. a. (Hrsg.): Angst im Kalten Krieg. Studien zum Kalten Krieg, Bd. 3, Hamburg 2009, S. 495—520, hier S. 500—508 (Zitat S. 501); Susanne Schregel: Der Atomkrieg vor der Wohnungstür. Eine Politikgeschichte der neuen Friedensbewegung in der Bundesrepublik, 1970—1985, Frankfurt/M. 2011.



Am 10. Oktober 1981 demonstrieren bundesweit Hundertausende gegen die Stationierung neuer Atomraketen in Mitteleuropa. Am zentralen Kundgebungsort im Bonner Hofgarten versammeln sich rund 300 000 Demonstrierende.

Drittel der befragten bundesdeutschen Bevölkerung abgelehnt.[6] Neben der schieren Massenmobilisation beeindruckte die Gewaltfreiheit in den Aktionen der Friedensbewegung, welche ein ganzes symbolisches Repertoire ausbildete: von Demonstrationen und Märschen und den berühmten — aus dem britischen Kontext entlehnten — Menschenketten bis hin zum zivilen Ungehorsam und Sitzblockaden. Das politische Spektrum aus Sozialdemokraten, Grünen, Kommunisten, CDU-Anhängern und Christen (oft Protestanten) konnte kaum breiter sein. Gerade durch ein emotional-moralisch gesteuertes Politikverständnis der „Betroffenheit" konnten politische Unterschiede überbrückt werden. In der Symbolsprache setzte man die zerbrechliche, bloße und friedvoll-zugewandte Menschlichkeit gegen die übermäch-

6 Pazifismus 1981. Strukturelle Hintergründe und Zusammenhänge eines Phänomens (IfD-Umfrage 1981), in: BArch Koblenz, Zsg 132, Nr. 2778. Zu den europäischen Friedensbewegungen der 1980er Jahre siehe Holger Nehring: Politics of Security. British and West German Protest Movements and the Early Cold War, 1945–1970, Oxford 2013; Philipp Gassert/Tim Geiger/Hermann Wentker (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011.

tige Bedrohung durch die kalten, technologisierten Waffensysteme in Szene.[7]

Auch im linksalternativen Milieu der jungen, ökologisch orientierten Generation wuchs die „Sehnsucht nach Sicherheit, Harmonie und Geborgenheit", so das Ergebnis einer Sinus-Studie von 1983, „aus und mit der Angst vor apokalyptischen Entwicklungen".[8] Apokalyptisch ausgemalte Unfälle der unkalkulierbaren Hochtechnologie vom Reaktor-GAU bis zum Computerfehler im Atomkrieg vermischten sich mit verschiedensten Formen politischer Ökologie, die Machbarkeitsvorstellungen der industriellen Moderne hinterfragten. Die Furcht vor der Übernutzung natürlicher Ressourcen, vor umweltgefährdenden Techniken und Umweltzerstörung wurde, da sie ein existenzielles Thema war, stark emotionalisiert. Zwei Drittel aller Jugendlichen sagten 1982, sie fühlten sich davon „persönlich betroffen".[9]

Durch die katastrophale Kernschmelze und Explosion im ukrainischen Atomkraftwerk Tschernobyl im April 1986 entstanden weitere apokalyptische Untergangsphantasien, die die Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung auf ihren Mobilisierungshöhepunkt trugen.[10] Schon seit den 1970er Jahren waren Umweltgruppen entstanden, deren Motivationen für den Protest so vielgestaltig waren wie ihr Sozialprofil. Dieses reichte gerade bei den AKW-Gegnern vom konservativen Bauern bis zur linken Studentin. Neben der Kritik an der Großtechnologie im Allgemeinen, deren mögliche Risiken gerade im Falle der Atompolitik vielen Bundesbürgerinnen und -bürgern zu hoch erschienen, traten Sorgen hinsichtlich einer möglichen Gefährdung von Gesundheit und Landwirtschaft durch radioaktive Emissionen auch im

7 Vgl. Tim Warneke: Aktionsformen und Politikverständnis der Friedensbewegung. Radikaler Humanismus und die Pathosformel des Menschlichen, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hrsg.): Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010, S. 445–472; Tim Warneke: Noah und Kassandra, Heidelberg 2017.

8 SINUS-Institut im Auftrag des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit: Die verunsicherte Generation. Jugend und Wertewandel, Opladen 1983, S. 42–43.

9 Ebd., S. 38, S. 41/42 und S. 46.

10 Zahlen zur Anzahl der Proteste und zu den Protestteilnehmenden: Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht: Protestgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1950–1994: Ereignisse, Themen, Akteure, in: Dieter Rucht (Hrsg.): Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt/M. 2001, S. 27–70, hier S. 36; Dieter Rucht: Protest und Demokratie, in: Martin Langebach (Hrsg.): Protest. Deutschland 1949–2020, Bonn 2021, S. 20–43, hier S. 30 und S. 35.

Normalbetrieb der Kernkraftwerke. Dazu kamen Befürchtungen, materielle Einbußen im Tourismusgeschäft oder Einbußen in der Weinernte durch Kühlwolken und Abwassererwärmung zu erleiden. Die Angst vor den potenziellen Schadensdimensionen, die Universalität der Betroffenheit, die Irreversibilität von Strahlenschäden und die ungeklärte Frage nach der Entsorgung des atomaren Mülls beschäftigten alle Gruppen der Anti-AKW-Bewegung gleichermaßen.

Vom konservativen Naturschutz der 1950er Jahre ausgehend, entstand während der Ölkrisen zu Beginn der 1970er Jahre eine von jungen, progressiven und nichtetablierten Aktivistinnen und Aktivisten getragene ökologische Umweltschutzpolitik. Zum Maßstab ihres Denkens wurden keineswegs nur Apokalypseängste, sondern Vorstellungen von den Kreisläufen und kybernetischen Rückkopplungen innerhalb des Ökosystems, die mit kapitalismuskritischen Vorstellungen über die Wachstumsgrenzen im ökologischen Gleichgewicht verknüpft wurden. Die ökologische Bewegung wendete sich vom reinen „Schutz" der Natur ab und rückte stattdessen die umfassenden Wechselbeziehungen zwischen Umwelt, Arbeit, Produktion und Konsum ins Zentrum ihrer Überlegungen. Das ebenso global und ganzheitlich ausgerichtete und komplex vernetzte Denken der Umweltschützerinnen und -schützer wurde mit Forderungen nach Dezentralisierung, dem Aufbau „sanfter" Technologien und einem weitgehenden Konsumverzicht verbunden.[11] Bereits 1977 hielten achtzig Prozent aller Deutschen die Umweltbewegung für „gut" oder sogar „sehr gut", und ein Jahr später betrachteten 76 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung den Umweltschutz als ein Anliegen, welches ihnen besonders wichtig war.[12]

Öltankerunglücke, Chemieunfälle und Atomreaktorunfälle zeigten nicht nur die Anfälligkeit der modernen Hochtechnologie, sondern riefen auch Ängste der Umweltbewegung vor weiteren Flussvergiftungen, saurem Regen oder dem 1985 erstmals über dem Südpol festgestellten Ozonloch hervor. Zum Dauerthema der ökologischen Gefahrenlage gehörte zunehmend die

11 Jens Ivo Engels: Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980, Paderborn 2006; Patrick Kupper: Die „1970er Diagnose". Grundsätzliche Überlegungen zu einem Wendepunkt der Umweltgeschichte, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 325–348.

12 Das Meinungsklima gegenüber einer Umweltschutzpartei. Analyse der Stärke und Motive ihrer potentiellen Anhänger (IfD-Umfrage) [1978], S. 3, in: BArch Koblenz, Zsg 132, Nr. 2450. Damals vermutete die Mehrzahl der Befragten, dass eine mögliche Umweltschutzpartei eine Partei der Mitte wäre (ebd., S. 13–14).

Beschwörung eines möglichen Kollapses durch die industrialisierte Naturausbeutung. Stets wurden in der Umweltbewegung die Gefahren einer möglichen „Selbstausrottung" der Menschheit durch kapitalistischen Raubbau und Wachstumsdynamik beschworen.[13]



Auch abseits der „Hotspots" wird in den 1980er Jahren für Umweltschutz und gegen Atomkraft demonstriert. Am 24. September 1986 protestieren Taucher in Schwäbisch Hall im Kocher gegen eine geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf.

Das zeigte sich auch im Grundgefühl der grünen Wählerbasis der 1980er Jahre. 76 Prozent ihrer jugendlichen Anhängerschaft glaubten an den durch einen Atomkrieg ausgelösten Untergang der Welt. 52 Prozent gingen davon aus, dass Technik und Chemie die Umwelt mit Bestimmtheit zerstören würden. Bei den Anhängerinnen und Anhängern der Union und SPD lagen die entsprechenden Ziffern zum Teil um mehr als vierzig Prozentpunkte niedriger.[14]

13 Vgl. zum Angstdiskurs in der Bundesrepublik allgemein Frank Biess: Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek bei Hamburg 2019, hier v. a. S. 359 – 412.

14 Silke Mende: „Nicht rechts, nicht links, sondern vorn". Die Geschichte der Gründungsgrünen, München 2011, S. 289 – 445, S. 461 – 467, bes. S. 366 – 371. Vgl. insge-

Angstgesellschaft

Tatsächlich reichte die Zukunftsangst weit über den engeren Kreis der Friedens- und Umweltbewegungen hinaus. Die Ängste wurden von der Gesellschaft, den Wissenschaften und auch den Medien mitgetragen. Soziologen wie Ulrich Beck sprachen von der neuen „Risikogesellschaft", die den Menschen mit Dingen überhäuft, die er nur begrenzt kontrollieren kann und über die er nur unzureichend informiert ist. Während konservative Politikerinnen und Politiker den „weinerlichen Kulturpessimismus" als ein Ergebnis von „Furcht vor dem Leben, Furcht vor der Technologie und Furcht vor der Zukunft" tadelten, sank der Anteil der Bundesdeutschen, denen die Technik als Segen galt, von 72 Prozent (1966) auf dreißig Prozent (1981).

Auch in den Wissenschaften wurden die Segnungen von Wirtschaftswachstum und Wohlstand seit den 1970er Jahren in Frage gestellt. Die weltweit mehr als zehn Millionen verkauften Exemplare des 1972 erschienenen Manifests des Club of Rome, *Die Grenzen des Wachstums (The Limits to Growth)*, waren ein deutlicher Hinweis auf ein neues Umweltbewusstsein der 1970er und 1980er Jahre. Die Globalisierung von Massenproduktion, Massenkonsum und Massenmedien korrespondierte mit einer Bevölkerungsexplosion. Während 1950 gerade einmal 2,5 Milliarden Menschen auf der Welt lebten, waren es 1975 schon vier Milliarden, heute sind es bekanntlich bereits acht Milliarden, also eine mehr als Verdreifachung innerhalb von fünfzig Jahren. Die Endlichkeit von Ressourcen wurde bereits im Bericht des Clubs thematisiert, der 1968 von Industriellen und Wissenschaftlern aller Disziplinen gegründet worden war:

---

samt auch: Annkatrin Gebauer: Apokalyptik und Eschatologie. Zum Politikverständnis der GRÜNEN in ihrer Gründungsphase, in: Archiv für Sozialgeschichte 43 (2003), S. 405–420; Albrecht Weisker: Powered by Emotion? Affektive Aspekte in der westdeutschen Kernenergiegeschichte zwischen Technikvertrauen und Apokalypseangst, in: Franz-Josef Brüggemeier/Jens Ivo Engels (Hrsg.): Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen, Frankfurt/M. 2005, S. 203–221; Kai Hünemörder: Kassandra im modernen Gewand. Die umweltapokalyptischen Mahnrufe der frühen 70er Jahre, in: Jens Hohensee/Frank Uekötter (Hrsg.): Wird Kassandra heiser? Die Geschichte falscher Ökoalarme, Stuttgart 2004, S. 78–97; Joachim Radkau: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte, München 2011, S. 266–269; Götz Warnke: Die grüne Ideologie. Heile-Welt-Mythen, Gesellschaftsutopien und Naturromantik als Ausdruck einer angstbestimmten Politik, Berlin 1998; Jürgen Lott: Schöpfungstheologie, „weibliche" Spiritualität und Naturmystik. Religiöse Strömungen bei den Grünen, in: Gunter Hesse/Hans-Hermann Wiebe (Hrsg.): Die Grünen und die Religion, Frankfurt/M. 1988, S. 186–190; Saskia Richter: Die Aktivistin. Das Leben der Petra Kelly, München 2010.

> Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.[15]

Hinsichtlich der Rolle der Medien für den Angstdiskurs reicht es, an das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* zu erinnern, welches damals keinesfalls ein Sprachrohr der Neuen Sozialen Bewegungen war. In welcher Weise die Ängste etwa vor dem Waldsterben von dem seinerzeit führenden deutschen Nachrichtenmagazin geschürt wurden, kann man den zahlreichen *Spiegel*-Titelstorys zum „Sauren Regen" und Waldsterben in den frühen 1980er Jahren entnehmen. Nochmals apokalyptischer war die Stimmungsmache in Sachen AIDS, einer Immunschwächekrankheit, die erstmals im Dezember 1981 als eigenständige Krankheit erkannt worden war. Zu Anfang galt die Erkrankung in der öffentlichen Wahrnehmung als Problem von „Randgruppen" wie Homosexuellen und Drogenabhängigen. Mit der Verbreitung von HIV-Tests erkannte man dann schnell, dass diese Deutung von Vorurteilen geprägt war. Die jährliche Verdopplung von Neuerkrankungen hielt in Deutschland nur von 1984 bis 1987 an, danach verlief der Anstieg der Zahl von Erkrankten weniger steil. Gerade der *Spiegel* malte das Bild eines nahezu unvermeidlich erscheinenden Katastrophenszenarios. Er titelte 1985 mit einer AIDS-Geschichte, die AIDS mit den großen Epidemien der Menschheitsgeschichte — von Pest bis Cholera — verglich. Das Szenario konnte nicht dramatischer sein: „Das Kürzel AIDS ist ein Synonym für Tod und Teufel" hieß es in dieser *Spiegel*-Titelgeschichte: „Wie ein Reiter auf Schwarzem Roß ist AIDS zuerst über die weltweit swingende, die fröhliche Gemeinschaft der Homosexuellen hergefallen." Anschließend wird in dem Artikel der amerikanische Virologe Robert Gallo, einer der Mitentdecker des Erregers, zitiert: „‚AIDS wird so schlimm werden wie Krebs'" liest man weiter, bis hin zu einem Zitat des Guru Bhagwan, der düster orakelte, „daß AIDS den Dritten Weltkrieg entbehrlich machen werde — zwei Drittel der Menschheit würden der neuen Seuche erliegen". Schließlich fasste das Hamburger Magazin seine Hauptnachricht zusammen:

15 Die deutsche Ausgabe erschien 1972: Dennis Meadows u. a.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Stuttgart 1972, S. 17. Vgl. als herausragender Überblick zur Umweltgeschichte des 20. Jahrhunderts und der beschleunigten Naturzerstörung John R. McNeill: Blue Planet. Die Geschichte der Umwelt im 20. Jahrhundert, Frankfurt/M. 2003; John R. McNeill/Peter Engelke: The Great Acceleration. An Environmental History of the Anthropocene since 1945, Cambridge/London 2014.

> AIDS macht allen Angst, auch und gerade den Sachkennern. „Es wird alles schlimm kommen, sehr schlimm", sagt Professor Meinrad Koch. Leiter der Abteilung Virologie im Bundesgesundheitsamt. […] Nur auf den ersten Blick […] sieht AIDS harmloser aus als die altbekannten Seuchen. […] „Die AIDS-Epidemie hält jeden Vergleich mit den Seuchen des Mittelalters, mit Pest und Pocken aus", erklärte ein Sprecher des amerikanischen Seuchen-Zentrums beim ersten AIDS-Weltkongreß in Atlanta.[16]

Zu dieser Zeit sagten laut Emnid vierzig Prozent der Bundesdeutschen, wenig überraschend angesichts solcher Berichterstattungen, dass sie Angst vor AIDS hätten.[17]

Wissenspraktiken der ökologischen Bewegung

Kehren wir nach diesem Ausflug in die Angstwelten der 1980er Jahre zu unseren sozialen Bewegungen zurück und betrachten deren Wissenspolitik noch einmal genauer. Beschäftigt man sich mit deren Plausibilisierungsstrategien, so fragt man einerseits nach der Gültigkeit und Wirksamkeit ihrer Erkenntnisse sowie anderseits nach den Bedingungen und Folgen der Politisierung ihrer Anliegen. Bewegungen treten im Allgemeinen mit dem Anspruch auf, nicht nur über die feinere Sensorik, sondern auch über das „bessere Wissen" zu verfügen. Und soziale Bewegungen versuchen, mit ihrem „Gegenwissen" neuartige Wahrheitsanrufungen zu formulieren, im Falle der Friedensbewegung sind dies die Angstempfindungen, die rationalisiert und als „Realangst"[18] zu einem Bedrohungswissen gerinnen. Es kommt dabei zu regelrechten „Epistemisierungen des Politischen".[19] Angst verschaffe also — so die Logik — ganzheitlichere, umfassendere Erkenntnismöglichkeiten. Entscheidend für die Nachhaltigkeit der Mobilisierung von Bewegungswissen ist aber, ob und inwieweit sich das Wissen für die Aktivistinnen und Aktivisten im Prozess des Protestierens bewährt. Bewegungswissen ist also sozial validiertes Wissen, mit dem soziale Bewegungen ihre jeweilige Perspektive auf die Welt erschließen und sich politische Glaub- und Vertrauenswürdigkeit, Anerkennung und Geltung verschaffen wollen.[20]

16 „Sterben, bevor der Morgen graut", in: Der Spiegel Nr. 39, 23.09.1985, S. 76—98, hier S. 83—85.

17 Ebd., S. 98. Vgl. hierzu auch den Beitrag von Henning Tümmers in diesem Band.

18 Franz-Josef Ensel: Richtige Angst und falsche Furcht. Psychologische Friedensvorbereitung und der Beitrag der Pädagogik, Frankfurt/M. 1984.

19 Alexander Bogner: Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet, Stuttgart 2021.

20 Barry Barnes/David Bloor: Relativism, Rationalism, and the Sociology of Knowledge, in: Martin Hollis/Steven Lukes (Hrsg.): Rationality and Relativism, Cambridge

Ich beschränke mich bei den nachfolgenden Ausführungen zu Wissenspraktiken sozialer Bewegungen[21] auf die Umweltbewegung, um aufzuzeigen, dass sich diese keineswegs in Panikmache und Angstpolitik erschöpfte. Denn die Umweltbewegung der 1970er Jahre bildete eine wissenschaftliche Expertise aus, die von kybernetischen Denkmodellen bis zu transdisziplinären ökologischen Zusammenhangserkenntnissen reichte. Diese führten ihrerseits zur Gründung von zahlreichen ökologischen Forschungsinstituten.[22] Ob Kernkraft oder Waldsterben, es gab in den 1970er Jahren kaum einen Bereich der Neuen Sozialen Bewegungen, der keine „alternativen" Formen des Erkennens und Forschens hervorgebracht hätte. Die „Gegenforschung" lüftete nicht nur Universitäten und Akademien durch und entstand nicht selten an der Basis, im Stadtteil oder im Kampf gegen Großprojekte: vom Atomkraftwerk bis hin zur „Startbahn West" in Frankfurt am Main.

Die aus der Besetzung des AKW Wyhl hervorgegangene „Volkshochschule Wyhler Wald" etwa war der Prototyp eines kollaborativen Wissens von unten. In der undogmatisch-alternativen Linken herrschte die Einsicht, dass die Veränderung im Alltag anfängt. Die „Vernunft von unten" brach sich Bahn gegen Pharmaindustrie oder Bauspekulanten. Von Atomphysikern bis zu Winzern und Landwirten hielten im „Freundschaftshaus" Fachleute verschiedenster Gruppen Vorträge. Es entstand ein „zivilgesellschaftliches Expertentum", in dem akademisches und nicht-akademisches Wissen gleichgestellt wurden.[23]

(MA) 1982, S. 21—47, hier S. 27. Vgl. Lutz Wingert: Lebensweltliche Gewissheit versus wissenschaftliches Wissen?, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie 6 (2007), S. 911—927.

21 Zur Programmatik, um Wissenspraktiken sozialer Bewegungen zu untersuchen, siehe Sven Reichardt: Wissenspraktiken sozialer Bewegungen. Strategien ihrer Plausibilisierung am Beispiel der neuen Frauen- und Umweltbewegungen, in: Thomas Kirsch/Christiane Wald (Hrsg.): Vorläufige Gewissheiten. Plausibilität als soziokulturelle Praxis, Bielefeld 2024, S. 197—221.

22 Daniel Eggstein: Das Öko-Institut im transatlantischen Kontext, in: Max Stadler u. a. (Hrsg.): Gegen|Wissen. Cache 01, Zürich 2020, S. IV/102—103; Thomas Laux: Vom Protest zur Produktion von Expertise. Die Umweltbewegung und die Herausbildung eines Feldes der Expertise zur Umwelt- und Energiepolitik in Deutschland, in: Sebastian Büttner/Thomas Laux (Hrsg.): Umstrittene Expertise. Zur Wissensproblematik der Politik, Baden-Baden 2021, S. 269—292; Nils Güttler: Nach der Natur. Umwelt und Geschichte am Frankfurter Flughafen, Göttingen 2023, bes. S. 277—360.

23 Ulrich Eith: Von Wyhl bis Karlsruhe — Bürgerproteste, Neue Soziale Bewegungen und die Gründung der Grünen, in: Philipp Gassert/Reinhold Weber (Hrsg.): Filbin-



Im Februar 1975 besetzen Aktivistinnen und Aktivisten den Bauplatz des geplanten Atomkraftwerkes in Wyhl. Es entsteht die „Volkshochschule Wyhler Wald".

Als Ort der kulturellen Vergemeinschaftung und gemeinsamen Erfahrung versuchte man gegen die vermeintliche „Expertenmaschine" aus Industrie und Politik anzukämpfen. Auf unterschiedlichsten Feldern tauschten sich verschiedenste Gruppen aus vielfältigen Sachgebieten und Berufsfeldern aus. Das Spektrum reichte vom juristischen Wissen über gerichtliche Verfahrenseinsprüche und -beschwerden, Planungsfeststellungsverfahren und Sachverständigengutachten in Gerichtsverfahren über verwaltungstechnisch-politische Expertise zu öffentlichen Anhörungen oder Demonstrationsanmeldungen bis hin zu technisch-naturwissenschaftlichem Wissen über die Atomphysik und Energiegewinnung. Überall in der Republik blühten zeitgleich Zukunfts- und Geschichtswerkstätten auf, alternative Buchläden wurden gegründet, Frauenzentren entstanden. Sogenannte „Stattführer" wiesen den Weg durch diese alternative Wissenslandschaft.[24]

ger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015, S. 113–135, hier S. 126.

24 Sven Reichardt: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, 2. Aufl., Berlin 2014, S. 583–624 und S. 223–315.

Thomas Laux hat auf die Gelegenheitsstrukturen für das neue ökologische Wissen hingewiesen und gezeigt, dass mit der Etablierung und Gründung der Partei Die Grünen, mit der allgemeinen Verwissenschaftlichung von Politik seit den 1970er Jahren als auch mit den Umweltbewegungen die Expertisen in umwelt- und energiepolitischen Fragen sowohl in ihrer Zahl als auch in ihrer politisch-gesellschaftlichen Bedeutung drastisch zugenommen haben.[25]

Wie eigensinnig sich diese Gegenwissenschaft der 1970er und 1980er Jahre etablieren konnte, zeigt die in den frühen 1980er Jahren an der Technischen Universität Darmstadt rund um den Philosophen Gernot Böhme entstandene Gruppe „Soziale Naturwissenschaft", die Nils Güttler untersucht hat.[26] Zunächst als Lesekreis organisiert, dann als Verein operierend, wollte die Gruppe den Zusammenhang von Wissenschaft, Technik und Natur in der postindustriellen Gesellschaft beleuchten. Ausgangspunkt waren die sozioökologischen Krisen der frühen 1980er Jahre, etwa die Konflikte um Wasser- und Atomkraftwerke, die Gentechnologie sowie große Infrastrukturprojekte. Die „Soziale Naturwissenschaft" verfolgte zwei miteinander verkoppelte Strategien. Erstens strebte die Gruppe, die sich aus Forscherinnen und Forschern der Philosophie, Soziologie und Geschichtswissenschaft zusammensetzte, einen intensiven Dialog zwischen Natur- und Geisteswissenschaft an. Zweitens sollte der von ihnen geführte Diskurs im Dialog mit den sozialen Bewegungen und unter Einbeziehung des Wissens der Betroffenen stattfinden. Böhme sprach von „Betroffenen-Wissenschaft".[27] Die Gruppenmitglieder versuchten deshalb, an den Brennpunkten der Umweltbewegung — wie etwa im Hessischen Ried — mit Betroffenen und Aktivisten ins Gespräch zu kommen. Diese Orte schienen ihnen wie Freiluftlaboratorien der Wissensgesellschaft, an denen sich die politischen und sozialen Spannungen um Wissenschaft und Technik wie unter einem Brennglas studieren ließen. Die Gruppe „Soziale Naturwissenschaft" kann als Versuch verstanden werden, in Westdeutschland eine interdisziplinäre Wissenschafts- und Technikforschung aus dem Geiste der Umweltbewegung heraus zu etablieren. Damit steht das Darmstädter Projekt stellvertretend für eine Reihe von Unternehmungen zur Etablierung einer kritischen Wissenschaft, deren Effekte außer-

25 Laux, Vom Protest zur Produktion von Expertise (wie Anm. 22).

26 Zum Folgenden siehe Nils Güttler: Gegenexpert*innen: Umwelt, Aktivismus und die regionalen Epistemologien des Widerstandes, in: N. T. M. 30 (2022), S. 541—567, hier S. 555—561; Ders., Nach der Natur (wie Anm. 22), S. 358—360 und S. 377—382.

27 Gernot Böhme: Wissenschaft — Technik — Gesellschaft. Zehn Semester interdisziplinäres Kolloquium an der THD, Darmstadt 1984, S. 151.

halb des akademischen Feldes vermutlich mindestens ebenso groß waren wie innerhalb.

Mit den Nachwirkungen des Starnberger Max-Planck-Instituts zur „Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Welt" und den akademischen Biographien vieler Beteiligter wie Gernot Böhme, Wolfgang Krohn, Wolfang van den Daele, Rainer Hohlfeld oder Wolf Schäfer hat sich Adriane Leendertz beschäftigt.[28] Viele „Ex-Starnberger" waren im Kontakt mit den Neuen Sozialen Bewegungen, insbesondere mit der Umweltbewegung, der „Gen-Ethik" und der Frauenbewegung. Ein wichtiger Resonanzraum für solcherlei Projekte war die Szene der „alternativen Wissenschaft", die sich um 1980 in vielen Städten der Bundesrepublik formierte und über Foren wie der Zeitschrift *Wechselwirkung* publizistisch sichtbar wurde. In diesen Foren und auf dem „alternativen" Buchmarkt wurden auch bewegungsnahe Studien aus der angloamerikanischen Wissenschafts- und Technikforschung im deutschen Sprachraum bekannt.[29]

Ökologisches Wissen, Umweltwissenschaften und alternative Bildung institutionalisierten sich in den 1970er und 1980er Jahren auch in eigenständig aufgebauten Forschungseinrichtungen. Die traditionelle, konservatorische Idee des Naturschutzes verlor an Rückhalt und machte einem naturwissenschaftlich-technischen Verständnis der Umwelt Platz. Dabei half, dass auch außerhalb der Umweltbewegung die Idee von zusammenhängenden ökologischen Netzwerken in Verbindung mit ganzheitlichen und kybernetischen Konzepten große Resonanz fand und Wissenschaft, Politik und Rechtsprechung beeinflusste. In Verbindung mit der Wachstums- und Kapitalismuskritik rückte der Begriff der Ökologie in das Zentrum gesellschaftlicher Debatten. Vor dem Hintergrund dieser Neudefinition der Mensch-Umwelt-Beziehung und einer wachsenden Umwelt- und Anti-Atomkraft-Bewegung entstanden neue wissenschaftliche Netzwerke außerhalb des Universitätssystems. Diese Forschungszentren stellten den Umweltschutz in den Mittelpunkt ihres Forschungsinteresses, verfolgten einen transdisziplinären Ansatz und forderten hegemoniale Wissensstrukturen heraus. Sie verstanden sich als „soziale Bewegung innerhalb der Wissenschaft" und boten wissenschaftliche

28 Ariane Leendertz: Die pragmatische Wende. Die Max-Planck-Gesellschaft und die Sozialwissenschaften 1975—1985, Göttingen 2010; Dies.: Medialisierung der Wissenschaft. Die öffentliche Kommunikation der Max-Planck-Gesellschaft und der Fall Starnberg (1969—1981), in: Geschichte und Gesellschaft 40 (2014), S. 555—590.

29 Vgl. dazu das Heft „Wissen, ca. 1980" der Zeitschrift: Nach Feierabend. Zürcher Jahrbuch für Wissensgeschichte 12, 2016.

und rechtliche Unterstützung für die Umweltbewegung auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene. Die neuen ökologischen Forschungsinstitute zeichneten sich durch eine weitgehende finanzielle Unabhängigkeit, basisdemokratische Entscheidungsfindung und flache Hierarchien aus.[30]

Gerade Baden-Württemberg bietet sich hierbei als Fallbeispiel an, denn das erste Forschungsinstitut dieser Art in Deutschland, das 1977 gegründete Öko-Institut in Freiburg, ging aus der Graswurzelbewegung gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl in Süddeutschland hervor.[31] Die Idee einer institutionalisierten wissenschaftlichen und juristischen Begleitung der Bürgerinitiativen basierte zum einen auf der sogenannten „Walduniversität", die 1975 von Aktivistinnen und Aktivisten auf der besetzten Baustelle des Kraftwerks initiiert wurde, zum anderen auf den Erfahrungen aus juristischen Auseinandersetzungen. Die Juristinnen und Juristen der Bürgerinitiativen erkannten den Bedarf an professioneller wissenschaftlicher Beratung für die Umweltbewegung, um mit den Experten der Gegenseite konkurrieren und technologische Alternativen entwickeln zu können.[32] Mit Außenstellen in Hannover und Darmstadt war das Freiburger Öko-Institut schnell an den bundesweiten Zentren der Anti-Atom-Bewegung beteiligt.

Auch die Anfänge einer zweiten baden-württembergischen Einrichtung, dem Institut für Energie- und Umweltforschung (ifeu) in Heidelberg, waren direkt mit den Protesten in Wyhl verbunden. Das Institut ging 1978 aus dem sogenannten „Tutorium Umweltschutz" am Biologischen Institut der Universität Heidelberg hervor. Das Tutorium existierte bereits 1974 und wurde von dem Biologiestudenten Dieter Teufel gegründet, der damals im Vorstand des Bundesverbands der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) war. Die Gruppe von Studierenden und Doktoranden konnte mit ihren Gehältern eigene Forschungsprojekte finanzieren und koordinierte ihre Arbeit mit anderen Umweltgruppen. Die Erstellung eines Gutachtens im Auftrag von Anti-Atomkraft-Initiativen in Wyhl provozierte einen Konflikt mit der Landesregierung von Baden-Württemberg und der Universitätsleitung in Heidelberg. Dieser Konflikt führte zum Ausschluss der Gruppe aus der Universität und zur Gründung des ifeu.[33]

30 Hierzu entsteht derzeit durch Daniel Eggstein eine von mir betreute Promotion an der Universität Konstanz.

31 Jochen Roose: Made by Öko-Institut. Wissenschaft in einer bewegten Umwelt, Freiburg 2002.

32 Dieter Rucht: Gegenöffentlichkeit und Gegenexperten. Zur Institutionalisierung des Widerspruchs in Politik und Recht, in: Zeitschrift für Rechtssoziologie 9, Heft 2/1988, S. 290 – 305.

Beide Einrichtungen waren Beispiele für die rund 75 außeruniversitären Umweltforschungszentren, die Ende der 1970er und in den 1980er Jahren in Deutschland entstanden waren.[34] Sie verstanden sich als „Bürgerinstitute" und gründeten 1981 die Arbeitsgemeinschaft ökologischer Forschungsinstitute (AGÖF). Der Verein organisierte Tagungen, gemeinsame Publikationen und Forschungsprojekte. Während der Forschungsschwerpunkt der Institute Ende der 1970er Jahre auf dem Energiesektor lag, entwickelten sich im Laufe der 1980er Jahre weitere Forschungsfelder wie die Chemie oder der ökologische Landbau. Ihr Wissenschaftsverständnis war von den ökologischen Denkmustern der Umweltbewegung geprägt und betonte einen interdisziplinären und ganzheitlichen Ansatz. Zudem war ihr Denken von einem wissenschaftlichen Diskurs inspiriert, der die Ökologie als neue Leitwissenschaft betrachtete und für einen Paradigmenwechsel innerhalb der Wissenschaft plädierte.[35]

Diese ökologischen Institute waren kein rein deutsches Phänomen. Vielmehr waren sie das Ergebnis eines umfassenden transatlantischen Austauschs innerhalb der Anti-Atomkraft-Bewegung. Die amerikanische Wissenschaftlervereinigung für Frieden und Umwelt *Union of Concerned Scientists* (gegr. 1969) oder die Umweltorganisation *Natural Resource Defence Council* (gegr. 1970) waren sowohl wegen ihrer Funktion innerhalb der Umweltbewegung als auch wegen ihres wissenschaftlichen Ansatzes Vorbilder für die deutschen Institute.[36] Ausgehend von der Zusammenarbeit in der Reaktor- und Strahlenforschung wurde der deutsch-amerikanische Wissenstransfer charakteristisch für viele andere Bereiche der ökologischen Forschung auf beiden Seiten des Atlantiks. In den 1980er Jahren entwickelte sich auch eine direkte institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen deutschen und amerikanischen Instituten, wie dem ifeu und dem *Institute for Energy and Environmental Research* (IEER) in Maryland. Die ökologischen Institute und ihre Akteure lassen sich, so die These von Daniel Eggstein, als Teil einer transnationalen epistemischen Kultur verstehen, deren epistemische Praxis sich im Kontrast zur universitären und industriellen Forschungslandschaft entwickelte. Die ökologischen For-

33 Mario Schmidt/Ulrich Höpfner (Hrsg.): 20 Jahre ifeu-Institut. Engagement für die Umwelt zwischen Wissenschaft und Politik, Braunschweig 1998.

34 Laux, Vom Protest zur Produktion von Expertise (wie Anm. 22), S. 269–292.

35 Hartmut Bossel/Wolfhart Dürrschmidt (Hrsg.): Ökologische Forschung. Wege zur verantworteten Wissenschaft, Karlsruhe 1981.

36 John H. Adams/Patricia Adams: A Force for Nature. The Story of NRDC and Its Fight to Save Our Planet, San Francisco 2010.

schungsinstitute können als eine Schnittstelle zwischen Bewegung, Politik und Wissenschaft verstanden werden.[37]

Als direkte Antwort auf die Umweltbewegung und eingebettet in die sozialen Muster des alternativen Milieus der 1970er Jahre beeinflussten die unabhängigen Forschungszentren auch die etablierten Wissens- und Expertenkulturen. Die neuen wissenschaftlichen Netzwerke, aber auch die Motive, Handlungen und politischen Strategien der Umweltbewegung trugen dazu bei, das öffentliche Bewusstsein für Umweltprobleme zu schärfen. Die Forschungsarbeit der ökologischen Institute führte — langfristig gesehen — zu einer thematischen Diversifizierung der Umweltdebatte und erhöhte die Politikfähigkeit der Umweltbewegung. So wurden die Öko-Institute zu einer treibenden Kraft der Weiterentwicklung der Ökologiebewegung seit den 1990er Jahren. Nicht zuletzt durch die Infragestellung wissenschaftlicher Strukturen, Methoden, herkömmlicher Disziplineinteilungen und Denkmuster wurde eine neue epistemische Kultur geschaffen, die technische, soziale und symbolische Dimensionen in naturwissenschaftliche Expertensysteme einspeiste.

Zugleich wurde auch das Alltagswissen in den spätmodernen Wissensgesellschaften verändert. Publikumszeitschriften wie das 1985 erstmals erschienene Magazin *Öko-Test* klärten nicht nur über die Zusammenhänge von Technik, Gesellschaft und allgemeiner Naturzerstörung bzw. Vergiftungen in städtischen Lebensumwelten auf. Sie informierten auch über die Gesundheits-, Umwelt- und Sozialverträglichkeit von Alltagskonsumprodukten und lieferten so nicht nur praktische Hilfen im Alltag mit entsprechendem Gebrauchsnutzen und Veränderungen im Konsumverhalten, sondern förderten auch die Kompetenz zur Einschätzung bestimmter Lebensweisen in unserer Wissens- und Konsumgesellschaft.[38] Kurzum: Angst konnte langfristig — wie hier am Beispiel der Ökologie verdeutlicht — in Wissen transformiert und nutzbar zur Gestaltung und Weiterentwicklung der bundesdeutschen Wissensgesellschaft eingebracht werden.

37 Eggstein, Das Öko-Institut (wie Anm. 22).

38 Jürgen Räuschel: Wie alles anfing. Das journalistische und verlegerische Konzept des Öko-Test-Magazins, in: Christof Gassner (Hrsg.): Alltag, Ökologie, Design. Zur visuellen Sprache der Zeitschrift Öko-Test, Mainz 1995, S. 24—35.

Richard Rohrmoser

Menschenketten, Sitzblockaden und ziviler Ungehorsam – neue politische Partizipationskulturen und die Normalisierung von Protest

Die achtziger Jahre waren „mit Sicherheit das langweiligste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts“,[1] schrieb der Journalist Florian Illies in seinem Kultbuch *Generation Golf* über die Dekade zwischen den multiplen Krisen der 1970er Jahre und der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990:

> [W]enn man den Fernseher anmachte, sah man immer Helmut Kohl. Nicole sang von ein bißchen Frieden, Boris Becker spielte ein bißchen Tennis, Kaffee hieß plötzlich Cappuccino, das war's auch schon. […] Raider heißt jetzt Twix, sonst änderte sich nix.[2]

Spätestens seitdem die 1980er Jahre nach Ablauf der dreißigjährigen Archivsperrfrist in das Blickfeld der Geschichtswissenschaften rückten, lässt sich jedoch feststellen, dass „das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik“[3] entgegen dieser Beschreibungen ein sehr bedeutendes „ergebnisoffenes Scharnierjahrzehnt“[4] darstellte. Insbesondere in Bezug auf die politische Partizipations- und Protestkultur in der Bundesrepublik Deutschland ereigneten sich soziokulturelle Transformationen, wie sie zu Beginn der 1970er Jahre noch kaum denkbar waren und in den 1990er Jahren wie selbstverständlich ihre logische Fortsetzung fanden.

Für die 1970er Jahre wird oft die Bezeichnung „danach“ verwendet, was sich auf die Jahre nach der Epochenzäsur „1968“ und einer in erster Linie durch den „Marshallplan“ eingeleiteten stabilen Nachkriegsordnung („nach

1 Florian Illies: Generation Golf. Eine Inspektion, 5. Aufl., Berlin 2001, S. 15 f.

2 Ebd., S. 16.

3 Vgl. Axel Schildt: Das letzte Jahrzehnt der Bonner Republik. Überlegungen zur Erforschung der 1980er Jahre, in: Meik Woyke (Hrsg.): Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland während der 1980er Jahre, Bonn 2013, S. 25—50, hier S. 25.

4 Angela Siebold: So nah und doch so fern? Die 1980er Jahre historisch erforschen, in: Die 1980er Jahre. Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 46 (2015), S. 3—7, hier S. 4.

dem Boom“[5]) bezieht. Geprägt war dieses Jahrzehnt sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene vor allem von verschiedenen Krisen wie steigender Arbeitslosigkeit, dem Konflikt um die Kernkraftnutzung und dem Terrorismus der Roten Armee Fraktion (RAF), die der bis dato vorherrschenden Fortschritts- und Technikgläubigkeit ein jähes Ende setzten.[6] Janusköpfig erscheint dabei, dass einerseits Baden-Württembergs Ministerpräsident Hans Filbinger (CDU) zwar eine bürgerlich-konservative Regierung konsolidierte und bei den Landtagswahlen 1972 sogar die absolute Mehrheit erzielte, dass sich andererseits in dieser Zeit ebenso viele verschiedene soziale Bewegungen und politische Bürgerinitiativen formierten, die sich explizit als Gegenentwurf zum etablierten Politikbetrieb verstanden.

Diese Entwicklung setzte sich in den 1980er Jahren fort: Im Kontext der Konflikte etwa um Kernkraftnutzung, Nuklearraketenstationierung und Umweltverschmutzung engagierten sich zunehmend soziale Bewegungen und linksalternative Initiativen, die durch neuartige Partizipations- und Protestformen wie beispielsweise zivilen Ungehorsam außerparlamentarische Opposition leisteten und teilweise sogar Erfolge verbuchen konnten. Im Kern artikulierten sie damit nicht nur Kritik an einzelnen politischen Entscheidungen, sondern erwirkten einen Bewusstseinswandel in der Gesellschaft im Sinne eines Demokratisierungsschubs in der Bundesrepublik Deutschland. Mit ihrem Engagement trugen sie zur Erosion von obrigkeitsstaatlichen Politikprozessen bei und förderten direktdemokratische Elemente. Protest erfuhr eine „Normalisierung“ als eine legitime Beteiligungsform in der Gesellschaft und entwickelte sich fortan zu einem zentralen Bestandteil des bundesrepublikanischen Wertekanons.[7]

Das Paradebeispiel für diese Veränderung stellt die schwäbische Gemeinde Mutlangen dar, wo die Friedensbewegung seit Beginn der 1980er Jahre fast eine Dekade lang zivilen Ungehorsam gegen die Stationierung von atomaren Pershing-II-Raketen praktizierte, bei denen es entgegen behördlichen Befürchtungen nie zu Gewaltausschreitungen kam. Aus diesem Grund entwickelte sich Mutlangen nicht nur zu einem Protestbrennpunkt der Neuen Sozialen Bewegungen, sondern avancierte ebenso zu einem weit über Ba-

5 Vgl. Lutz Raphael/Anselm Doering-Manteuffel: Nach dem Boom. Perspektiven auf die Zeitgeschichte seit 1970, Göttingen 2008.

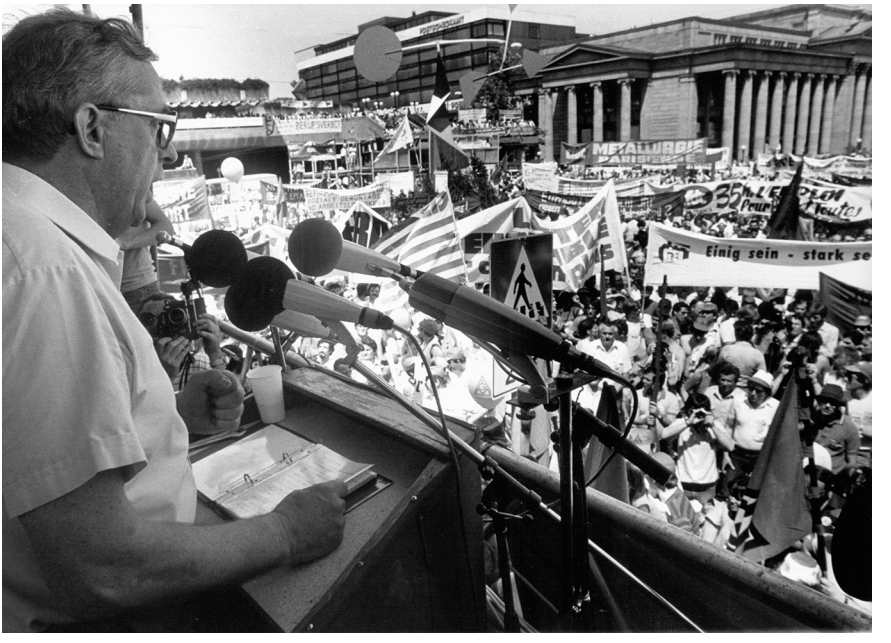
6 Vgl. Philipp Gassert/Reinhold Weber (Hrsg.): Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015.

7 Jens Ivo Engels: „Inkorporierung“ und „Normalisierung“ einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er Jahren, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 40 (2008), S. 81–100.

den-Württemberg hinaus bekannten Symbolort für friedliche Konfliktaustragung. Im Laufe der 1980er Jahre kam es aufgrund von Sitzblockaden zur polizeilichen Festnahme von fast 3000 Friedensaktivist:innen, die von der Justiz aufgrund § 240 StGB und dem Straftatbestand „Nötigung" vor allem zu Geld-, aber in Einzelfällen ebenso zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Dies löste eine veritable Rechts- und Justizkrise durch alle Gerichtsinstanzen bis zum Bundesverfassungsgericht sowie einen kontroversen Diskurs über die Rechtmäßigkeit von zivilem Ungehorsam aus. Die Friedensbewegung war allerdings nicht nur eine „Single-Issue-Bewegung", die ausschließlich Impulse auf Richtung, Intensität und Tempo eines Politikwandels setzte. Viele Friedensaktivist:innen erprobten ebenso soziokulturelle Gegenentwürfe, indem sie zum Beispiel alternative Lebensformen praktizierten, persönliche Selbstverwirklichung proklamierten sowie postmaterielle Werte und Normen der Leistungsgesellschaft entgegenstellten. Insofern strebten sie eine fundamentale Transformation der Gesellschaft und der „Grammatik der Lebensformen"[8] an.

Die schwäbische Gemeinde Mutlangen war dabei nicht der einzige Schauplatz, an dem Neue Soziale Bewegungen in den 1980er Jahren die Partizipations- und Protestkultur der Bundesrepublik transformierten: Als Blaupause für die professionalisierte und routinierte Praktizierung des zivilen Ungehorsams vor dem Depot der Pershing-II-Raketen auf der Schwäbischen Alb dienten zuvor etwa der friedliche Widerstand gegen den Bau des Atomkraftwerks in Wyhl ab Mitte der 1970er Jahre, die Blockadeaktionen von Großengstingen zu Beginn der 1980er Jahre sowie die stets mit Superlativen beschriebene 108 Kilometer lange Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm am 22. Oktober 1983. Diese und weitere Aktionen wie beispielsweise die Großdemonstration von 80 000 Gewerkschaftsmitgliedern am 4. Juni 1983 auf dem Stuttgarter Schloßplatz für eine aktive Beschäftigungspolitik waren deutliche Zeichen dafür, dass sich Protest zu einer legitimen Beteiligungs- und Einwirkungsoption für politische Prozesse entwickelte. Die Zivilgesellschaft strebte an, den als demokratisch defizitär empfundenen „top-down-Strukturen" somit „bottom-up-Ansätze" entgegenzusetzen.

8 Jürgen Habermas: Theorie kommunikativen Handelns, Bd. 2, Frankfurt/M. 1981, S. 576.



Neben den Themen Frieden und Umwelt ist vor allem auch die Massenarbeitslosigkeit ein zentrales Problem der 1980er Jahre, das Zehntausende mobilisiert. Am 4. Juni 1983 demonstrieren in Stuttgart rund 80 000 Gewerkschaftsmitglieder für eine „aktive Beschäftigungspolitik" und gegen „soziale Demontage".

„Nai hämmer gsait!" – stilbildender ziviler Ungehorsam in Wyhl am Kaiserstuhl

Bereits Mitte der 1970er Jahre hatten soziale Bewegungen in Baden-Württemberg die Wirksamkeit außerparlamentarischer politischer Einflussnahme erfahren: In der Gemeinde Wyhl am Kaiserstuhl sollte 1975 ein Kernkraftwerk entstehen, da ansonsten „zum Ende des Jahrzehnts in Baden-Württemberg die ersten Lichter ausgehen"[9] würden, wie Ministerpräsident Filbinger damals im Stuttgarter Landtag erklärte. Nachdem sämtliche legale Einspruchsmittel wie zum Beispiel politische Eingaben und Diskussionsrunden, wissenschaftliche Gutachten oder das Sammeln von ca. 100 000 Unterschriften keinen Erfolg erzielt hatten, kam es am 18. Februar 1975 zur illegalen Bauplatzbesetzung

9 Zitiert nach Paul Laufs: Reaktorsicherheit für Leistungskernkraftwerke 1 — Die Entwicklung im politischen und technischen Umfeld der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2018, S. 102.



Stilbildender, weil friedlicher Protest: Im südbadischen Kiechlingsbergen, einer Nachbargemeinde von Wyhl, demonstrieren am 8. Oktober 1976 mehrere Hundert Gegner des geplanten Kernkraftwerks im Kaiserstuhl. Mit Transparenten und Sprechchören empfangen sie den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger.

durch Aktivist:innen.[10] Diese Protestaktion stellte einen neuen Politikstil der aktiven Einmischung von Bürger:innen dar, „der konträr zur obrigkeitsstaatlichen und strikt repräsentativen Politikausrichtung der 1950er und 1960er Jahre stand".[11] Für die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre sollte es charakteristisch werden, Protestformen im Stile des zivilen Ungehorsams zu praktizieren, die sich „in der Schwebe zwischen Legitimität und Legalität befinde[n]".[12] Das Engagement der lokalen Bürgerschaft in der badischen Provinz konnte schließlich den Bau des Großprojektes verhindern

10 Siehe dazu Richard Rohrmoser: Performative Formen des Protests, in: Beata Lakeberg/Hans-Christian Pust (Hrsg.): Atom. Strom. Protest — 50 Jahre Wyhl und anderswo, Ostfildern 2023, S. 152—161.

11 Ulrich Eith: Von Wyhl bis Karlsruhe — Bürgerproteste, Neue Soziale Bewegungen und die Gründung der Grünen, in: Gassert/Weber, Filbinger, Wyhl und die RAF (wie Anm. 6), S. 113—135, hier S. 113.

12 Jürgen Habermas: Ziviler Ungehorsam. Testfall für den demokratischen Rechtsstaat. Wider den autoritären Legalismus in der Bundesrepublik, in: Andreas Braune (Hrsg.): Ziviler Ungehorsam. Texte von Thoreau bis Occupy, Ditzingen 2017, S. 207—228, hier S. 222.

und war stilbildend für viele weitere Protestaktionen in Baden-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland in der Folgezeit.

„Schwerter zu Pflugscharen" – friedliche Blockadeaktionen in Großengstingen

Am 12. Dezember 1979 kam es nach einer Phase der relativen Entspannung des Kalten Krieges zum sogenannten NATO-Doppelbeschluss, der die Stationierung von insgesamt 572 Nuklearraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missiles in westeuropäischen Ländern als Gegengewicht zu sowjetischen SS-20-Mittelstreckenraketen in Osteuropa vorsah, falls bei den bilateralen Verhandlungen zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion keine Einigung erzielt werden sollte. Bald schon erstarkte darauf — erstmals seit den traditionellen Ostermärschen der 1950er und 1960er Jahre, als sich eine fundamentale Opposition zur Remilitarisierung der Bundesrepublik formiert hatte —, erneut eine Friedensbewegung, die in den Folgejahren die stärkste Protestmobilisierung in der bundesrepublikanischen Geschichte erzielen und die Praktizierung von Protest vom linken Spektrum ebenso auf breite bürgerliche Kreise übertragen sollte.[13]

In diesem Kontext veröffentlichte das Nachrichtenmagazin *stern* im Februar 1981 einen Bericht, der die Lagerung von Kurzstreckenraketen sowie atomaren Sprengköpfen in der Eberhard-Finckh-Kaserne im baden-württembergischen Großengstingen enthüllte. Vor allem die Information, dass die Nuklearsprengköpfe die zwölffache Explosionskraft der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki besaßen, rief die Friedensbewegung auf den Plan, dort öffentlichkeitswirksame Protestformen im Stile des zivilen Ungehorsams auszutesten. Am Morgen des 13. Juli 1981 ketteten sich deshalb 13 Friedensaktivist:innen — flankiert von starken Solidaritätsbekundungen vieler weiterer Nachrüstungskritiker:innen — an das Eingangstor der Kaserne und behinderten somit den Militärbetrieb. Zunächst wollte die Bundeswehr die Protestaktion ignorieren und damit ins Leere laufen lassen. Als jedoch die Friedensaktivist:innen über Nacht ausharrten, benachrichtigte der Kasernenkommandant die Polizei, die die Blockierenden schließlich vom Eingangstor losschnitt und zur Feststellung der Personalien festnahm.[14]

13 Vgl. Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018, S. 159.

14 Siehe dazu Richard Rohrmoser: 13. Juni 1981. Die Blockadeaktionen von Großengstingen, in: Martin Langebach (Hrsg.): Protest. Deutschland 1949—2020, Bonn 2021, S. 250—253.

Die Neuen Sozialen Bewegungen bewerteten die Blockadeaktion und die Resonanz in Presse und Rundfunk als enormen Erfolg, sodass Friedensaktivist:innen im Folgejahr nach einer Osterdemonstration mit rund 3000 Teilnehmenden im Sommer einen einwöchigen Blockademarathon veranstalteten: Rund 750 Nachrüstungskritiker:innen aus allen sozialen Schichten blockierten vom 1. bis zum 8. August 1982 abwechselnd die Kaserne, bevor sie sich alle zum Abschluss zu einem *Die-in* — damals ebenfalls eine neuartige, aus den USA in die Bundesrepublik importierte Protestform — für rund zwanzig Minuten wie tot auf den Boden vor dem Eingangstor legten.

Zwar kam es bei dieser Protestaktion zu keinerlei Gewaltausschreitungen, jedoch hatte der Blockademarathon noch ein juristisches Nachspiel für fast 400 Protestbeteiligte: Wie schon die Friedensaktivist:innen ein Jahr zuvor hatten auch sie sich vor Gericht zu verantworten, da eine Sitzblockade den Straftatbestand der Nötigung nach § 240 StGB darstellen kann. Dieser besagt: „Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft." Die Verurteilung der an der Sitzblockade Beteiligten zu Geldstrafen schuf einen Präzedenzfall für Tausende weitere Friedensaktivist:innen, die sich in den Folgejahren der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses und der Stationierung der nuklearen Pershing-II-Raketen und Cruise Missiles entgegensetzten. Ebenso aber übte die Öffentlichkeitswirksamkeit dieser Protestaktion eine starke Signalwirkung auf die bundesdeutsche Friedensbewegung aus, die zu diesem Zeitpunkt auf ihren Kulminationspunkt im Jahr 1983 zusteuerte.

„Was gilt die Wette? Wir schaffen die Kette!" – die Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm

„Die größte und friedlichste Veranstaltung aller Zeiten in Stuttgart",[15] „Die größte Protestaktion der Nachkriegszeit in Baden-Württemberg"[16] oder „Die

15 Jürgen Bartle: „Die größte und friedlichste Veranstaltung aller Zeiten in Stuttgart", in: Stuttgarter Zeitung, 24.10.1983.

16 Sabrina Müller: Volksversammlung als Symbol und Appell. Die Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm am 22. Oktober 1983, in: Reinhold Weber (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013, S. 119—140, hier S. 119.

weltweit längste Menschenkette“ hieß es beispielsweise in den Überschriften der deutschsprachigen Zeitungen am Montag, den 24. Oktober 1983. In der Tat ereignete sich am Samstag zuvor eine Protestaktion der Superlative: Etwa 400 000 Menschen bildeten auf der Bundesstraße zwischen Stuttgart und Neu-Ulm als Zeichen gegen die Nachrüstung eine 108 Kilometer lange Menschenkette, indem sie sich die Hände reichten. Diese Protestform lieferte ikonische Bilder, setzte sich im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik fest und stellte einen Höhepunkt der Protestgeschichte der Nation dar.[17] Im „Heißen Herbst 1983“ war die Menschenkette vor allem ein starker Ausdruck dafür, welches breite Politik- und Gesellschaftsspektrum (z. B. Alternativmilieus, Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Vereine usw.) die Friedensbewegung ansprach und welche Breitenwirkung sie zu Beginn der 1980er Jahren auslöste.



Eine logistische Meisterleistung: „Die Menschenkette ist geschlossen!“, ist am 22. Oktober 1983 um 13 Uhr im Radio zu hören. Rund 400 000 Menschen beteiligen sich an der Aktion, die weltweit für Aufmerksamkeit sorgt.

17 Siehe dazu Richard Rohrmoser: 22. Oktober 1983. Eine Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm, in: Langebach, Protest (wie Anm. 14), S. 264–267, hier S. 264.

Dabei strebte die Friedensbewegung zu keiner Zeit Rekorde an. Ebenso wie andere bundesweite Großveranstaltungen an diesem 22. Oktober 1983 wie beispielsweise eine Friedensdemonstration von 500 000 Nachrüstungskritiker:innen im Bonner Hofgarten sollte die Menschenkette in erster Linie ein sichtbares Zeichen „eines weit verbreiteten fundamentalen Friedenswillens“[18] sein. Die Stationierung von 108 Pershing-II-Raketen (und 96 Cruise Missiles) auf bundesdeutschem Territorium stand unmittelbar bevor und aus diesem Grund hatte die Länge der Menschenkette von 108 Kilometern auch eine symbolische Bedeutung. Die Idee zu dieser spektakulären Protestaktion entstand am 4./5. Juni 1983 auf einer Konferenz der Friedensbewegung in Ulm, auf der etwa 1000 Friedensaktivist:innen über eine öffentlichkeitswirksame Protestform im süddeutschen Raum diskutierten: Als zwei Strömungen der Friedensbewegung sich nicht einigen konnten, ob eine geplante Großdemonstration eher in Stuttgart vor der Europäischen Kommandozentrale der US-Armee (EUCOM) oder an einem zukünftigen Standort der Pershing-II-Raketen in Neu-Ulm stattfinden sollte, schlug der Karlsruher Friedensaktivist Uli Thiel — übrigens der Urheber des Slogans „Frieden schaffen ohne Waffen“, *dem* Motto der gewaltfrei orientierten Friedensbewegung — als Kompromiss vor, die beiden Städte durch eine Menschenkette zu verbinden, welche die „Stärke und Zusammengehörigkeit der Friedensbewegung“[19] versinnbildlichen sollte.

Es folgte eine bemerkenswerte logistische Leistung einer Gruppe von Friedensaktivist:innen, die allen Beteiligten vorab einen von 25 Anlaufforten sowie einen bestimmten Streckenabschnitt zuwiesen. Nach kleineren Kundgebungen und Gottesdiensten war es am 22. Oktober 1983 um kurz vor 13 Uhr — auch dank zuvor koordinierter Sammelbusse und Telefonketten — schließlich so weit: Die Demonstrierenden ließen bunte Luftballone aufsteigen, sangen Friedenslieder und reichten einander die Hände, sodass sie für rund zwanzig Minuten „ein schwingendes Band“[20] zwischen Stuttgart und Neu-Ulm bildeten. Die Veranstaltung verlief vollkommen friedlich und zu den befürchteten Eskalationen aufgrund der Streckensperrungen kam es nicht. Darin unterschied sich diese — wie auch zahlreiche weitere Protestaktionen der Friedensbewegung — von anderen Großdemonstrationen zu

18 Deutsche Friedensgesellschaft Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK) (Hrsg.): Die Menschenkette. Ein Rückblick, Karlsruhe 1984, S. 4.

19 Müller, Volksversammlung als Symbol und Appell (wie Anm. 16), S. 119—140, hier S. 125.

20 Stefan Geiger/Peter Meroth/Annegret Bock: „Ein schwingendes Band aus Demonstranten als lebendiges Symbol“, in: Stuttgarter Zeitung, 24.10.1983.

Beginn der 1980er Jahre wie zum Beispiel im schleswig-holsteinischen Brokdorf gegen die Errichtung eines Kernkraftwerkes oder in Frankfurt am Main die Proteste an der Startbahn West gegen den Ausbau des Flughafens, wo sich jeweils schlimme Gewaltausschreitungen ereigneten. Doch trotz dieses starken friedenspolitischen Signals, an dem sich Menschen aus allen Gesellschaftsschichten beteiligten, konnte die Friedensbewegung die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik wenige Wochen später nicht verhindern und verlor darauf rasch und substanziell an Bedeutung in der Gesellschaft.

„Unser Mut wird langen!" – Sitzblockaden gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen

Bereits einige Wochen vor der Menschenkette zwischen Stuttgart und Neu-Ulm am 22. Oktober 1983 rückte eine kleine schwäbische Ortschaft in den Fokus der Weltöffentlichkeit und sollte sich in den Folgejahren nicht nur zu einem zentralen Protestbrennpunkt, sondern ferner zu einem weltweiten Symbolort für die Praktizierung von zivilem Ungehorsam entwickeln: Es war die Gemeinde Mutlangen, etwa fünfzig Kilometer Luftlinie von Stuttgart entfernt, in der damals knapp 5000 Menschen lebten und die bis dato keinerlei Protestgeschichte aufweisen konnte. Kurz nachdem der *stern* im Februar 1981 die zukünftigen Stationierungsorte der Pershing-II-Raketen[21] und Cruise Missiles[22] veröffentlichte, formierte sich zunächst im benachbarten

21 Neben Mutlangen wurden im „Heißen Herbst 1983" auch jeweils 36 Pershing-II-Raketen im baden-württembergischen Heilbronn auf der Waldheide sowie im bayerischen Neu-Ulm stationiert. In beiden Städten kam es anfangs zu Blockadeaktionen, jedoch waren diese nicht von langer Dauer. Im Fall Heilbronn hatte das Raketenlager insgesamt vier Ein- und Ausfahrten, sodass das US-Militär im Falle einer Sitzblockade einfache Ausweichoptionen hatte. Im Fall Neu-Ulm schlug die bayerische Polizei die ersten Protestaktionen rabiat nieder, sodass die Friedensbewegung diesen Protestort als solchen schnell aufgab. Die Tatsache, dass sich alle drei Stationierungsorte der Pershing II in Südwestdeutschland befanden, ist darauf zurückzuführen, dass die Raketen mit ihrer Reichweite von ca. 1800 km von dort aus sowjetisches Territorium zuverlässig hätten treffen, sich jedoch ebenso aus dem Zielbereich der sowjetischen SS-20-Raketen hätten entfernen können.

22 Der deutsche Stationierungsort für die 96 Cruise Missiles befand sich im rheinland-pfälzischen Hasselbach. Nach Verzögerungen des Baufertigstellungstermins der Raketen begann deren Stationierung jedoch erst im Jahr 1987, als sich Mutlangen längst zum Protestbrennpunkt der Friedensbewegung etabliert hatte.

Schwäbisch Gmünd leiser Protest, der sich kontinuierlich ausweitete und sich schließlich nach Mutlangen verschob, wo die US-Armee seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einen kleinen Flugplatz betrieb und ein Lager beanspruchte.

Nach einigen kleinen Protestaktionen vor dieser Einrichtung blickte im Spätsommer des Jahres 1983 erstmals die ganze Welt auf die schwäbische Gemeinde: Die Friedensbewegung veranstaltete eine dreitägige Sitzblockade vor dem Tor des US-Depots, an der sich mehr als hundert Prominente wie beispielsweise die Schriftsteller Heinrich Böll und Günter Grass, die Schauspielerin Barbara Rütting und der Schauspieler Dietmar Schönherr sowie Oskar Lafontaine von der SPD und Petra Kelly und Gert Bastian von den Grünen beteiligten. Symbolträchtig begann diese Protestaktion am 1. September um 05:45 Uhr — also exakt dem Datum und Zeitpunkt, an dem das NS-Regime 1939 Polen überfiel — und dauerte unter der Anwesenheit von etwa 25 Fernsehteams und rund 150 Journalist:innen bis zum 3. September an.[23] Es blieb die einzige Sitzblockade vor dem US-Depot in Mutlangen, bei der die Beteiligten nicht von der Polizei von der Straße getragen und aufgrund von strafbarer Nötigung verurteilt wurden. Schließlich wollte die Landesregierung nicht, dass unschöne und skandalisierbare Pressebilder von Prominenten im Konflikt mit der baden-württembergischen Landespolizei in der Welt kursierten. Baden-Württembergs Innenminister Roman Herzog (CDU) soll diesbezüglich erklärt haben, dass er „doch der Weltpresse nicht das Schauspiel bieten [werde], den Nobelpreisträger Heinrich Böll von Polizisten von der Straße tragen zu lassen".[24] Durch diese Nichtintervention bei der Prominentenblockade erhofften sich die Friedensaktivist:innen, dass damit ein Präzedenzfall für die Legitimität und Legalität von friedlichen Sitzblockaden entstehen würde. Auf jeden Fall signalisierte die prominente Beteiligung eine weitere gesellschaftliche Akzeptanz und Zustimmung zum gewaltfreien Protest gegen die Nachrüstung.

Trotz der vielen friedenspolitischen Großveranstaltungen im „Heißen Herbst 1983" und einer Bevölkerungsmehrheit, die sich gegen die Stationierung von Nuklearraketen aussprach, setzte der Bundestag am 22. November 1983 den NATO-Doppelbeschluss mit den Stimmen der Regierungsparteien CDU/CSU und FDP um. Bereits am folgenden Wochenende begann die Sta-

23 Siehe dazu Reinhold Weber: Mutlangen — mit zivilem Ungehorsam gegen Atomraketen, in: Ders. (Hrsg.): Aufbruch, Protest und Provokation. Die bewegten 70er- und 80er-Jahre in Baden-Württemberg, Darmstadt 2013, S. 141—161.

24 Siehe dazu Wolfgang Sternstein: Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Autobiographie, Norderstedt 2005, S. 263.



1. September 1983: Die Fotos von der „Prominentenblockade" in Mutlangen bekommen schon bald ikonographischen Charakter für die Friedensbewegung der 1980er Jahre. Die Aufnahme zeigt in der Mitte Petra Kelly (mit einem blumendekorierten Stahlhelm), links hinter ihr Gert Bastian und Literaturnobelpreisträger Heinrich Böll.

tionierung der Pershing-II-Raketen, woraufhin die Friedensbewegung friedliche Protestaktionen im Stile des zivilen Ungehorsams bis zu deren kompletten Wiederabzug ankündigte. Einige engagierte Friedensaktivist:innen setzten dieses Vorhaben tatsächlich in die Realität um und veranstalteten in den Folgejahren neben fast täglichen kleinen Blockaden auch einige eindrucksvolle Protestaktionen: Beispielsweise kamen vom 8. bis zum 10. Mai 1986 aus der ganzen Bundesrepublik über 500 vorwiegend ältere Menschen vor dem Pershing-II-Depot in Mutlangen zu einer „Seniorenblockade" zusammen, um ihren Protest gegen die Nuklearrüstung kundzutun. Gemein war allen Demonstrierenden, dass sie die Schrecken des Zweiten Weltkriegs selbst erlebt hatten, weshalb sie sich besonders dazu berufen fühlten, durch zivilen Ungehorsam für die Gefahren eines potenziellen Dritten Weltkrieges zu sensibilisieren. Unter starkem Echo in Presse, Rundfunk und Fernsehen wurden bei der dreitägigen Sitzblockade des US-Depots über 65 Beteiligte der „Seniorenblockade" festgenommen.

Eine weitere besondere Protestaktion wurde am 15. September 1985 durchgeführt, als sich ein 130-köpfiges Sinfonieorchester vor das Pershing-II-Raketenlager setzte und ein klassisches Konzert darbot. Die Friedensaktivist:innen

wollten damit zum einen den Militärbetrieb auf fantasievolle Weise stören und zum anderen dem „Grauen der Raketen die Klänge und Laute [der] Lebendigkeit entgegensetzen“.[25] Ebenso starke Resonanz löste die sogenannte „Richterblockade“ vom 12. Januar 1987 aus, als 25 Richter:innen bei rund minus zwanzig Grad Kälte das Depot blockierten, um dadurch auf die Gerichtsprozesse in Schwäbisch Gmünd zu verweisen, wo zu diesem Zeitpunkt schon seit Jahren Menschen für ihre Beteiligung an Sitzblockaden verurteilt wurden. In einer Stellungnahme erklärten die Teilnehmenden der Blockade, dass bereits die „Stationierung — nicht erst der Einsatz — von Pershing II rechtswidrig“ sei, weil sie „gegen die Verfassung, […] gegen das Grundrecht auf Leben und gegen das Grundrecht auf Menschenwürde“ verstoße.[26] Auch bei dieser Protestaktion wurden die Beteiligten unter starker Pressepräsenz festgenommen. Selbst Bundeskanzler Helmut Kohl äußerte sich zu dieser Sitzblockade und verurteilte das Verhalten der blockierenden Richterschaft scharf.

Letztendlich war es vermutlich eine Kombination aus den vielen sporadischen Sitzblockaden einerseits und den lange geplanten Protestaktionen mit thematischen Schwerpunkten wie etwa der „Prominenten-“, „Senioren-“, „Muttertags-“, „Konzert-“ oder Richterblockade andererseits,[27] die Mutlangen als zentralen Ort der Protestbewegungen der 1980er Jahre etablierten. Ferner entstand in der schwäbischen Gemeinde eine enge Kooperation verschiedener Friedensinitiativen, die wiederum unterschiedliche Gruppen zur Beteiligung und Unterstützung mobilisieren konnten: Die „Dauerpräsenz“ war eine Gruppe von rund 25 Personen aus der autonomen bzw. linksalternativen Szene, die in unmittelbarer Nähe des Raketenlagers eine alte Scheune („Pressehütte“) besetzten, dort unter spartanischen Bedingungen lebten und kontinuierlich die Zufahrtsstraße zum US-Depot blockierten. Unterstützung fan-

25 Zitiert aus dem Flyer: „Lebenslaute. 15. September 1986. Konzertblockade in Mutlangen: Klassische Musik bis zur Räumung“, S. 2, in: Archiv Aktiv: Bestand: GMA | KZU I | Kampagnen Regionalgruppe GD II Golf-Krieg | Info + Aktion.

26 Siehe dazu der Flyer: „Die Menschheit als Geisel“, in: Volker Nick/Volker Scheub/Christof Then (Hrsg.): Mutlangen 1983—1987: Die Stationierung der Pershing II und die Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung, Mutlangen/Tübingen 1993, S. 154.

27 In den Jahren von 1983 bis 1987 fanden viele weitere friedliche Protestaktionen wie zum Beispiel sogenannte Dauerblockaden, Geburtstagsblockaden, Manöverblockaden, Muttertagsblockaden oder Erntedankfeste statt. Für detaillierte Beschreibungen dieser Formen von zivilem Ungehorsam vgl. Richard Rohrmoser: „Sicherheitspolitik von unten“. Ziviler Ungehorsam gegen Nuklearrüstung in Mutlangen, 1983—1987, Frankfurt/M. 2021.

den sie bei einigen bürgerlichen Nachrüstungsgegner:innen, die infolge der Raketenstationierung einen Verein namens „Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen“ ins Leben riefen. Dieser setzte sich zum Ziel, das Grundstück der „Pressehütte“ käuflich zu erwerben, um dort langfristig friedenspolitische Bildungsarbeit anzubieten. Zu diesen beiden Initiativen kam schließlich noch die aus Tübingen stammende studentische Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“, die viele eindrucksvolle Blockadeaktionen wie beispielsweise die „Konzertblockade“, die „Seniorenblockade“ oder die „Richterblockade“ organisierte. Außerdem dokumentierte sie ihre Protestaktionen in Rundschreiben, durch deren Versand sie wichtige Öffentlichkeitsarbeit leistete und ein starkes Solidaritätsnetz innerhalb der Neuen Sozialen Bewegungen knüpfte. Durch diese drei Friedensinitiativen formierte sich ein unkonventioneller, aber kongenialer Konnex aus anarchistischen, bürgerlichen und studentischen Friedensbewegten, die alle Gewaltfreiheit als absolute Maxime vertraten.

Tatsächlich ist es durch das ständige Insistieren auf diesen Standpunkt und der bedachten Kommunikation mit den Konfliktpartnern vor dem Mutlanger Raketendepot niemals zum Einsatz von Schlagstöcken, Tränengas oder Wasserwerfern gekommen. Insofern war es bemerkenswert, dass sich der Streit über die Raketenstationierung schon bald zur Kontroverse um die Legitimität bzw. Legalität der *Form* des Protestes verschob und der Konflikt somit seine Fortsetzung in den Gerichtsälen fand.[28] Das *eigentliche* Ziel der Friedensbewegung — die Verhinderung bzw. der Wiederabzug der Nuklearraketen — rückte damit in den Hintergrund.

Trotz dieser Diskursverschiebung offenbarte sich Mitte der 1980er Jahre die potenzielle Gefahr, die von der Stationierung der Nuklearraketen in der Bundesrepublik ausging: Am 11. Januar 1985 kam es auf der Heilbronner Waldheide bei einer Routineübung zu einem explosionsartigen Brand einer Pershing-II-Rakete, der drei Todesopfer und 16 Verletzte zur Folge hatte. Erst durch diesen Unfall wurde von offizieller Seite eingeräumt, dass neben Neu-Ulm und Mutlangen die Heilbronner Waldheide ebenso ein Stationierungsort für atomare Mittelstreckenraketen war. In der Folge rief die Friedensbewegung auch dort zu friedlichen Protestaktionen im Stile des zivilen Ungehorsams auf und veranstaltete zum Beispiel Schweigemärsche. Jedoch erreichten diese nicht diesselbe Wirkung oder das Medienecho wie die Sitzblockaden in Mutlangen.

28 Vgl. Tim Warneke: Noah und Kassandra. Dimensionen der Bedrohung und Perspektiven der Rettung in der Mentalität der westdeutschen Friedensbewegung 1979—1984, Heidelberg 2017, S. 422.



Am 8. April 1985 „umzingeln" rund 15 000 Demonstrierende das US-amerikanische Pershing-II-Depot auf der Waldheide bei Heilbronn. Wenige Wochen zuvor war es hier bei einer routinemäßigen Ausbildungsübung zu einem schweren Unfall gekommen.

Juristische Folgen der Sitzblockaden

Ab dem Jahr 1983 hatten sich knapp 3000 Personen, die sich an den verschiedenen Sitzblockaden beteiligt hatten, aufgrund von strafbarer Nötigung nach § 240 StGB vor Gericht zu verantworten. Allein in Schwäbisch Gmünd fanden rund 2000 dieser Strafverfahren statt, weshalb sich rasch ein Einheitsurteil entwickelte: In fast allen Fällen erhielten die Angeklagten eine Strafe von zwanzig Tagessätzen, wobei die Höhe eines Tagessatzes anhand des Einkommen der jeweiligen Person berechnet wurde. Rund 200 Angeklagte wurden aufgrund von wiederholten Sitzblockaden sogar zu Gefängnisstrafen verurteilt. Eine starke Kontroverse löste dabei die Tatsache aus, dass andere deutsche Gerichte Sitzblockierer:innen längst freisprachen, weil deren Rechtsprechungen zufolge die friedlichen Protestaktionen eben *keine* Gewalt darstellten. Die Reaktion darauf war eine Vielzahl von Verfassungsbeschwerden, die vor allem die extensive Interpretation des Wortes „Gewalt" in § 240 StGB kritisierten. Im Jahr 1986 sollte deshalb das Karlsruher Bundesverfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit der Sitzblockaden urteilen, jedoch lehnte der zuständige Senat die Verfassungsbeschwerde aufgrund

einer 4:4-Pattsituation des achtköpfigen Senatskollegiums ab. Da diese knappe Entscheidung äußerst kontrovers war und noch viele Strafprozesse bevorstanden, setzte sich der Diskurs über den § 240 StGB sowohl in akademischen als auch in populärwissenschaftlichen Kreisen fort.[29]



„Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung." Unter diesem Motto üben zahlreiche Initiativen über Jahre hinweg gewaltfreien Protest vor dem US-Waffendepot in Mutlangen. Viele von ihnen werden verurteilt und erst spät rehabilitiert.

Schließlich fand im Jahr 1995 — lange Zeit nach dem Abzug der Pershing-II-Raketen, der am 8. Dezember 1987 durch den historischen INF-Abrüstungsvertrag zwischen der Sowjetunion und den USA beschlossen worden war — ein Wiederaufnahmeverfahren statt, in dem das Bundesverfassungsgericht befand, dass das friedliche Blockieren von Kaserneneinfahrten keine Gewalt darstelle. Tausende für ihre Beteiligung an Sitzblockaden Verurteilten wur-

29 Für eine detaillierte Beschreibung der juristischen Kontroverse zur Rechtmäßigkeit der Sitzblockaden siehe Peter E. Quint: Civil Disobedience and the German Courts. The Pershing Missile Protests in Comparative Perspectives, London/New York 2008.

den damit rehabilitiert und bekamen ihre Geldstrafen zurückerstattet. Jedoch war damit der Diskurs über die Rechtmäßigkeit von Sitzblockaden noch nicht beendet. In seiner bisher letzten Grundsatzentscheidung aus dem Jahr 2011 urteilte das Bundesverfassungsgericht, dass Sitzblockaden dann nötigende Gewalt darstellen, sobald sich aus der Protestaktion ein Stau bildet („Zweite-Reihe-Rechtsprechung“).

Gesamtgesellschaftliche Folgen der Sitzblockaden

Durch die jahrelangen Protestaktionen hat sich Mutlangen nicht nur zu einem physischen Kulminationspunkt der Friedensbewegung und der bundesdeutschen Protestgeschichte entwickelt; die schwäbische Gemeinde ist ebenso zu einem weltweiten Symbolort für die Praktizierung von zivilem Ungehorsam geworden. Sie stellte dabei einen Prüfstein für den demokratischen Reifezustand der Bundesrepublik Deutschland bezüglich neuartiger Kommunikations-, Partizipations- und Protestkulturen dar: Denn während in den USA der Diskurs über eine Re-Interpretation der Demokratie und Volkssouveränität bereits im Kontext der Anti-Vietnamkriegs-Proteste und der Bürgerrechtsbewegung in den 1960er Jahren erfolgt war, hatte die Bundesrepublik diese gesamtgesellschaftliche Verständigung im Kontext der 68er-Bewegung noch versäumt. Schließlich verstand sich die APO eher als eine soziokulturelle Irritations- und Provokationskraft denn als aufrichtiger Impulsgeber für eine neue Politik im Rahmen eines anerkannten und etablierten Politiksystems.[30] Aber die Auseinandersetzung mit einer alternativen Zivilgesellschaft im Allgemeinen und mit dem zivilen Ungehorsam als eigenständige Partizipations- und Protestform im Speziellen bewirkte einen Bewusstseinswandel im Wertesystem der Bundesrepublik bezüglich ziviler Konfliktaustragung und Formen des bürgerlichen Beteiligungsrechts bei politischen Entscheidungsfindungen.

Insofern steht der zivile Ungehorsam von Mutlangen exemplarisch für die Normalisierung von Protest,[31] da die Friedensthematik und die Frage über die „richtige Sicherheitspolitik“ breite Resonanz bei allen erdenklichen Alters- und Bildungsschichten auslöste. Im Gegensatz zu den ersten Dekaden der Bundesrepublik, als Protest vor allem dem linken Politiklager zugeschrieben wurde und somit nicht selten einen anrüchigen Charakter hatte, übte sich nun ein breites politisches und soziales Spektrum in seiner Interes-

30 Vgl. Braune, Ziviler Ungehorsam (wie Anm. 12) S. 207.

31 Vgl. Gassert, Bewegte Gesellschaft (wie Anm. 13), S. 158 ff.

sensartikulation in kollektivem Protest. Letztlich bewirkte dieses Novum einen deutlichen demokratischen Vitalisierungsschub in der Bundesrepublik in den 1980er Jahren, der seine Fortsetzung in der Expansion direktdemokratischer Beteiligungsformen wie zum Beispiel Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden in den 1990er Jahren fand.[32]

32 Siehe dazu Andreas Kost: Direkte Demokratie, Wiesbaden 2013, S. 33 ff.

David Brechbilder und Joshua Haberkern

Ein Herz mit drei Kammern: Bildungspolitik der 1980er Jahre in Baden-Württemberg

„Meine Damen und Herren! Die Kultur- und Bildungspolitik ist das Herzstück des Föderalismus. Seit April dieses Jahres hat — um im Bilde zu bleiben — dieses Herz auch in Baden-Württemberg zwei Kammern."[1] Selbst die Gefahr einer anatomischen Anomalie konnte Lothar Späth nicht davon abhalten, die Bildungspolitik seines „Ländles" und damit die Allegorie seines CDU-Parteikollegen und Abgeordneten des Enzkreises Hans Roth ganz nach seinen Vorstellungen zu gestalten: Zu gewichtig erschien dem Ministerpräsidenten die baden-württembergische Technologie- und Innovationspolitik, als dass er sie nicht flink zur dritten — und ihm direkt untergeordneten — Herzkammer seiner Bildungsvision erkoren hätte. Obgleich diese Dreigliedrigkeit nur über Umwege institutionalisiert wurde, lässt sie sich retrospektiv als Ausgangspunkt einer neuen Ära der baden-württembergischen und bundesdeutschen Bildungspolitik verstehen: Die Zeit der großen Bildungsreformen und Gesamtbildungspläne war endgültig vorüber. Es folgte eine „lange" Dekade der Konsolidierung und Neujustierung, der sanften Expansion bei einer gleichzeitig sich zuspitzenden Finanzlage sowie des bildungspolitischen Pragmatismus.[2]

Unter Späths Ägide sollte sich die politische Betätigung unter dem Abstraktum „Bildung" regierungspraktisch endgültig diversifizieren: Zum einen die Hochschulpolitik, die in den 1980er Jahren angesichts des Übergangs zur Massenuniversität und der weiter andauernden „Studentenlawine"[3] zwi-

1 Hans Roth, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 7. Wahlperiode 1976—1980, Protokollbd. 4, 65. Sitzung vom 06.12.1978, S. 4199.

2 Vgl. zur Bildungspolitik der 1960er und 1970er Jahre Stefan Paulus: „Konservativ und fortschrittlich zugleich". Baden-württembergische Bildungspolitik in den 1960er- und 1970er-Jahren, in: Philipp Gassert/Reinhold Weber (Hrsg.): Filbinger, Wyhl und die RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015, S. 183—208.

3 Julia Angster: „Studentenlawine" und „innere Hochschulreform": Die Universität Mannheim von den 1960er bis in die 1980er Jahre, in: Angela Borgstedt/Sandra Eichfelder/Philipp Gassert (Hrsg.): Eine Universität für die Gesellschaft. 75 Jahre

schen pessimistischer Krisenstimmung[4] und von vereinzelten Soforthilfemaßnahmen ausgelöstem vorsichtigen Optimismus mäanderte. Zum zweiten die Schulpolitik, die trotz hitzig umkämpfter „innerer Reform" weitestgehend stagnierte und in uneinheitlicher föderalistischer Extravaganz sowie fortdauernder zentralgesteuerter Hörigkeit erst wieder unter Erwin Teufel „aufs Tapet"[5] kommen sollte. Und zum dritten die Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik, die zum eigentlichen Zugpferd der Späth'schen Bildungspolitik avancierte und ihr damit den vollen Genuss seiner modernistischen Verve ermöglichte. Wirtschaftskooperation und industrielle Verwertbarkeit, Technologietransfer und Praxisnähe, Ökonomisierung und universitäre Profilschärfung waren die Maxime dieser Zeit des Strukturwandels,[6] in der sich

Neubegründung Wirtschaftshochschule und Universität Mannheim, Ubstadt-Weiher 2021, S. 57.

4 Zur Universität der 1980er Jahre vgl. Peter-Andre Alt: Exzellent!? Zur Lage der deutschen Universität, München 2021; Manuel Becker: Universitäre Bildung in Deutschland. Ideengeschichtliche Perspektiven und aktuelle Herausforderungen in NRW, Baden-Baden 2022, S. 161—201; Barbara Wollbring: Universität für eine demokratische Gesellschaft. Universitäten nach 1945, in: Livia Prüll/Christian George/Frank Hüther (Hrsg.): Universitätsgeschichte schreiben. Inhalte — Methoden — Fallbeispiele, Göttingen 2019, S. 105—122; Konrad H. Jarausch: The Humboldt Syndrome: West German Universities, 1945—1989 — An Academic Sonderweg?, in: Mitchell G. Ash (Hrsg.): German Universities Past and Future. Crisis or Renewal?, Providence/Oxford 1997, S. 33—50; Frank-Lothar Kroll: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 31—41; Ralph Jessen: Massenausbildung, Unterfinanzierung und Stagnation. Ost- und westdeutsche Universitäten in den siebziger und achtziger Jahren, in: Michael Grüttner u. a. (Hrsg.): Gebrochene Wissenschaftskulturen. Universität und Politik im 20. Jahrhundert, Göttingen 2010, S. 261—278. Zu Baden-Württemberg vgl. Michael Stolle: Universitäten und Hochschulen in Baden-Württemberg, Stuttgart 2015. Zeitgenössisch Christoph Oehler: Hochschulentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945, Frankfurt 1989.

5 Marlis Prinzing: Lothar Späth. Wandlungen eines Rastlosen, Zürich 2006, S. 285. Zur Schulpolitik vgl. Hugo Menze: Die Kultusminister und Bildungspolitik in Baden-Württemberg 1945—2005, Ubstadt-Weiher 2008; Dieter Lang: Gymnasiale Bildungspolitik in Baden-Württemberg: Theorie und Wirklichkeit (1963—2003), Frankfurt/M. 2004. Zeitgenössisch Theo Balle (Hrsg.): Fordern und Fördern. Bildungspolitik der achtziger Jahre in Baden-Württemberg, Stuttgart 1993.

6 Zur Forschungs- und Technologieförderung vgl. Franz Effenberger (Hrsg.): Lothar Späths Forschungsförderung und Technologiepolitik am Beispiel der Universität Stuttgart, Ubstadt-Weiher 2020; Rolf Weitkamp: Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg 1980—1988, Münster 1992; Wolf-Dieter Hepach: Die Universität Ulm. Lebendige Tradition. Neue Horizonte, Ulm 2007, S. 76—105. Zum Strukturwandel in Baden-Württem-

Späth „als oberster Handelsvertreter und Topmanager der Baden-Württemberg AG“[7] verstand und ebenso regierte: Wirtschaft und Industrie lieferten Kapital, Auftrag und Legitimation; die Wissenschaft hingegen Innovation, Technik und Knowhow.



„Kraftvoll in die Zukunft“: So lautet das Motto des Landesparteitags der CDU Baden-Württemberg im Sommer 1985 in Offenburg. In der Mitte der Parteivorsitzende Lothar Späth, links neben ihm Erwin Teufel (Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion) und rechts Philipp Jenninger (Bundestagspräsident).

Diese Diversifizierung sollte sich auch institutionell abbilden. Den Startschuss bildete dabei die noch von Ministerpräsident Hans Filbinger 1978

berg vgl. Klaus-Jürgen Matz: Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg, Leinfelden-Echterdingen 2010, S. 16—21; Thomas Schnabel: Geschichte von Baden-Württemberg 1952—2002, Stuttgart 2001, S. 225—229; Hilde Cost: Die Wirtschaft Baden-Württembergs, in: Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik, Stuttgart 2006, S. 216—237.

7 Klaus Schrode: Von Carlo Schmid bis Erwin Teufel (1945—2005). Erlebte Politik im deutschen Südwesten, Ubstadt-Weiher 2022, S. 151; Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 6), S. 133; Prinzing, Späth (wie Anm. 5), S. 309.

vorgenommene Aufteilung des bisherigen, dem gesamtheitlichen Bildungsideal des Ministers Wilhelm Hahn entsprechenden Kultusressorts in ein *Ministerium für Wissenschaft und Kunst* unter Leitung des Freiburger Universitätsrektors Helmut Engler sowie ein *Ministerium für Kultus und Sport*, für das der damalige rheinland-pfälzische Staatssekretär Helmut Kohls und spätere Bundespräsident Roman Herzog gewonnen werden konnte. Weshalb Filbinger das Kultusministerium aufteilte, wird nach wie vor kontrovers beurteilt: Während Helmut Engler dies vor allem regierungsökonomischen Zwängen geschuldet sah — so sei das unifizierte Kultusministerium mit der Aufsicht über tausende Schulen und mehr als fünfzig Hochschulen in verschiedenen Bildungswegen schlicht zu unübersichtlich und zu groß geworden, um den augenscheinlichen Reformbedarf noch effizient steuern zu können —,[8] hebt die landeshistorische Forschung die omnipräsente Konkurrenz zwischen den beiden Leitwölfen der Landespolitik hervor. Demnach habe Filbinger Hahn, der sich eisern einem Rücktritt verwehrte, mit diesem Schachzug eine finale Schwächung zufügen wollen, damit jener endlich seinen Posten räume und Filbinger seine angekündigte Kabinettsumbildung und -verjüngung durchsetzen könne.[9] Auch Wilhelm Hahn selbst interpretierte jenes Ränkespiel nicht ohne Verbitterung als persönlichen Angriff auf seine Arbeit:

> Er [Filbinger] handelte ohne Rücksicht auf die aktuelle politische und geistige Situation und ignorierte, dass er damit die hoffnungsvollen Ansätze einer neuen Bildungspolitik vor aller Augen zerstörte. […] Gern sprach er bei solchen Gelegenheiten von der Notwendigkeit eines Figurenopfers. Tatsächlich geriet er selbst in den Strudel, der ihn wenige Monate später wegriss.[10]

8 Helmut Engler: Wissenschaftspolitik. 40 Jahre Wissenschaftspolitik in Baden-Württemberg, in: Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg 14 (1993), S. 30—35; Helmut Engler: Ein neues Ministerium, in: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst (Hrsg.): Ideen möglich machen! 30 Jahre Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg 1978—2008, S. 15—17.

9 Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 6), S. 124—125; Schrode, Erlebte Politik (wie Anm. 7), S. 104—105; Schnabel, Geschichte (wie Anm. 6), S. 197.

10 Wilhelm Hahn: Ich stehe dazu. Erinnerungen eines Kultusministers, Stuttgart 1981, S. 265—266. Hahn weiter: „Im Einvernehmen mit allen anderen Kultusministern der CDU/CSU erklärte ich weiter, dass die Teilung des Kultusministeriums in ein Schul- und Hochschulministerium dem Gedanken der Einheit der Kultur, der Bildung und der Bildungspolitik widerspreche und die konzeptionelle Kraft der baden-württembergischen Bildungspolitik, die von einer Gesamtkonzeption ausgehe, zerstören müsse.“ Vgl. ebd., S. 265. Auch andere Bildungsplaner wie Hahns Ministerialdirektor Paul Harro Piazolo unterstreichen die Verbundenheit der Person Wilhelm Hahn mit der Idee von Bildungsgesamtplänen, von denen die

Hugo Menze brachte gar die These auf, in der Villa Reitzenstein sei „die Mär, ein Ondit" herumgegangen, „ob der Kultusminister angesichts dieser für ihn günstigen Situation [nicht] tatsächlich an die Übernahme des Regierungssitzes"[11] gedacht habe, Filbinger habe sich also lediglich eines direkten Konkurrenten entledigt. Die von den Späth-Biographen Werner Filmer und Heribert Schwan verbreitete Version, wonach Lothar Späth und dessen Pressesprecher Matthias Kleinert Hahns Abgang mit gezielten Desinformationskampagnen in der Presse lanciert hätten, fand bislang in der Forschung keinen Widerhall.[12]

Mit Wilhelm Hahn verloren auch bildungspolitische Gesamtkonzeptionen aus dem planerischen Geist der 1960er und 1970er Jahre, die einen gesamtheitlichen Ansatz vom Kindergarten bis zum Seniorenstudium verfolgten, ihren letzten einflussreichen Fürsprecher. „Bildung" wurde endgültig zur kompetitiven Ressortsache. Die Hochschulpolitik und damit die staatliche Aufsicht über die Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen, Berufsakademien, Kunsthochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie die Kunst-, Medien- und Kulturpolitik übernahm das Ministerium für Wissenschaft und Kunst unter Helmut Engler, der das Ministeramt bis zur Regierungsumbildung nach dem Rücktritt Späths 1991 behalten sollte. Nach dem Wechsel Roman Herzogs ins Innenministerium infolge der Landtagswahl 1980 ging das Ministerium für Kultus und Sport an die politische Allzweckwaffe der baden-württembergischen CDU, Gerhard Mayer-Vorfelder.[13] Dieser sollte ebenfalls bis 1991 in dieser Funktion Mitglied des Kabinetts bleiben.

---

anderen Bundesländer jedoch sukzessive abrückten, vgl. Paul Harro Piazolo: Zehn Jahre Bildungsreform — Aspekte der Zukunft. Zur Bildungspolitik von Kultusminister Professor Dr. Wilhelm Hahn, in: Hans Filbinger (Hrsg.): Bildungspolitik mit Ziel und Maß. Wilhelm Hahn zu seinem zehnjährigen Wirken gewidmet, Stuttgart 1974, S. 218—231.

11 Menze, Die Kultusminister (wie Anm. 5), S. 218. Hahn stand zu dieser Zeit auf dem Zenit seines öffentlichen Ansehens, während Filbinger sich öffentlich gegen ehrgeizige Emporkömmlinge des eigenen CDU-Landesverbandes — unter ihnen Lothar Späth und Erwin Teufel — um Parteidisziplin bemühen musste.

12 Vgl. Werner Filmer/Heribert Schwan: Lothar Späth, Düsseldorf 1987, S. 198 f.

13 Herzog hatte angeblich bereits zu Beginn seiner Ministertätigkeit auf das Innenministerium geschielt, das von Filbinger jedoch gerade erst dem aufstrebenden Fraktionsführer Späth übergeben worden war, weshalb er bis auf das reformierte Kultusministerium keine Posten mehr zu vergeben hatte; vgl. Menze, Die Kultusminister (wie Anm. 5), S. 220.



Am 4. Juni 1980 wird der CDU-Politiker Gerhard Mayer-Vorfelder im Stuttgarter Landtag als neuer Kultusminister vereidigt.

Die Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik wurde nominell dem Wirtschaftsministerium unterstellt, realiter jedoch zur „Chefsache“[14] erklärt. Während der gemeinhin „autokratisch“[15] bis „feudal“[16] regierende Ministerpräsident, dessen inhaltliches Programm in erster Linie auch lediglich den Namen „Späth“ trug,[17] den Ministern Engler und Mayer-Vorfelder unerwarteterweise weitestgehend freie Hand ließ, unterlag das *Ministerium für Wirt-*

14 Schrode, Erlebte Politik (wie Anm. 7), S. 152; Filmer/Schwan, Späth (wie Anm. 12), S. 301–303; vgl. auch den Beitrag von Philipp Gassert in diesem Band.

15 Schrode, Erlebte Politik (wie Anm. 7), S. 150; Prinzing, Späth (wie Anm. 5), S. 171. Aufgrund dessen nannte ihn der Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel auch einmal „eine Art Verwaltungsnapoleon, der seine Zettel aus der Kutsche werfe. Seine Husaren fangen sie auf und versuchen […] im Wege der vorauseilenden Loyalität das, was er sagt, zu erfassen und von vornherein schon auszuführen“, vgl. Schrode, Erlebte Politik (wie Anm. 7), S. 150.

16 Filmer/Schwan, Späth (wie Anm. 12), S. 335–336.

17 Prinzing, Späth (wie Anm. 5), S. 156.

schaft, Mittelstand und Verkehr seinem unmittelbaren Einfluss.[18] Nachdem Späths erster Wirtschaftsminister Rudolf Eberle 1984 überraschend einem Herzinfarkt erlegen war, holte der Ministerpräsident zunächst den Friedrichshafener Oberbürgermeister Martin Herzog in das nunmehr umfirmierte *Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie*. Als dieser 1989 — von Späths ständigen Interventionen entnervt — zurücktrat, beförderte Späth den Staatssekretär Hermann Schaufler zum neuen Wirtschaftsminister, wobei dieser nicht nur bis 1991 im Amt bleiben konnte, sondern auch als einziger der Genannten die Kabinettsumbildung beim Regierungswechsel zu Erwin Teufel überstehen sollte. Auch das Technologie-Referat, und damit (wenngleich ungenannt) ebenso die Forschung, sollte erst im Kabinett Teufel I wieder im nunmehr erweiterten Zuständigkeitsbereich des *Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst* ressortieren.

Über die Gründe von Späths Zurückhaltung in den „klassischen" landespolitischen Domänen Hochschule und Kultus lässt sich nur mutmaßen. Sicherlich war sie in Teilen einem gewissen Desinteresse Späths geschuldet: Das hochkomplexe, immobile, durch Partikularinteressen gelähmte Bildungssystem war „so unbeweglich geworden wie ein Tanker"[19] und versprach durch seinen hohen Grad an Verrechtlichung ausufernde Konflikte mit teils widerspenstigen Bürokraten und Beamten — ein Metier, das Späth äußerst wenig lag.[20] Späths „gewisse Idiosynkrasie gegenüber der Verwaltung"[21] sorgte ebenso dafür, dass auch die Verkehrspolitik ein vernachlässigtes Politikfeld seiner Ära darstellte.[22] Ferner war in der klassischen Bildungspolitik erst mit einiger Verzögerung mit vorzeigbaren Renditen zu rechnen, wobei solch langfristige Investitionen für einen auf Direktheit, Spontaneität und Flexibilität geeichten Politiker wie Lothar Späth abschreckend wirken mussten.[23]

18 Schrode, Erlebte Politik (wie Anm. 7), S. 152; Filmer/Schwan, Späth (wie Anm. 12), S. 303.

19 Stolle, Universitäten (wie Anm. 4), S. 138.

20 Prinzing, Späth (wie Anm. 5), S. 157—160; Filmer/Schwan, Späth (wie Anm. 12), S. 301—303; Schrode, Erlebte Politik (wie Anm. 7), S. 151.

21 Ansgar Seifert: Die Palme für Murrhardt. Steuerungsinstrumente der Kultusverwaltung, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 311—320, hier S. 313. Seifert verbindet den Grad der Verrechtlichung seines Ressorts direkt mit Späths Desinteresse daran: „Späth verhehlte nie seine herzliche Abneigung gegen administrative Belange, seine Prioritäten siedelten in den Bereichen Wirtschaft und Kunst, der Schulminister hatte bei ihm relativ freie Hand.", ebd., S. 311.

22 Prinzing, Späth (wie Anm. 5), S. 236 und S. 254; Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 6), S. 136.

23 Dazu Späths Biographin Prinzing: „Politik wird mit Managementmethoden betrieben und auf kurzfristig erreichbare, vorzeigbare Erfolge ausgerichtet. Des-

Darüber hinaus entsprach auch Späths eigene Biographie eher dem Typus eines „Selfmademan“ mit einem Faible für hemdsärmeligen Pragmatismus, Praxisnähe und Autodidaktik. Er selbst war Schulabbrecher ohne Abitur, und somit ohne Studium oder eigene universitäre Erfahrungen; sein Bildungsweg wich offensichtlich vom gängigen akademischen Muster ab. Obwohl die gelegentlich geäußerten Unterstellungen, Späth habe seinen „Akademikerhass“[24] kultiviert oder gar unter einem „Inspektorenkomplex“[25] gelitten, sicherlich zu weit gehen, gestand sich der Beschriebene auch selbst eine gewisse biographische Prädisposition zu: „Weil ich kein Abitur nachweisen konnte, wollte ich anderen und mir immer beweisen, dass ich mindestens ebenso viel draufhabe.“[26] Oder:

> Im Nachhinein betrachtet war es sicherlich ein Glück für mich, frühzeitig mit handfesten Problemen konfrontiert zu sein. Das hat mir einerseits den Blick geschärft für die vielen konkreten Probleme und Sorgen, die den Bürger meist mehr beschäftigen als die große Politik.[27]

Späths ökonomischer Pragmatismus sorgte dafür, dass die verschiedenen Ressorts der Bildungspolitik fortan miteinander, aber auch mit anderen Feldern wie der Sozialpolitik um fiskale Ressourcen und gesellschaftliche sowie politische Aufmerksamkeit konkurrierten.[28] „Bildung“ verkam dabei zunehmend zu einer Chiffre diffuser sozialpolitischer Utopien, zu einem rhetorischen Instrument, das eine beliebige erstrebenswerte Zukunftsvision zeichnete, ohne den Weg dorthin in irgendeiner Weise zu konkretisieren.[29]

---

halb habe Späth sich vergleichsweise wenig eingesetzt in der Verkehrspolitik, wo mit langen Entscheidungsverfahren zu rechnen war.“, Prinzing, Späth (wie Anm. 5), S. 236.

24 Ebd., S. 173, zitiert wird hier der Journalist Jörg Bischoff.

25 Filmer/Schwan, Späth (wie Anm. 12), S. 355.

26 Zitiert in: Prinzing, Späth (wie Anm. 5), S. 173.

27 Zitiert in: Filmer/Schwan, Späth (wie Anm. 12), S. 44.

28 Vgl. Becker, Universitäre Bildung (wie Anm. 4), S. 190; Jessen, Massenausbildung (wie Anm. 4), S. 271–272.

29 Dazu Becker, Universitäre Bildung (wie Anm. 4), S. 194, der diesen Befund auch für Gesamtdeutschland feststellt: „Interessanterweise spielten sich diese Diskussionen vor allem in intellektuellen Zirkeln ab, für die neuen sozialen Bewegungen […] der späten 1970er und 1980er Jahre hatte die Kategorie Bildung keine besondere Bedeutung mehr. Bildung war zu einer Allerweltsvokabel des politischen Alltags geworden. Generell wurde in diesen Jahren wieder die altbekannte Kritik erhoben, dass die tradierte Bildungsidee durch den inflationären Gebrauch des Wortes Bildung in den politischen Debatten ebenso inhaltleer wie konturlos geworden sei.“

Als inhaltsleeres Füllwort konnte „Bildung“ vieles beschreiben: Wirtschaftsförderung durch gezielte Fachkräfteausbildung und damit Innovationsmotor; Ideengeber und Souffleur der Industrie; Mittel zur Regionalentwicklung, Entprovinzialisierung und Versöhnung der Landesteile; Vehikel zum sozialen Aufstieg von Arbeiterkindern, Frauen und Migranten; lokales Kulturzentrum und Publikumsmagnet; Haushaltsposten mit vergleichsweise hohem Einsparpotenzial. Bildung konnte ein Weg zum regionalen Infrastrukturausbau sein[30] oder schlicht ein verheißungsvolles Wahlversprechen.[31] In ihren Ausprägungen beliebig, hatten diese bildungspolitischen Ziele lediglich gemein, dass sie einem größeren Zweck dienen mussten. Das Humboldt'sche Bildungsideal von Einsamkeit und Freiheit der Forschung, von möglichst umfassender Allgemeinbildung des humanistischen Individuums — sofern es dieses je in seiner Reinform gegeben hat — hatte nunmehr ausgedient; Bildungsutilitarismus lautete die neue Maxime der Regierung Späth.[32] Gleichzeitig verlor die Bildungspolitik den Status eines potenziell wahlbestimmenden Themas, den sie noch im Positiven unter Kiesinger (Bildungsexpansion) und im Negativen unter Filbinger (Studentenproteste, Radikalenerlass) innehatte, und wandelte sich somit zu einem untergeordneten Zweckerfüller:

> Die zusammen mit den Universitäten des Landes erarbeiteten Leitlinien der Hochschul- und Forschungspolitik sind als Teil des Programmes zu sehen, das die Zukunft des Bundeslandes Baden-Württemberg sichern soll. Leitlinie der Politik von Ministerpräsident Lothar Späth ist es, das Wohlergehen des Landes nicht dem Zufall zu überlassen.[33]

Zwar blieb diese Utilitarisierung der Bildungsrhetorik auch zeitgenössisch nicht unwidersprochen, allein von Erfolg gekrönt war diese Kritik nicht. Dazu stellte sich Lothar Späth insbesondere in Fragen der Wirtschaftsförde-

30 So ließ Späth Bauvorhaben der Bildungspolitik mitunter durch das Bauunternehmen „Neue Heimat“, dem er selbst mehrere Jahre vorstand, verwirklichen, vgl. Filmer/Schwan, Späth (wie Anm. 12), S. 115; mit Abstrichen auch Martin Born/Benno Bertsch: Die Maultaschen-Connection. Die außerparlamentarische Wirtschaftspolitik der CDU in Baden-Württemberg, Göttingen 1992.

31 So etwa die Liste „Wissenschaftler für Lothar Späth“, bei der sich 41 Ulmer Wissenschaftler für die Wiederwahl Späths öffentlich starkmachten, vgl. Prinzing, Späth (wie Anm. 5), S. 185.

32 Becker, Universitäre Bildung (wie Anm. 4), S. 189—194.

33 Rudolf Leibinger/Horst Sund: Vorwort, in: Dies. (Hrsg.): Zwischenbilanz. Festschrift für Lothar Späth anlässlich der Fertigstellung des Mischkreuzes der Universität Konstanz, Konstanz 1988, S. XIV.

rung als zu unbeirrbar heraus. So warf ihm der SPD-Landesvorsitzende und Oppositionsführer Erhard Eppler vor, er gehe „mit dem Omnibus Baden-Württemberg so zackig in die Kurven, als wäre es kleiner VW-Käfer", und dann wundere er sich, „wenn es den Leuten im Bus schlecht wird!"[34] Während der Heidelberger Historiker Eike Wolgast bemängelte,

> angesichts der großen Zahl von Abiturienten und Studenten wurde und wird die Universität von Politikern vielfach nur noch als Ausbildungsanstalt, deren Wert sich an der Quantität der Absolventen entscheidet, oder als Lieferant industriell verwertbarer Erkenntnisse angesehen,[35]

ging selbst Späths Wissenschaftsminister Engler in mehreren Reden subtil auf Distanz:

> Forschung ist aber weit mehr als nur ein ökonomischer Faktor, der sich in der Bewertung moderner, aus Forschungsergebnissen entwickelter Wirtschaftsprodukte ausdrückt. Forschung ist in erster Linie zweckfrei und ausschließlich erkenntnisorientiert.[36]

Wissenschaftspolitik sei, so Engler, „in jenem Zeitabschnitt nicht als reine Organisation von Ausbildungsplätzen oder als Dienstleistung gegenüber Nutzern der Einrichtungen verstanden [worden]. Es ging nicht in erster Linie um zählbare und messbare Ergebnisse, mit deren Hilfe die Leistungsfähigkeit der Einrichtungen beurteilt" werden konnten.[37]

Dass sich die regierungspraktische Realität von dieser Rhetorik unterschied, dürfte Engler in seiner alltäglichen Arbeit am meisten gespürt haben. So wurde nicht nur dessen Lavieren in der Ausrichtung der Bildungspolitik von der Opposition als „dürftig" und als „trauriges Kapitel der Landespolitik"[38] gescholten. Allzu oft musste Engler selbst die Späth'sche Vision der

34 Erhard Eppler, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 7. Wahlperiode 1976—1980, Protokollbd. 6, 84. Sitzung vom 24.10.1979, S. 5775. Dies entsprach der grundsätzlichen Strategie der oppositionellen SPD, Späth einen „hochschulpolitischen Aktionismus" und den Christdemokraten „Ahnungslosigkeit" vorzuwerfen, vgl. etwa Peter Reinelt, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980—1984, Protokollbd. 6, 70. Sitzung vom 23.06.1983, S. 5606.

35 Eike Wolgast: Die Universität Heidelberg 1386—1986, Berlin 1986, S. 184.

36 Helmut Engler: Was sollen die Hochschulen tun, wenn die Studentenzahlen zurückgehen, in: Leibinger/Sund, Zwischenbilanz (wie Anm. 33), S. 59—64, hier S. 60.

37 Engler, Ein neues Ministerium (wie Anm. 8), S. 16.

38 Peter Reinelt (wie Anm. 34). Englers Lavieren ist hierbei wörtlich zu nehmen: Oft bemühte sich Engler, beide Argumentationslinien in einem einzigen Satz zu verbauen, etwa: „Das Ansehen eines Landes als Kulturstaat hängt wesentlich von der

akademischen Zukunft verkünden: So hänge die „Weiterentwicklung unserer Gesellschaft“[39] ebenso wie

> die Sicherung der bestehenden und die Schaffung weiterer Arbeitsplätze in Baden-Württemberg […] entscheidend von der Leistungsfähigkeit und Effizienz der Grundlagenforschung und der anwendungsorientierten Forschung im naturwissenschaftlich-technischen Bereich ab[40],

weswegen „der raschen Umsetzung des in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen vorhandenen Wissens in die Wirtschaft […] daher eine herausragende Bedeutung“[41] zukomme.

Somit lässt sich von einer einheitlichen bildungspolitischen Ära Späth sprechen, die von der Auftrennung des gesamtkonzeptionellen Kultusministeriums unter Wilhelm Hahn, dem Rücktritt Hans Filbingers und der anschließenden Wahl Lothars Späths zum Ministerpräsidenten 1978 bis zu dessen Demission 1991 reicht. Unter Erwin Teufel wurde die Bildungspolitik wieder zurück in „traditionellere“ Bahnen gelenkt, ohne jedoch Späths Impulse zu revidieren. Im Folgenden sollen diese anhand der drei Bildungsressorts Hochschulpolitik, Schulpolitik sowie Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik nachvollzogen werden.

Hochschulpolitik – zwischen Konsolidierung, Legitimationskrise und Aufbruchsstimmung

Die hochschulpolitischen „langen“ 1980er Jahre nehmen in der Rückschau eine transformative Scharnierfunktion ein: Auf der einen Seite standen sie noch unter dem Einfluss der stratifizierenden Verrechtlichung der 1970er

---

breiten Vielfalt der in ihm gepflegten Wissenschaften ab […]. Insbesondere muss das Verhältnis von geisteswissenschaftlicher Förderung einerseits und von technik- und naturwissenschaftlicher Förderung andererseits ausgewogen sein. Diese Notwendigkeit ergibt sich schon daraus, dass die im Grundgesetz verankerte Garantie der freien Entfaltung der Persönlichkeit des Einzelnen den Staat verpflichtet, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass jeder seine individuellen […] Neigungen und Begabungen, aber auch seine beruflichen Interessen möglichst weitgehend verwirklichen kann.“ Vgl. Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg: Bericht zum Staatshaushaltsplan für 1985 und 1986, Stuttgart 1984, S. 1.

39 Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg: Geschäftsbericht zum Staatshaushaltsplan für 1981 und 1982, Stuttgart 1980, S. 1.

40 Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg: Geschäftsbericht zum Staatshaushaltsplan für 1983 und 1984, Stuttgart 1982, S. 65.

41 Bericht zum Staatshaushaltsplan 1985 und 1986 (wie Anm. 38), S. 5 f.

Jahre[42] — so etwa in Form des 1972 gefällten Numerus-Clausus-Urteils, der Novelle des Hochschulgesetzes 1973 und der damit einhergehenden Festigung der Ordinarienmajorität, dem Hochschulrahmengesetz mit der Grundordnungspflicht 1976 und der Errichtung der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS), dem „Öffnungsbeschluss" der Länder 1977 sowie dem Universitätsgesetz Baden-Württemberg im Jahre 1978 mit dem Verbot der Verfassten Studierendenschaft — und darbten dabei wahrer Zukunftsperspektiven. Eine wachsende Bürokratie sowie ausufernde Gremienarbeit im Lichte der sich rasch abwechselnden Rechtsgrundlagen ließen die Hochschulautonomie lediglich als „Mängelverwaltung" dahinsiechen.[43] Gleichzeitig befand sich die deutsche Universität in einer veritablen Legitimationskrise: In Gesellschaft und Politik waren die Exzesse der späten 1960er Jahre („68")[44] noch allzu präsent, insbesondere die alleinregierenden Christdemokraten sprachen im Zuge der Auflösung der Verfassten Studentenschaft von einem „Krebsgeschwür, […] dessen Metastasen nicht mehr unter Kontrolle zu halten gewesen wären".[45] Obgleich die Zeiten akuter Politisierung vorbei zu sein schienen, lebte das Gespenst einer erneuten „Überideologisierung"[46] weiter. Das zeitgenössisch kanonisiert geäußerte Krisenbewusstsein zur Lage der Hochschulen, die als Ergebnis ihrer enormen Expansion entstandenen großen Belastungen des Landeshaushalts sowie die allgemein als wenig praktikabel empfundenen Ergebnisse von Forschung und Lehre taten dem Reputationsschaden ein Übriges.[47]

42 Zur Universität der 1970er Jahre vgl. Alt, Exzellent (wie Anm. 4), S. 29—38; Stolle, Universitäten (wie Anm. 4), S. 120—141; Paulus, „Konservativ und fortschrittlich zugleich" (wie Anm. 2).

43 Walter Rüegg/Jan Sadlak: Die Hochschulträger, in: Walter Rüegg (Hrsg.): Geschichte der Universität in Europa, Bd. IV: Vom Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des 20. Jahrhunderts, München 2010, S. 79—120, hier S. 111.

44 Vgl. Philipp Gassert: Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018, S. 102—130.

45 Klaus von Trotha, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 7. Wahlperiode 1976—1980, Protokollbd. 4, 65. Sitzung vom 06.12.1978, S. 4250.

46 Wilhelm Hahn, in: ebd., S. 4266.

47 Zur prekären Situation der Universitäten vgl. zeitgenössisch Oehler, Hochschulentwicklung (wie Anm. 4), S. 233—244 sowie Peter Glotz: Im Kern verrottet. Fünf vor Zwölf an Deutschlands Universitäten, Stuttgart 1996. Ansonsten Mitchell G. Ash: Unification in German Higher Education. „Renewal" or the Importation of Crisis, in: Ash, German Universities (wie Anm. 4), S. 84—89; Jarausch, Humboldt Syndrome (wie Anm. 4), S. 44—49; Alt, Exzellent (wie Anm. 4), S. 37—39.



Im Herbst 1977 wird in Baden-Württemberg das Hochschulgesetz beraten. Ministerpräsident Hans Filbinger (l.) und Kultusminister Wilhelm Hahn (r.) versuchen mit einem Flugblatt, Studierende der Universität Karlsruhe von geplanten Protesten gegen das neue Gesetz abzubringen.

Auf der anderen Seite erlebten die 1980er Jahre eine Vielzahl punktueller Besserungsinitiativen, von denen einigen später der Einzug in den Instrumentenkasten der „ökonomischen" oder „neoliberalen" Universität gelingen sollte.[48] Die Orientierung an den Bedürfnissen der Industrie, Wirtschaft und des Arbeitsmarktes führte zu einer ersten profilierenden Schwerpunktbildung der Universitäten, welche gemäß dem bildungsutilitaristischen Paradigma Späths „zuvörderst um Zukunft und Technologien als Schlüssel einer neuen Weltordnung"[49] kreiste. Dieser Nützlichkeitspriorisierung hatten

48 Zur neoliberalen Universität vgl. Alt, Exzellent (wie Anm. 4), S. 48—74; Alexander Mayer: Universitäten im Wettbewerb. Deutschland von den 1980er Jahren bis zur Exzellenzinitiative, Stuttgart 2019; Fabian Waßer: Von der „Universitätsfabrik" zur „Entrepreneurial University". Konkurrenz unter deutschen Universitäten von der Spätaufklärung bis in die 1980er Jahre, Stuttgart 2020, S. 236—287. Kritisch dazu Antonio Loprieno: Die entzauberte Universität. Europäische Hochschulen zwischen lokaler Trägerschaft und globaler Wissenschaft, Wien 2016.

49 Schrode, Erlebte Politik (wie Anm. 7), S. 155.

sich auch die als „Diskussionswissenschaften“[50] diffamierten Geisteswissenschaften unterzuordnen. Späths Praxisorientierung führte also indirekt ebenso zu inneruniversitären Fakultätshierarchien. Während Wirtschaftskooperation und die politische Fokussierung auf verwertbare Forschungsresultate, welche sich wiederum von universitärer Seite durch Förderprogramme vergolden ließen, zu zarten Erprobungen wissenschaftlichen Wettbewerbs um „Drittmittel“ führten,[51] steckte die inneruniversitäre „digitale“ sowie die außeruniversitäre „internationale“ Vernetzung noch in den Kinderschuhen. Diese Ambivalenz drückt sich auch in den nach Fallbeispielen differierenden Resümees über den bildungspolitischen Charakter der 1980er Jahre aus: Während an der Universität Freiburg noch 1987 „in vieler Hinsicht Stagnation“[52] herrschte, seien „die späte Ära Späth […] fette Jahre für die Universität Mannheim gewesen“.[53] Das Niedergangsempfinden der altehrwürdigen Alberto-Ludovicina gegen den Fortschrittsoptimismus der aufstrebenden Wirtschaftsuniversität in der Kurpfalz mögen an dieser Stelle die schwer zu beurteilende Zerrissenheit der 1980er Jahre nur schlaglichtartig beleuchten.

Wachstum, Sparzwang und Diversifizierung

Insgesamt lässt sich ein massives, jedoch nicht mehr unkontrolliertes Wachstum der Hochschulen für diese Zeit konstatieren. Besuchten Anfang der 1970er Jahre noch 91 222 Studierende die Hochschulen in Baden-Württemberg, stieg deren Zahl bis zur Aufteilung des Kultusministeriums 1978 bereits

50 So Späth über die Geisteswissenschaften, vgl. Schrode, Erlebte Politik (wie Anm. 7), S. 155 f.; Fritz Kuhn: High-Tech — der Schleichweg ins Paradies, in: Filmer/Schwan, Späth (wie Anm. 12), S. 236—239, hier S. 238; Prinzing, Späth (wie Anm. 5), S. 171.

51 Zum universitären Wettbewerb vgl. Waßer, Von der Universitätsfabrik (wie Anm. 48); Mayer, Universitäten im Wettbewerb (wie Anm. 48); Margit Szöllösi-Janze: „Der Geist des Wettbewerbs ist aus der Flasche“. Der Exzellenzwettbewerb zwischen den deutschen Universitäten in historischer Perspektive, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte 14 (2011), S. 49—71.

52 Christoph Rüchardt: Die Gründung der Fakultät für Angewandte Wissenschaften, in: Bernd Martin (Hrsg.): 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Bd. 3: Von der badischen Landesuniversität zur Hochschule des 21. Jahrhunderts, Freiburg 2007, S. 740—749, hier S. 740 f.

53 Philipp Gassert: Im Zeichen von Strukturreformen und Profilschärfung: Die Universität Mannheim seit den 1990er Jahren, in: Borgstedt/Eichfelder/Gassert, Universität für die Gesellschaft (wie Anm. 3), S. 84.

auf 139 212, um schließlich im Laufe des Beobachtungszeitraums bis 1991 auf 220 993 anzuwachsen — eine Expansion um 142 Prozent in gerade einmal zwei Dekaden.[54] Während die Universitäten ihre Kapazitäten von 1970 (61 526) über 1978 (94 198) bis 1991 (151 135) um insgesamt 146 Prozent, aber mit abnehmender Geschwindigkeit ausbauten, waren es vor allem die anderen Zweige des sich diversifizierenden tertiären Bildungssystems, die sich rasend multiplizierten: Die Fachhochschulen vervierfachten sich von 12 712 (1970) auf 52 031 Studierende (1991), die Kunsthochschulen wuchsen im selben Zeitraum bedächtig von 2520 (1970) auf 3949 (1991), die Berufsakademien dagegen — erst 1974 aus der Taufe gehoben — explodierten von 1975 (429 Studierende) bis 1991 (12 025) um den Faktor 28! Lediglich die Pädagogischen Hochschulen mussten der sinkenden Schülerzahl und der damit verbundenen abnehmenden Nachfrage nach Lehrkräften Tribut zollen. So halbierten sich ihre Studierendenquoten zwischenzeitlich von 17 904 (1978) auf nur noch 7378 im Jahr 1987, wobei sich bis 1991 (13 818) eine leichte Erholung bemerkbar machte, welche jedoch die Schließung der Pädagogischen Hochschulen in Lörrach, Esslingen und Reutlingen nicht mehr abwenden konnte.[55]

Mit diesem nach wie vor raschen Expansionstempo konnte die Finanzierung der Hochschulen nicht mithalten. Zwar stiegen sowohl der Gesamthaushalt des Wissenschaftsministeriums — das damit jedoch auch die Kunst- und Kulturressorts bedienen musste — ebenso wie das Budget für die Universitäten von circa 2,8 Milliarden DM im Jahr 1979 (davon 1,6 Milliarden DM für Wissenschaft und Forschung) auf 4,7 Milliarden DM im Jahr 1991 (3,3 Milliarden für Wissenschaft und Forschung) in absoluten Zahlen deutlich an. Diese Beträge richteten allerdings immer weniger aus: So sank der Anteil des Wissenschaftsministeriums am Gesamtstaatshaushaltsplan von 11,35 Prozent (1979) auf zwischenzeitlich 9,45 Prozent (1985). Obgleich dies im Ländervergleich noch ein Spitzenplatz war, musste Baden-Württemberg aus diesen Mitteln auch ein entsprechend umfangreiches Hochschulsystem finanzieren, welches zunehmend unter Mangelerscheinungen zu leiden hatte.[56] So sanken die Haushaltsmittel pro Universitätsstudent von kaufkraftbereinigten

54 Alle Zahlen im Folgenden sind den Geschäftsberichten zum Staatshaushaltsplan des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg entnommen. Bei differierenden Zahlen wurden die jüngeren Veröffentlichungen vorgezogen.

55 Zur Geschichte der nicht-universitären Hochschulen in Baden-Württemberg vgl. Stolle, Universitäten (wie Anm. 4), S. 149—198.

56 In den Zahlen sind die Budgets für die Universitätsklinika nicht miteingerechnet.

21 000 DM (1970)[57] binnen einer Dekade auf 16 334 DM (1979, ohne Kaufkraftbereinigung 12 281 DM) und verblieben bis 1991 auf niedrigen 14 552 DM (ohne Kaufkraftbereinigung 15 318 DM). Hierdurch verschlechterte sich die Betreuungssituation drastisch, sodass auf eine Personalstelle in Forschung und Lehre 1978 noch 13,1 Studierende, 1985 jedoch schon 19,7 Studierende kamen. Bis 1989 sank dieser Wert nur marginal auf 19,3.[58] In Tübingen kamen 1989 auf einen Professor bereits 120 Studierende (1980: 93),[59] die Universität Karlsruhe hatte teilweise mit Überlastquoten von 230 Prozent zu kämpfen, die Betriebswirtschaft an der Universität Mannheim mit 224 Prozent.[60]

Die Folgen dieses Missverhältnisses waren verlängerte Studienzeiten, was wiederum zu noch volleren Hörsälen führte. Die soziale Lage der Studierenden spitzte sich allerorts zu: Es fehlte an Wohnraum, Mensen und Betreuungsangeboten wie Tutorien. Die in den 1960er Jahren oftmals eiligst hochgezogenen Campusbauten verfielen rascher als ihre Restauration folgen konnte. Hatte man das Studium trotz aller Widrigkeiten erfolgreich beendet, stellte sich die Diskrepanz zwischen Arbeitsmarktnachfrage und Akademikerangebot als so gravierend heraus, dass Anfang der 1980er Jahre ein Überangebot von fast zwanzig Prozent an Lehrkräften und von fünfzig Prozent ausgerechnet an Ingenieuren prognostiziert wurde.[61] Weder die zunehmend anlaufenden Drittmitteleinwerbungen der Hochschulen (von 224,5 Millionen DM im Jahr 1979 auf 518,9 Millionen DM im Jahr 1989) noch der den Späth'schen Durchhalteparolen („Baden-Württemberg schwimmt in Liquidi-

57 Ash, Unification (wie Anm. 47), S. 86, zitiert diesen Wert für die Hochschulen der gesamten Bundesrepublik nach Paul Windolf: Die Expansion der Universitäten 1870 – 1985. Ein internationaler Vergleich, Stuttgart 1990, S. 237. In Baden-Württemberg betrug das Universitätsbudget pro Student bzw. Studentin im Jahr 1970 9757 DM, was kaufkraftbereinigt ungefähr 20 197 DM im Jahr 2024 entspricht.

58 Vgl. Die Geschäftsberichte von 1980, S. 153 sowie 1991, S. 105.

59 Vgl. Wolfgang E. J. Weber: Geschichte der europäischen Universität, Stuttgart 2002, S. 181.

60 Ministerium für Wissenschaft und Kultur: Baden-Württemberg, Bericht zum Staatshaushaltsplan für 1989 und 1990, Stuttgart 1988, S. 52 sowie Bericht zum Staatshaushaltsplan 1983 und 1984, S. 94.

61 Vgl. Bericht zum Staatshaushaltsplan 1980, S. 4 f. sowie Gerhard Schaaf: Bildungspolitik im Gezeitenwechsel. Auswirkungen der Geburtenwelle, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 90 – 108. So waren 1984/85 bereits 3600 arbeitslose Lehrkräfte über alle Schularten hinweg gemeldet, die mit Maßnahmen wie freiwilliger Teilzeitbeschäftigung bereits angestellter Lehrkräfte sowie Umschulungsaktionen in den Arbeitsbetrieb integriert werden sollten, vgl. ebd., S. 105.

tät!“[62]) trotzende Landeshaushalt vermochten die Mittel für eine grundlegende Reform des Hochschulsystems bereitzustellen. Die meisten bildungspolitischen Investitionen erfolgten zunächst auf Kredit, die Staatsschulden verdoppelten sich von 18 Milliarden DM (1980) auf 37 Milliarden DM (1990).[63] Mit dem Erreichen ihrer vollständigen Entfaltung begrub die Massenuniversität der 1980er Jahre endgültig die hochtrabende Reformeuphorie der vorherigen Jahrzehnte, seien es die Gesamtbildungspläne, die Utopien einer demokratisierten Gruppenuniversität oder die klandestine Hoffnung auf eine Restitution des Humboldt'schen Bildungsideals.

Auftakt zum Aufbruch: Forschungsprimus und Bildungsutilitarismus

Angesichts dessen verwundert es nicht, dass Wissenschaftsminister Engler gleich zu Beginn seiner Amtszeit „nach dieser Periode stürmischer Expansion und ständiger Strukturveränderungen […] nun eine Phase der Konsolidierung und der Organisationsruhe“ verkündete.[64] Es gelte daher, das „vertrauensvolle Klima partnerschaftlicher Zusammenarbeit zurückzugewinnen“, damit es den Hochschulen gelinge, „ihre Funktion in der Gesellschaft und für die Gesellschaft wieder deutlicher bewusst zu machen“ und das „Vertrauen der Öffentlichkeit in die Hochschulen als erfolgreiche Lehr- und Forschungseinrichtungen zu festigen“.[65] Die neuen Maximen der Hochschulpolitik lauteten fortan Priorisierung und Utilitarisierung. Sie sollten im Verbund mit punktuellen Soforthilfen die Lage entspannen; Investitionen wurden also nach Nützlichkeit und Notwendigkeit hierarchisiert. Um die Universitäten zu entlasten, wurde das tertiäre Bildungsangebot weiter diversifiziert, vor allem Fachhochschulen und Berufsakademien sollten Studienzeiten verkürzen und technisierte, der Arbeitsmarktnachfrage entsprechende Fachkräfte ausbilden. Hierzu verzichtete der Gesetzgeber in der dritten Novellierung des Hochschulrahmengesetzes 1985 explizit auf eine Hierarchisierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen. Die Berufsakademien wurden 1982 als Regeleinrichtungen im tertiären Bildungsbereich verankert

62 Filmer/Schwan, Späth (wie Anm. 12), S. 171.

63 Vgl. Matz, Kleine Geschichte (wie Anm. 6), S. 152–153; Schnabel, Geschichte (wie Anm. 6), S. 260–261. Dagegen Prinzing, Späth (wie Anm. 5), S. 162, mit dem Argument, in relativen prozentualen Maßstäben habe Späth gar weniger Neuverschuldung verursacht als die Ära Filbinger.

64 Bericht zum Staatshaushaltsplan 1980, S. 2.

65 Ebd., S. 1.

und 1989 den Fachhochschulen gleichgestellt. Die Pädagogischen Hochschulen erhielten 1987 gar das ungeteilte Promotionsrecht.[66]



Von 1978 bis 1991 ist Helmut Engler Minister für Wissenschaft und Kunst in Baden-Württemberg. Das Foto zeigt ihn bei seiner Vereidigung im Landtag am 6. Juni 1984.

An den Universitäten selbst folgte eine zweite Gründungsoffensive im technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Bereich: Die Universität Ulm erhielt 1988 eine Fakultät für Ingenieurswissenschaften und Informatik, Freiburg folgte 1989 mit der Fakultät für Angewandte Wissenschaften, Mannheim 1990 mit der Technischen Fakultät (Wirtschaftsinformatik existierte dort bereits seit 1983), Tübingen 1991 mit der Fakultät für Informatik. An der Ruperto-Carola Heidelberg entstand 1985 in Zusammenarbeit mit der BASF die Fakultät für Molekulare Biologie; Stuttgart setzte Schwerpunkte in der Biotechnologie (1987) sowie der Energie-, Fertigungs- und Lasertechnik; der Aufbau des Wissenschaftlichen Zentrum für Landwirtschaft in den Tropen und Subtropen in Hohenheim (1980) oder die Lehrstühle für Japanologie an den altehrwürdigen Universitäten Heidelberg und Tübingen rundeten das Angebot ab.[67]

66 Stolle, Universitäten (wie Anm. 4), S. 22 f.

67 Die hier genannten Beispiele können nur einen kleinen Ausschnitt der fakultativen wie disziplinären Entwicklung der Universitäten in den 1980er Jahren auf-

„In präsumtiv wirtschaftsrelevanten Feldern“,[68] so der Bericht der 1982 eingesetzten Landesforschungskommission, sollte die Spitzenforschung im Sinne verbesserter Forschungsförderung und vereinfachten Technologietransfers in Kooperation mit Wirtschaft und Industrie in separate Forschungsinstitute ausgelagert werden — das Forschungsinstitut für angewandte Wissensverarbeitung in Ulm (zusammen mit Siemens, Nixdorf und IBM)[69] oder das Stuttgarter Institut für Mikroelektronik (mit Daimler-Benz, IBM, SEL und Siemens) seien hier beispielhaft angeführt. Während an zahlreichen Hochschulen Transferzentren und Beratungsstellen zur Wirtschaftskooperation entstanden und diese 1984 in Form der Technologiefabrik Karlsruhe sowie ein Jahr später dem Technologiezentrum Konstanz im großen Stil institutionalisiert wurden, thronte die Verwirklichung der „Wissenschaftsstadt Ulm“ als Manifestation der Späth’schen Bildungsvorstellungen über allem.[70] Bis Ende der 1980er Jahre hatte sich Baden-Württemberg zum Forschungsprimus der deutschen Länder gemausert, heimste ein Viertel aller Fördermittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein, beherbergte ein Viertel aller Max-Planck-Institute, fast die Hälfte aller Fraunhofer-Institute sowie ein Drittel aller Sonderforschungsbereiche.[71] Die Erforschung industriell verwertbarer technischer Innovationen entwickelte sich rasch zum Zugpferd der baden-württembergischen Bildungsbilanz.

Andere Problemfelder boten dagegen die Chance für punktuelle Reform- und Sanierungspakete: Der universitären Legitimationskrise wurde mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und Presseoffensiven begegnet. Zusätzlich sollten diverse Maßnahmen die Universitäten gegenüber der Gesellschaft „öffnen“, was beispielsweise mit der Einführung des Seniorenstudiums 1983 in

zeigen. Eine umfassendere Aufstellung würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen. Resümierend lässt sich zweifellos ein deutliches Übergewicht an technischen (v. a. Informatik, Biotechnologie und Mechanik) und wirtschaftswissenschaftlichen (v. a. in Verbund mit regionalspezifischer Exportindustrie) Studiengängen konstatieren: Neugründungen wie der Lehrstuhl für Gerontologie in Heidelberg oder für Hethitologie in Konstanz waren absolute Ausnahmen und dienten in erster Linie der Abrundung des lokalen Fächerangebots oder als Ausgleichsleistung im Sinne des universitären Regionalproporzes.

68 Forschungskommission Baden-Württemberg: Abschlussbericht, 2. Aufl., Stuttgart 1983, S. 24.

69 Hepach, Die Universität Ulm (wie Anm. 6), S. 88—90.

70 Ebd., S. 76—105.

71 Vgl. den Bericht zum Staatshaushaltsplan 1991, S. 125—127 sowie Helmut Engler: Zehn Jahre Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg. Bilanz und Perspektiven, Stuttgart 1988, S. 9.

Mannheim und 1986 in Ulm umgesetzt wurde.[72] Millionenschwere Bauprogramme sollten den infrastrukturellen Verfall der Hochschulen stoppen und den Bau von Mensen und Studentenwohnheimen ermöglichen. Weitere Mittel an die Studentenwerke sicherten etwa Tutorienprogramme oder die psychologische Betreuung der Studentenschaft. Durch das Fiebiger-Programm schuf das Land 200 neue Professorenstellen, verbesserte das Betreuungsverhältnis und kreierte simultan neue berufliche Perspektiven für den akademischen Nachwuchs. Die Hochschulsonderprogramme I und II sowie das sogenannte Monrepos-Programm läuteten dann Anfang der 1990er Jahre die Zeit erneuter bildungspolitischer Großreformen ein.

Parallel drückte auch eine ideelle Reform den bildungspolitischen 1980er Jahren ihren Stempel auf: Die Zeiten universaler Charakter-, Persönlichkeits- und Allgemeinbildung an der deutschen Hochschule waren nun endgültig passé, die quantitative Diskrepanz zwischen Professoren und Scholaren ließ eine solche erst gar nicht mehr zu. Während Forschung und Lehre fortan nicht nur arbeitsökonomisch, sondern immer öfter auch institutionell getrennt waren, wehrten sich die Hochschulen vergebens gegen staatlichen Dirigismus und weitere Einschnitte ihrer Autonomie: „Durch die Probleme, vor die sich die moderne Massenuniversität gestellt sah und die mit den herkömmlichen Methoden nicht zu bewältigen waren, hatte die Staatsverwaltung eine bisher nie gekannte Einwirkungsmöglichkeit auf die Hochschulen erhalten."[73] Zwar wurde der Name Humboldt allerseits bemüht, „der Gottvater der Hochschulpolitik"[74] saß jedoch längst im Staatsministerium und hieß Lothar Späth.[75]

72 Zum Beispiel Mannheim, vgl. Joshua Haberkern: Die Universität als Marke: Öffentlichkeitsarbeit, in: Borgstedt/Eichfelder/Gassert, Universität für die Gesellschaft (wie Anm. 3), S. 249–252.

73 Wolgast, Die Universität Heidelberg (wie Anm. 35), S. 180. Vgl. auch Eberhard Böning: Wachstum oder Konzentration. Zu den Existenzsorgen unserer Universitäten, in: Leibinger/Sund, Zwischenbilanz (wie Anm. 33), S. 3–12, hier S. 8–11.

74 Friedrich Bergmann, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984–1988, Protokollbd. 6, 61. Sitzung vom 09.12.1986, S. 4988. Im kompletten Wortlaut wird auch die oppositionelle Rezeption der Späth'schen Hochschulpolitik deutlich: „Er hat insofern recht, als der Gottvater der Hochschulpolitik im Staatsministerium sitzt, ein Messias bei der CDU weit und breit nicht zu sehen ist und der amtierende Wissenschaftsminister über die Rolle des Jüngers nicht hinausgewachsen ist."

75 Diese Diskrepanz zwischen zeitgenössischer Rhetorik und realpolitischer Wirklichkeit wurde von Konrad Jarausch „Humboldt-Syndrom" getauft, vgl. Jarausch, The Humboldt Syndrome (wie Anm. 4), S. 47–49, womit er auch die kanonisierte

Ein neoliberaler Lothar Späth?

Dennoch wäre es falsch, Späth als einen Totengräber des Humboldt'schen Bildungsideals oder als einen Herold des Neoliberalismus zu brandmarken. Vermutlich hätte das dogmatische Beharren auf verstaubten Meisternarrativen tatsächlich wenig bewirken können, denn schließlich war die Massenuniversität manifest geworden und das „Bürgerrecht auf Bildung" unwiederbringlich im Bewusstsein der Gesellschaft verankert. Einen Weg zurück zur elitären Meisterbildung gab es schlicht nicht. Zum anderen handelte Späth — entgegen seiner sonstigen Herangehensweise — ausgerechnet in der Bildungspolitik nicht im klassisch neoliberalen Sinne. Sicherlich waren mit der schwerpunktbildenden Profilierung der Hochschule, der praxisnahen und arbeitsmarktbestimmten Wirtschaftskooperation, der Nutzwertorientierung von Wissenschaft sowie der generellen Ökonomisierung der Universität Elemente einer „neoliberalen Revision"[76] gegeben, doch Späth misstraute einem freien „Bildungsmarkt" zutiefst.[77] Ihm lag es weder an bildungspolitischer Dezentralität noch an wahrer Entscheidungsautonomie der Universitäten. Die Hochschulen sollten nicht auf einem offenen Markt mit den besten Konzepten konkurrieren, sondern auf seine Fähigkeiten als Manager, Netzwerker und Geschäftemacher vertrauen.[78] Bei der Umsetzung seiner Bil-

---

und dadurch inflationär entleerte „ritualization of a vision into a set of empty slogans such as ‚loneliness and freedom' that no longer inspire in practice" miteinbezieht. Zur rhetorischen Omnipräsenz des Humboldt'schen Bildungsideals vgl. ferner Sylvia Paletschek: Die Erfindung der Humboldt'schen Universität. Die Konstruktion der deutschen Universitätsidee in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Historische Anthropologie 10 (2002), S. 183—205; sowie Alt, Exzellent (wie Anm. 4), S. 75—90.

76 Alt, Exzellent (wie Anm. 4), S. 48.

77 Vgl. hierzu das Fazit des FDP-Landespolitikers Hinrich Enderlein: „Lothar Späth ist kein Liberaler, und er sieht das wohl selbst auch so. Toleranz, Minderheitenschutz, Dezentralität, Autonomie demokratisch legitimierter öffentlicher Einrichtungen […], man muss solche liberalen Essentials nur einmal konkret benennen, um zu sehen, dass sie bei Späth nicht zum Eingemachten gehören. […] Dem Markt misstraut Späth zutiefst." Zitat aus Hinrich Enderlein: Etikett: Liberal, in: Filmer/Schwan, Späth (wie Anm. 12), S. 240—243, hier S. 241. Vgl. außerdem Mayer, Universitäten im Wettbewerb (wie Anm. 48), S. 109—126, der nachweist, dass sich das hochschulpolitische Wettbewerbsparadigma erst in den 1990er Jahren flächendeckend durchsetzen konnte, da den Universitäten zuvor die notwendige Autonomie zur selbständigen Entscheidungskompetenz gefehlt hatte. Ebenso Waßer, Von der Universitätsfabrik (wie Anm. 48), S. 246—254.

78 Vgl. Schrode, Erlebte Politik (wie Anm. 7), S. 213, basierend auf der Bewertung der Späth'schen Technologiepolitik durch die Frankfurter Rundschau: „Neue Techno-

dungsprojekte griff er bis in die Feinsteuerung der Bauvorhaben ein und glich damit den dirigistischen, planwirtschaftlichen Gesamthochschulkonzepten eines Wilhelm Hahn mehr, als es zunächst den Anschein haben mag. Selbst ein solch omnipotenter und versatiler Politiker wie Lothar Späth konnte somit weder dem Erbe der Vergangenheit noch den Herausforderungen der Zukunft entgehen und musste sich den realpolitischen Tatsachen stellen.

Forschungspolitik – Wandel der Wandlungswilligen

Späths Wissenschaftsverständnis

Sowohl die Bildungspolitik als auch Wissenschaft und Forschung waren in Baden-Württemberg aufs Engste mit der Person Lothar Späths verknüpft. Für sein Ansinnen, Baden-Württemberg als zukunftsfähigen sowie national und international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort aus- und aufzubauen, waren Innovation und technologischer Fortschritt zentral. „Zukunft" lautete das Stichwort, und „Grips" war für den Ministerpräsidenten der wichtigste Rohstoff des „Ländles".[79] Dieser Rohstoff musste jedoch gewonnen und genutzt werden, womit die Forschungs- und Technologiepolitik in den Fokus der von der CDU dominierten Landespolitik geriet. Späth gab klare Ziele vor: Baden-Württemberg sollte wirtschaftlich für die Zukunft gerüstet werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Der Begriff „Spitzentechnologien" wurde zu einem Mantra dieser Zeit, in „der Erkenntnis, daß Forschungsförderung und moderne Wirtschaftsstrukturen voneinander nicht zu trennen sind, Forschung Innovation schafft, Innovationen zu Investitionen führen und ohne Investitionen eine dauerhafte Arbeitsplatzsicherung nicht möglich" sei.[80]

Hier wurden Bildung im Generellen (vor allem die Hochschulbildung) sowie Wissenschaft und Forschung im Besonderen Mittel zum Zweck einer Politik, die die unabdingbare Notwendigkeit technologischen Fortschritts und unternehmerischer Innovation propagierte. Für Späth war Forschung „zum Infrastrukturfaktor" geworden und das „Tempo der Innovation [und

logien sind Schlüssel zu einer neuen Weltordnung. Die Technologiepolitik ist das Maß aller Staatsaktionen. Der Politiker muss Zukunftsunternehmer, Mittler zwischen Forschungslabor und Investitionskapital sein."

79 Lothar Späth: Unser Baden-Württemberg, Stuttgart 1990, S. 161.

80 Horst Sund: Tonbach — Ein Symbol für die Forschungspolitik des Landes Baden-Württemberg, in: Rudolf Henn (Hrsg.): Technologie, Wachstum und Beschäftigung — Festschrift für Lothar Späth, Heidelberg 1987, S. 200—208, hier S. 201.

der Produktentwicklung] letztlich Frage“ nach „der Überlebenschance der modernen Industrieländer“.[81] So kann ein Bild seines Wissenschaftsverständnisses gezeichnet werden, in dem Wissenschaft vor allem Forschen bedeutete, und hier vorrangig als Forschung in den Disziplinen der sogenannten MINT-Fächer.[82] Die „Diskussionswissenschaften“, wie Späth unter anderem die Fächer Philosophie, Soziologie oder Erziehungswissenschaften nannte, wurden hier nicht unbedingt als Wohlstandslieferanten verstanden.[83]

In regierungsnaher Darstellung betonte man, dass der Forschung jenseits angestrebter Schwerpunkte — insbesondere den Geisteswissenschaften — in „ihrer Arbeit der gleiche Rang“ zukomme.[84] Bei der Opposition im Landtag herrschte allerdings eine andere Sicht. Die Wissenschaft leide „zunehmend unter dem hochschulpolitischen Aktionismus der Regierung Späth“ und es scheine, „man habe nur auf die Gelegenheit gewartet, den ungeliebten Geisteswissenschaften einen fürchterlichen Schlag zu versetzen“.[85] „Worthülsen“ wie „Technologietransfer“, „Innovationsförderung“ und „Produktforschung“ würden „so aufgeblasen, daß sie plötzlich wie Wunderformeln wirkten“ angesichts der „monatlichen Schreckensmeldungen vom Arbeitsmarkt“.[86] Die CDU-Fraktion erwiderte den kritischen Stimmen, dass sich die Geisteswissenschaften in ihrer „zukunftsorientierten Hochschulpolitik“ „eingebettet wissen können“, mit dem Verweis darauf, dass „nur eine auf Dauer existenzfähige Wirtschaft, die auch Steuern zahlen kann“, den Universitäten ein „wissenschaftliches Arbeiten“ ermöglichen könne.[87] Späth selbst stichelte gern gegen die akademische Zunft, der er eine gewisse Realitätsferne attestierte: Es gäbe „ja genügend Wissenschaftler“, so Späth, „die eigentlich der Meinung sind, wenn die Politik von all dem die Finger lassen würde, könnte sich automatisch sehr viel besser regeln lassen“, wenn aber „Markt und Wettbewerb alles

81 Lothar Späth: Möglichkeiten der Effizienzsteigerung des Technologietransfers: Von der Forschung zur Anwendung in kleinen und mittleren Unternehmen, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Technologietransfer in Konzeption und Praxis — Erfahrungen im Ländervergleich und Vorschläge zur Effizienzsteigerung. Veröffentlichungen des International High-Tech Forum, Basel, Nr. 3, Stuttgart 1987, S. 9—23, hier S. 9 und S. 14.

82 Vgl. hierzu Schrode, Erlebte Politik (wie Anm. 7), S. 155 f.

83 Vgl. ebd., S. 156.

84 Sund, Tonbach (wie Anm. 80), S. 202.

85 Peter Reinelt, in: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980—1984, Protokollbd. 6, 70. Sitzung vom 23.06.1983, S. 5606.

86 Ebd.

87 Martin Dorn, in: ebd., S. 5609.

richten würden, dann wäre es wohl so, daß wir uns mit dieser Frage [nach dem Warum staatlichen Eingreifens] nicht auseinandersetzen müssten".[88] In dieser Äußerung spiegelt sich vieles wider, von dem die Späth'sche Wissenschaftspolitik der 1980er Jahre in Baden-Württemberg geprägt war: eine zentralistische, vom Staatministerium in Stuttgart ausgehende Führung der Forschungspolitik, bei der universitäre sowie außeruniversitäre Forschende — zumindest partiell — vor allem als Steigbügelhalter im Dienste wirtschaftlicher Interessen verstanden wurden.[89]

Konsolidierungsphase der Zukunftsagenda

Auch wenn die Opposition den interventionistischen Ansatz der Landesregierung unter anderem als „dirigistische Forschungsplanung" bezeichnete,[90] erwies sich die Stuttgarter Leitlinie in ihrer Umsetzung weniger als Diktat, sondern vielmehr als eine landesweite Impulsgabe. Diese zielte vor allem darauf ab, in Form von Konsolidierung, Koordination, zweckgerichteter Förderung und wechselseitigem Austausch einen Schulterschluss von Wissenschaft und Wirtschaft zu ermöglichen, Synergiepunkte zu verorten, Fortschrittshemmnisse zu erkennen, Bedürfnisse zu kommunizieren und dementsprechende Reformmaßnahmen zu initiieren.

Einen der ersten Schritte stellten die jährlich im Dezember von der Landesregierung organisierten „Zukunftskongresse" dar. Von 1982 bis 1985 trafen sich unter dem Banner „Zukunftschancen eines Industrielandes" Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik hier zum gemeinsamen Austausch.[91] Diskussionsgrundlage stellten die in den Kongressen präsentierten Resultate und Einschätzungen der zuvor vom Staatsministerium einberufenen Kommissionen dar, die zu vorbestimmten Themenfeldern arbeiteten.[92] Die erste ihrer Art, die im Mai 1982 einberufene *Forschungskommission Baden-Württemberg*, sollte in ihren Inhalten bestimmend für jenes

88 Späth, Möglichkeiten der Effizienzsteigerung (wie Anm. 81), S. 9.

89 Zur dominanten Rolle der Landesregierung vgl. Weitkamp, Technologiepolitik (wie Anm. 6), S. 215 f.

90 Die Grünen im Landtag Baden-Württemberg (Hrsg.): Hochschule + Forschung, Stuttgart 1989, S. 48.

91 Zur Organisation und Zielsetzung der Zukunftskongresse vgl. Weitkamp, Technologiepolitik (wie Anm. 6), S. 200—203.

92 Zum Aufgabenbereich des Staatsministeriums, den Forschungskommissionen und der Forschungskommission Baden-Württemberg im Besonderen vgl. Weitkamp, Technologiepolitik (wie Anm. 6), S. 188—196.

Jahrzehnt sein. Aufgestellt war sie aus Vertretern von in Baden-Württemberg angesiedelten Unternehmen, den Landesuniversitäten und Großforschungsanlagen, allesamt als stimmberechtigte Mitglieder. Beratende Funktion nahmen Vertreter der Landministerien für Wissenschaft und Kunst bzw. Wirtschaft, Mittelstand und (damals noch) Verkehr, des Finanz- sowie des Staatsministeriums ein. Gestellte Aufgaben waren die Erarbeitung eines mittel- bis langfristigen Forschungskonzepts und das Sammeln von Vorschlägen zur Schaffung einer „zukunftsträchtigen Forschungsstruktur", des Weiteren eine „Verbesserung des Technologietransfers" und die Begünstigung eines „forschungsfreundlicheren Klimas" im Land.[93]



Mit welchen technologischen, wirtschafts- und handelspolitischen Maßnahmen lässt sich dem weltweiten Strukturwandel wirkungsvoll begegnen? Dies sollten mehr als 800 Experten in drei Zukunftskongressen auf Einladung des Ministerpräsidenten Lothar Späth – hier bei der Eröffnung des ersten Kongresses 1982 im Neuen Schloss in Stuttgart – darlegen.

Als Aufgaben des Landes sah die Kommission die Bestimmung und Förderung von Forschungseinrichtungen, die bedeutend für zukünftige Entwicklungen sein könnten, sowie die Verortung von Defiziten in der baden-württembergischen Forschungslandschaft und wirksamen Gegenmaßnahmen.

93 Forschungskommission Baden-Württemberg (wie Anm. 68), S. 67.

Als Schwerpunkte hinsichtlich des Innovationsbedarfs (letztendlich die beschworenen Spitzentechnologien) ermittelte die Kommission Technologien in den Bereichen Fertigung, Informatik, Werkstoffe und Energiegewinnung (letzteres aufgrund des Rohstoffstoffmangels in Baden-Württemberg als besonders relevant bewertet), Biotechnik, Mikroelektronik, Verbrennungstechnik sowie in den Bereichen Umwelt, Unterwasser, Transport und Verkehr.[94] Ein Kernpunkt der Kommissionsergebnisse war der Technologietransfer als notwendiger Nexus zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen, mit dem Ziel, durch direkten Kontakt Bedürfnisse zwischen Technologieanbietern und -abnehmern klar zu kommunizieren und die unterschiedlichen Interessenlagen zu sondieren.[95] Hierdurch erhoffte man sich eine Attraktivitätssteigerung der regionalen Forschungsstruktur, in der Innovationstechnologien nicht nur an die *Big Player* etablierter Branchen, sondern auch an kleinere Randunternehmen vermittelt werden sollten, die meist über keine unternehmenseigene Forschung verfügten und sich aktueller Entwicklungen nicht bewusst waren.[96] Den Hochschulen kam hier eine Rolle in der Unternehmensberatung zu, denn entsprechende Informationszentren waren in disziplinär spezifisch ausgerichteten Fachhochschulen bereits eingerichtet und von der Kommission als praxisnah eingeschätzt worden, während man zugleich an den Universitäten und auch den Großforschungsanlagen Nachholbedarf sah.[97]

Durch gezielte Fördermaßnahmen sollte Abhilfe geschaffen werden.[98] So plädierte die Kommission unter anderem dafür, industrielle Forschungsverbünde sowie Kooperationen von Großforschungseinrichtungen und Industrie in den Förderungskatalog des Landes aufzunehmen. Darüber hinaus sollten Anreize für industrielle Gemeinschaftsforschung geschaffen werden, Hand in Hand mit Subventionen und Vergünstigungen für Anwender neuer Technologien. Als notwendig erachtete man auch einen verstärkten Wissenstransfer in Form personellen Austausches zwischen den Hochschulen, den außerhochschulischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen, wobei man der Schaffung von verbesserten Rahmenbedingungen für berufliche Weiterqualifikationen eine bedeutende Rolle zumaß. Während die Kommis-

94 Vgl. hierzu ebd., S. 59 f.

95 Vgl. zum Technologietransfer Weitkamp, Technologiepolitik (wie Anm. 6), S. 193 – 195.

96 Vgl. hierzu Forschungskommission Baden-Württemberg (wie Anm. 68), S. 31.

97 Vgl. ebd., S. 29.

98 Vgl. zu den Vorschlägen der Kommission Weitkamp, Technologiepolitik (wie Anm. 6), S. 194 – 196.

sion davon absah, eine profunde Tiefenbohrung zur genauen Situation der Hochschulen vorzunehmen, stellte man doch Reformbedarf für jene fest, die vor allem zugunsten der technologierelevanten Disziplinen gehen sollten:[99] Die Entscheidungskompetenz für Stellenumformungen sollte vom Senat weg an den Verwaltungsrat gehen. Das Gleiche galt für die Verteilungskompetenz von Haushaltmitteln für Forschung und Lehre. Der zentrale Stellenpool des Wissenschaftsministeriums sollte Mittelerhöhungen primär zur Leistungsförderung im naturwissenschaftlich-technischen Bereich erhalten. Die Einwerbung von Drittmitteln galt es zu erleichtern, wobei man den Bedingungen der Förderungsträger größere Priorität einräumen wollte. Die Verzinsung der Mittel sollte eine effizientere Haushaltung dieser gewähren. Ganz auf der Linie Späths wurde eine Entbürokratisierung befürwortet, die den Leitenden von Forschungsprojekten freie Mitarbeiterauswahl zugesteht und die Ausschreibungspflicht bei forschungsrelevanten Anschaffungen aussetzt. Zusätzliche, nichtmonetäre Unterstützung sollten forschungsintensive Professuren in „zukunftsträchtigen Gebieten" durch eine Verminderung der Lehrverpflichtung erhalten.[100]

Neben den Zukunftskongressen und Expertenkommissionen stellten die *Tonbacher Gespräche* einen weiteren Teil der Konsolidierungsphase der Späth'schen Zukunftsagenda dar, benannt nach ihrem Tagungsort, einem Gourmetrestaurant im Schwarzwald. Diese sollten — drei an der Zahl von 1983 bis 1986 — „in der Verfolgung einer zukunftsorientierten Politik", im Austausch zwischen Landesregierung und Universitätsvertretern, „generelle Entwicklungslinien" der Landesuniversitäten, die „Finanzierung von Forschung, Chancen des wissenschaftlichen Nachwuchses, Fächerkonzentration und Perspektiven der Forschungslandschaft Baden-Württembergs bis zur Jahrtausendwende" behandeln.[101]

Tonbach I (24./25. Juni 1983) thematisierte zum einen die Verbesserung für die Universitäten besonders im Bereich der Forschung, zum anderen wurden die Hochschulen in die Pflicht genommen, den Kurs der Landesregierung zu unterstützen.[102] So wurde ihnen eine größere Freiheit in der selbständigen Findung von Forschungsschwerpunkten (im Sinne der beschworenen „Spitzentechnologien") zugesichert, aber auch das Vorhaben zukünftiger Fächerkonzentration an den einzelnen Universitäten konkretisiert. Mit dem Be-

99 Vgl. ebd., S. 196 f.

100 Forschungskommission Baden-Württemberg, Abschlussbericht (wie Anm. 93), S. 64.

101 Sund, Tonbach (wie Anm. 80), S. 200.

102 Vgl. zu „Tonbach I" ebd., S. 200—202.

schluss der „Forschungszusatzausstattung" — zukünftig vergeben von einer Arbeitsgruppe des Wissenschaftsministeriums und besetzt mit Wissenschaftlern der Landesuniversitäten — wurde ein neues Instrument staatlicher Forschungsförderung ins Leben gerufen. Mit diesem Programm förderte das Land Baden-Württemberg jährlich (Gesamtlaufzeit fünf Jahre) mit einer Summe von 30 Millionen DM von den Landesuniversitäten selbst konzipierte Forschungszentren, die fachspezifisch wie auch interdisziplinär ausgerichtet sein konnten.[103]

Tonbach II (27./28. Oktober 1984) nahm man zum Anlass, den Fortschritt der in den ersten Gesprächen hervorgehobenen Fächerkonzentrationen an den Landesuniversitäten zu überprüfen. In den rund zwei vergangenen Jahren hatte sich nun gezeigt, dass die Universitäten aufgrund der hohen Studierendenzahlen schlichtweg nicht dazu fähig waren, hier in einem gemeinsamen und landesweit abgestimmten Ansatz eine individuelle Profilierung vorzunehmen. Das nun in Tonbach gemachte Resümee sollte bestimmend für die Entwicklung der Universitäten in den folgenden Jahrzehnten sein. Man stellte ihnen frei, individuelle Wege in der disziplinären Aufstellung zu gehen und eigenverantwortlich im Rahmen staatlicher Förderung und regionaler Forschungskooperation mit Unternehmen eine Profilschärfung vorzunehmen.[104] Das oben geschilderte *Forschungsschwerpunktprogramm* stellte für die Universitäten eine Möglichkeit dar, in der Forschung weiter ein eigenes Profil zu entwickeln.

Forschung an den Hochschulen: Zwischen Technologiewende und Tradition

Ein Blick auf die Entwicklung der Landesuniversitäten in den 1980er Jahren zeigt, dass vor allem jene profitierten, die sich in die Späth'sche Zukunftsagenda einordneten und dem technologiepolitischen Kanon der Zeit eine zusätzliche Stimme verleihen konnten und auch wollten. Prominente Beispiele sind hier die Universität Ulm, die mit der um sie herum entstehenden „Wissenschaftsstadt" in den 1980er Jahren eine Erfolgsgeschichte anstieß; die Universität Karlsruhe — das heutige Karlsruher Institut für Technologie (KIT) — die unter anderem Pionierarbeit in der deutschen Informationstechnologie leistete; und die Universität Stuttgart, die sich besonders in der Erforschung der geforderten Spitzentechnologien hervortat.[105]

103 Vgl. hierzu Weitkamp, Technologiepolitik (wie Anm. 6), S. 222 f.

104 Vgl. hierzu Sund, Tonbach (wie Anm. 80), S. 203 f.

105 Zur Wissenschaftsstadt Ulm vgl. Weitkamp, Technologiepolitik (wie Anm. 6); zum KIT vgl. Klaus-Peter Hoepke: Geschichte der Fridericiana — Stationen in

Die Entstehung der „Wissenschaftsstadt Ulm“ entsprach dem Narrativ der Späth-Regierung, denn Anfang der 1980er Jahre gingen in der Region Ulm in Folge der Ölkrise rund 7500 Stellen verloren.[106] Einer der größten Arbeitgeber, das Videocolor-Werk, musste schließen. Als Folge von *Tonbach I* wurde vom *Arbeitskreis Forschung und Entwicklung* — gebildet aus Vertreterinnen und Vertretern der Universität Ulm, der Stadt Ulm, des AEG-Forschungsinstituts und der hiesigen Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammer — ein Strukturkonzept erarbeitet, das erstmals 1984 vorgelegt wurde. Ziel sollte es sein, das Kompetenzprofil der Universität in Forschung wie Lehre deutlich zu erweitern, unter anderem durch den Aufbau sechs neuer Forschungsschwerpunkte (Festkörperschichten, Ökosystemforschung, Zellbiologie, Informationsökonomie, Anwendung der Mathematik, Gesundheitsökonomie).[107] Die Forschungserkenntnisse sollten zur „Verbesserung der Standortqualität“ und somit zur „Ansiedlung von Haushalten und Betrieben“ sowie „hochschulnaher, außeruniversitärer Forschungseinrichtungen“ beitragen.[108] Unterstützt durch die industriellen Schwergewichte AEG und Daimler-Benz wurde das Anliegen der Universität Ulm schließlich 1987 auch zur „Chefsache“ Späths, der öffentlichkeitswirksam für das Vorhaben eintrat, war es doch in seinem Sinne ein Projekt *par excellence*, bei dem Wirtschaft, Wissenschaft und Politik in Kooperation traten.[109] Die „Technopolis auf dem Eselsberg“ gehört zweifellos zu den Erfolgsgeschichten der baden-württembergischen Innovationsagenda jener Zeit, die bis heute besteht. An der Universität, die nach wie vor

---

der Geschichte der Universität Karlsruhe (TH) von der Gründung 1825 bis zum Jahr 2000, Karlsruhe 2007; Joachim Hotz: Kleine Geschichte der Universität Fridericiana Karlsruhe (Technische Hochschule), Karlsruhe 1975; Dennis Nitsche: Die Gründung des Karlsruher Instituts für Technologie KIT, in: Badische Heimat 88 (2008), S. 166—175; zur Universität Stuttgart vgl. Effenberger, Lothar Späths Forschungsförderung (wie Anm. 6).

106 Vgl. hierzu Uni Ulm Intern: Wissenschaftsstadt Ulm — „Technopolis“ auf dem Eselsberg, Uni Ulm Intern — Das Ulmer Universitätsmagazin, Nr. 339/Februar 2017, S. 21.

107 Vgl. hierzu Weitkamp, Technologiepolitik (wie Anm. 6), S. 206 f.

108 Senat der Universität Ulm (Hrsg.): Entwicklungsperspektiven der Universität Ulm bis zum Jahr 2000, Denkschrift des Senats, Ulm 1986, S. 16.

109 Es sei hier das gemeinsame Spätzle-Essen vom Oberbürgermeister Ernst Ludwig und AEG-Chef Heinz Dürr erwähnt, welches gerne als Gründungsmythos der Wissenschaftsstadt bemüht wird, genauso wie ein Tennismatch zwischen Späth und Dürr oder Späths persönlicher Einsatz bei der Daimler-Benz AG für den Bau des Werkes in Rastatt; vgl. hierzu Uni Ulm Intern: Wissenschaftsstadt (wie Anm. 106), S. 21.

ihre Forschungsschwerpunkte in Technik, Medizin und den Naturwissenschaften setzt, sind heute rund 90 Unternehmen angesiedelt.[110]



Grundsteinlegung in Ulm mit (v. l. n. r.) dem Vorstandsvorsitzenden der Mercedes-Benz AG, Werner Niefer, Ministerpräsident Lothar Späth und dem Vorstandsvorsitzenden der Daimler-Benz AG, Edzard Reuter: Am 1. Juni 1990 beginnt der zweite Bauabschnitt des Forschungszentrums der Daimler-Benz AG. Gleichzeitig wird der erste Bauabschnitt eingeweiht, in dessen Räumen seit März 1990 das ehemalige AEG-Forschungsinstitut arbeitet, das nun in die Daimler-Benz-Forschung eingegliedert ist.

Die 1967 zur Universität erhobene Technische Hochschule Karlsruhe tat sich bereits früh — neben ihren Traditionsdisziplinen wie Ingenieurwesen, Architektur oder Chemie — in der Informatik hervor.[111] Gegen die Unkenrufe einiger Zeitgenossen, die in der *Computer Science* nicht mehr als einen vorübergehenden Trend aus den USA sahen, gründete man in Karlsruhe 1969 das Institut für Informatik, das sich schließlich bis 1985 zur drittgrößten Fakultät der Universität entwickelte. Mit dem Kernforschungszentrum Karlsruhe — 1956 als „Gesellschaft für Kernforschung" gegründet — vereinte man

110 Vgl. hierzu ebd., S. 23.

111 Zu den Entwicklungen der Informatik an der Universität Karlsruhe vgl. Hoepke, Fridericiana (wie Anm. 105), S. 144 f.; zu ihrer Fakultätsentwicklung ab den 1960er Jahren Hotz, Fridericiana (wie Anm. 105), S. 59 f.

mit der Informationstechnologie- und der Energieforschung bereits früh zwei der von Späth geforderten Spitzentechnologien an einem Ort.[112] Diese historische Entwicklung begünstigte in den 1980er Jahren die Gründung der „Technologiefabrik Karlsruhe", die in ihrer Idee jener der „Wissenschaftsstadt Ulm" ähnelte.[113] Auch hier gilt Späth persönlich als einer der Initiatoren, in Kooperation mit Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunalpolitik. Der Unterschied: Mit der Universität, dem Kernforschungszentrum und zahlreich angesiedelten außeruniversitären Forschungseinrichtungen (u. a. drei Fraunhofer-Institute) verfügte das „Flaggschiff unter Späths Technologiezentren" bereits im Vorfeld über eine beachtliche Forschungsinfrastruktur.[114] Die Universität Karlsruhe, die schließlich 2009 mit dem Kernforschungszentrum zum KIT fusionierte, konnte also durch eine selbstgeschaffene Pfadentwicklung in der Zukunftsagenda profitieren und sich erfolgreich profilieren, zählt sie doch heute zu den drittmittelstärksten Forschungseinrichtungen Deutschlands.[115]

Für die Universität Stuttgart waren die Ergebnisse des ersten Zukunftskongresses 1982 maßgeblich für ihre Entwicklung in den 1980er Jahren und darüber hinaus.[116] Die von der Forschungskommission Baden-Württemberg verorteten Innovationstechnologien sollten durch neue Forschungsinstitute im Südweststaat abgedeckt werden, da es an entsprechenden Fraunhofer-Instituten mangelte. Diese sollten — durch jeweils ein Drittel mit Landesmitteln, Geldern aus Industrieaufträgen und öffentlichen Forschungsmittel grundfinanziert — an die Landesuniversitäten angesiedelt werden (daher ihre Bezeichnung „An-Institute").[117] Insgesamt waren es neun an der Zahl, von denen allein Stuttgart vier für sich verbuchen konnte: das Institut für Mikroelektronik Stuttgart (IMS), das Institut für Mikroaufbautechnik (IMAT), das Zentrum Fertigungstechnik (ZFS) und (geteilt mit der Universität Ulm) das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW). Das Forschungszentrum Informatik (FZI) ging naheliegend

112 Zur Geschichte des Forschungszentrum Karlsruhe und der Entstehung des KIT vgl. Nitsche, KIT (wie Anm. 105), S. 166 f.

113 Zur Entwicklung der Technologiefabrik Karlsruhe vgl. Winfried Nowak: Die Technologiefabrik Karlsruhe — Ein Beispiel angewandter Mittelstands-, Wirtschafts- und Technologiepolitik, in: Henn, Technologie (wie Anm. 80), S. 651—659.

114 Ebd., S. 655.

115 Vgl. zur Drittmittelstärke Nitsche, KIT (wie Anm. 105), S. 166.

116 Vgl. hierzu Effenberger, Lothar Späths Forschungsförderung (wie Anm. 6), S. 17 f.

117 Vgl. zur Geschichte der Forschungsinstitute ebd., S. 18 f.

nach Karlsruhe, das Institut für Laseranwendung in der Medizin und Messtechnik (LM) an Ulm, das Naturwissenschaftliche Institut (NMI) nach Tübingen, das Institut für Mikro- und Informationstechnik (IMIT) nach Villingen-Schwenningen. Die Universität Stuttgart konnte hier deutlich punkten, was zweifellos Ergebnis ihrer Bemühungen war, dem forschungspolitischen Vorhaben der Landesregierung entgegenzukommen, wobei sich vor allem der damalige Rektor Hartmut Zwicker in der nach außen gerichteten Interessenvertretung der Universität genauso hervortat wie in der inneruniversitären, interdisziplinären Konsolidierung.[118]



Professor Ernst Lüder (l.), Leiter des Instituts für Mikroelektronik Stuttgart (IMS), stellt im September 1987 Ministerpräsident Lothar Späth die Technik für einen superflachen TV-Bildschirm vor. Der vom Stuttgarter „Bildschirm-Papst" Lüder entwickelte Flüssigkristall-Bildschirm soll etwa vierzigmal flacher sein als ein herkömmlicher Bildschirm – und er fasziniert den Landesvater Späth.

Die geschilderten Vorhaben lösten allerdings auch Kritik aus, die beispielhaft ist für den Konflikt, der um die Wissenschaftspolitik der Regierung Späth geführt wurde. Das Magazin *Der Spiegel* stellte angesichts der sich formenden

118 Vgl. hierzu ebd., S. 26 f.

„Wissenschaftsstadt Ulm“ die Frage, ob die Hochschule nun „Prinzessin oder Hure“ sei. Der Rektor hätte dem „Landesvater“ eine „lange Wunschliste in die Hand gedrückt“, die nun erfüllt wurde, und das einstige „Aschenputtel unter den Hochschulen“ des Landes würde nun in eine „Prinzessin“ verwandelt. „Wissenschaft und Industrie“ so der Vorwurf, „wollen aus einer Hochschule einen Supermarkt der Wirtschaft machen“.[119]

Die Wissenschaftsstadt polarisierte extrem. Während Wirtschaftsvertreter (wenig verwunderlich) die engere Verzahnung von Unternehmen und Hochschulforschung begrüßten — der damalige Leiter der AEG-Forschung Stefan Maslowsky sprach beispielsweise von einer „befruchtenden Nähe“ zur Universität Ulm —, wählten die Kritiker recht häufig einen harschen Tonfall. Gerd Schwandner, Hochschulexperte der baden-württembergischen Grünen, sah den Staat „zur Hure“ werdend, da die Universität ihre fähigsten Forscher an die Wirtschaft verlöre und als Folge „nur die Luschen“ behielt. Hinrich Enderlein, bildungspolitischer Sprecher der FDP, erachtete die finanzielle Beteiligung an Vorhaben der Wissenschaftsstadt als „überflüssig“, da nur allein Wirtschaftsinteressen bedient würden. Der damalige Rektor der Universität Tübingen, Adolf Theis, drohte mit seinem Rücktritt, sollte die Landesregierung versuchen, „ein derartiges Modell jemals an seiner Universität“ umzusetzen.[120] Diese trotzige Reaktion aus der traditionsreichen Universität verhinderte allerdings nicht, dass man sich in Tübingen erfolgreich um die Ansiedlung des NMI bewarb.

Eine eindeutige Einschätzung der Forschungspolitik unter Späth gestaltet sich komplex. Einige Aspekte werden jedoch klar: Auch wenn viel geklagt und entsprechende Untergangsszenarien beschworen wurden, bekamen die Geisteswissenschaften in Baden-Württemberg nicht ihr „Existenzrecht“ abgesprochen. Zweifellos: Die prominenten Förderprojekte jener Zeit waren zumeist in den Bereichen Naturwissenschaft und Technik angesiedelt. Aber die Traditionsuniversität des Humboldt’schen Bildungsideal wurde nicht völlig zu Grabe getragen. Die altehrwürdige Universität Heidelberg schaffte beispielsweise den Spagat zwischen Technologiewende und Tradition. Sie profitierte von der Gründung des „Technologieparks Heidelberg“.[121] Späths recht häufig sehr persönliches Engagement für die Umsetzung der von ihm bevorzugten Projekte und seine engen Beziehungen zur Wirtschaft können kritisch gesehen werden. Besonders bei der Besetzung von Kommissionen und

119 Vgl. für dieses und die folgenden Zitate: Der Spiegel: Hochschule — Prinzessin oder Hure?, Nr. 44 (1988).

120 Uni Ulm Intern, Wissenschaftsstadt (wie Anm. 106), S. 22.

121 Vgl. hierzu Weitkamp, Technologiepolitik (wie Anm. 6), S. 287 f.

Ausschüssen lässt sich der Vorwurf erheben, dass die Landesregierung bereits in der Konsolidierungsphase ihrer Zukunftsagenda wusste, welchen Ratschlägen sie schlussendlich folgen wollte. In der Gesamtbetrachtung wird auch deutlich, dass es sich bei den 1980er Jahren für die baden-württembergische Wissenschaftslandschaft um eine Transformationszeit handelt. Viele Entwicklungen entfalteten an den Hochschulen erst in den 1990er und auch in den 2000er Jahren ihre volle Wirkung, wofür die Universitäten in Ulm, Karlsruhe und Stuttgart sicherlich geeignete Fallbeispiele sind.

Schulpolitik – konservative Restauration und innere Reform

Es entbehrte durchaus nicht einer gewissen Symbolik, dass die gegen den energischen Widerstand des Lehrerverbandes sowie des späteren Kultusministers Gerhard Mayer-Vorfelder eingeführten zwei schulfreien Samstage pro Monat zu den ersten Amtshandlungen des neuen Ministerpräsidenten Lothar Späth gehörten.[122] „Die damit gewonnenen Erfahrungen zeigten, dass mit diesen Kürzungen ein weiterer Substanz- und Qualitätsverlust im Unterricht der Kernfächer eingetreten war“,[123] wetterte es kurz daraus aus dem rechten Flügel des Neuen Schlosses, wo es mit Einzug des rigorosen Pragmatikers Gerhard Mayer-Vorfelder „nach der produktiven Ruhe Roman Herzogs munter zu werden“[124] versprach. Späth ließ seinem medialen Scharf- und parlamentarischen Königsmacher weitestgehend freie Hand, zu groß war ihre geteilte Aversion gegenüber bürokratischen Belangen, zu fest sein Vertrauen in seinen „kampferprobten Entbürokratisierer“, von dem er sich „neue Impulse bei der Lehrplanentrümpelung und Stoffkürzung“[125] versprach.

Zumindest konzeptionell sollte Mayer-Vorfelder die in ihn gesetzten Erwartungen nicht enttäuschen: Im Rahmen des noch von seinem Vorgänger Herzog initiierten Programms „Schule und Erziehung“ führte er konsequent eine „innere Reform“[126] des Bildungswesens zu Ende, die ihren Ausgang in der von Wilhelm Hahn 1974 ausgerufenen „Tendenzwende“ genommen

122 Filmer/Schwan, Späth (wie Anm. 12), S. 169.

123 Jan Stroman: Reform der Reform. Änderung der NGO und Strukturreform 2000, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 144–157, hier S. 152.

124 Hans Pitsch: Viel Feind, viel Ehr. Bildungspolitik im kritischen Urteil der Lehrerverbände, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 351–372, hier S. 355.

125 Ebd.

126 Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg: Bericht zum Staatshaushaltsplan 1979, Stuttgart 1978, S. 1.

hatte und seither ihrer Umsetzung harrte.[127] Kern der Reform war eine neue Fokussierung auf die pädagogische Komponente des Unterrichtens, wobei dieser Primat des Erzieherischen sowohl als Reaktion auf die als postmoderne Normen- und Moralverlust verstandene Wertepluralisierung als auch als konkrete „Antwort des baden-württembergischen Kultusministeriums auf die revolutionären Umtriebe der 68er Generation, insbesondere auf die modernistische antiautoritäre Erziehung der Jugend“[128] verstanden wurde. Grund hierfür sei eine verwissenschaftlichte, überfrachtete Lehrplangestaltung und die daraus resultierende „mangelhafte erzieherische Leistung der Schule“ gewesen, welche beim Schüler „das Gefühl der Sinnleere und Sinnlosigkeit“[129] evoziert habe. Die Folge seien „steigender Alkohol- und Nikotinkonsum [sowie] die Flucht zu obskuren Sekten und radikalen Ideologien“, denn „Freiheit ohne jegliche Bindung [führe] zur Willkür, zu einer anderen Form der Despotie, weil die eigene Begrenztheit verkannt wird.“[130]

In einer bis dato zumindest in konservativen Parteien nicht bekannten Weise wurde Bildung fortan als valides Instrument staatlicher Erziehungsarbeit und gesellschaftlichen *Social Engineerings* angesehen, an dessen Ende die „Erziehung zum mündigen Bürger“[131] stand. Die Schule könne „Elternhaus und Kirche nicht ersetzen, aber sie darf junge Menschen mit ihren Fragen nach Sinn und Orientierung nicht allein lassen. Das Ziel der inneren Schulreform war […] es deshalb, den Schulalltag so zu gestalten, dass Schule nicht nur einen Zuwachs an Wissen vermittelt, sondern Erziehung zur Menschlichkeit,“[132] was Mayer-Vorfelders Staatssekretär Theo Balle infolgedessen als „Erziehung durch Unterricht“[133] zusammenfasste.

127 Hahn selbst hatte seine Tendenzwende zum Pädagogischen bereits mit seinem Schulgesetz 1976, welches das Schulverwaltungsgesetz von 1964 ersetzt hatte, teilweise realisiert. Mayer-Vorfelders Revision von 1983 führte diesen Weg fort und vertiefte die erzieherische Komponente noch weiter, vgl. Eugen Weiss: Die gemäße Schule. Um die Profilierung der Schularten, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 46—57, hier S. 49; sowie generell Klaus Fischer: Tendenzwende in der Bildungspolitik. Die Donaueschinger Rede, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 27—33.

128 Menze, Die Kultusminister (wie Anm. 5), S. 241. Zur zeitgenössischen postmodernen Gesellschaftskritik vgl. Theo Balle: Gemäß der Verfassung. Der Erziehungsauftrag der Schule, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 15—26.

129 Ebd., S. 20.

130 Ebd., S. 21.

131 Lang, Gymnasiale Bildung (wie Anm. 5), S. 158 sowie S. 179—188.

132 Erwin Teufel: Kontinuität und Wandel, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 6—8, hier S. 8.

133 Balle, Gemäß der Verfassung (wie Anm. 128), S. 18.

Konkret äußerten sich die revidierten Leitlinien der Bildungspolitik in sanften, vor allem restitutiven Maximen unterworfenen organisatorischen Kurskorrekturen, einer umfassenden und generalstabsmäßigen Lehrplanrevision sowie einer Entbürokratisierung der Bildungsadministration. Erstere basierten mitunter auf einer romantisierten Bildungsrealität, die in der Bildungsexpansion der 1960er und 1970er Jahre die Zerstörung eines dörflich-ländlichen Schulidylls ausmachte und dieses zu restaurieren versuchte. Hierzu diente das Projekt „Wohnortnahe Schule", das zum einen zur Gründung von mehr als 100 Grundschulen — vorwiegend im ländlichen Raum — führte, zum anderen die Stärkung der Hauptschulen durch frühzeitige Berufs- und Technikorientierung und damit deren erneuten Aufstieg zur „*Haupt*schule"[134] des Landes zum Ziel hatte.[135] Die Lehrkraft sollte dabei als entpolitisiertes Vorbild der Klasse voranstehen und in Schule, Vereinen und Gemeinde engagiert sein. Die Nachbarschaftsschule sollte im Dorf- und Kleinstadtleben wieder eine zentrale, identitätsstiftende Rolle übernehmen.[136]

Auch die Position der Schulleitung wurde in diesem Sinn durch Fortbildung und Auswahl von geeigneten Kandidaten sowie durch die Aufwertung aller Schulrektoren auf die Stellung eines Gymnasialdirektors professionalisiert, wobei der Schulleiter „im Interesse eines heimatbezogenen Unterrichts und aus erzieherischen Gründen die Verhältnisse seines Schulorts und diejenigen seiner Schüler kennen muss"[137] und daher vor Ort leben sollte. Die unter Wilhelm Hahn eingerichteten Modellversuche (unter ihnen die Gesamtschulen) wurden sukzessive normalisiert, Gremien zur erziehungswissenschaftlichen Politikberatung wurden aufgelöst.[138]

Die demographische Entwicklung der 1980er Jahre spielte der Bildungsvision Mayer-Vorfelders in die Karten: Während stark rückläufige Schülerzahlen die Klassengrößen schrumpfen ließen und die Schüler-Lehrer-Relation von 21,9 : 1 (1979) auf 16,9 : 1 (1989) fiel, ermöglichte das ansteigende Budget des Kultusministeriums (von 5 Milliarden DM im Jahr 1979 auf 9,965

134 Vgl. Fischer, Tendenzwende (wie Anm. 127), S. 32.

135 Vgl. ebd. S. 28—32 sowie Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg: Bericht zum Staatshaushaltsplan 1983/84, Stuttgart 1982, S. 5—8.

136 Vgl. Fischer, Tendenzwende (wie Anm. 127), S. 28—29.

137 Karl Tischer: Bester Lehrer, bester Schulleiter? Fragen bei der Schulleiterbestellung, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 214—222, hier S. 218.

138 Zur Geschichte der Gesamtschule vgl. Jan Rolf Friederichs: Schulreformen als Antwort auf gesellschaftliche Veränderungen. Die Gemeinschaftsschule im Spannungsfeld der Bildungspolitik in Baden-Württemberg, Berlin 2021, S. 33—41 und S. 88—98.



Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder eröffnet am 27. August 1986 in Ottmarsheim (Landkreis Ludwigsburg) eine sogenannte „Zwergschule". Die Grundschule war aufgrund von Schülermangel zuvor nach Bietigheim verlegt worden und ist nun eine von acht kleinen Schulen, die wieder in ihre Heimatgemeinde zurückverlegt wurden.

Milliarden DM im Jahr 1989) den weitgehenden Erhalt des Lehrerbestandes beziehungsweise gar punktuelle Ausbesserungen.[139]

Die Meisterstücke: Lehrplanrevision und Oberstufenreform

Um den pädagogischen wie administrativen Gestaltungsfreiraum von Lehrkräften und Schulleitungen zu erhöhen, sollte der legislativen „Übernormierung mit einer umfassenden Aufgabenkritik und einer Wirksamkeitskontrolle" begegnet werden, indem „perfektionistische Regelungen

139 So waren im gesamten Schulbereich des Landes im Jahr 1978/79 81 617 Lehrer und Lehrerinnen beschäftigt, wobei die Zahl bis 1991 nur auf 79 522 Lehrkräfte fiel, und das bei einem Schülerschwund von nahezu 25 Prozent (von 1 765 300 im Jahr 1979 auf 1 329 529 im Jahr 1989). Alle Zahlen aus den Berichten zum Staatshaushaltsplans des Ministeriums für Kultus und Sport aus den Jahren 1979, 1980 und 1991/1992.

beseitigt, Kompetenzen delegiert und Verwaltungsverfahren vereinfacht“[140] würden. Es brauche mehr Raum zum Üben, Wiederholen und für individuelle und pädagogische Entscheidungen, denn es könne eine „wirksame Verbesserung des erzieherischen Klimas in jeder einzelnen Schule des Landes […] nur auf Dauer erreicht werden, wenn die Persönlichkeit des Lehrers stärker in den Vordergrund gerückt“[141] und die Eigenverantwortlichkeit von Lehrkraft, Rektor und Schule allgemein gestärkt würde. Die Folge waren ein erfolgreicher Kahlschlag des bürokratischen Wustes an Verwaltungsvorschriften im Sinne der Späth’schen Vision „Bürgernähe in der Verwaltung“[142], wobei die Anzahl der schul- und bildungsspezifischen Regelungen von 3880 auf nur 212 gesenkt werden konnte.[143] Darüber hinaus kam es zu einer kompletten inhaltlichen Revision der Lehrpläne sämtlicher Bildungswege, die bis 1984 abgeschlossen wurde.[144]

Ebenjene Lehrplanrevision stellte damit das Meisterstück der erzieherischen Bildungsreform dar: Zusammengefasst „zu einer bildungspolitischen Gesamtkonzeption, in der der Erziehungsauftrag gleichberechtigt neben die Wissensvermittlung tritt“,[145] sollte die dem Hahn’schen Bildungsgesamtplan entsprungene curriculare Verwissenschaftlichung und faktenbasierte Überfrachtung des Lehrplans überkommen und gemäß den Aspekten Normen- und Werteorientierung, Profilierung der einzelnen Schularten, inhaltliche Entlastung sowie altersgemäße Verständlichkeit neu arrangiert werden.[146] Kultusminister Mayer-Vorfelder enthielt sich hierbei zumeist der inhaltlichen Redaktion, ließ jedoch bei seinen gelegentlichen Interventionen seine Vorstellungen beispielhaft durchscheinen; meist folgte dem auch die Revision im Allgemeinen. So habe der Erdkunde-Unterricht ebenso wie die Hei-

140 Ministerium für Kultus und Sport Baden-Württemberg: Bericht zum Staatshaushaltsplan 1981/82, Stuttgart 1980, S. 75 – 75a.

141 Bericht zum Staatshaushaltsplan 1983 (wie Anm. 135), S. II.

142 Ausgerechnet Mayer-Vorfelder saß dieser von Späth 1978 berufenen Kommission zur Entbürokratisierung der Verwaltung noch in seiner Zeit als Staatssekretär im Finanzministerium vor. Vgl. überdies Prinzing, Späth (wie Anm. 5), S. 152 – 154.

143 Herbert Bergold: Nicht nur Drachen. Vorschriftenbereinigung in Schule und Schulverwaltung, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 326 – 332.

144 Zur Lehrplanrevision vgl. Manfred König/Peter Pauly/Ulrich Schülke: Wertorientierung und Bildungsinhalte. Lehrplanrevision für die allgemeinbildenden Schulen, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 34 – 45 sowie Lang, Gymnasiale Bildungspolitik (wie Anm. 5), S. 152 – 162.

145 Christa Vossschulte: Primat des Erzieherischen. Neuordnung des Vorbereitungsdienstes Lehramt Gymnasium, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 230 – 235, hier S. 230.

146 Vgl. Bericht zum Staatshaushaltsplan 1981/82, S. 52 f.

matkunde der Grundschule der Maxime „Vom Nahen zum Fernen“ zu folgen und sollte „durch eine vertiefte Beschäftigung mit der Geschichte und Struktur des Heimatraumes den Schülern die eigene Standortbestimmung und Identitätsfindung erleichtern.“[147] Während die Werke Goethes und Schillers in allen weiterführenden Lehrplänen verankert werden sollten, widerfuhr dem musisch-ästhetischen Fachbereich eine signifikante Aufwertung. Die eigens vom Kultusminister erwählte Liederliste für weiterführende Schulen sollte „einen Grundbestand gemeinsamen Liedguts für alle Schüler sichern.“[148] Der Minister forderte dezidiert, „dass mal wieder gesungen wird in den Schulen.“[149] Religion wurde — ebenso wie die Musik — während der gesamten Schullaufbahn zum Pflichtfach ernannt und konnte lediglich durch das neu eingeführte Fach Ethik ersetzt werden, da „die Werte, die den christlichen Bekenntnissen gemeinsam seien und die ethischen Normen, die daraus abgeleitet würden, […] aus der gemeinsamen Vergangenheit des abendländischen Kulturkreises eine gewisse verpflichtende Kraft“[150] äußern würden.

Hieran schloss sich auch die baden-württembergische Überarbeitung der bundesweiten Oberstufenreform an, die — einer verfrühten Spezialisierung der Gymnasiasten vorbeugend — eine möglichst breite Allgemeinbildung vorschrieb und die Fächer Deutsch, Mathematik, Geschichte, Religion, Musik und Sport ebenso wie eine Fremdsprache und eine Naturwissenschaft in den Lehrplänen der Oberstufe ebenso wie in den Abiturklausuren vorschrieb.[151] Lediglich gegen die Einführung des Kurssystems wehrte sich Mayer-Vorfelder vergebens: In der gymnasialen Oberstufe wurden die Klassenverbände künftig aufgelöst. Technische und informatikwissenschaftliche Fächer wurden weitestgehend auf das berufliche Schulwesen beschränkt. Es erfolgte lediglich eine beschränkte Unterweisung im Fach „Arbeit—Wirtschaft—Technik“ in den Hauptschulen sowie im ITG-Unterricht im Rahmen der Mathematikstunden in den 9. Klassen der Realschulen und Gymnasien. Aus den Grundschulen wurden sie ebenso wie der Fremdsprachenunterricht verbannt. Diese Technikskepsis ging so weit, dass Mayer-Vorfelder noch in seiner Zeit als Finanzminister die zaghaften Versuche seiner Nachfolgerin im Kultusministerium,

147 Wolfgang Stierle: Zukunft braucht Herkunft. Die Stärkung des Geschichtsbewusstseins, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 77—82, hier S. 77.

148 König/Pauly/Schülke, Wertorientierung (wie Anm. 144), S. 43.

149 Fischer, Tendenzwende (wie Anm. 127), S. 30.

150 Balle, Gemäß der Verfassung (wie Anm. 128), S. 23.

151 Zur Reform der gymnasialen Oberstufe vgl. Stroman, Reform (wie Anm. 123), S. 144—157; Fischer, Tendenzwende (wie Anm. 127), S. 32—33 sowie generell Lang, Gymnasiale Bildungspolitik (wie Anm. 5), S. 101—139.

Marianne Schultz-Hector, das Fach Englisch sowie computergestützten Unterricht in Grundschulen einzuführen, erfolgreich durch einen Brandbrief torpedierte,[152] da „Informatik nicht zu Lasten der Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen gehen" dürfe.[153]

An den eigenen Widersprüchen gescheitert

Schlussendlich war es diese idealisierte und romantisierte Verbissenheit — von der Opposition mitunter als ewiggestrig und reaktionär diffamiert[154] —, welche die Reform Mayer-Vorfelders lediglich zu einer unter vielen verkommen ließ. In ihren Zielen und Motiven sicherlich nachvollziehbar, schaffte sie es trotz des rigorosen Elans ihres Dirigenten nicht, dessen ehrgeizige Ziele auf Dauer zu realisieren. Die Lehrplanrevision erschien bereits Anfang der 1990er Jahre so veraltet, dass Schultz-Hector 1994 neue Bildungspläne mit denselben Zielen (Integration Lernkompetenz, Stoffentlastung, inhaltliche Straffung, mehr pädagogischer Freiraum) vorstellte, die schon Mayer-Vorfelder zu implementieren versucht hatte.[155] Während Schultz-Hector auch die Oberstufenreform 1992 als „Irrweg" bezeichnete und weitestgehend kassierte, gelang es erst Annette Schavan Anfang der 2000er Jahre, eine dauerhafte Regelung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe zu finden.[156] Und selbst die eigentlich gelungene Entbürokratisierung ging vielen Kritikern nicht weit genug, da diese den Spielraum der Schulen zur eigenen Schwerpunktprofilierung und Ressourcenmobilisierung weiterhin stark eingeschränkt sahen. Auch hier konnte erst Annette Schavan zwei Jahrzehnte später Abhilfe schaffen.[157]

---

152 Vgl. Menze, Die Kultusminister (wie Anm. 5), S. 269—273.

153 Peter Pauly: Kopfrechnen gegen Computer. Neue Medien und Technologien in allgemeinbildenden Schulen, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 253—260, hier S. 253—254. Zur zeitgenössischen und omnipräsenten Technikskepsis im Kultusministerium vgl. auch den Beitrag von Ernst Oppek: Der Mensch bleibt bestimmender Faktor. Technikentwicklung und Schule (im selben Band).

154 Vgl. Hugo Leicht: Parlament. Ein Meister der Zuspitzung, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 373—376. Die Grünen-Landtagsabgeordnete Birgitt Bender entgegnete Mayer-Vorfelder später einmal, er solle sich „mit der Zeitmaschine in die Vergangenheit versetzen lassen", vgl. Menze, Die Kultusminister (wie Anm. 5), S. 271.

155 Vgl. Lang, Gymnasiale Bildungspolitik (wie Anm. 5), S. 95—96 und S. 163—164.

156 Vgl. hierzu ebd., S. 101—139.

157 Vgl. ebd., S. 217 sowie Helmut Frommer/Doris Knab: Bildungslandschaft Baden-Württemberg, in: Weber/Wehling, Baden-Württemberg (wie Anm. 6), S. 244—254.

Außerdem krankte Mayer-Vorfelders Vision an einigen inhärenten Widersprüchen, die sie schlussendlich angreifbar machten: Während Ministerpräsident Späth und Wissenschaftsminister Engler durch das Land tourten und allerorts bildungsutilitaristische Technisierung und Innovation anmahnten, herrschte im allgemeinbildenden Bildungswesen die Devise „Kopfrechnen gegen Computer."[158] Engler eröffnete Institute für Exportwirtschaft und Interkulturellen Austausch, Mayer-Vorfelder verbannte die Fremdsprachen aus den Grundschulen und setzte sich für den altsprachlichen Bildungszug an den Gymnasien ein.[159] Die Wirtschaft lechzte nach spezialisierten Fachkräften, das Schulwesen lieferte vermeintliche Universalgebildete im musisch-ästhetischen Bereich und verhinderte mit den Regularien der Oberstufenreform gar eine eigenverantwortliche und selbstbestimmte Spezialisierung seitens der Schülerinnen und Schüler. Währenddessen bildete das Land 8500 Lehrkräfte in der Schulmusik fort, während gerade einmal 5000 Lehrkräfte an Fortbildungen zur Informatik teilnahmen.[160] Der Lehrplan sollte entrümpelt werden und parallel zur seichten Technisierung mehr Zeit für Musik, Bildende Kunst, Sport und Religion finden, der Schulleiter sollte gleichzeitig möglichst professionell mit allen Wassern der Schulverwaltung gewaschen und trotzdem Mittelpunkt eines möglichst traditionell-heimatlichen Dorflebens sein. Späth versuchte das „Ländle" zu entprovinzialisieren, Mayer-Vorfelders Visionen provinzialisierten es wieder. Zum einen sollte die erzieherische Reform sowohl Schülerinnen und Schülern als auch Lehrkräften mehr pädagogischen Freiraum ermöglichen, zum anderen bildete die Anhäufung von Klausuren, Prüfungen und Abschlussarbeiten ein engeres Netz an Prüfungsdruck als je zuvor — und verschärfte die Selektion. Grundschulempfehlung, Orientierungsjahr, Hauptschulabschlussprüfung, Zwischenprüfung in der 10. Klasse mit doppelter Wertung und Abitur bildeten die Schnittstellen eines eng getakteten *Rites de Passage*.[161] Und selbst der Widerstand gegen die schulfreien Samstage schien irgendwie aus der Zeit gefallen, als Marianne Schultz-Hector 1992 alle Samstage zu schulfreien Tagen

158 Vgl. Pauly, Kopfrechnen gegen Computer (wie Anm. 153) sowie Menze, Die Kultusminister (wie Anm. 5), S. 241.

159 Vgl. Lang, Gymnasiale Bildungspolitik (wie Anm. 5), S. 86—88. Erst Annette Schavan sollte die Einführung von Fremdsprachen in den Grundschulunterricht gelingen, vgl. Frommer/Knab, Bildungslandschaft (wie Anm. 157), S. 244.

160 Walter Pfohl: Das Fach mit dem guten Klang. Aufwertung der Schulmusik, in: Balle, Fordern und Fördern (wie Anm. 5), S. 261—264 und S. 261.

161 Menze, Die Kultusminister (wie Anm. 5), S. 246—247 sowie Lang, Gymnasiale Bildungspolitik (wie Anm. 5), S. 162.

machte und damit eines der letzten Relikte der an ihrer janusköpfigen Ambivalenz zwischen Zukunft und Vergangenheit zerbrochenen Schulreform der Ära Mayer-Vorfelder endgültig begrub.

Fazit

In der Gesamtbetrachtung erscheinen die 1980er Jahre als bildungspolitische Epoche der konsolidierenden Verarbeitung der Ereignisse der 1970er Jahre und des Austestens verschiedenster Konzepte für ein zukunftsfähiges Baden-Württemberg. Gerade mit Lothar Späth bezog ein Ministerpräsident die Villa Reitzenstein, der sich eine wissenschafts- und technologieaffine Zukunftsagenda als primäres Betätigungsfeld auserkoren hatte und dies — dank absoluter Mehrheiten im Landtag — auch relativ unbeeinträchtigt umsetzen konnte. Dennoch waren die 1980er Jahre keineswegs frei von bildungspolitischen Grabenkämpfen: Während sich an den Universitäten und Hochschulen rasch Widerstand gegen die bildungsutilitaristische und profilschärfende Mängelverwaltung formierte, galt die Späth'sche Forschungspolitik vor allem bei den oppositionellen linken Parteien und ihren korrespondierenden Medienhäusern als endgültiger Ausverkauf der freien Wissenschaft an eine profitorientierte und innovationshungrige Wirtschaft. In der Schulpolitik versuchte sich Kultusminister Mayer-Vorfelder dagegen an einer restaurativen Reform, die den ihr unterstellten Schleier der Ewiggestrigkeit jedoch nicht ablegen konnte.

Somit verbleiben die 1980er Jahre in Baden-Württemberg unter bildungspolitischer Perspektive als Zeit der sanften Reform, die jedoch lediglich in Ansatzpunkten den Weg in die Zukunft bahnen konnte. Während einige Ziele und Projekte — etwa die gesteigerte Wirtschaftskooperation der Universitäten mit regelmäßigem Wissenstransfer, die aus diesem Gedanken geborene Wissenschaftsstadt Ulm oder die Diversifizierung der Bildungslandschaft durch die Etablierung und den Ausbau von Fachhochschulen und Berufsakademien — durchaus als Erfolg verbucht werden können, versiegten die meisten Reformen relativ schnell oder gingen nicht weit genug. Es waren schlussendlich erst die tiefgreifenden hochschulpolitischen (Neoliberalisierung und Ökonomisierung, Bologna-Reform, Exzellenzinitiative) und schulpolitischen Revolutionen (Umstellung auf G8, PISA-Studien) der Wissenschaftsminister Klaus von Trotha und Peter Frankenberg sowie der Kultusministerinnen Marianne Schultz-Hector und Annette Schavan, welche das baden-württembergische Bildungssystem nachhaltig verändern konnten.

Henning Tümmers

Copy and Paste: HIV-Prävention im Schatten der Bonner Gesundheitspolitik

Folgt man zeitgenössischen Meinungen, begann in den 1980er Jahren eine neue Zeitrechnung. Demnach markierte eine bislang unbekannte Bedrohung eine historische Zäsur. Internationale Zeitschriften titelten *Something New Under the Sun*[1] und die bekannte US-Publizistin Susan Sontag sprach von einem „Wendepunkt".[2] Wieder andere diagnostizierten mit Blick auf die Ängste der betroffenen Gesellschaften eine „kollektive Hysterie".[3]

Verantwortlich dafür war das Aufkommen einer tödlichen Immunschwächekrankheit: 1981 erschienen erstmals Berichte, wonach Bewohner in Großstädten der USA seltene Lungenentzündungen und Formen von Hautkrebs ausbildeten. Die nationale Seuchenschutzbehörde in Atlanta (*Centers for Disease Control and Prevention*, CDC) veröffentlichte im Juni einen entsprechenden Bericht und betonte, dass vor allem junge homosexuelle Männer betroffen seien.[4] 1982 nannten die CDC dieses Krankheitsbild dann „AIDS" (*Acquired Immunodeficiency Syndrome*). In der Bundesrepublik setzte die ärztliche Standespresse AIDS 1983 auf das Titelblatt ihres Publikationsorgans.[5] Danach zog die Bundesregierung die Verantwortung für die HIV-Vorsorge an sich.

Gleichwohl wurden in den 1980er Jahren auch die Bundesländer aktiv. Aufsehen erregten insbesondere die Präventionskonzepte in Bayern und Nordrhein-Westfalen: Während sich die bayerische Landesregierung dabei den Ruf eines „Hardliners" erwarb, machte Nordrhein-Westfalen durch seine Drogenpolitik auf sich aufmerksam.[6] Demgegenüber hat die zeithistorische

1 Stephen G. Baum: AIDS — Something New Under the Sun, in: Lung 161 (1983), S. 193 f.

2 Susan Sontag: AIDS und seine Metaphern, München 1989, S. 76.

3 Martin Dannecker: AIDS, in: 3sat/DeutschlandRadio/Süddeutsche Zeitung u. a. (Hrsg.): 100 Wörter des Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1999, S. 9 f., hier S. 9.

4 Michael S. Gottlieb u. a.: Pneumocystis Pneumonia — Los Angeles, in: Morbidity and Mortality Weekly Report 30 (1981), S. 250.

5 Vgl. Deutsches Ärzteblatt 80 (1983), Heft 26.

6 Vgl. Henning Tümmers: AIDS. Autopsie einer Bedrohung im geteilten Deutschland,

Forschung die Entwicklungen präventiver Konzepte in Baden-Württemberg bislang ignoriert, was daran liegen mag, dass für die 1980er Jahre nur wenige aussagekräftige Quellen zur Verfügung stehen. Nichtsdestotrotz versucht dieser Beitrag, die Anti-AIDS-Politik Baden-Württembergs zu skizzieren und die Frage zu diskutieren, inwieweit AIDS eine Zäsur markierte: Welche Grundsätze formten den baden-württembergischen Präventionsansatz? Was folgte aus AIDS, und was davon prägt bis heute die Gegenwart des Bundeslandes?

Die Auseinandersetzung Baden-Württembergs mit AIDS in den 1980er und frühen 1990er Jahren, bei der es auch darum ging, Grundsätze des gesellschaftlichen Zusammenlebens neu auszutarieren, lässt sich, ebenso wie die Anti-AIDS-Politik der Bundesregierung,[7] in drei Phasen gliedern. In einer ersten Phase musste eine Diskussion über die Bedrohung durch das HI-Virus erst in Gang gesetzt werden: Tatsächlich räumte die Landesregierung AIDS mit Verweis auf die Fallzahlentwicklung bis 1986 keine exponierte Stellung ein. Außerdem rückte sie anfangs vor allem bestimmte „Risikogruppen" in den Fokus. Daran orientierten sich auch die frühen Präventionsmaßnahmen, die teils restriktive Züge trugen. Um 1987, in einer zweiten Phase, entwickelten Bund und Länder dann stringente Konzepte zur Eindämmung des Erregers, die dezidiert auf Toleranz gegenüber Infizierten und auf Aufklärung setzten. In Baden-Württemberg fokussierte die HIV-Prävention insbesondere auf den Schutz von Jugendlichen und Familien. Schließlich, in einer dritten Phase, „normalisierte" sich Anfang der 1990er Jahre sukzessive die Bedrohungswahrnehmung. Die bis dahin etablierten Gesundheitsprogramme wurden in Baden-Württemberg entweder fortgeführt oder fallengelassen. Zugleich zogen die involvierten Akteur:innen eine ernüchternde Bilanz.

Gefahrenherd „Risikogruppen"

Das erste Mal fiel das Wort „AIDS" im Stuttgarter Parlament am 10. Juni 1983, als sich der Grünen-Abgeordnete Holger Heimann besorgt nach dem Maßnahmenplan der Landesregierung erkundigte. Heimann wollte wissen, wie viele Erkrankte dem Gesundheitsministerium bekannt seien, ob eine Meldepflicht für AIDS existiere und ob das Kabinett mit einer „epidemieartige[n] Entwicklung" rechne.[8] Der Zeitpunkt dieser Anfrage war kein Zu-

Göttingen 2017; Sebastian Haus-Rybicki: Eine Seuche regieren. AIDS-Prävention in der Bundesrepublik 1981—1995, Bielefeld 2021.

7 Vgl. ebd.

8 Landtag von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980—1984, Beilagen Bd. 23, Drucksache 8/3982 vom 10.06.1983, S. 1.

fall. Vier Tage zuvor hatte der *Spiegel* das Thema unübersehbar auf das Cover seiner Juni-Ausgabe gesetzt. Es zeigte zwei nackte Männer und titelte in weiß-grünen Lettern: „Tödliche Seuche AIDS. Die rätselhafte Krankheit".[9] Insofern galt für Teile der baden-württembergischen Landespolitik, was für breite Teile der bundesdeutschen Öffentlichkeit galt: Das *Spiegel*-Heft vom 6. Juni 1983 markierte den Tag, „an dem AIDS publik wurde".[10]

Der Artikel diente den Westdeutschen jedoch nicht nur zur Informationsbeschaffung, sondern bot auch Anlass zu Selbstkritik. Denn wer sich wie Heimann intensiv mit dem Aufmacher befasst hatte, dem konnte nicht verborgen geblieben sein, dass Baden-Württembergs AIDS-Bekämpfung anderen Staaten und Bundesländern hinterherhinkte: So existierten laut *Spiegel* seit 1981 Anstrengungen einzelner US-Behörden, die Erkrankung zu erforschen und ihre Ausbreitung zu verhindern. In der Bundesrepublik, so hieß es, seien insbesondere West-Berliner und Bonner Institutionen aktiv. So habe die Schwulenberatungsstelle in Berlin zu einer Informationsveranstaltung geladen und das Bundesgesundheitsamt Sicherheitsvorschriften für medizinisches Personal erlassen. In Baden-Württemberg sollte es jedoch noch zweieinhalb Jahre dauern, ehe der Stuttgarter Landtag erstmals intensiv über AIDS debattierte.

Grund hierfür war die zurückhaltende Reaktion der christdemokratischen Landesregierung unter Ministerpräsident Lothar Späth (CDU). Denn das Kabinett berief sich auf medizinische Daten, wonach Infektionen nur über Kontakte mit Körperflüssigkeiten möglich und die hauptsächlich betroffenen Personengruppen (Homosexuelle, intravenös Drogensüchtige, Hämophile) identifiziert seien. Deren Zahl war Anfang der 1980er Jahre im Südwesten jedoch gering. 1983 versuchte daher die Landesregierung, die Grünen zu beruhigen. Momentan, antwortete das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung, seien für Baden-Württemberg lediglich zwei AIDS-Fälle bekannt. Eine „epidemieartige Entwicklung in der Allgemeinbevölkerung [sei] sehr unwahrscheinlich".[11] Aber auch als die Grünen im November

9 AIDS: „Eine Epidemie, die erst beginnt", in: Der Spiegel, Nr. 23, 06.06.1983, S. 144–163. Vgl. dazu Henning Tümmers: „Schreck" – „Seuche" – „Schwulenkrebs". AIDS in den Achtzigerjahren, in: Ewald Frie/Mischa Meier (Hrsg.): Krisen anders denken. Wie Menschen mit Bedrohungen umgegangen sind und was wir daraus lernen können, Berlin 2023, S. 298–309.

10 Gustav Seibt: Die Pest. Der Tag, an dem AIDS publik wurde, in: Süddeutsche Zeitung, 10.05.2010 [www.sueddeutsche.de/kultur/der-tag-an-dem-aids-publik-wurde-die-pest-1.413820, Zugriff 29.09.2023].

11 Landtag von Baden-Württemberg, 8. Wahlperiode 1980–1984, Beilagen Bd. 23, Drucksache 8/3982 vom 10.06.1983, S. 2.

1984 auf Expertisen rekurrierten, wonach sich die Zahl der Infizierten jedes halbe Jahr verdoppele, der Infektiologe Hans Dieter Pohle sogar von aktuell 200 000 Infizierten in Westdeutschland ausging und der US-amerikanische Virologe Robert Gallo erklärte, dass rund 98 Prozent aller Infektionen noch unerkannt seien, zeigte sich die Landesregierung gelassen.[12]

Gleichwohl blieb das Kabinett zwischen 1983 und 1985 nicht untätig.[13] So stellte das Ministerium für Wissenschaft und Kunst 500 000 DM für Forschungen zur Verfügung. Überdies wurden Justizvollzugsanstalten, deren drogensüchtige Insassen häufig *needle sharing* praktizierten, über AIDS informiert.[14] Ferner richtete man in den Gesundheitsämtern Beratungsstellen ein und knüpfte Kontakte zur schwulen Selbsthilfe, die wiederum selbstentwickeltes Präventionsmaterial in die *gay community* streute: Im Februar 1985 gründete sich nach dem Vorbild US-amerikanischer und West-Berliner Selbsthilfegruppen die AIDS-Hilfe Stuttgart. Die Titel ihrer Informationsbroschüren (*Wir stellen uns vor*; *Was ist AIDS?*; *Der HTLV-III-Antikörpertest*; *Wenn ein Freund AIDS hat*)[15] demonstrierten, dass es den ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen nicht allein darum ging, den aktuellen Forschungsstand zu verbreiten, sondern zugleich Vertrauen aufzubauen und Hilfestellung im Umgang mit Betroffenen anzubieten. Außerdem stellte die Landesregierung nach Einführung des sogenannten HIV-Tests 1985 kostenlose Testmöglichkeiten für Prostituierte bereit. Sollte das Ergebnis positiv ausfallen, werde zur Aufgabe der Sexarbeit gedrängt, erklärten Regierungsvertreter:innen. Diesbezüglich beriefen sie sich auf das Bundes-Seuchengesetz von 1961, das im Kampf gegen Infektionskrankheiten Zwangsmaßnahmen erlaubte. Daneben wurden nun auch Blutprodukte auf HIV getestet.

Eine strukturiert-flächendeckende Aufklärung der sogenannten Allgemeinbevölkerung durch eigene Programme der Landesregierung besaß in den ersten Jahren der AIDS-Bedrohung indes keine Priorität. Die Information jener, die nicht zu den bekannten „Risikogruppen" zählten, überließ Baden-Württemberg der Kölner Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Diese verschickte 1985 im Auftrag des Bundesgesundheitsministe-

12 Vgl. Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 4, Drucksache 9/707 vom 06.11.1984, S. 2.

13 Vgl. dazu und zum Folgenden: Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 12, Drucksache 9/2302 vom 05.11.1985.

14 Ab 1986 konnten sich die Insassen kostenlos testen lassen, vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.): Aktionsprogramm AIDS. Baden-Württemberg 1990, Stuttgart Juni 1990, S. 42.

15 Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart (im Folgenden HStAS) EA 8/602 Bü 78/1.



Mit Desinfektionsmittel und Handschuhen gegen HIV: Auch die Polizei versucht in den 1980er Jahren, sich vor einer Ansteckung mit HIV zu schützen. Das Land ergänzt die Ausstattung ihrer Dienstfahrzeuge mit „AIDS-Koffern", hier aufgenommen 1988 in Tübingen.

riums an sämtliche Haushalte der Republik die Broschüre *AIDS. Was Sie über AIDS wissen sollten*.[16] Darin appellierte Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth (CDU) an das Verantwortungsbewusstsein der Bürger:innen, sich und andere zu schützen, etwa mithilfe von Kondomen. Gleichzeitig sollte die Broschüre dazu dienen, die Ausgrenzung bestimmter Gruppen durch die Vermittlung eines Gemeinschaftsgefühls zu verhindern. Denn nachdem die Gesundheitsbehörden Blut auf Erreger testen konnten, forderten 76 Prozent der Bundesbürger:innen die Einführung der namentlichen Meldepflicht,[17] um Betroffene zu identifizieren und sie gegebenenfalls von der Allgemeinheit zu isolieren. Auch in diesem Punkt — einer Antidiskriminierungspolitik — zeigte Baden-Württemberg keine Eigeninitiative.

16 Vgl. dazu Magdalena Beljan: AIDS-Geschichte als Gefühlsgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 65 (2015), Heft 46, S. 25—31.

17 Vgl. FORSA: AIDS im öffentlichen Bewußtsein der Bundesrepublik, Kurzfassung, Dortmund 15.07.1987, S. 12.

Wie die erste politische Debatte zum Thema AIDS am 14. November 1985 im Stuttgarter Landtag demonstrierte, erschienen der Opposition die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung als unzureichend. Zudem offenbarte die Diskussion unterschiedliche Wahrnehmungen der Bedrohung, die auf unterschiedlichen Interpretationen der verfügbaren Informationen gründeten.[18] Der Arzt und Grünen-Politiker Gerd Schwandner beispielsweise rekurrierte sachlich auf mehrere hunderttausend Herz- und Kreislauftote pro Jahr und bezeichnete AIDS im Vergleich dazu als eine „extrem seltene Erkrankung".[19] Der Erreger sei seit 1984 bekannt, und man wisse, dass sich HIV ähnlich wie Hepatitis B übertrage. Schwandner konzentrierte sich lieber auf die Massenmedien, denen er eine „nekrophile […] Stimmungsmache",[20] die Mobilisierung von Ängsten, die Suche nach Sündenböcken und die Ausgrenzung von Schwulen und Prostituierten unterstellte. Ferner kritisierte er Versuche, der sexuellen Liberalisierung Grenzen zu setzen. Worte wie „Schwule" oder „Prostituierte" nahm Marianne Schultz-Hector hingegen nicht in den Mund. Die CDU-Abgeordnete sprach, wenn überhaupt, verklausuliert von „Risikogruppen". Vor allem aber lenkte Schultz-Hector den Blick auf Personen, die in der Öffentlichkeit als „unschuldige Opfer" galten: Menschen, von denen man annahm, sie seien unverschuldet infiziert worden. So fokussierte sie auf Säuglinge oder kindliche Bluter und betonte das Infektionsrisiko in Arztpraxen.[21] Ansetzen müsse die Politik in erster Linie bei der „junge[n] Generation", die Schultz-Hector als „stärker gefährdet" bezeichnete.[22] Die SPD wiederum kritisierte Auffassungen, wonach HIV nur bestimmte Personen treffe. Dass „die Gefahr auf die sogenannten Risikogruppen eingeschränkt werden könnte", sei eine „Illusion".[23] Aber auch die FDP/DVP-Fraktion fürchtete die Ausbreitung des Virus auf andere Bevölkerungsteile — so wie seinerzeit in Afrika. Denn dort würden sich Hetero- und Homosexuelle zu gleichen Teilen infizieren. Abschließend erläuterte Hermann Mühlbeyer aus dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung die Position der Landesregierung. Der CDU-Abgeordnete informierte über die Kooperation mit der BZgA, wobei insbesondere die Aufklärung in Schulen im Mittelpunkt stehe, pochte auf die „Selbstverantwortung der Menschen für ihre

18 Zum Folgenden: Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Protokollbd. 3, 38. Sitzung vom 14.11.1985.
19 Ebd., S. 2885.
20 Ebd.
21 Vgl. ebd., S. 2888.
22 Ebd.
23 Ebd., S. 2890.

Gesundheit“,[24] betonte die Risiken häufiger Sexualpartner:innenwechsel und bilanzierte: „Baden-Württemberg stellt […] keinen Schwerpunkt von AIDS-Fällen dar.“[25]

Wenngleich die Positionen im Stuttgarter Landtag in Einzelaspekten auseinandergingen, existierte zumindest in zwei Punkten Übereinstimmung: Darin, dass eine namentliche Meldepflicht, wie sie zeitgleich Verfechter:innen einer „seuchenpolizeilichen“ Gesundheitspolitik forderten,[26] nur zur Diskriminierung der Betroffenen führen, jedoch keine durchschlagende Wirkung erzielen würde. Zweitens, und damit zusammenhängend, rückte man die Aufklärung ins Zentrum.

Ungeachtet dessen gingen lokale Behörden gegen bestimmte Gruppen unnachgiebig vor. Dadurch fühlten sich die Grünen im Januar 1986 veranlasst, die Überwachung von Sexarbeiter:innen zu thematisieren:

> Die Angst vor einer Verbreitung der AIDS-Seuche berechtigt nicht zu Eingriffen in die Rechte vermeintlicher Risikogruppen. Prostituierte sind bisher im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen nicht überdurchschnittlich oft Trägerinnen dieser Viren. […] Während andere Bundesländer die routinemäßigen Zwangsuntersuchungen abgeschafft haben (Berlin), oder zumindest die Wahl zwischen amtsärztlicher Untersuchung und privatärztlichem Attest lassen (NRW, Rheinland-Pfalz), hat Baden-Württemberg mit der wöchentlichen Untersuchungspflicht bei den Gesundheitsämtern die schärfste Regelung.[27]

Das Sozial- und das Innenministerium verteidigten hingegen jene Praxis, die auf Grundlage des „Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“ (GKG) erfolgte und dessen Paragrafen noch aus der Nachkriegszeit stammten. Gemäß dieser Norm des Jahres 1953 mussten sich Prostituierte, die nach Ansicht der FDP/DVP-Fraktion Multiplikatoren der Immunschwächekrankheit darstellten,[28] einer Zwangsuntersuchung unterziehen. Die „Notwendigkeit einer intensiven seuchenhygienischen Überwachung“ erklärte das Sozialministerium für „erforderlich und ermessensfehlerfrei“.[29] Im Gegensatz zu dieser Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten wie Gonorrhö stellte der HIV-Test ein freiwilliges Angebot dar. Obligatorisch hingegen war die Ein-

24 Ebd., S. 2895.

25 Ebd.

26 Vgl. Tümmers, AIDS (wie Anm. 6), S. 96 – 106 und S. 126 – 136.

27 Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984 – 1988, Beilagen Bd. 14, Drucksache 9/2741 vom 27.01.1986, S. 4.

28 Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984 – 1988, Beilagen Bd. 17, Drucksache 9/3212 vom 20.06.1986, S. 1 f.

29 Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 9/2741 (wie Anm. 27), S. 6.

haltung von Tätigkeitsverboten bei einer HIV-Infektion. Bis 1986 war es in „einer geringen Zahl von Fällen“[30] dazu gekommen.

Parallel dazu versuchten Teile der Landespolitik, eine jahrhundertealte Ethik außer Kraft zu setzen: Um die Sexualpartner:innen Infizierter zu schützen, traten die Landesregierung sowie die FDP/DVP-Fraktion für eine „flexible Handhabung des ärztlichen Schweigerechts“[31] ein. Sie verlangten, dem Schutz dieser Personen Priorität einzuräumen; medizinisches Personal sollte gesunde Bürger:innen über die Ansteckung ihres Partners oder ihrer Partnerin informieren dürfen.[32] Solche Forderungen waren Mitte der 1980er Jahre in Westdeutschland nicht unpopulär. Tatsächlich verstummten sie erst um 1987.[33] Medizinische Fachgesellschaften erklärten sie zu einer Bedrohung für das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient. Letztlich spielten bei all diesen gesundheitspolitischen beziehungsweise seuchenpolizeilichen Vorstößen, die auf „Risikogruppen“ zielten, auch finanzielle Überlegungen eine Rolle. So betonte die FDP/DVP-Fraktion, dass jede vermeidbare Infektion die Krankenkassen um rund 100 000 DM entlaste.[34]

Schutz von Jugend und Familie: HIV-Prävention unter konservativen Vorzeichen

Innerhalb der westdeutschen Anti-AIDS-Politik markieren die Jahre 1986/87 eine Zäsur: Die Diskussionen über eine namentliche Meldepflicht ebbten unter Verweis auf die NS-Verfolgung von Homosexuellen durch „Rosa Listen“ im Bundestag ebenso wie in den meisten Landesparlamenten ab, und die Koalitionsvereinbarung und ein Sofortprogramm der Bundesregierung zementierten eine Politik der Aufklärung, deren Grundsätze „Freiwilligkeit“, „Eigenverantwortung“ und „Kooperationsbereitschaft“ lauteten.[35] Weiterhin

30 Ebd., S. 5.

31 Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 19, Drucksache 9/3530 vom 18.09.1986, S. 2.

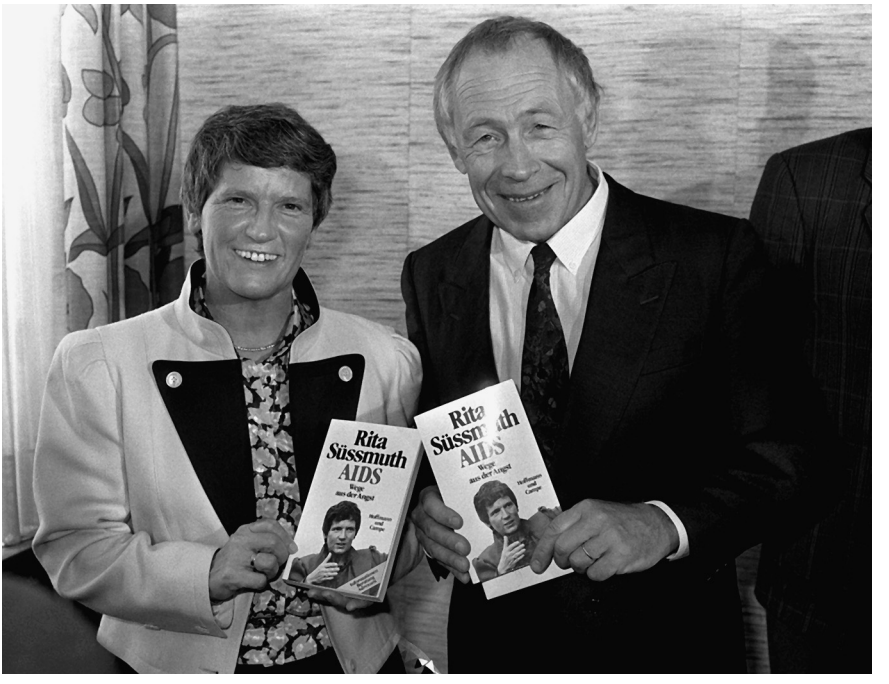
32 Vgl. ebd.

33 Vgl. Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 24, Drucksache 9/4266 vom 20.03.1987, S. 4; Entschließung der Gesundheitsministerkonferenz vom 27.3.1987 in Bonn, abgedruckt in: Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg, Aktionsprogramm AIDS (wie Anm. 14), Anlage 3, hier S. 3.

34 Vgl. Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Protokollbd. 5, 59. Sitzung vom 04.12.1986, S. 4816.

35 Vgl. Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode 1983—1987, Drucksache 10/6299 vom 04.11.1986, S. 7.

jedoch befürworteten 51 Prozent der Deutschen[36] die namentliche Meldepflicht Infizierter. Eine Impfung, die dieser Maßnahme auch Sinn verliehen hätte, fehlte allerdings nach wie vor.



„Eigenverantwortung" statt „Zwang": 1987 zeigt Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth (CDU) den Westdeutschen „Wege aus der Angst" auf. Ihre Publikation wirbt für Solidarität mit Infizierten und stemmt sich gegen jede Form staatlicher Zwangsanwendung. Das Foto zeigt Rita Süssmuth mit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler bei der Vorstellung des Buches im Mai 1987 in Bonn.

Während die Zahl der gemeldeten AIDS-Erkrankungen in Westdeutschland einen Höhepunkt erreichte,[37] entwickelten die Bundesländer eigene Maßnahmenkonzepte, die regionalen Bedürfnissen und gesundheitspolitischen Ansichten folgten. So veröffentlichte das sozialdemokratisch regierte Nordrhein-Westfalen 1987 sein *Landesprogramm zur Bekämpfung der AIDS-Epidemie und zur Beratung, Betreuung und Versorgung infizierter oder an AIDS erkrankter*

36 Vgl. FORSA, AIDS im öffentlichen Bewußtsein (wie Anm. 17), S. 12.

37 Vgl. AIDS-Statistik 30.09.1988. In: Deutsches Ärzteblatt 85 (1988), S. A-3065. Die Zahl der bundesweiten AIDS-Fälle pro Halbjahr hatte sich laut Statistik in den Jahren 1985, 1986 und 1987 von 178 über 301 auf 506 erhöht.

Menschen.[38] Eine Besonderheit stellte hierbei der Einsatz von Methadon dar: Weil man fürchtete, HIV könne sich über die Beschaffungsprostitution positiver Drogensüchtiger (die mancherorts 60 Prozent[39] aller Infizierten ausmachten) in die „Allgemeinbevölkerung" ausbreiten, legte Düsseldorf ein Substitutionsprogramm auf.[40] Derweil verließ Bayern 1987 den Bonner Kurs. Laut einer Bekanntmachung der CSU-Landesregierung zum Vollzug des Seuchenrechts, des Ausländerrechts und des Polizeirechts[41] konnten Gesundheitsämter „Ansteckungsverdächtige" wie Sexarbeiter:innen und Fixer:innen zu Untersuchungen verpflichten, und HIV-Positive mussten Ärzt:innen gegenüber ihren Status offenbaren. Sogenannte Uneinsichtige konnten in Krankenhäusern „abgesondert" und Bordelle geschlossen werden. Ausländer:innen, die eine Aufenthaltsgenehmigung beantragten, mussten sich testen lassen. Wenngleich man im Stuttgarter Landtag zumindest zeitweise den Einsatz von Methadon diskutierte[42] und die lokalen Behörden, ähnlich wie in Bayern, die Prostitution überwachten oder Asylsuchende aus Zentralafrika auf HIV testeten[43], so lag der Schwerpunkt der baden-württembergischen Prävention woanders. Am 11. März 1987 kündigte Arbeits- und Gesundheitsministerin Barbara Schäfer (CDU) ihr „Aktionsprogramm AIDS" an, in dem die Aufklärung und der Schutz der Jugend eine wichtige Rolle spielten.[44]

Im Allgemeinen folgte ihr Programm der Politik des Bundesgesundheitsministeriums ebenso wie den Beschlüssen der überregionalen Gesundheitsministerkonferenz (GMK): Es zielte auf den Schutz der Bevölkerung und den „Ausbau eines Netzwerks von Betreuungs- und Versorgungseinrichtungen in einem gesellschaftlichen Klima der Solidarität mit Betroffenen".[45] HIV-Prä-

38 Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen, 10. Wahlperiode 1985—1990, Vorlage 10/907 vom 13.03.1987.

39 Vgl. ebd., S. 3-C.

40 Vgl. Haus-Rybicki, Eine Seuche regieren (wie Anm. 6), S. 254—258.

41 Abgedruckt in Günter Frankenberg: AIDS-Bekämpfung im Rechtsstaat. Aufklärung — Zwang — Prävention, Baden-Baden 1988, S. 179—188.

42 Vgl. Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 10. Wahlperiode 1988—1992, Protokollbd. 1, 8. Sitzung vom 07.09.1988, S. 336—346.

43 Vgl. Landtag Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 25, Drucksache 9/4533 vom 29.05.1987.

44 Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Protokollbd. 6, 67. Sitzung vom 11.03.1987, S. 5446.

45 Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg, Aktionsprogramm AIDS (wie Anm. 14), S. 23. Sollten diese Maßnahmen im Einzelfall jedoch ins Leere laufen, seien staatliche Interventionen „unverzichtbar", vgl. ebd.

vention sollte durch zielgruppenspezifische Aufklärung beziehungsweise im Fall von Jugendlichen durch „Geschlechts- und Gesundheitserziehung" erfolgen.[46] Wie der Bund versuchte auch Baden-Württemberg, das Wissen über AIDS durch eine „personale Kommunikation", also durch persönliche Gespräche in den Gesundheitsämtern, auf die Lebenssituation von Betroffenen zu beziehen und es dadurch zu festigen.

Zu einem Schrittmacher präventiver Konzepte avancierte Baden-Württemberg jedoch nicht. Vielmehr nutzte das Land die Vorarbeiten und Programme der Bundesregierung,[47] etwa den bekannten Slogan „Gib AIDS keine Chance" der Kölner BZgA. Dazu passte, dass sich die veröffentlichten Flyer an der BZgA-Machart orientierten. Innovation und Kreativität zeichneten die baden-württembergische Informationskampagne ab 1987 demnach nicht aus.[48] So waren die beiden Broschüren *Gib AIDS keine Chance* und *Angst vor AIDS?* bis auf den Titel völlig identisch.[49] Und aus Nordrhein-Westfalen stammte auch jener berühmte Satz Süssmuths, der, für die Bevölkerung Baden-Württembergs nur geringfügig abgeändert, Eingang in die Flyer fand. Zu lesen war: „AIDS bekommt man nicht, AIDS holt man sich."[50]

Diese Publikationen fokussierten auf die Bedrohung der sexuell aktiven Bevölkerung durch promiskuitives Verhalten: „Die Ansteckungsgefahr wächst mit der Zahl der Partner."[51] Da AIDS inzwischen auch die „Allgemeinbevölkerung"[52] erreicht habe, betonten die Broschüren den Stellenwert partnerschaftlicher Treue. Mit Blick auf die Kapitelüberschriften („Wer eine Familie plant", „Wenn sich Eltern sorgen", „Weil aus Kindern Erwachsene werden",

46 Ebd.

47 So profitierte das Land von den Bundesprogrammen „Großmodell Gesundheitsämter" oder „Drogen und AIDS", die Mittel für Personal bereitstellten. Baden-Württemberg selbst finanzierte zwanzig Streetworker. Vgl. ebd., S. 29 und S. 38.

48 Diesbezüglich ist es bezeichnend, dass die mit „Maßnahmen zur Bekämpfung von AIDS" betitelten Aktenbestände des Sozialministeriums/Abteilung Gesundheitswesen (Bestand EA 8/602 Bü 84/1 – 11, 11 Bände, Laufzeit 1987 – 1988) im HStAS mehrheitlich Abrechnungen beziehungsweise Kostenvoranschläge über Broschüren und andere Materialien enthalten, nicht aber ausgearbeitete Präventionskonzepte.

49 Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung Baden-Württemberg (Hrsg.): Gib AIDS keine Chance, Stuttgart 1987; Ders. (Hrsg.): Angst vor AIDS?, Stuttgart 1987.

50 Vgl. Rita Süssmuth: AIDS. Wege aus der Angst, Hamburg 1987, S. 10. Dort heißt es: „AIDS bekommt man nicht, man holt es sich."

51 Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung Baden-Württemberg, Angst vor AIDS? (wie Anm. 49), S. 5.

52 Ebd., S. 9.



HIV-Prävention unter dem Dach der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA): Baden-Württembergs Vorsorgebotschaften setzen auf eine Ansprache der Bevölkerung auf Augenhöhe – und folgen damit dem Konzept der bekannten Bundeskampagne „Gib AIDS keine Chance".

„Wer AIDS nicht zu fürchten braucht") konnte der Eindruck entstehen, als wollte die christdemokratische Landesregierung vor allem die Familie als Kernelement der bundesdeutschen Gesellschaft schützen. Ein Seitenblick auf ein anderes Regierungsprojekt erhärtet den Eindruck einer konservativen Biopolitik, die versuchte, die Folgen sexueller Liberalisierung abzufedern. Gemeint ist die „bislang größte staatliche Anti-Abtreibungskampagne" zum „Schutz ungeborenen Lebens", deren Entwicklung 1987 begann und in die Baden-Württemberg sechs Millionen DM investierte — doppelt so viel wie für das „Aktionsprogramm AIDS" im Haushaltsjahr 1990.[53]

Die Broschüren *Angst vor AIDS?* und *Gib AIDS keine Chance* beinhalteten zudem Forderungen zur Sexualerziehung: Sie ermahnten Eltern zur Vermittlung moralischer Prinzipien. „Liebe und Treue", so war zu lesen, „gehören zu einer glücklichen Partnerschaft".[54] In diesem Sinne schlossen sie mit der Information darüber, „wer AIDS nicht zu fürchten braucht": Partner:innen, die „einander in den letzten Jahren vor dem Auftreten von AIDS wirklich treu waren [und bei denen] andere Infektionsquellen nicht in Frage kommen".[55] Demzufolge musste die Mehrheit der baden-württembergischen Bevölkerung während der 1980er Jahre in Monogamie gelebt haben. Denn laut einer Umfrage des Wickert-Instituts in Tübingen im Frühjahr 1987 fühlten sich 98 Prozent der 1905 Befragten „nicht AIDS-gefährdet".[56] Zu diesem Zeitpunkt lag Baden-Württemberg mit 74 Erkrankten bundesweit im Mittelfeld.[57]

---

53 Vgl. den Artikel „Sehr, sehr schlimm", in: Der Spiegel, Heft 4, 22.01.1989 [www.spiegel.de/politik/sehr-sehr-schlimm-a-ee23ee73-0002-0001-0000-000013495345, Zugriff 29.09.2023]; Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg, Aktionsprogramm AIDS (wie Anm. 14), Anlage 1: „Haushaltsrahmen des Aktionsprogramms AIDS 1990 im Überblick".

54 Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitserziehung Baden-Württemberg, Angst vor AIDS? (wie Anm. 49), S. 21.

55 Ebd., S. 25.

56 Vgl. Wickert-Institute (Hrsg.): Bevölkerungswissen und -meinung zum Thema AIDS, HStAS EA 8/602 Bü 351/13.

57 Vgl. Der AIDS-Arbeitsgruppe am BGA bekannt gewordene AIDS-Fälle in Bundesländern und West-Berlin (Stand 25. März 1987), in: Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 23, Drucksache 9/4181 vom 02.03.1987, S. 30. Die wenigsten Erkrankungen verzeichnete das Saarland (neun Fälle), die meisten Berlin (198 Fälle) und Nordrhein-Westfalen (192 Fälle). 1990 waren in Baden-Württemberg 295 Fälle von AIDS bekannt; vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg, Aktionsprogramm AIDS (wie Anm. 14), S. 13.

Zugleich genoss die HIV-Prävention Jugendlicher im Rahmen des „Aktionsprogramms AIDS" einen „besonderen hohen Stellenwert".[58] Lehrkräfte für das Fach Biologie in allen Schulformen sollten im Frühjahr 1987 mit einer entsprechenden Unterrichtshilfe vertraut gemacht werden.[59] Diese zielte auf eine „sachliche Information" und den „Abbau von Ängsten".[60] Nüchtern thematisierte die Unterrichtshilfe Wissen über den Erreger, dessen Übertragung und den Verlauf der Erkrankung. Im Gegensatz zur BZgA-Broschüre *AIDS. Was Sie über AIDS wissen sollten* kommunizierte sie, dass insbesondere Homo- und Bisexuelle, Fixer:innen und Hämophile „Risikogruppen" darstellen. Die BZgA hatte 1985 hingegen betont, dass ausnahmslos jeder Bürger und jede Bürgerin durch HIV bedroht sei.

Ab der siebten Klasse wurde Schüler:innen in Baden-Württemberg erklärt, dass es von ihrem Verhalten abhinge, ob sie sich infizierten. Unter Punkt 4 „Wie schützen wir uns vor AIDS?" riet die Unterrichtshilfe insbesondere, „wechselnde […] homo-heterosexuelle Kontakte" und solche zu Menschen, die selbst häufig Partner:innen wechseln, zu unterlassen. Insofern erhob auch dieses Material Promiskuität zur Triebfeder der Immunschwächekrankheit. Nachgeordnet folgten Hinweise auf „sichere" Sexualpraktiken und die Vermeidung von Drogenkonsum.[61] Im Frühjahr 1987 erklärte Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU), Minister für Kultus und Sport, den Schulleiter:innen, dass zudem die Vermittlung moralischer Werte notwendig sei. Dazu zählte er „Selbstbeherrschung, Beschränkung, Enthaltsamkeit und Treue".[62] Daraufhin ergänzte man die Unterrichtshilfe. Fortan rangierte an oberster Stelle der Rat, Sex „mit unbekannten Partnern"[63] zu vermeiden.

Diese an Jugendliche gerichtete Forderung nach Treue oder Selbstbeherrschung blieb nicht unwidersprochen. So entbrannten im Sommer 1987 Diskussionen über deren Sexualerziehung. Allerdings konnten sich pro-

58 Ebd., S. 32.

59 Abgedruckt ist die Unterrichtshilfe in: Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984 – 1988, Beilagen Bd. 22, Drucksache 9/3918 vom 05.12.1986, S. 4 – 13.

60 Ebd., S. 4.

61 Vgl. ebd., S. 6.

62 Schreiben des Ministeriums für Kultus und Sport an die Leiter der öffentlichen und allgemeinbildenden beruflichen Schulen, Stuttgart 05.03.1987, zitiert nach: Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984 – 1988, Beilagen Bd. 23, Drucksache 9/4181 vom 02.03.1987, S. 32 – 34, hier S. 33.

63 Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg, Aktionsprogramm AIDS (wie Anm. 14), Anlage 10: „Behandlung von AIDS im Unterricht", S. 6.

gressive Meinungen nicht durchsetzen. So bissen die Grünen mit ihrer Forderung nach einer verbindlichen „offene[n], tabufreie[n] Auseinandersetzung mit Sexualität, Liebe und möglichen Lebensformen, ohne einseitige Propagierung einer bestimmten Lebensform" auf Granit.[64] Es könne „nicht Aufgabe der Schule sein", erklärte die Landesregierung, „nachgewiesene Infektionsrisiken zu verschweigen und statt dessen ‚safer sex' als alleinverhütende Methode zu propagieren". Mit Verweis auf Paragraf 100b des Schulgesetzes differenzierte das Kabinett zwischen verbindlichen Teilen einer biologisch orientierten Aufklärung und einer freiwilligen „Geschlechtserziehung" — ein Terminus, den die Grünen als Ausdruck von Prüderie verhöhnten.[65] So zitierten sie im Landtag Passagen der Richtlinien zur Geschlechtserziehung, wonach die Ehe eine „ethische und sittliche Norm" darstelle und „Geschlechtlichkeit Teilhaben am schöpferischen Handeln Gottes" sei.[66]

Ende der 1980er Jahre veröffentlichte die Landesregierung abermals Informationen für Jugendliche, die Werte wie „Verantwortung" und „Treue" hervorhoben. Zu diesem Zeitpunkt hatte eine Enquete-Kommission des Bundestags, deren Aufgabe es war, die Präventionsstrategie des Bundes zu evaluieren, bereits ihren Zwischenbericht vorgelegt. Dieser respektierte den gesellschaftlichen Wertepluralismus ebenso wie die sexuelle Liberalisierung. Aufklärungsbotschaften, so hieß es, müssten demnach offen gestaltet werden; die „Empfehlung von Treue oder Enthaltsamkeit" gehe beispielsweise bei „sexuell freizügig Lebenden an deren Realität vorbei".[67] Ferner dürfte bei Jugendlichen „der Versuch, ihnen eine Norm aufzudrängen […], erfolglos bleiben". Insofern traf nur bedingt zu, was Barbara Schäfer (CDU) seinerzeit erklärte, nämlich dass der Zwischenbericht der Kommission die Anti-AIDS-Politik des Landes bestätige.[68] Vielmehr entwarf Baden-Württemberg ein Poster mit der Überschrift „Lieben in Verantwortung füreinander". Es zeigte ein junges heterosexuelles Paar, das sich einander umarmend tief und glück-

64 Vgl. dazu und zum Folgenden Landtag von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Beilagen Bd. 24, Drucksache 9/4315 vom 02.04.1987, Zitate auf S. 1 f.

65 Vgl. Plenarprotokolle des Landtags von Baden-Württemberg, 9. Wahlperiode 1984—1988, Protokollbd. 7, 75. Sitzung vom 30.06.1987, S. 6144.

66 Ebd., S. 6145.

67 Vgl. Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode 1987—1990, Drucksache 11/2495 vom 16.06.1988, S. 23 und S. 26. Die nachfolgenden Zitate auf S. 26.

68 Vgl. Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg, Aktionsprogramm AIDS (wie Anm. 14), Vorwort.

lich in die Augen schaute.[69] Des Weiteren erklärte eine Anzeige in Schülerzeitungen: „Sich lieben heißt sich schützen."[70]

Ausblick

Zu Beginn der 1990er Jahre normalisierte sich die Bedrohungswahrnehmung. Baden-Württemberg war jahrelang dem Vorbild Bonns gefolgt, wodurch sich die landespolitische Auseinandersetzung mit der Erkrankung in der Rückschau eigentümlich profillos präsentiert. Das Land war weder zum Schrittmacher präventiver Konzepte avanciert, noch war es durch einen abweichenden Kurs aufgefallen. Vielmehr hatten die Ideen der Bonner Regierung nach dem „Copy-and-Paste"-Prinzip Eingang in dessen Gesundheitspolitik gefunden. Die Diskussion über die Eindämmung der Immunschwächekrankheit zwischen 1983 und 1990/91 verlief weitgehend unaufgeregt. Allein die kontroversen Debatten um die Sexualerziehung Jugendlicher und die auffallenden Bemühungen zum Schutz der Familie stachen heraus. Baden-Württembergs moralisch aufgeladene Präventionsbotschaften kollidierten gerade gegen Ende der 1980er Jahre mit Empfehlungen der Enquete-Kommission.

Doch wie effizient waren die Maßnahmen der Landesregierung in den 1980er Jahren, und welche Effekte, abgesehen von der Institutionalisierung der AIDS-Hilfen, hatte die Auseinandersetzung mit HIV im Südwesten? Gesundheitsministerin Barbara Schäfer (CDU) selbst bilanzierte 1990 zähneknirschend: „Obwohl alle Umfrageergebnisse zeigen, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung Übertragungswege und Schutzmöglichkeiten kennt, ist die Bereitschaft zu Verhaltensänderungen derzeit noch gering ausgeprägt."[71] Dazu kam ein weiteres Problem: „Das in der Bevölkerung derzeit zu beobachtende Erlahmen des Interesses am Thema AIDS halte ich […] für eine bedenkliche Entwicklung […]."[72] Um dies zu ändern, zielte seit den 1990er Jahren eine Kampagne auf die Vermittlung konkreter Schutzmaßnahmen.[73] Tatsächlich sank danach die Zahl der Neuinfektionen, ehe sie sich um 2005 in etwa

69 Abgedruckt in Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg (Hrsg.): AIDS. Aufklärungskampagne Baden-Württemberg 1987—1989, Stuttgart 1990, S. 21.

70 Ebd., S. 29.

71 Ebd., Vorwort.

72 Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg, Aktionsprogramm AIDS (wie Anm. 14), Vorwort.

73 Vgl. ebd., S. 26.

verdoppelte.[74] Schwindende Aufmerksamkeit und die Markteinführung antiretroviraler Kombinationstherapien Mitte der 1990er Jahre, die AIDS zu einer chronischen Krankheit machten, dürften dafür ausschlaggebend gewesen sein.[75]

Neben Schäfer übte aber auch die AIDS-Hilfe Stuttgart Kritik. 1990 monierte ihr Tätigkeitsbericht, dass im „pietistisch geprägten Baden-Württemberg" Mitarbeiter:innen nicht in Schulen aufklären dürften, bestimmte Beratungsangebote (wie ein „Rosa Telefon") keine Förderung erhielten und Landespolitiker:innen gegen die „Gleichberechtigung homosexueller Lebensformen" polemisieren würden.[76] Die psychosoziale Betreuung von Infizierten überfordere die Mitarbeiter:innen, und ein hauptamtlicher Streetworker als Ansprechpartner für Schwule in Kneipen werde noch immer nicht öffentlich gefördert.[77]

Etwa zu dieser Zeit begann ein neues Kapitel in der Auseinandersetzung mit HIV, dessen Erforschung erst noch ansteht. Denn abgesehen von der Entwicklung neuartiger Medikamente zeichneten sich seit Beginn der 1990er Jahre weitere Veränderungen ab: Die Tatsache, dass die ersten HIV-Infizierten an AIDS erkrankten, warf im Stuttgarter Kabinett Fragen nach der Pflege und Versorgung von 249 Betroffenen[78] auf. Zugleich gab der Bund die Verantwortung für den Gesundheitsschutz zurück an die Länder. Infolgedessen lief die Finanzierung einiger Programme aus.[79] Bestimmte Konzepte wie das „Großmodell Gesundheitsämter" sollten laut Beschluss des Ministerrats jedoch fortgeführt werden. Daneben beobachtete das Landeskabinett besorgt die Zunahme „jüngere[r] Altersgruppen" und einen Zuwachs an infizierten

74 Robert-Koch-Institut (Hrsg.): HIV/AIDS in Baden-Württemberg. Eckdaten der Schätzung, Stand Ende 2021 [www.rki.de/DE/Content/InfAZ/H/HIVAIDS/Eckdaten/EckdatenBadenWuerttemberg.pdf?__blob=publicationFile, Zugriff 29.09.2023].

75 Vgl. Michael Bochow: AIDS-Prävention. Erfolgsgeschichte mit offenem Ausgang, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 15–16 (2010), S. 41–46.

76 AIDS-Hilfe Stuttgart (Hrsg.): AIDS. 5 Jahre AIDS-Hilfe Stuttgart e. V., Tätigkeitsbericht 1985–1990, Stuttgart 1990, S. 12. 1993 durfte die AIDS-Hilfe schließlich Aufklärungsarbeit in Schulen leisten. Vgl. AIDS-Hilfe Stuttgart (Hrsg.): Sachbericht 1993 der AIDS-Hilfe Stuttgart e. V., Stuttgart 1993, S. 3.

77 Vgl. AIDS-Hilfe Stuttgart, AIDS. 5 Jahre AIDS-Hilfe Stuttgart e. V. (wie Anm. 76), S. 18 f., S. 23 und S. 28.

78 Landtag von Baden-Württemberg, 10. Wahlperiode 1988–1992, Beilagen Bd. 39, Drucksache 10/5663 vom 05.08.1991, S. 4.

79 Ministerium für Arbeit, Gesundheit, Familie und Sozialordnung Baden-Württemberg, Aktionsprogramm AIDS (wie Anm. 14), Anlage 1: „Haushaltsrahmen des Aktionsprogramms AIDS 1990 im Überblick", S. 2.

Frauen.[80] Die AIDS-Hilfe Stuttgart bemühte sich, auf diese Entwicklungen zu reagieren: Berichte aus den 1990er Jahren unterstreichen ihre Arbeit hinsichtlich ambulanter Dienste, Wohnprojekten und der Aufklärung von Frauen.[81]

Wie die Überlieferungen aus den 1980er Jahren offenbaren, versuchten Politiker:innen und sonstige Akteur:innen mehrfach, im Fahrwasser der AIDS-Bedrohung gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen: Manche wollten Sexualität im Unterricht enttabuisieren. Andere versuchten, konservative Werte zu schützen. Wieder andere warben für Toleranz im Umgang mit sozialen Randgruppen. Allerdings war der Erfolg dieser Vorstöße mehrheitlich begrenzt: Der Umgang mit jenen, die damals als „Hauptrisikogruppe" bezeichnet worden waren, bleibt bis heute problematisch, wie das Beispiel des Christopher Street Day in Stuttgart 2023 zeigt: Dessen Motto „Nicht mit uns! Gemeinsam sicher und stark" unterstrich, dass mancherorts die Toleranz der Deutschen alternativen Lebensformen gegenüber weiterhin ungenügend ist. Aber auch die Sexualaufklärung in baden-württembergischen Schulen stellt nach wie vor ein Reizthema dar. Historiker:innen sind daher gut beraten, die Kontroversen um die Vermittlung von Sexualität in den 1980er Jahren nicht allein auf die Bedrohung durch HIV zurückzuführen. Fest steht: Noch 2014 berichtete der *Tagesspiegel* über Anfeindungen des Bildungsplans 2015, der „Akzeptanz für sexuelle Vielfalt" vermitteln wollte.[82] Eine Online-Petition, die mehr als 190 000 Unterschriften sammelte, forderte: „Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens."[83] Und zuletzt stand der im Schuljahr 2016/17 in Kraft getretene Bildungsplan in der Kritik. Der Lesben- und Schwulenverband in Baden-Württemberg erklärte dazu 2020: „Note Ungenügend. Kultusministerium lässt sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Baden-Württemberg nahezu unberücksichtigt."[84] Daneben schreibt sich — trotz aller Bemühungen, der Ausbreitung

80 Vgl. Landtag von Baden-Württemberg, Drucksache 10/5663 (wie Anm. 78), S. 5.

81 Vgl. AIDS-Hilfe Stuttgart (Hrsg.): Sachbericht 1994 der AIDS-Hilfe Stuttgart e. V., Stuttgart 1994.

82 Anja Kühne/Sylvia Vogt/Amory Burchard/Tilmann Warnecke/Andreas Böhme: „Sexuelle Vielfalt im Unterricht. Wieso ist der Lehrplan so umstritten", in: Tagesspiegel, 13.01.2014 [www.tagesspiegel.de/politik/wieso-ist-der-lehrplan-so-umstritten-3623737.html, Zugriff 29.09.2023].

83 www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens [Zugriff 29.09.2023].

84 LSVD Baden-Württemberg: Note Ungenügend: Kultusministerium lässt sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Schulen in Baden-Württemberg nahezu unberücksichtigt, 21.07.2020 [https://ba-wue.lsvd.de/2020/07/21/note-ungenuegend-kultusm

des HI-Virus durch die Übernahme Bonner Konzepte Einhalt zu gebieten — die Geschichte von AIDS im Südwesten fort: Der Erreger stellt noch heute eine Bedrohung dar. Ende 2021 lebten rund 9980 Männer und 3420 Frauen mit HIV/AIDS in Baden-Württemberg.[85]

inisterium-laesst-sexuelle-und-geschlechtliche-vielfalt-in-schulen-in-baden-wuerttemberg-nahezu-unberuecksichtigt, Zugriff 29.09.2023].

85 Robert-Koch-Institut (Hrsg.): HIV/AIDS in Baden-Württemberg (wie Anm. 74).

Angela Borgstedt

Die Debatten über eine „Historisierung" der NS-Vergangenheit und die Anfänge einer Erinnerungskultur in den 1980er Jahren

Die 1980er Jahre waren eine Zeit geschichtspolitischer und erinnerungskultureller Weichenstellungen. Es war das Jahrzehnt des Generationswechsels, in dem die letzten Vertreter einer politisch belasteten Alterskohorte abtraten,[1] in dem zugleich aber auch das Ende der Zeitzeugenschaft überlebender Opfer des Nationalsozialismus absehbar wurde. Es stand zu befürchten, dass ohne ihre mahnende Stimme die Erinnerung nicht länger lebendig bleiben könne, zumal mit fortschreitender Zeit immer weniger Menschen die NS-Diktatur noch selbst erlebt hatten. Als 1989 die Mauer fiel, sah es so aus, als würde die Agenda geschichtspolitischer Themen endgültig neu besetzt und die NS-Vergangenheit zu einem unter vielen Kapiteln deutscher Geschichte. Diese Befürchtung hatte eine kritische Geschichtswissenschaft, aber auch viele engagierte Laienhistoriker schon zu Beginn der Kanzlerschaft Helmut Kohls artikuliert, dessen Geschichtspolitik als „konsistenter Versuch [gesehen wurde], die deutsche Geschichte zu ‚normalisieren' und von ihrem hegemonialen Bezug auf den Nationalsozialismus zu befreien".[2] Die Reaktionen auf diese mutmaßliche „Entsorgung der deutschen Vergangenheit" (Hans-Ulrich Wehler) waren von teils polemischer Schärfe, sorgten andererseits aber für eine in dieser Dimension wohl noch nicht dagewesene mediale Aufmerksamkeit. Vor allem bestärkte die Debatte um die Historisierung der NS-Zeit das zivilgesellschaftliche Engagement derer, die soeben begonnen hatten, sich mit der eigenen lokalen Geschichte des sogenannten „Dritten Reichs" auseinanderzusetzen, eine örtliche „Topographie des Terrors" auszumachen und alternative Stadtrundgänge zu erarbeiten.[3] Sie

1 Vgl. stellvertretend für viele Folgeprojekte Eckart Conze u. a. (Hrsg.): Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2010.

2 Rüdiger Graf: Geschichte wird gemacht. Helmut Kohl als Public Historian, in: Frank Bösch u. a. (Hrsg.): Public Historians. Zeitgenössische Interventionen seit 1945, Göttingen 2021, S. 260—272, hier S. 261.

3 Vgl. hierzu z. B. Angela Borgstedt: Die Vergangenheit mahnt. Orte des Gedenkens in Speyer, in: Dies./Christiane Pfanz-Sponagel (Hrsg.): Speyer 1933—1945. Die Domstadt im Nationalsozialismus, Münster 2023, S. 683—692.

waren es letztlich, die wesentlich zur Verfestigung und Institutionalisierung des Erinnerns an die NS-Diktatur beitrugen, und damit auch dazu, dass diese toxische Vergangenheit eben nicht „entsorgt" wurde, sondern sich seit den 1990er Jahren eine Erinnerungskultur und Erinnerungslandschaft ausprägen konnte, die längst zu einem Kernbestand des geschichtspolitischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik geworden ist.

Eine Rede und ihre Wirkung

Die 1980er Jahre waren eine geschichtspolitische Scharnierzeit und eine Dekade heftigster Kontroversen. Unter all den polemischen Stellungnahmen ragt ein aus heutiger Sicht so wohltuend sachlich-ausgewogener, staatsmännischer Beitrag zur Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit heraus, dem heute vielfach „wegweisende Wirkung" attestiert wird:[4] die Rede des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker zum vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes 1985. Als Ulrich Gill und Winfried Steffani ein Jahr später den Sammelband *Eine Rede und ihre Wirkung* herausgaben, fragten sie sich, ob von ihr wohl „mehr als kurzfristige Impulse" ausgehen oder sie in Vergessenheit geraten würde.[5] Heute ist ihre geschichtspolitische Bedeutung unbestritten, auch wenn sie geschichtswissenschaftlich kaum Neues enthielt. Die Rede sollte vor allem versöhnend wirken. Sie adressierte die Mehrheitsgesellschaft, die den 8. Mai 1945 lange als „Tag der Niederlage" erinnert hatte und prägte ihr nachhaltig jene Formel ein, mit der wir sie heute noch primär verbinden: „Der 8. Mai 1945 war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Herrschaft."[6]

Sodann kam die Rede ausgehend von der Schilderung des im Krieg *erfahrenen* auf das den Völkern Europas *angetane* Leid. Dass Weizsäcker dabei an erster Stelle die Sowjetunion und die Menschen in Polen nannte, war in Zeiten des Kalten Krieges noch immer nicht selbstverständlich. „Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michail Gorbatschow

4 Vgl. Cornelia Siebeck: „Einzug ins verheißene Land". Richard von Weizsäckers Rede zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1985, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 12 (2015), H. 1, S. 161–169.

5 Ulrich Gill/Winfried Steffani (Hrsg.): Eine Rede und ihre Wirkung. Die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 8. Mai 1985 anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Betroffene nehmen Stellung, Berlin 1986, S. 8 f.

6 Richard von Weizsäcker: Von Deutschland aus. Reden des Bundespräsidenten, München 1987, S. 11–35, hier S. 12 f.



Zwei CDU-Politiker, die die 1980er Jahre auch geschichtlich prägen: Bundespräsident Richard von Weizsäcker (l.) und Bundeskanzler Helmut Kohl, aufgenommen im Januar 1985.

hat verlautbart, es ginge der sowjetischen Führung beim vierzigsten Jahrestag des Kriegsendes nicht darum, antideutsche Gefühle zu schüren.“[7] Diesen Subtext der Verständigung, der ausgestreckten Hand, so mahnte Weizsäcker, solle man ernst nehmen. Der Bundespräsident sprach erstmals die bis dato „vergessenen“ Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an, namentlich Sinti und Roma, Homosexuelle, die Opfer der sogenannten „Euthanasie“, und adressierte allgemein die wegen ihrer religiösen Überzeugung Verfolgten, was implizit die Zeugen Jehovas einschließen mochte.[8] Er bezog sich auf den politischen Widerstand und explizit den der Kommunisten. Bedenkt man, welchen Skandal einige Jahre später (1994) die Aufnahme des „Nationalkomitees Freies Deutschland“ in die ständige Ausstellung der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand im konservativen Lager auslöste, dann wird klar, wie wenig selbstverständlich die Würdigung des kommunistischen Widerstands noch immer war. Der Bundespräsident stellte die Beispiellosigkeit des Völkermords an der jüdischen Bevölkerung Europas heraus, worüber im „Historikerstreit“ ein Jahr später eine heftige Kontroverse entbrannte.

7 Ebd., S. 31.
8 Ebd., S. 14.

Nicht zuletzt war die Weizsäcker-Rede ein Appell für den verantwortungsbewussten Umgang mit der belasteten Geschichte, ja ein Bekenntnis zur *Erinnerungskultur*, auch wenn dieser Begriff damals noch nicht gebräuchlich war: „Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. […] Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart."[9]

Es gab verschiedentlich Kritik an dieser Rede. Petra Kelly, deren Partei Die Grünen der Gedenkstunde im Plenarsaal des Bundestages in Teilen ferngeblieben war, nannte sie „richtig, aber auch nicht mehr als selbstverständlich".[10] Auf die partielle oder grundsätzliche Ablehnung in den Reihen von Vertriebenenverbänden oder gar dem rechten Rand des Parteienspektrums sei nur verwiesen. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht entsprach manches längst nicht mehr dem Forschungsstand der Zeit, so etwa die „dämonisierende" Fokussierung des Täterbegriffs auf Hitler, hatte doch eine stärker sozialhistorisch ausgerichtete Wissenschaft schon in den 1970er Jahren die Verantwortlichkeit *vieler* im polykratischen Strukturgefüge des NS-Staats festgestellt. Weizsäckers Rede war integrierend, war empathisch, aber sie war inhaltlich keine Sensation. Petra Kelly stellte ihr die zahlreichen vergangenheitspolitischen Äußerungen Gustav Heinemanns gegenüber, der schon 1974 konstatiert hatte, dass ein Entfliehen aus der Geschichte nicht möglich, ein Ausklammern des Belasteten, Widerwärtigen, ja Verbrecherischen nicht zulässig sei. Warum, so fragte Kelly, wurde Weizsäckers Rede gerade im Ausland enthusiastisch aufgenommen, während die eindrücklichen Worte Heinemanns so wenig nachhaltige Resonanz gefunden hatten? Waren es die Begleitumstände, die vergangenheitspolitischen Ungeschicklichkeiten des Kanzlers Helmut Kohl, die der Ansprache des sechsten Bundespräsidenten die teils überschwänglich positiven Reaktionen verschaffte, darunter die erste Einladung an ein amtierendes deutsches Staatsoberhaupt nach Israel? Tatsächlich war die Gedenkveranstaltung mit dem Bundespräsidenten als Redner erst beschlossen worden, nachdem die „Bitburg-Affäre", aber auch der Slogan des für den Juni 1985 geplanten Schlesiertreffens „Schlesien bleibt unser" hohe Wellen geschlagen hatte. Weizsäckers Rede sollte sie glätten helfen. Gleichwohl markiert diese Rede eine Zäsur, wie Katrin Hammerstein und Birgit Hofmann bilanzieren.[11] Weizsäcker hatte einen Maßstab gesetzt, einen „dop-

9 Ebd., S. 18.

10 Gill/Steffani, Eine Rede und ihre Wirkung (wie Anm. 5), S. 137.

11 Katrin Hammerstein/Birgit Hofmann: „Wir […] müssen die Vergangenheit annehmen" — Richard von Weizsäckers Rede zum Kriegsende 1985, in: Deutschland Archiv, 18.12.2015 [www.bpb.de/217619, Zugriff 31.10.2023].

pelten Maßstab“, wie Harald Schmid feststellt, nämlich „wie staatlicherseits würdig und doch differenziert mit der nationalsozialistischen Vergangenheit umzugehen und wie der 8. Mai 1945 politisch-moralisch angemessen zu deuten sei“.[12]

Für uns Heutige war die Rede des Bundespräsidenten richtungweisend, die damaligen Hörer und bald auch Leser des in millionenfacher Auflage verbreiteten Textes sahen sie vor allem vor dem Hintergrund Kohl’scher Geschichtspolitik und geschichtspolitischer Kontroversen. Die umstrittene Kranzniederlegung auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg am 5. Mai 1985 wurde schon erwähnt. Was als deutsch-amerikanische Versöhnungsgeste und quasi Neuauflage jener Szene vom September 1984 gedacht war, als Kohl Hand in Hand mit Frankreichs Präsident Mitterand über den Gräbern von Versailles gestanden war, geriet spätestens dann zum Politikum, als sich der dafür ohnehin nicht klug gewählte Ort noch als Begräbnisstätte von Angehörigen der Waffen-SS erwies.



Demonstration am 5. Mai 1985 in Bitburg: Zahlreiche Demonstranten, vor allem jüdische Studierende aus dem In- und Ausland, protestieren gegen Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan, die auf dem Soldatenfriedhof der Stadt, auf dem auch Angehörige der Waffen-SS begraben sind, den Toten der Kriege gedenken.

12 Zitiert nach ebd.

Geschichtspolitische Wende oder „Entsorgung" der Vergangenheit?

Helmut Kohl hatte von Anbeginn seiner Kanzlerschaft vergangenheitspolitisch polarisiert. „Unsere Republik, die Bundesrepublik", so die diesbezüglich programmatische Passage in seiner Regierungserklärung am 13. Oktober 1982, „entstand im Schatten der Katastrophe. Sie hat inzwischen ihre eigene Geschichte."[13] So entkonkretisiert hatte man vor allem in den 1950er Jahren über die NS-Diktatur gesprochen. Kohl ging es darum, neben der belasteten Vergangenheit die positiven Traditionslinien deutscher Geschichte herauszustellen, wie er dies in seiner Antrittsrede betonte: 1983, das Jahr, für das er soeben Bundestagswahlen angekündigt hatte, „erinnert uns in besonderer Weise an Höhen und Tiefen unserer Geschichte": den 500. Geburtstag Martin Luthers, den fünfzigsten Jahrestag der sogenannten „Machtergreifung" sowie den dreißigsten Jahrestag der „Erhebung der Arbeiter in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft". Das war eine beachtliche Rahmung: Die „deutsche Katastrophe" als Tiefpunkt neben Höhepunkten deutscher Geschichte wie der Reformation und dem Volksaufstand gegen die SED-Herrschaft am 17. Juni 1953. Die kritische Geschichtswissenschaft um Historiker wie Hans Mommsen und Hans-Ulrich Wehler sah sich in ihrer Wahrnehmung eines Paradigmenwechsels bestätigt, der sich bereits mit der Berliner Preußen-Ausstellung 1981 abgezeichnet hatte: „Revision eines Geschichtsbildes" sollte ursprünglich ihr Titel lauten. „Preußen ist wieder chic",[14] ätzte Hans-Ulrich Wehler, der sich in seinen Forschungen so intensiv wie kritisch an den Machtstrukturen des Kaiserreichs abgearbeitet hatte.

Helmut Kohl hatte in seiner Regierungserklärung die Gründung eines „Hauses der Geschichte der Bundesrepublik" angekündigt, was seine Kritiker als Versuch werteten, nationale Sinnstiftung zu implementieren statt Geschichtsnarrative zu hinterfragen. Die Befürworter der so etikettierten „geistig-moralischen Wende" stellten sich gegen eine Geschichtspolitik, die in ihren Augen geschichtslos, nämlich einseitig auf die NS-Vergangenheit und gegen die für progressiv erkannten demokratischen und sozialen Bewegungen fixiert war. Damit war der Kernkonflikt der vergangenheitspolitischen Kontroversen der 1980er Jahre vorgezeichnet. Es ging um nichts weniger als den Stellenwert der NS-Diktatur in der deutschen Geschichte.

13 Deutscher Bundestag, 9. Wahlperiode 1980 – 1983, Stenographischer Bericht, 121. Sitzung vom 13.10.1982, S. 7227. Vgl. dazu auch Graf, Geschichte wird gemacht (wie Anm. 2).

14 Hans-Ulrich Wehler: Preußen ist wieder chic. Politik und Polemik in zwanzig Essays, Frankfurt/M. 1983.

Während die einen vierzig Jahre nach Kriegsende den Zeitpunkt einer Historisierung des Nationalsozialismus für gekommen hielten, fürchteten andere dessen Relativierung, gar Verdrängung, ja in Anlehnung an das Kontroversthema „Atomenergie" und die Suche nach einem atomaren Endlager eine „Entsorgung der deutschen Vergangenheit"[15]. Es stritten die politischen Lager und nicht weniger vehement die Historiker unterschiedlicher Couleur. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene empörten sich engagierte Laien, die sich als sogenannte „Barfußhistoriker" entweder bereits für die Dokumentation lokaler Widerstands- und Verfolgungsgeschichte eingesetzt hatten oder nunmehr angeregt wurden, das zu tun. „Die ‚Gedenkstättenbewegung' entstand auch als ‚gegenkulturelles Projekt' gegen die geschichtspolitischen Bestrebungen der Regierung Helmut Kohls, die auf nationale Identitätsstiftung abzielte."[16]

Der Weg übersehener Opfer in die Öffentlichkeit

In den 1980er Jahren brachen schließlich auch Verfolgte und ihre Nachkommen den in der Nachkriegsrepublik lange vorherrschenden Schweigekonsens und meldeten sich öffentlich zu Wort, darunter Angehörige bislang vergessener Opfergruppen wie Homosexuelle oder Sinti und Roma.[17] Um ein Ende fortgesetzter Diskriminierung und die Anerkennung als Opfer eines Völkermords zu erreichen, traten am Karfreitag, 4. April 1980, zwölf Sinti, darunter Überlebende des NS und auch der spätere Zentralratsvorsitzende Romani Rose, auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Dachau in den Hungerstreik. Im Jahr darauf besetzten Sinti-Aktivisten das Tübinger Universitätsarchiv, wo noch immer Material der sogenannten „Rassenhygienischen Forschungsstelle" lagerte, das nach der Aktion an das Bundesarchiv abgegeben wurde. 1982 konstituierte sich der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma als Interessenvertretung, in dessen Trägerschaft sich das 1997 eingeweihte Heidelberger Dokumentations- und Kulturzentrum als zentrale Gedenkstätte für den Völkermord an dieser auch heute noch angefeindeten Minderheit befindet. Wie lange es dauerte, um hier überhaupt ein Problem-

15 Hans-Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit. Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit", München 1988.

16 Marco Brenneisen: Schlussstriche und lokale Erinnerungskulturen. Die „zweite Geschichte" der südwestdeutschen Außenlager des KZ Natzweiler seit 1945, Stuttgart 2020, S. 630.

17 Vgl. Sebastian Lotto-Kusche: Der Völkermord an den Sinti und Roma und die Bundesrepublik. Der lange Weg zur Anerkennung 1949—1990, Berlin 2022.

bewusstsein zu erzeugen, zeigt der bis in die jüngste Zeit bedenkenlose Gebrauch des „Z-Wortes“.



Am 1. September 1981 besetzen Sinti-Aktivisten das Tübinger Universitätsarchiv und erzwingen die Überführung der Archivunterlagen der „Rassenhygienischen Forschungsstelle“ in das Bundesarchiv Koblenz.

Dass Sensibilität und Unrechtsempfinden aber allmählich wuchsen, lässt sich etwa an den kritischen Fragen ablesen, die nun zur Herkunft menschlicher Präparate in den Medizinfakultäten Heidelberg oder Tübingen laut wurden. Proteste hatten zur Folge, dass sie im Lehrbetrieb nicht mehr zum Einsatz kamen, sondern anonym beigesetzt wurden. Erst in jüngster Zeit wurden zum Zweck würdigenden Erinnerns Namen und Schicksale dieser NS-Opfer rekonstruiert.[18] Der wachsenden Sensibilität für Opferschicksale entsprach ein Politikstil moralischer Empörung, der es auch Unternehmen zunehmend schwerer machte, ihre belastete Vergangenheit zu ignorieren und einen Entschädigungsanspruch von Zwangsarbeitern weiterhin konsequent zu negieren. Nicht nur das Unternehmen „Hugo Boss“ bekam dann in

18 Hingegen hat Benigna Schönhagen schon 1987 unter dem Titel „Gräberfeld X“ eine Dokumentation über NS-Opfer auf dem Tübinger Stadtfriedhof erstellt [www.tuebingen.de/Dateien/Graeberfeld_X.pdf, Zugriff 31.10.2023].

den 1990er Jahren ein Imageproblem, weil in den USA die Zwangsarbeiterthematik zum Gegenstand von Anti-Kampagnen wurde, im Fall von „Boss“ in Form blutiger SS-Runen im Firmennamen.[19]



Am 31. Oktober 1985 versuchen Demonstranten, darunter Ignaz Bubis (l.), mit der Besetzung der Bühne des Schauspiels Frankfurt die Aufführung des Fassbinder-Stückes *Der Müll, die Stadt und der Tod* zu verhindern.

Neben den Sinti und Roma waren es vor allem junge Jüdinnen und Juden, die nicht mehr bereit waren, einen auch in der Mitte der Gesellschaft wieder salonfähigen Antisemitismus hinzunehmen. Die 1980er Jahre waren eine Zeit des erstarkenden Rechtsextremismus. Hier sei exemplarisch der 1980 verübte Mord an dem Verleger Shlomo Levin und seiner Lebensgefährtin Frida Poeschke in Erlangen durch einen Angehörigen der rechtsterroristischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ genannt.[20] Die Anfeindungen kamen freilich nicht nur von rechts. Seit den 1970er Jahren hatte sich in der linken Szene eine dezidiert antiisraelische Haltung etabliert, die teils verstörend

19 Vgl. Rudolf Renz: Hugo Boss. Metzinger Uniformschneider im „Dritten Reich“, in: Wolfgang Proske (Hrsg.): NS-Belastete aus dem Süden des heutigen Baden-Württemberg, Gerstetten 2018, S. 44—58.

20 Vgl. Uffa Jensen: Ein antisemitischer Doppelmord. Die vergessene Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik, Berlin 2022.

unsensibel Juden zum Tätervolk an den Palästinensern deklarierte und sich antisemitischer Stereotype bediente. Im Kontext der Frankfurter Hausbesetzungen im Westend wurde Immobilienbesitz bedenkenlos mit judenfeindlichen Klischees befrachtet. Das war der Hintergrund des Stücks *Der Müll, die Stadt und der Tod* von Rainer Werner Fassbinder, in dem in der Figur des „reichen Juden" mutmaßlich Ignatz Bubis, der spätere Vorsitzende des Zentralrats der Juden, zu erkennen war. Bubis, aber auch jüngere Mitglieder der jüdischen Gemeinde Frankfurt wie Michel Friedman, besetzten im Oktober 1985 die Große Bühne des Schauspiels Frankfurt, um eine Aufführung des Stücks zu verhindern.[21] Micha Brumlik, Erziehungswissenschaftler und Frankfurter Stadtverordneter für die Grünen, der damals unter den Bühnenbesetzern war, spricht rückblickend von einem „Coming out" der jüdischen Gemeinschaft, die nunmehr mit erkennbarem Selbstbewusstsein agierte[22] und klarmachte, dass sie sich nicht mehr nur als „jüdische *Mit*bürger" würde behandeln lassen, sondern darauf insistierte, als deutsche Staatsbürger jüdischen Glaubens anerkannt zu werden.

Gedenken 50 Jahre nach dem Novemberpogrom

Die 1980er Jahre waren eine Zeit, in der die Geschichte des Nationalsozialismus zunehmend als Geschichte der Judenverfolgung und des Genozids wahrgenommen wurde. „Eine breitenwirksame Station auf diesem Weg war die Ausstrahlung des vierteiligen Fernsehfilms ‚Holocaust' in den […] dritten Programmen des deutschen Fernsehens im Januar und Februar 1979."[23] Er gab dem Völkermord an den Juden seinen heute gebräuchlichen Namen. 1985 zeigten wiederum die dritten Programme die zweiteilige Zeitzeugendokumentation *Shoah* des französischen Regisseurs Claude Lanzmann.[24] Auch vor diesem Hintergrund galt dem fünfzigsten Jahrestag des Novemberpogroms eine besondere öffentliche Aufmerksamkeit. Viele Städte hatten ihre eigenen Gedenkveranstaltungen, die zentrale Gedenkrede hielt Bundeskanzler Helmut Kohl in der Frankfurter Westend-Synagoge. Im Vorfeld hatte es

21 Ignatz Bubis: Ich bin ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Ein autobiographisches Gespräch mit Edith Kohn, Köln 1993, v. a. S. 155–161.

22 https://web.archive.org/web/20070927200925/http://www.sonntagsblatt.de/artikel/1998/38/38-s2.htm [Zugriff 31.10.2023].

23 Harald Schmid: Erinnern an den „Tag der Schuld". Das Novemberpogrom von 1938 in der deutschen Geschichtspolitik, Hamburg 2001, S. 394.

24 Claude Lanzmann: Shoah. Mit einem Nachwort von Simone de Beauvoir, Grafenau 1999.

Kritik gegeben, weil nicht nur der Zentralrat der Juden ausdrücklich Richard von Weizsäcker als Redner gewünscht hatte. Dass ausgerecht „Helmut Kohl, der in Bitburg ‚sein Haupt vor SS-Gräbern neigte', nun in der Synagoge […] ‚ein neues Geschichtsbild präsentieren'" werde, sei nicht hinnehmbar, hatte Micha Brumlik kritisiert.[25] Kohl mochte in der Vergangenheit polarisiert haben, diesmal jedoch bot seine Rede wenig Anlass für Kritik. Skandalfrei blieb aber auch dieser Gedenktag nicht. Der Staatsakt am 10. November im Plenarsaal des Bundestages geriet zum Eklat, als Bundestagspräsident Philipp Jenninger eine inhaltlich zwar kaum zu beanstandende Rede hielt, die aber im Duktus und mangels klar erkennbarer Distanz zu den Zitatpassagen missriet. Einen Tag später musste Jenninger zurücktreten.[26]

Helmut Kohl hatte mit seinem Anspruch, „die historische Erinnerung der Bundesrepublik mit zusätzlichen, positiv besetzbaren rituellen Elementen anzureichern",[27] Widerspruch erzeugt. In der Wahrnehmung einer *kritischen* Geschichtswissenschaft stand nichts weniger auf dem Spiel als die „Rückabwicklung"[28] vieler der seit 1968 erfolgten Entwicklungen, etwa im Bereich des Schulgeschichtsunterrichts und speziell die Ablösung der sozialhistorischen Richtung durch eine revisionistische politikzentrierte Geschichtsschreibung. Die Laienhistoriker fürchteten um die Realisierung ihrer erinnerungspolitischen Anliegen.

Sorge um eine „Entsorgung" der NS-Vergangenheit

Auf der Ebene der Wissenschaft kulminierte der Konflikt mit dem „Historikerstreit", doch ließ bereits die Kontroverse um die Rede des Philosophen Hermann Lübbe anlässlich der Berliner Tagung zum fünfzigsten Jahrestag der sogenannten „Machtergreifung" die künftigen Konfliktlinien erkennen. Lübbe wandte sich in seinen Ausführungen gegen die Auffassung, die NS-Vergangenheit sei nach 1945 aktiv verdrängt worden. Der verbrecherische Charakter des Regimes sei dafür zu evident gewesen, vielmehr habe ein zeitweiliges kommunikatives Beschweigen, ein „Mitlaufen in die Demokratie", wie es Gesine Schwan kritisch kommentierte, die „Verwandlung unserer

25 Schmid, Erinnern an den „Tag der Schuld" (wie Anm. 23), S. 437.

26 Vgl. Wolfgang Benz: Unglücklicher Staatsakt — Philipp Jenningers Rede zum 50. Jahrestag der Novemberpogrome 1938, in: Deutschland Archiv Online, 04.11.2013 [www.bpb.de/171555, Zugriff 31.10.2023].

27 Andreas Wirsching: Abschied vom Provisorium 1982—1900, München 2006, S. 480.

28 Claus Leggewie: Der Geist steht rechts. Ausflüge in die Denkfabriken der Wende, Berlin 1987, S. 222.

Nachkriegsbevölkerung in die Bürgerschaft der Bundesrepublik Deutschland" überhaupt erst ermöglicht.[29] Ließ sich die damals noch gar nicht erforschte Vergangenheitspolitik der 1950er Jahre tatsächlich mit einer „Kultur des Beschweigens" charakterisieren? Wir wissen dank der Habilitationsschrift von Norbert Frei, in welchem Umfang Amnestien, die beamtenrechtlichen Regelungen des Artikels 131 GG und nicht zuletzt ein massiver Lobbyismus zugunsten von Kriegsverbrechern deren Rückkehr in die Gesellschaft ebneten. Die verräterische Begriffsverschiebung von Kriegsverbrechern zu *Kriegsverurteilten* illustriert, wie sehr hier keineswegs nur beschwiegen, sondern aktiv verdrängt wurde.[30]

„Lübbes Vortrag", so Axel Schildt, „stand am Beginn einer neuen geschichtspolitischen Phase und der Herausbildung einer in sich differenzierten Erinnerungskultur".[31] Sie war geprägt vom „Historikerstreit", der 1986/87 medienöffentlich und keineswegs nur in Fachzeitschriften ausgetragen wurde. Im Kern ging es um die Frage der Singularität des Holocaust. Jürgen Habermas hatte die Kontroverse mit einem Beitrag über „apologetische Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung" in der Wochenzeitung *Die Zeit* begonnen und darin eine „revisionistische Geschichtsschreibung" angeprangert, die den Völkermord in eine Reihe mit anderen Menschheitsverbrechen wie Stalins Gulag, der Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten oder den „Killing Fields" Pol Pots stellte. Es war die Replik auf einen FAZ-Beitrag des Historikers Ernst Nolte unter dem Titel *Vergangenheit, die nicht vergehen will*, in dem dieser den „Rassenmord" an den europäischen Juden in kausalen Zusammenhang mit dem „Klassenmord" an Kulaken und Bürgertum in der bolschewistischen Revolution brachte. Der „Historikerstreit", so Hans-Ulrich Wehler in seinem polemischen Essay *Die Entsorgung der deutschen Vergangenheit*, sei jedoch nur partiell eine wissenschaftliche Auseinandersetzung. „Hauptsächlich ist er vielmehr ein durch und durch politischer Kampf um das Selbstverständnis der Bundesrepublik, um das politische Bewusstsein ihrer Bürger."[32]

29 Gesine Schwan: Der Mitläufer, in: Etienne François/Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte I, München 2001, S. 654–669, hier S. 663.

30 Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 2012.

31 Axel Schildt: Zur Durchsetzung einer Apologie. Hermann Lübbes Vortrag zum 50. Jahrestag des 30. Januar 1933, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 10 (2013), S. 148–152, hier S. 152.

32 Wehler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit (wie Anm. 15), S. 10.

Der „Historikerstreit" verebbte, doch die Frage der künftigen geschichtspolitischen Bedeutung der NS-Zeit blieb virulent. Sie stellte sich schon vor dem Hintergrund des generationellen Wandels und des absehbaren Verschwindens der Miterlebenden. Die Zeit der NS-Diktatur rückte für immer mehr Menschen aus dem Horizont selbst erfahrener Zeitgeschichte. Welches Potenzial das individuelle Zeugnis der Miterlebenden besaß, hatte Lanzmanns Dokumentation *Shoah* hinlänglich gezeigt: Gerade die subjektive Schilderung individuellen Erlebens vermittelte das, was bloße Zahlen nie verdeutlichen können, nämlich eine Ahnung dessen, was das Erleben des uns letztlich Unvorstellbaren aus Menschen macht. Es war dies die Geburtsstunde der Institution des Zeitzeugen.[33]

„Fragt uns!": Überlebende als Zeitzeugen

Lebensgeschichtliche Interviews mit Angehörigen aus dem Arbeitermilieu zur „Faschismuserfahrung im Ruhrgebiet" der 1930er Jahre hatte der Historiker Lutz Niethammer schon 1983 publiziert.[34] Hobbyhistoriker und -historikerinnen führten längst kleinere lokale Oral-History-Projekte durch, bevor sich dieser methodische Zweig in den 1990er Jahren professionalisierte. Inzwischen wird dank der Entwicklung der Medientechnologie sogar die Umsetzung eines „interaktiven digitalen Zeugnisses" möglich. Volkhard Knigge, langjähriger Leiter der „Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora", ist der Auffassung, dass die Entdeckung des Zeitzeugen in den 1980er Jahren letztlich zu spät kam, um die gedenkstättenpädagogische Arbeit der Bundesrepublik noch prägen zu können.[35] Im schulischen Bereich sieht das wohl anders aus. Die Begegnung mit Überlebenden wie Inge Deutschkron oder mit Angehörigen von Widerstandskämpfern wie Anneliese Knoop-Graf war für viele Schülerinnen und Schüler oder Studierende ein Schlüsselerlebnis, das ihnen die in vielem unbegreifliche Geschichte der NS-Zeit näherbrachte. Ein wichtiger Impuls ging sicherlich vom Gedenktag fünfzig Jahre nach dem Novemberpogrom 1938 aus, den viele Städte zum Anlass nahmen, ihre ehemaligen jüdischen Bürgerinnen und Bürger einzuladen. Für einzelne, wie den in Frankreich lebenden ehemaligen Karlsruher

33 Vgl. Martin Sabrow: Zeitgeschichte schreiben. Von der Verständigung über die Vergangenheit in der Gegenwart, Göttingen 2024.

34 Lutz Niethammer: „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll". Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Bonn 1983.

35 www.deutschlandfunk.de/geschichte-ohne-zeitzeugen-neue-wege-der-erinnerungskultur-100.html [Zugriff 31.10.2023].

Paul Niedermann,[36] stand diese Versöhnungsgeste am Beginn regelmäßiger Besuchskontakte und einer teils Jahrzehnte währenden Tätigkeit als Zeitzeuge.



November 1988: Gedenkveranstaltung der Stadt Karlsruhe aus Anlass des fünfzigsten Jahrestages der Reichspogromnacht im Markgrafengymnasium Durlach. Eingeladen sind auch ehemalige jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger der Stadt, darunter Paul Niedermann (2. v. r. in der Stuhlreihe vor dem Podium).

Die Entstehung einer Gedenkstättenlandschaft

Die 1980er Jahre waren eine Zeit heftiger geschichtspolitischer Kontroversen, sie waren zugleich aber auch eine Phase der Konkretisierung und Institutionalisierung des Erinnerns. Während auf älteren Gedenktafeln der Zerstörungskontext einer Synagoge allenfalls in Andeutungen erkennbar wurde, wurden seit den 1980er Jahren Täterschaft und Verantwortung meist klar benannt. „Im Innenhof dieses Grundstücks stand einst die 1881 errichtete Synagoge der orthodoxen israelitischen Religionsgemeinschaft. In der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 wurde auch diese Synagoge von Nationalsozialisten entweiht und niedergebrannt“, ist auf einer 1988 ange-

36 Vgl. Thomas Lindemann (Hrsg.): Auf Hass lässt sich nicht bauen. Erinnerungen, Karlsruhe 2011.

brachten Tafel am Ort der früheren orthodoxen Synagoge in Karlsruhe zu lesen.[37] Der Kontrast zu der aus den 1960er Jahren stammenden Gedenktafel für die größere liberale Synagoge in der Kronenstraße ist augenfällig: „Hier stand die Synagoge der israelitischen Gemeinde Karlsruhe. Sie wurde am 10. November 1938 unter der Herrschaft der Gewalt und des Unrechts zerstört."[38]

Das Anbringen von Tafeln war nicht zuletzt Zeichen einer vermehrt topographischen Erschließung der Geschichte von Verfolgung und Widerstand. In den 1990er Jahren kamen dann die „Stolpersteine" hinzu, die Gunter Demnig für das größte dezentrale Denkmalprojekt verlegte. Wo aber die lokalen Tatorte der NS-Zeit bekannt waren, setzen sich engagierte Bürgerinnen und Bürger vermehrt für den Erhalt als Gedenkort ein. Die Berliner Bürgerinnen und Bürger, die sich auf dem Gelände des zerstörten Prinz-Albrecht-Palais auf archäologische Spurensuche nach der „Topographie des Terrors" begaben, verstanden ihre Arbeit freilich nicht nur als Beitrag zur Dokumentation und Erinnerung, sondern ganz konkret als eine symbolische Aktion „gegen Bitburg", das für viele zur Chiffre Kohl'scher Geschichtspolitik geworden war.

Welch langen Atem Gedenkstätteninitiativen selbst in Großstädten benötigen, muss wohl nicht eigens betont werden. Die Anfänge für die Einrichtung eines Lern- und Gedenkorts im Stuttgarter „Hotel Silber", der einstigen Polizei- und Gestapozentrale, reichen zwar nicht in die 1980er Jahre zurück, gleichwohl waren auch hier erhebliche Hürden zu überwinden, um überhaupt den Erhalt des Gebäudes sicherzustellen. Es gab weder einen vorgezeichneten Weg noch eine Erfolgsgarantie: Die Realisierungsgeschichte von Gedenkstättenprojekten, das hat die Dissertation von Marco Brenneisen zur Nachgeschichte der Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler deutlich gemacht, verlief höchst individuell und unterschiedlich.[39] Mal war es der Wille der Besatzungsmacht oder die Initiative ehemaliger Häftlinge, die den Anstoß gaben, mal die akribische Dokumentation engagierter Einzelner wie Peter Koppenhöfer im Fall des ehemaligen Konzentrationslagers Mannheim-Sandhofen.

Gerade im kleinstädtischen Raum bedurfte es oft eines Impulses von außen. Das waren für die Standorte einiger KZ-Außenlager die vom Ludwigs-

37 https://stadtlexikon.karlsruhe.de/index.php/De:Lexikon:top-3306 [Zugriff 31.10.2023].

38 www.alemannia-judaica.de/images/Images%2021/Karlsruhe%20Synagoge%20n100.jpg [Zugriff 31.10.2023].

39 Brenneisen, Schlussstriche (wie Anm. 16).

burger Geschichtsdidaktiker Herwart Vorländer angeregten Dissertationen, so für Sandhofen die 1977 erstellte Zulassungsarbeit von Angelika Schmitt.[40] Auch für die Institutionalisierung einer Gedenkkultur in Mössingen, dem Ort



Kein Schlussstrich. 1982 wird in Mannheim-Sandhofen eine Gedenktafel für die Zwangsarbeiter angebracht, die hier mitten in einem Wohngebiet in einer ehemaligen Schule inhaftiert waren. Bei der Feierlichkeit stellt ein Stadtrat seine Rede unter die Leitfrage „Was soll das noch nach so langer Zeit?". Die Mehrheit der Anwesenden verlässt daraufhin den Saal. Erst später kommt es durch ehrenamtliches Engagement zur detaillierten Aufarbeitung der Geschichte des Außenlagers des KZ Natzweiler-Struthof.

des Generalstreiks vom 31. Januar 1933, war maßgeblich, dass hier ein Forscherteam des Tübinger Ludwig-Uhland-Instituts Anfang der 1980er Jahre eine auf Zeitzeugeninterviews basierende Untersuchung erstellte.[41] Zur Gedenkfeier am fünfzigsten Jahrestag des Streiks kamen etwa 10 000 Menschen, darunter Tübinger Studierende sowie Vertreter von Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und Verbänden. Gegner und Kritiker nahmen daran Anstoß,

40 Angelika Schmitt: Die Geschichte des Konzentrationslagers Mannheim-Sandhofen. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte im regionalen Bereich, Zulassungsarbeit Ludwigsburg 1977.

41 Hans-Joachim Althaus u. a. (Hrsg.): Da ist nirgends nichts gewesen außer hier. Das „rote Mössingen" im Generalstreik gegen Hitler. Geschichte eines schwäbischen Arbeiterdorfes, Berlin 1982.

dass die Feier wesentlich von Auswärtigen getragen wurde, und auch die Objektivität und Unabhängigkeit der Tübinger Studie wurde jüngst noch einmal in Zweifel gezogen.[42]

Der mühsame Weg zu einer lokalen Gedenkkultur

Symptomatisch für die toxische Langzeitwirkung, die sich am Wohn- und Herkunftsort von Widerstandskämpfern entfalten konnte, ist das Beispiel Königsbronn, wo im Nachgang von Georg Elsers Attentat im Münchener Bürgerbräukeller vom 8. November 1939 die Gestapo anrückte, die Angehörigen in Sippenhaft nahm und die gesamte Einwohnerschaft als Verdächtige behandelte. Die stigmatisierende Bezeichnung „Attentatshausen" blieb haften. Ein 1988 konstituierter Georg-Elser-Arbeitskreis gründete sich an Elsers zeitweiligem Arbeitsort Heidenheim, der erstmals zum fünfzigsten Jahrestag des Attentats eine Gedenkveranstaltung durchführte und sich flankiert von der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand" in Berlin und der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg für eine Erinnerungsstätte in Königsbronn starkmachte.[43] Die Realisierung ließ bis 1998 auf sich warten.

Im hohenlohischen Brettheim, wo drei Männer Opfer eines grausamen Kriegsendverbrechens geworden waren, war es der Ortsvorsteher Fritz Braun, der sich für ein würdigendes Erinnern und die Etablierung eines Gedenktages einsetzte, der erstmals 1980 begangen wurde. Dass 1992 im Rathaus eine Erinnerungsstätte *Die Männer von Brettheim* eingerichtet wurde, war ebenfalls wesentlich das Verdienst von Fritz Braun. Thilo Pohle, ein Realschullehrer aus dem nahen Rothenburg ob der Tauber, hatte mit Brauns Unterstützung in den 1980er Jahren ein Dokumentarfilmprojekt mit Schülern über den Brettheimer Fall von Widerstand in der Kriegsendphase gedreht. Über sein langjähriges Engagement hat er kürzlich ein Buch mit dem Titel *Abenteuer Schule im Umgang mit Erinnerung* vorgelegt. Wochen nur vor jener Weizsäcker-Rede zum 8. Mai 1945 gewannen Pohle und seine Schüler den Bundespräsidenten für eine Grußbotschaft zum Brettheimer Gedenktag: „Den Bürgern von Brettheim, insbesondere den Angehörigen der [bisher eher verhöhnten als anerkannten] aufrechten Männern, die ihre mutige

42 Franziska Blum: Der Mössinger Generalstreik am 31. Januar 1933. Linker Widerstand der ersten Stunde, in: Peter Steinbach/Thomas Stöckle/Sibylle Thelen/Reinhold Weber (Hrsg.): Entrechtet — verfolgt — vernichtet. NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten, Stuttgart 2015, S. 31—57, hier S. 52.

43 Vgl. www.georg-elser-arbeitskreis.de/heidenheim/arbeitskreis.htm [Zugriff 31.10. 2023].

Menschlichkeit mit ihrem Leben bezahlt haben, gilt heute mein besonderes Gedenken und tiefes Mitgefühl."[44]

Die 1980er Jahre als Formierungsphase unserer Erinnerungskultur

Die 1980er Jahre sahen eine Reihe von Gedenkstätteninitiativen, aus denen im Folgejahrzehnt ein Netz von zunächst zwölf baden-württembergischen Erinnerungs- und Lernorten entstand. Sie haben sich in der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg (LAGG) zusammengeschlossen und arbeiten seit 1994 eng mit dem Gedenkstättenreferat der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zusammen. Wenn 1989 viele gefürchtet hatten, das mit der Friedlichen Revolution in der DDR angebrochene endgültige Ende der Nachkriegszeit würde auch das Ende der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur einläuten, so stellten sie rasch fest, dass die Ausprägung einer Erinnerungskultur gerade erst begonnen hatte. Nie wurde so viel zu unserer belasteten Geschichte geforscht, dokumentiert und erinnert wie in den Jahren seither. Die 1980er Jahre und die Anfänge der Gedenkkultur erleben gerade jetzt ihre Historisierung.

44 Thilo Pohle: Wenn lang die Bilder schon verblassen … Das Abenteuer Schule im Umgang mit Erinnerung. Zum 75. Jahr nach dem Kriegsende 1945. Eine Bilanz der Dokumentarfilmgruppe der Oskar-von-Miller-Realschule Rothenburg ob der Tauber 1981—2021, Backnang 2021.

Bildnachweis

Archiv Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm, 246 (Nachlass Brantner, Hans-Ranco, Album 5-115)
Archiv Soziale Bewegungen e. V, Freiburg | Leo Horlacher, 153
DER SPIEGEL, 46 (Nr. 47/1981 vom 16.11.1981)
Haus der Geschichte Baden-Württemberg | Sammlung Rupert Leser, 166
Horst Rudel, Stuttgart, 230
Landesarchiv Baden-Württemberg, Hauptstaatsarchiv Stuttgart, 43 (Q 2/50 Nr. 7863 | Burghard Hüdig), 201 (Q 2/50 Nr. 8639 | Burghard Hüdig)
Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Freiburg, 80 (W 140 Nr. 12050 | Sammlung Marlis Decker)
Landesmedienzentrum Baden-Württemberg, 24, 61, 194
Landesmuseum Württemberg, Münzkabinett, 103
Manfred Grohe, Kirchentellinsfurt, 174, 223
MARCHIVUM Mannheim, 254 (ABKS06089-023 | Gudrun Keese)
picture-alliance | Christine Steimer, 213
picture-alliance | Dominik Obertreis, 67, 208
picture-alliance | Egon Steiner, 113
picture-alliance | Elke Bruhn-Hoffmann, 137
picture-alliance | Hartwig Lohmeyer, 145
picture-alliance | Holger Hollemann, 89
picture-alliance | Karl Staedele, 189
picture-alliance | Manfred Rehm, 60
picture-alliance | Peter Popp, 241
picture-alliance | Rolf Haid, 48, 163
picture-alliance | Thomas Kienzle, 179
picture-alliance | Thomas Wattenberg, 243
picture-alliance/Associated Press | Helmut Fricke, 170
picture-alliance/Associated Press | Klaus Schlagmann, 247
picture-alliance/dpa, 69
picture-alliance/dpa | Christine Pfund, 28
picture-alliance/dpa | DB, 51
picture-alliance/dpa | Dick, 182
picture-alliance/dpa | Martin Athenstädt, 227
picture-alliance/dpa | Norbert Försterling, 71, 173, 206
picture-alliance/dpa | Roland Holschneider, 132, 162

picture-alliance/dpa | Rolf Haid, 48
picture-alliance/imageBROKER | Martin Storz, 15
picture-alliance/photothek | Thomas Imo, 37
Stadtarchiv Karlsruhe, 85 (8/BA Schlesiger A42/198/2/6 | Horst Schlesiger), 129 (8/BA Schlesiger A50/31/2/22 | Horst Schlesiger), 252 (8/BA Schlesiger A57/74/2/22 | Horst Schlesiger)
Stadtarchiv Schwäbisch Hall, 148 (Fotosignatur 24773 | Haller Tagblatt, Gerd Haida)

Die Autorinnen und Autoren

Alexopoulou, Maria, PD Dr., promovierte an der Freien Universität Berlin und habilitierte sich an der Universität Mannheim. Aktuell ist sie Projektleiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin.

Borgstedt, Angela, Prof. Dr., geb. 1964, ist Geschäftsführerin der Forschungsstelle Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten und außerplanmäßige Professorin am Historischen Institut der Universität Mannheim. Sie ist Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

Brechbilder, David, M. A., geb. 1984, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Mannheim und Doktorand im Forschungsprojekt „Zwischen Exzellenz und Expansion: Südwestdeutsche Wissenschaftspolitik von 1978 bis heute", gefördert durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

Eith, Ulrich, Prof. Dr., geb. 1960, ist Institutsdirektor des Studienhaus Wiesneck, Institut für politische Bildung Baden-Württemberg e. V., und Professor für Politikwissenschaft an der Universität Freiburg.

Gassert, Philipp, Prof. Dr., geb. 1965, ist Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim. Er ist Mitglied im Vorstand der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.

Haberkern, Joshua, M. A., geb. 1994, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Mannheim und Doktorand im Forschungsprojekt „Zwischen Exzellenz und Expansion: Südwestdeutsche Wissenschaftspolitik von 1978 bis heute", gefördert durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg.

Hausen, Maike, Dr., geb. 1989, leitet bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg die Redaktionen der Zeitschrift *Bürger & Staat* und der wissenschaftlichen Buchreihe *Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs*. Sie ist Lehrbeauftragte am Seminar für Neuere Geschichte der Universität Tübingen und am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Mannheim.

Reichardt, Sven, Prof. Dr., geb. 1967, ist Inhaber des Lehrstuhls für Zeitgeschichte der Universität Konstanz. Er ist geschäftsführender Herausgeber der Fachzeitschrift *Geschichte und Gesellschaft*.

Rohrmoser, Richard, Dr., geb. 1987, ist Lehrer für die Fächer Englisch, Geschichte und Politik am Gymnasium Sonthofen. Er ist assoziierter wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Mannheim.

Schuetz, Thomas, Dr., geb. 1971, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Abteilung „Wirkungsgeschichte der Technik" des Historischen Instituts der Universität Stuttgart.

Tümmers, Henning, Prof. Dr., geb. 1977, ist akademischer Mitarbeiter am Institut für Ethik und Geschichte der Universität Tübingen. Er ist zudem außerplanmäßiger Professor am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen.

Weber, Reinhold, Prof. Dr., geb. 1969, ist Stellvertretender Direktor der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Er ist Honorarprofessor für Zeitgeschichte an der Universität Tübingen und Mitglied der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg.